

nr-Werkstatt 22

A large graphic of concentric circles is centered on the page. It features a bright white circle at the center, surrounded by several layers of semi-transparent circles in shades of light blue and teal, creating a tunnel-like effect.

Tunnelblick

Woran Recherchen scheitern können

Wissen, was hinter den Kulissen geschieht

aktuelle Probleme des Journalismus

Protokolle exzellenter Recherchen

fundierte Berufsethik-Analysen

internationale Trends im Fokus



Sichern Sie sich jetzt Ihr Probeabo unter
www.message-online.com oder telefonisch unter 0711/60100-40



nr-Werkstatt 22

Tunnelblick

Woran Recherchen scheitern können

Wir danken unseren Kooperationspartnern



Inhalt

- 7 Vorwort**
Von Gert Monheim
- 9 „Nichts ist so lehrreich wie der Misserfolg“**
Von Hans Leyendecker
- 13 „Was das Netzwerk tut, ist wichtig für den Journalismus“**
Von Jörg Schönenborn
- 18 Aus Fehlern lernen**
Ein Impuls von außen
Von Prof. Dr. Peter Sawicki
- 29 Der kollektive Irrtum**
Wie Sebnitz zum Recherche-Gau wurde
Dokumentiert von Sebastian Koch
- 39 Wer immer Erfolg hat, schummelt**
Wie es nach dem Scheitern weitergehen kann
Dokumentiert von Lena Brochhagen
- 44 (Fehler)Quellen**
Vom Umgang mit Expertenwissen
Dokumentiert von Philipp Anft
- 52 Gefälschte Hitler-Tagebücher**
Wie der Stern des **Stern** sank
Dokumentiert von Tobias Habig

-
- 68 Ganz nah dran!?**
Von den Zwängen der Lokaljournalisten
Dokumentiert von Annabell Neuhoff
- 75 Störfeuer**
Wie juristischer Druck Recherchen behindert
Dokumentiert von Birthe Sönnichsen
- 83 Lost in space**
Wie Internet-Fakes täuschen – und wie man sie enttarnt
Dokumentiert von Friedel Groth
- 94 Richter, Rotlicht, Rechercheure ...**
Wer versinkt im „Sachsensumpf“?
Dokumentiert von Jule Körber
- 113 Bilanzen**
Im Dickicht der Zahlen
Dokumentiert von Anne Wohland
- 130 Der Todesschuss von Bad Kleinen**
Das Trauma des Hans Leyendecker
Dokumentiert von Kamilla Pfeffer
- 137 Bertelsmannrepublik Deutschland**
Was Medien-Macht mit Journalisten macht
Dokumentiert von Carolina Zimmermann

- 151 Volles Risiko**
Recherchen in radikalen Szenen
Dokumentiert von Katrin Antonia Rössler
- 158 Hemmschwellen**
Dürfen wir über alles berichten?
Dokumentiert von Matti Hesse
- 168 Medienhype um die
„Kindersoldatin“**
Der Streit um die Wahrheit
Dokumentiert von Shanli Anwar Haghghi
- 182 Dicke Bretter bohren**
Stolpersteine bei investigativen Recherchen
Dokumentiert von Simon Pützstück
- 196 „Gesucht wird Mengele“**
... und wie Felix Kuballa ihn nicht fand
Dokumentiert von Christian Wesener
- 206 Von Manipulation und Einschüchterung**
Die Hürden eines Auslandsreporters
Dokumentiert von Anna-Katharina Stracke
- 212 „Eine ganz und gar nicht gescheiterte Tagung!“**
Von Prof. Holger Wormer
- 226 Impressum**

Vorwort

Von Gert Monheim

Journalisten machen Fehler. Journalisten stoßen bei ihren Erkundungen an Grenzen – an tatsächliche und an die eigenen. Journalisten scheitern mit ihren Recherchen. Nur reden sie in der Regel nicht gerne darüber. Das sollte bei unserer Konferenz „Tunnelblick – woran Recherchen scheitern können“ am 11. und 12. November 2011 beim Westdeutschen Rundfunk in Köln anders sein. Erfahrene Kolleginnen und Kollegen erzählten von ihrem Scheitern, ihren Fehlern. Versuchten diese nicht einfach zu entschuldigen oder wegzudiskutieren, sondern die Gründe für ihr Scheitern zu finden, die Grenzen zu beschreiben, an die sie gestoßen waren. Der WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn befürchtete in seiner Begrüßung eine Art von „Selbstgeißelung“. Soweit ist es Gott sei Dank nicht gekommen. Aber beeindruckend war, wie offen viele Kolleginnen und Kollegen mit ihren Fehlern und ihrem Scheitern umgingen. Hans Leyendecker hat es auf den Punkt gebracht: „In meinem journalistischen Leben war nichts so lehrreich wie der Misserfolg. Wenigen Erfahrungen verdanke ich so viel Neues wie meinen Katastrophen“, und er belegte dies mit dem Bekenntnis zu ganz konkretem eigenen Scheitern. Wenn einer der Großen unserer Zunft so ehrlich, so selbstkritisch mit sich umgeht, dann ist ein Klima geschaffen, in dem auch andere offen und ehrlich über Unangenehmes reden. Denn im Vordergrund stand nicht die in Journalistenkreisen so weit verbreitete Häme, sondern das gemeinsame Ringen darum, wie man mit Fehlern umgehen, wie man sie möglicherweise zukünftig verhindern kann.

Die Fachkonferenz beschäftigte sich zum einen mit den großen Fällen. Wie zum Beispiel Sebnitz zum Recherche-Gau für den deutschen Journalismus wurde oder wie es zum Skandal um die Hitlertagebücher kam, darüber diskutierten Beteiligte und Betroffene auf dem Podium. Zugleich wurden aber auch Workshops angeboten, in denen Kolleginnen und Kollegen über ihre Schwierigkeiten bei Recherchen im lokalen und regionalen Journalismus berichteten oder über ihre speziellen Probleme bei Wirtschafts-, Wissenschafts- oder Auslandsrecherchen dis-

kutierten. Schließlich wurden zu einigen besonders aufsehenerregenden Fällen – was die Medien-Macht von Bertelsmann mit Journalisten macht oder wie juristischer Druck Recherchen be- oder sogar verhindert – einzelne Journalisten interviewt und von den Teilnehmern befragt.

Verschwiegen sei nicht, dass es in einzelnen Fällen wochenlanger Überzeugungsarbeit bedurft hatte, um gestandene Journalisten von einem Vortrag über eigenes Scheitern zu überzeugen. Verschwiegen sei auch nicht, dass dies bei einigen Kollegen nicht gelungen ist. Der Satz „das ist aber eine tolle Tagung, da nehme ich gerne teil, aber nicht als Referent“ umschreibt noch die ehrlichste Antwort. Meistens wurden Termine – so mein Eindruck – vorgeschoben. Denn wer weiß bei einer Tageszeitung schon fünf Monate vorher, dass er gerade an diesem Wochenende für eine wichtige Recherche unterwegs sein wird? Bei einer überregionalen Qualitätszeitung gab es gleich vier Absagen dieser Art, obwohl – oder gerade weil? – sie an einigen der ganz großen Recherche-Gaus der jüngeren Zeit führend beteiligt war. Im Widerspruch zu ihrem eigenen Qualitätsanspruch war die Zeitung schließlich überhaupt nicht auf der Tagung vertreten.

Bei einer anschließend durchgeführten Befragung bezeichneten 89 Prozent der Teilnehmer ihren Gesamteindruck von der Fachkonferenz als gut oder sehr gut. Den Tagungsort und die Gesamtorganisation fanden sogar 96 Prozent gut oder sehr gut. Unser Dank gilt deshalb insbesondere der Intendantin des WDR, Monika Piel, die für die Fachkonferenz die gesamte Infrastruktur – also Räume, Technik und Personal sowie das Catering – zur Verfügung stellte. Darüber hinaus bedanken wir uns bei der WAZ-Mediengruppe, die diese Tagung ebenfalls unterstützt hat. Und natürlich müssen an dieser Stelle nochmals alle Referenten lobend erwähnt werden, die sich bereitgefunden haben, ihre beruflichen Schlappen offenzulegen – übrigens ohne jedes Honorar für ihre Mitwirkung, wie bei den Tagungen von netzwerk recherche üblich.

Als besonderen Erfolg empfinden wir es, dass auch bei dieser Fachkonferenz wieder mehrheitlich jüngere Journalisten beteiligt waren – das ist inzwischen schon ein Markenzeichen der nr-Tagungen. Die Berichte für diese Broschüre haben im Wesentlichen Volontäre des WDR und der WAZ geschrieben. Auch bei ihnen möchten wir uns für die engagierte Mitarbeit bedanken.

„Nichts ist so lehrreich wie der Misserfolg“

Von Hans Leyendecker

Ein Tunnel ist ein unter der Erde angelegter, durch einen Berg führender Verkehrsweg. Das Wort wurde, so verraten uns seriöse Wörterbücher, im 19. Jahrhundert aus dem englischen Wort „tunnel“ (also unterirdischer Gang, Stollen, Tunnel) entlehnt. Was seinerseits aus dem französischen stammt – dort meint der einschlägige Begriff Fass, Tonnengewölbe. Ein Tunnelblick ist also manchmal der Blick aus dem Fass, der Blick aus dem Stollen.

BEGRÜSSUNG

Hans Leyendecker,
Vorstand netzwerk recherche (2001–11)

„Tunnelblick – Woran Recherchen scheitern können“ ist der Titel dieser Fachkonferenz.

Wir werden darüber reden – vielleicht auch streiten – ob Recherchen scheiterten, weil jemand nicht nach rechts oder links schaute oder weil er am Ende in einem dunklen Tunnel gelandet ist und keine Ahnung hatte, wo er sich befand. Beachten sollten wir auch, dass der Tunnelblick ein Synonym für absolute Konzentration sein kann: Über Boris Becker schreiben früher die Sportreporter gern: „Mit Tunnelblick ins Wohnzimmer“ und meinte damit, dass der Tennisstar in Wimbledon spielte.

Kein Scheitern – nirgendwo.

Für die spezielle Variante des Tunnelblicks – mit der wir uns auf dieser Tagung beschäftigen wollen – gibt es ein Synonym: den neumodischen Flop. Der Duden übersetzt das Verbum mit „hinplumpsen“ und das Substantiv mit „Misserfolg“ und mit „Niete“. Beim Flop und beim Misserfolg schweigt in aller Regel der Verursacher anhaltend oder er redet ganz viel, um so zu tun, als sei er nicht hingeplumpst. Die Geschichte des Journalismus kennt viele solcher Beispiele, doch es galt, zumindest vor dieser

Veranstaltung, als Ausbund der Ehrlichkeit, wenn ein gescheiterter Forscher anhub zu erklären, warum er beinahe einmal gescheitert sei:

„Um Haaresbreite wäre es passiert und nur weil ich so aufgepasst habe, ist nichts passiert. Kleine Unachtsamkeit vielleicht – praktisch so gut wie nichts – Sie verstehen schon...“ Kein Scheitern nirgendwo. „Ich habe noch nie einen Fehler gemacht“, sagte ein bekannter Journalist als er gebeten wurde, über einen solchen Fehler zu reden.

Solche Heuchelei kann auf den ersten Blick klug sein. Auf einem Schauplatz, wo vorzugsweise intrigiert und getrickt wird, was das Zeug hält. Aber hilfreich ist es nicht.

Liebe kluge Verdränger, als alter Theaterbesucher möchte ich Ihnen einen Hinweis geben: Es gibt keine Guillotinen mehr. Vor allem keine gut geölten. Was Sie wegen der dumpfen Geräusche vielleicht für ein Fallbeil halten, ist häufig nur ein Schreiberling, der um ein bisschen Aufmerksamkeit fleht und dabei komische Geräusche macht. „Beachtet mich – ich bin doch wichtig“, stöhnt er. Aus taktischen Gründen – das räume ich ein – kann manchmal das Schweigen klug sein. Denn die Hirnforschung hat in vielen Untersuchungen gezeigt, dass wir mit Negationen und Verboten nicht gut umgehen können. Wenn Sie zum Beispiel bei einer Party die Gäste bitten, nicht mehr auf dem Parkett herum zu hopsen, weil das Parkett alt und wertvoll ist und das Hopsen nicht aushält, werden Sie feststellen, dass plötzlich nicht mehr ein Drittel der Gäste sondern fast alle Gäste in die Höhe springen, um das zu testen.

Praktisch bringt uns ein Verbot erst auf die Idee, von der man uns abhalten will. Auch gibt es Situationen, in denen unsere Schwierigkeiten, negierte Sätze so zu verstehen, wie sie gemeint sind, Leuten das Leben schwer machen.

Der Satz – Herr X und Frau Y haben nichts mit Schalke 04 zu tun – ist eine Aussage, die wir leicht nachvollziehen können. Dennoch kann dieser Ausspruch geeignet sein, die beiden, in den entsprechenden Kreisen jedenfalls, in Misskredit zu bringen. Wenn nach einiger Zeit wieder die Frage gestellt wird, wie es mit Herrn X und Frau Y und Schalke so ist, wird sich unser Gehirn vermutlich vage an den Sachverhalt erinnern und wir werden

sagen: „Da war was mit Schalke, ich weiß es ganz genau“. Aber was war? Irgendwas! Vertrautheit, mag sie noch so vage sein, gilt als Beweis von Wahrheitsgehalt. Verzeihen Sie mir, dass ich die eigene Vorlage nicht nutze, um über das Netzwerk und die rasenden Verfolger mit ihren schlecht geölten Guillotinen zu reden.

Das Gute an dem Phänomen ist aber, dass Sie es auch zum eigenen Vorteil einsetzen können. Ärzte machen das manchmal mit Kindern, die unter chronischen Schmerzen leiden, wie der Autor Christian Ankwitsch uns in seinem Buch „Mach's falsch und du machst es richtig“ verrät. Die Ärzte bringen also den Kindern zunächst bei, wie sie ihre unerträglichen Schmerzen weiter steigern können. Sobald sie dazu in der Lage sind, lernen sie etwas Entscheidendes: Was wir größer machen können, können wir auch kleiner machen – und vielleicht verschwinden lassen. So kann uns die Bereitschaft, erst mal das Gegenteil des Gewünschten zu tun, über einen Umweg zum Ziel führen.

Jeder Peinlichkeit wohnt Erleuchtung inne

Sie merken, ich nähere mich dem Kern der Konferenz, der Revue von gescheiterten Projekten.

„Warum erzählt ihr so ungerne von euern kleinen oder großen Debakeln? Geniert ihr euch? Plagt euch die Sorge, ihr könntet euch blamieren?“, hat Hans Magnus Enzensberger mal gefragt und er hat darauf hingewiesen, dass eine solche Übung lehrreich und erfrischend sein könne. Denn jeder Peinlichkeit wohne Erleuchtung inne. Während Erfolge mehr oder weniger rasch vergessen werden, hält sich die Erinnerung an einen Flop jahrelang und manchmal auch jahrzehntelang.

Triumphe halten keine Lehren bereit, Misserfolge dagegen beförderten die Erkenntnis auf mannigfaltige Art, hat Enzensberger erklärt.

Sie gewährten Einblick in die Produktionsbedingungen, Manieren und Usancen im Weinberg der Kultur mit all den furchtbaren Winzern. Ein schöner Flop würde dem Ahnungslosen helfen, die

Fallstricke, Minenfelder und Selbstschussanlagen besser einzuschätzen, mit denen er auf diesem Terrain zu rechnen hat.

Außerdem entfalteten Flops eine therapeutische Wirkung: Sie könnten Berufskrankheiten wie Kontrollverlust oder Größenwahn wenn nicht heilen, so doch mildern. Enzensberger, der alte Seher. Ich gestehe, dass in meinem journalistischen Leben nichts so lehrreich war wie der Misserfolg. Wenigen Erfahrungen verdanke ich so viel Neues wie meinen Katastrophen.

Deshalb lasst uns zwei Tage lang über das Scheitern reden, über den speziellen Tunnelblick, dem unsere Sympathie und unser Optimismus gehören sollten.

„Was das Netzwerk tut, ist wichtig für den Journalismus“

Von Jörg Schönenborn

Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass das Netzwerk Recherche hier im Westdeutschen Rundfunk zu Gast ist.

Als wir vor ein paar Jahren die Rechte für die Fußball-Bundesliga bekommen haben, hat unsere Marketingabteilung eine kleine Werbekampagne gemacht, die den wunderbaren Slogan „Football is coming home – *Sportschau*, die Heimat des Fußballs“ hatte. Ich finde, die „Heimat des Fußballs“ ist einfach eine tolle Begriffsschöpfung: da fühlt man sich wohl, da ist man gerne. Nun ist für den WDR die *Sportschau* eine eminent wichtige Sendung, die wir machen, aber heute morgen habe ich gedacht, dass ich eigentlich sehr viel dankbarer wäre, wenn man sagen kann, wir sind Heimat für guten Journalismus. Oder wir sind Heimat für investigativen Journalismus. Nicht *die* Heimat – das wäre anmaßend – aber eine der Heimaten, die es da in Deutschland gibt. Wir bemühen uns sehr auf richtig, das zu sein.

BEGRÜSSUNG

Jörg Schönenborn,
Chefredakteur WDR Fernsehen

Sie haben alle, denke ich, in ihren Redaktionen die Erfahrung gemacht, wie sich Etats in den letzten Jahren entwickelt haben. Da gibt es nicht nur Sparzwänge, sondern wir sind in einer Situation, wo in vielen Medienhäusern Mittel in die Verpackung und vor allen Dingen in die verschiedenen digitalen Vertriebswege gesteckt werden und dann für die Inhalte immer weniger übrig bleibt. Wir haben uns hier im Haus sehr ernsthaft bemüht – und ich finde, es ist uns weitgehend gelungen – einen anderen Weg zu gehen und bei den Produktions- und Vertriebswegen auf die Spurbremse zu drücken und die Mittel für Inhalte zusammenzuhalten und zu konzentrieren. Wir bemühen uns, die investigativ Farbe in unserem Programm zu verstärken.

Was ich aus vielen Gesprächen verstehe und verstanden habe – gerade im Gespräch mit freien Autorinnen und Autoren – ist, dass das aber nicht allein eine Frage des Geldes ist, sondern vor allen Dingen auch eine Frage der professionellen, redaktionellen Betreuung. Guter recherchierter Journalismus, das Verhindern von Scheitern findet nur da statt, wo es Redakteurinnen und Redakteure gibt, die sich der intellektuellen Aufgabe stellen, schwierige Komplexe zu erfassen. Und die Fragen stellen, die noch kritischer und noch bohrender sind, als sie die stauende Öffentlichkeit jemals stellen würde.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht ist gefährlich

Ich glaube, dass wir noch nicht ganz erfasst haben, wie sehr der dramatische Wandel, den wir gerade auf der Welt erleben, auch mit dieser unserer Aufgabe zu tun hat. Eigentlich beschränkte sich die Kontrollfunktion des Journalismus in den letzten Jahrzehnten darauf, dass wir uns mit den staatlichen Gewalten beschäftigten. Gelegentlich auch mit Unternehmen, mit Umweltvergehen oder mit Subventionsbetrug, aber vor allem konzentrierte sich die Arbeit jahrzehntelang auf die staatlichen Gewalten. Und nun erleben wir, wie diese staatlichen Gewalten abbröckeln, wie sie machtlos sind, wie sich neue Machtzentren bilden, wie sich die Macht da konzentriert, wo besonders viel Geld ist. Der deutsche Journalismus ist in weiten Teilen genau so hilflos in die Finanzkrise hineingeschlittert wie die deutsche Politik. Und ich bin nicht sicher, ob wir schon verstanden und erfasst haben, welche enormen Aufgaben, welche enormen Recherchefelder sich dort ergeben. Ich meine nicht nur den internationalen Finanzbetrieb, nicht nur die großen Finanzkonzerne, sondern die Wirtschaft insgesamt. Ich glaube, dass in jedem einzelnen Segment der Wirtschaft so viel Geld und Macht konzentriert ist, dass der Einfluss auf unser tägliches Leben, vor allen Dingen auch auf unsere persönliche Freiheit, vielfach größer ist als die durch Gesetze und Verordnungen regulierte staatliche Gewalt.

Mir ist das an einem Beispiel deutlich geworden, das unsere Wirtschaftsredaktion in diesem Jahr entwickelt hat: Eine Doku-Reihe, die wir im Dritten Programm gezeigt haben und mit der wir im nächsten Jahr in die *ARD* gehen. Das läuft intern unter dem harmlosen Titel „Markenchecks“. Auf dem Sender heißt

das dann der „Ikea-Check“, der „Aldi-Check“, der „Tchibo-Check“ und hört sich nach reiner Verbraucherberichterstattung an. Das kennt man, da werden Preise geprüft und Produkte getestet. Und das findet in diesen Filmen auch in Teilen statt. Aber der wesentliche Schritt, den die Kollegen gemacht haben, ist, dass sie jeweils am Beispiel einer Marke zeigen, wie uns ein Konzern zunächst mit geschickten Marketingmitteln zu seinen Kunden macht, uns in unseren Gewohnheitsstrukturen verändert – und aus dem Geld, das dadurch geschöpft wird, die Möglichkeit nutzt, Arbeits- und Produktionsbedingungen zunächst hier bei uns zu prägen, dann aber auch die Arbeits- und Lebensbedingungen in Guatemala, Vietnam oder sonst wo zu bestimmen. Konzerne können Länder abstürzen lassen, weil sie Produktionsorte plötzlich verlagern. Oder sie können die Umwelt- und Lebensbedingungen in Ländern beeinflussen, weil sie gerade dort ihre Produkte oder ihre Rohstoffe herholen. Ich glaube, dass sich da ein Feld auftut, das uns sehr viel mehr abverlangt, als wir uns im Moment vorstellen.

Keine Werbeveranstaltung für Recherchen, sondern eine Selbstgeißelung

Nun ist das heute keine Werbeveranstaltung für Recherche, sondern dem Titel nach eher so etwas wie eine Selbstgeißelung, und dieser Ansatz, das muss ich sagen, hat mich – seit mir Gert Monheim¹ zum ersten Mal davon erzählt hat – wirklich beeindruckt und überzeugt. Herr Monheim, ich kann Ihnen nur gratulieren. Ich weiß nicht, ob es so etwas schon mal gegeben hat. Ich habe es noch nicht wahrgenommen, aber ich finde es wirklich einen tollen Ansatz. Ich möchte Ihnen, ich möchte aber auch Ingmar Cario, Ilka Münchenberg, Ingolf Gritschneider und Miriam Brück danken, die das Ganze inhaltlich und organisatorisch mit auf die Beine gestellt haben. Und ich bin deshalb so beeindruckt, weil ich natürlich auch an Momente des eigenen Scheiterns denke und weil ich natürlich auch als Programmverantwortlicher regelmäßig mit gescheiterten Recherchen konfrontiert bin.

Die besseren von ihnen sind nicht im Programm, das sind die, bei denen irgendwann das Projekt eingestellt wird und das Geld

1 Gert Monheim ist der Leiter der nr-Fachkonferenz „Tunnelblick – Woran Recherchen scheitern können“

verloren ist – was aus meiner Sicht zum Betrieb ganz normal dazu gehört. Die problematischeren sind die gescheiterten Recherchen, die im Programm landen oder die ich auch in Zeitungen lese und denen man das nicht selten ansieht, dass sie gescheitert sind. Viele Recherchen scheitern immer noch an der Überzeugung des Autors oder Reporters. Auch wenn in unserer Gesellschaft die Zeit der ideologischen Grabenkämpfe eigentlich lange vorbei ist, ist der Bekenntnisjournalismus immer noch da. Und wir senden Stücke und drucken Artikel, in denen der Autor zu allererst die Fahne des eigenen Bekenntnisses aufzieht, damit der Zuschauer oder Leser weiß, wohin der Wind weht. Das ist unprofessionell und die Zuschauerforschung zeigt, dass vor allen Dingen Jüngere immer allergischer dagegen sind.

Wenn Fakten ungeprüft übernommen werden...

Ich glaube aber, dass dieses Scheitern oft auch sehr viel banaler ist. Ich will Ihnen ein kurzes Beispiel erzählen, über das ich gestern nicht zum ersten Mal bei der Zeitungslektüre gestolpert bin: Ich glaube, viele Recherchen scheitern daran, dass man ohne bösen Willen Annahmen, Fakten ungeprüft übernimmt und darauf die ganze Geschichte aufbaut. Wir haben in der Integrationsdiskussion in Deutschland seit langem den Fokus auf Berlin. Und ich habe gestern wieder einen Artikel gelesen, der sich auch Berlin zum Schauplatz nimmt, „weil Berlin eine Stadt mit einem besonders hohen Ausländeranteil ist“ und weil in der Folge „die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Hartz IV Empfänger besonders hoch ist“.

Jedes Mal, wenn ich das lese, frage ich mich, wie das kommt, dass so ungeprüft die Annahme übernommen wird, Berlin sei eine Stadt mit besonders hohem Ausländeranteil. Ich weiß nicht, ob das mit Herrn Sarrazin, oder Herrn Buschkowsky oder der Rütli-Schule zu tun hat. Das Googeln von drei Worten „Ausländeranteil deutsche Großstädte“ führt zu der Erkenntnis, dass Berlin auf Platz 54 unter den deutschen Großstädten steht, was den Ausländeranteil angeht. Es gibt also 53 andere Städte darüber, und wenn man in der Statistik nach oben guckt, dann sieht man, die drei Großstädte mit dem höchsten Ausländeranteil sind München, Frankfurt, Stuttgart. Und wenn man eine andere Statistik danebenlegt, nämlich die der Großstädte mit den geringsten Arbeitslosenzahlen in Deutschland – dann

sind das München, Frankfurt, Stuttgart. Die Reihenfolge variiert, die drei Städte sind die gleichen.

Dennoch verbreitet unsere Berichterstattung oft nicht nur implizit sondern explizit die These, dass es einen Zusammenhang zwischen hohem Ausländeranteil und Arbeitslosigkeit gebe und dieser exemplarisch in Berlin zu beobachten sei.

Nun werden die meisten von Ihnen auch hier sein, wissend, dass sich das Netzwerk Recherche mit dem Thema „Scheitern“ beschäftigt zu einem Zeitpunkt, da es selbst die größten Probleme seiner Geschichte – wenn ich das richtig beurteile – zu bewältigen hat. Ich habe eine ganze Menge darüber auf den Medienseiten gelesen und gerade deshalb kann und will ich mir darüber kein Urteil bilden. Als ARD-Hierarch ist man ja notgedrungen sehr „skandalerfahren“. Es wird viel über Skandale berichtet, wo man dann mit eigenen internen Kenntnissen einen Blick darauf wirft, und ich muss sagen, ich unterteile das, was ich da lese, eigentlich in drei Kategorien:

Es gibt die Skandale, die man nicht grell genug schildern kann, und wo ich selber staunend davor stehe und nicht verstehe, wie das zustande kommen konnte. Es gibt die Skandale, wo in der Tat ein Fehler, ein Regelverstoß zu beklagen ist, und ich mich frage, ob die Dimension der Berichterstattung und das Ausmaß des Fehlers im richtigen Verhältnis stehen. Ich lese aber auch eine ganze Menge über ARD-Skandale, die – so ein bisschen wie beim Beispiel Berlin – von einer Ausgangsannahme ausgehen, die ich zumindestens für höchst strittig halte.

Ich bin zuversichtlich, dass sie intern das klären, was zu klären ist. Denn das, was sie tun, was sie heute tun, auch was der Verein insgesamt tut, ist notwendig, ist wichtig für den Journalismus in Deutschland. Und deshalb wünsche ich Ihnen dafür viel Glück. Vor allen Dingen aber wünsche ich Ihnen viel Spaß an den nächsten beiden Tagen.

Diese Begrüßungsrede von Jörg Schönenborn vom 11. November 2011 wurde in freier Rede vorgetragen. Der Text wurde an wenigen Stellen in Rücksprache mit Jörg Schönenborn überarbeitet.

Aus Fehlern lernen

Ein Impuls von außen

Von Prof. Dr. Peter Sawicki

Es ist ja nicht schön, über seine Fehler zu sprechen. Kein Mensch macht das gerne, schon gar nicht öffentlich. Und das hat auch einen Grund oder sogar mehrere Gründe: Fehler sind unschön und können von anderen gegen einen ausgenutzt werden. Man

VORTRAG

Prof. Dr. Peter Sawicki,
Universitätsklinikum Köln

kann dadurch auch das Vertrauen anderer Menschen verlieren. Das muss man sehen, wenn man über das Zugeben von Fehlern spricht. Es gibt natürlich noch mehr Gründe, weswegen Fehler nicht zugegeben werden,

weswegen z.B. manchmal Patientenakten in Krankenhäusern verschwinden. Man denkt: „naja, verbrennen der Patientenakte ist eine schlechte Idee, das kommt vielleicht raus.“ Am besten man hängt die Akte von Herrn Müller unter „N“ ab – die findet niemand. Fehler werden oft vertuscht.

Warum lachen wir über bestimmte Fehler und über andere nicht?



Ich glaube, dass es verschiedene Fehler gibt. Es gibt Fehler, über die wir lachen, so wie über den hier. Das, was wir hier sehen, ist für die Architekten sicher nicht schön.

Es gibt Fehler über die wir gerne reden: das sind immer die Fehler der anderen. Über die reden wir alle gern und lachen darüber. Fehler anderer sind sehr häufig lustig.

Auch in der Medizin tun wir das, jeden Tag. Klar. „Kannst du dir vorstellen, was der neulich ... – ... na unglaublich!“ Aber bevor ich zu unserer Aktion „Aus Fehlern lernen“ komme, noch eine kurze Überlegung: Warum lachen wir über bestimmte Fehler und über andere nicht?



Das ist das Bild eines Patienten, der mit dieser Klemme, die in seinem Bauch vergessen wurde, 35 Jahre gelebt hat. Man hat ihm seine Schmerzen nicht geglaubt, man hat ihn immer weiter von Arzt zu Arzt geschickt, bis das rausgekommen ist – darüber lachen Sie jetzt nicht.

Über dieses Bild wahrscheinlich eher. Es ist auch bedrohlich, es ist auch gefährlich. Warum finden Sie das zweite Bild lustiger? Weil es vielleicht kein offensichtlich bedrohlicher Fehler ist? Vielleicht doch. Es ist ein potentiell gefährlicher Fehler. Auch gefährlich für die Gesundheit. Ich habe überlegt, bin aber nicht zu einer eindeutigen Antwort gekommen, warum wir manche Fehler witzig finden – auch wenn sie gefährlich sind – und andere nicht.

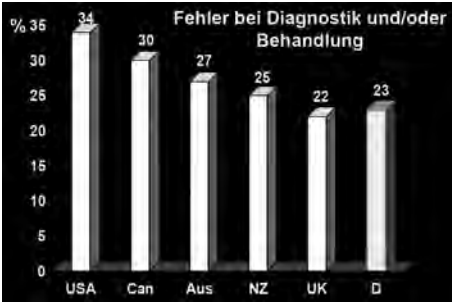


Vielleicht weil Fehler auch in der Medizin einfach bedrohlich sind und überhaupt nicht witzig. Es gibt interessanter Weise kaum Witze über Fehler in der Medizin.

Internationaler Vergleich medizinischer Fehler

Wir haben uns angeschaut – international –, wie häufig medizinische Fehler in verschiedenen Ländern passieren. Das haben wir mit dem Commonwealth Fund gemacht und es war nicht einfach. Es war vor allem nicht so einfach an die Daten heran-

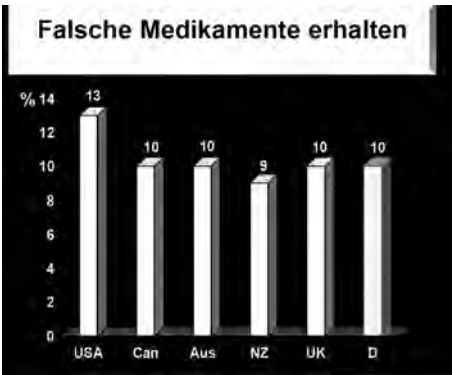
zukommen. Wir haben deshalb in einer zufälligen Stichprobe Patienten aus verschiedenen Ländern dazu befragt. Das sind die Ergebnisse:



So viele Fehler hatten die befragten Patienten bei Diagnostiken und/oder Behandlungen festgestellt. Wobei das wahrscheinlich eine Unterschätzung der wahren Häufigkeit ist, weil die Patienten nicht alle Fehler wissen. Sie sehen, dass ein Drittel der Patienten in den USA feststellen: „Bei mir ist schon mal ein Fehler passiert.“ In Deutschland

ist es ungefähr ein Viertel. Wir haben weiterhin gefragt: „Welche Fehler sind das denn gewesen?“

Einer der häufigsten Fehler ist: Falsche Medikamente erhalten. Zehn Prozent der Patienten sagen: „Ich habe schon mal ein falsches Medikament bekommen.“



Das muss nichts Schlimmes sein, es kann auch sein, dass es gar nicht geschluckt wurde. Es kann auch sein, dass dem Patienten das aufgefallen ist und nichts Schlimmes passiert ist. Ein Fehler ist es trotzdem.

Wichtig ist, wenn wir aus Fehlern lernen wollen, eine Fehler-systematik zu erkennen. Und zu schauen: Warum sind die Fehler

passiert? Und auch die Beinahe-Fehler zu beschreiben. Das ist eine der Vorgehensweisen, mit der man zukünftige Fehler und auch Katastrophen vermeiden kann. Das haben wir in der Medizin von der Luftfahrt gelernt. Dort werden Mitarbeiter belohnt, wenn sie Fehler zugeben, z.B. hat die Lufthansa ein solches System. Sie ermuntert ihre Mitarbeiter, Fehler – auch Beinahe-Fehler – einzugestehen. Warum? Weil es halt eben wichtig ist, eine Fehlersystematik in der Luftfahrt zu erkennen, um Katastrophen zu vermeiden. Denn in einem solchen Bereich ist es sehr

wahrscheinlich, dass irgendwann statt einem Beinahe-Fehler ein tatsächlicher Fehler passiert – mit katastrophalem Ausgang.

Bei der Information der Patienten über Behandlungsfehler durch medizinisches Personal schneidet Deutschland besonders schlecht ab. In Neuseeland gibt es eine gewisse Ehrlichkeit, da werden mehr als ein Drittel der Patienten tatsächlich darüber informiert. In Deutschland sind es nur 15% – gegenüber anderen Ländern ist das ein geringerer Prozentsatz. Das medizinische Personal in Deutschland scheut sich augenscheinlich, mit Patienten darüber zu sprechen. Das deutsche Personal nimmt die Studien nicht zur Kenntnis, die ganz klar zeigen, dass rechtliche Auseinandersetzungen vermieden werden können, wenn Fehler zugegeben werden. Patienten gehen fast immer dann zum

Anwalt, wenn etwas Negatives passiert ist, aber der Arzt sagt: „Nein, nein, das ist schon alles in Ordnung gewesen.“, oder: „Da sind sie selber schuld.“ Oder: „Das ist Zufall.“ Oder Ähnliches.



Irren ist menschlich – auch in der Medizin

Den Anfang in der Medizin, in diese Richtung zu denken, machte ein Buch: „To err is human“. Das war im November 1999 und das Buch kam aus den Vereinigten Staaten. Und es hat tatsächlich eine Wende gebracht. Das Buch verkündete schon im Titel „irren ist menschlich“: Wir werden alle immer Fehler machen, weil wir Menschen sind. Das wird nicht aufhören, auch nicht nach dieser Tagung hier und auch in der Medizin wird es nicht aufhören. Die Frage ist vielmehr:

- ▶ Wie gehen wir mit Fehlern um?
- ▶ Wie vermeiden wir, dass Fehler zu Katastrophen werden?
- ▶ Wie reduzieren wir die Häufigkeit der Fehler?

Dieses Buch, in dem beschrieben wurde, dass in der Medizin Fehler passieren und auch immer passieren werden, löste in

den Krankenhäusern und Arztpraxen tatsächlich fast ein Erdbeben aus.

Da gab es Statistiken, dass medizinische Fehler viel mehr Todesfälle in den USA verursachen als alle Autounfälle zusammen und mehr Todesfälle als durch AIDS und ungefähr so viel wie durch Brustkrebs. Fehler zu skandalisieren ist einfach. Sehr viel schwerer ist es, wie wir damit umgehen, wie wir einen Weg finden, Fehler systematisch zu verhindern.

Jetzt geht es in der Medizin vor allem darum, die Häufigkeit der Fehler zu reduzieren. Deswegen haben wir dann – 10 Jahre später – eine solche Broschüre, an der ich mitarbeiten durfte, herausgebracht. Die Idee dazu kam von dem *Aktionsbündnis Patientensicherheit* und von Jörg Lauterberg, einem Mitarbeiter der AOK. Er hatte am Anfang große Schwierigkeiten, Ärzte zu finden, die tatsächlich sagen: „Ich habe Fehler gemacht.“ Es ging aber genau darum, Ärzte in herausgehobenen Positionen zu finden, die ihre Fehler zugeben und diese konkret beschreiben. Nicht nur Ärzte, auch Therapeuten und Mitarbeiter des Pflegedienstes berichten darüber in dieser Broschüre. Es sei sehr schwierig gewesen, für dieses Heft Autoren zu finden, erzählte mir Jörg Lauterberg. Dass er sehr viele angesprochen hätte und die hätten häufig in etwa gesagt: „Na ja, ... es kann sein, dass ich ... – klar – jeder macht mal Fehler ... aber ich würde ungern darüber reden, schon gar nicht in einem Buch.“ Es ist auch wirklich nicht schön, über die eigenen Fehler zu reden, das muss man eingestehen. Berühmte Chirurgen wie Prof. Boullion oder Prof. Rothmund haben sich dazu aber bereit erklärt. Prof. Boullion berichtete zum Beispiel: „auf dem Operationsbogen war die rechte Seite vermerkt, konsequenterweise operierte ich also das falsche Knie“. Prof. Rothmund sagte: „ich überlege immer wieder, wie ich die Klemme im Bauch meines Patienten habe ‚vergessen‘ können“. Und ich persönlich habe in der Broschüre auch einen Fehler zugegeben:

Es ging um eine ältere Patientin, die mit schwerster Luftnot ins Krankenhaus kam. Ich hatte die richtige Diagnose Herzfehler gestellt und wollte diese Diagnose dadurch krönen, dass sie eine neue Herzklappe bekam. Aber sie wollte nicht operiert werden. Ich habe die Patientin gegen ihren Widerstand schließlich überredet und sie operiert. Sie hat diese Operation nicht überlebt. Das halte ich für einen Fehler. Ich wurde – nachdem das

Heft dann publiziert wurde – auch von einigen Kollegen angerufen, die gesagt haben: „Das ist überhaupt kein Fehler gewesen, die Entscheidung war richtig, das so zu machen. Natürlich können Patienten an Operationen sterben, aber im Prinzip war die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie es überlebt hätte.“ Das mag man so sehen. Aber mein Fehler war, dass ich meinen eigenen Erfolg zeigen wollte und den Willen der Patientin missachtet habe.

Tunnelblick

Viele Fehler in der Medizin – und vielleicht auch im Journalismus – entstehen einfach aus dem Streben nach Erfolg, nach Anerkennung. Durch persönlichen Ehrgeiz kann man einen Tunnelblick bekommen. Tunnelblick ist in der Medizin ein Symptom einer bestimmten Erkrankung, bei der ein Teil der Netzhaut defekt ist und man dadurch nur das sieht, wohin man seinen Kopf, seinen Blick richtet. Den Rest sieht man nicht. Es kommt also darauf an, wohin man schauen will.

Verschiedene Arten von Fehlern

Es gibt in der Medizin verschiedene Fehlerarten, zum Beispiel systematische Fehler, zufällige Fehler und natürlich Kombinationen aus beiden. Alle drei Fälle können wir reduzieren.

1 Systematische Fehler: die Handlung ist so gewollt – also ich handle bewusst so wie ich handle – es ist aber objektiv falsch. Zum Beispiel auf Grund von Unkenntnis und/oder wissenschaftlichen Fehlannahmen.

Beispiel dafür ist die Gabe von bestimmten Medikamenten zur Reduktion von Rhythmusstörungen, um plötzliche Todesfälle nach einem Herzinfarkt zu verhindern. Dies haben wir als Ärzte in den Achtziger Jahren alle gemacht. Wir wussten damals nicht, dass es falsch war, das zu tun. Es gab vorher durchaus Studien, nach denen diese Medikamente Patienten umbringen, die aber nicht publiziert, sondern von den Herstellern unter Verschluss gehalten wurden.

Oder ein anders Beispiel: die Gabe von Östrogenen – von weiblichen Geschlechtshormonen – zur Prävention von Schlaganfällen und von Herzinfarkten. Bei Frauen in den

Wechseljahren wurden diese Medikamente von fast allen Gynäkologen weltweit verschrieben – im besten Willen und Wollen – und es war falsch. Die Hormone haben Schlaganfälle nicht verhindert, sondern verursacht.

Oder ein anderes Beispiel: goldene Stents zur Verbesserung der Herzmuskeldurchblutung: sie wurden nie von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt, in den Neunziger Jahren bekamen sie aber Privatpatienten. „Ohhh, sie sind privat versichert, sie bekommen einen goldenen Stent.“ Leider hat der goldene Stent sich schneller verschlossen, ist also früher thrombosiert als die Stahlstent.

Der Einsatz von „Robodoc“ zur Verbesserung der Ergebnisse bei Gelenkersatz ist ein weiteres Beispiel für systematische Fehler. Viele orthopädische Kliniken in Deutschland hatten ein solches Gerät. Nun sind die teuren Geräte im Keller und verstauben. Man kann damit sehr genau – Zehntelmillimeter genau – Löcher in die Knochen bohren. So genau kann das kein Chirurg mit der Hand, aber leider können die Patienten danach nicht gut laufen.

- 2 Zufällige Fehler:** die Handlung ist so nicht gewollt und deshalb falsch. Zum Beispiel auf Grund von Müdigkeit, Nachlässigkeit, Zeitmangel, Schnelligkeit.

Das werden sie wahrscheinlich auch kennen. Man muss eben schnell etwas machen, man ist auch schon mal müde und dann passieren einem Fehler, die man ansonsten nicht gemacht hätte. Das können wir reduzieren. Wir müssen den Druck – den Zeitdruck, den psychischen Druck – raus nehmen aus solchen Bereichen, in denen Fehler häufig passieren. Menschen, die eine gewisse Sicherheit haben, die nicht müde sind, machen weniger Fehler.

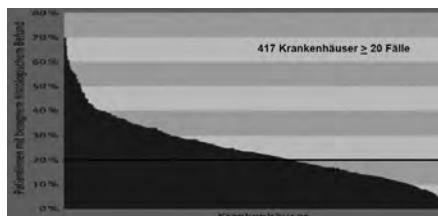
Fehlerursachen und der Umgang mit ihnen

Jeder Fehler erscheint unglaublich dumm, wenn andere ihn begehen. Das ist quasi eine Allerweltsweisheit. Aber trotzdem sollten wir überlegen – selbst wenn uns der Fehler als sehr dumm erscheint –, wie ist es tatsächlich zu diesem Fehler gekommen und nicht nur drüber lachen.

Zufällige Fehler kommen häufiger bei fehlerhaften Systemen vor: die Handlung ist so nicht gewollt und wird noch durch ungenü-

Hier ein anderes Beispiel von Fehlern in Krankenhäusern: Entfernung eines gesunden Ovars – also eines gesunden Eierstockes – bei einer Frau.

Es gibt keine medizinische Indikation, aufgrund der man einen gesunden Eierstock entfernen sollte. Das ist einfach immer ein Fehler. Und es gibt Krankenhäuser, wie sie hier sehen, die machen das bei fast jeder zweiten Frau, die dieser Operation unterzogen wird. Aber es gibt durchaus auch Krankenhäuser, die machen diesen Fehler sehr selten. Jetzt könnte man in internationalen Publikationen nachschauen, wie häufig vertut man sich da normalerweise auf Grund des Ultraschall- oder eines anderen Befundes. Das wird wahrscheinlich so bei zwanzig Prozent



sein, vielleicht sogar nur bei zehn Prozent. Das bedeutet, dass bei jeder zehnten Frau die Entscheidung zu einer solchen Eierstockoperation falsch ist. Wahrscheinlich kann aufgrund der Diagnoseverfahren, über die wir zur Zeit verfügen, diese Fehlerquote nicht wesentlich

reduziert werden. Wichtig ist dabei aber, dass man den Betroffenen sagt, wie hoch die Fehlerquote ist! Ich glaube, dass man die Häufigkeit des Fehlers – also der nicht notwendigen Operationen – den Frauen vor der Entscheidung für bzw. wider eine Operation sagen sollte, z.B.: „Es kann sein, dass es nicht notwendig ist, den Eierstock zu entfernen. Es kann sein, dass wir bei Ihnen einen Eierstock entfernen, der völlig gesund ist. Das passiert in unserem Krankenhaus bei jeder zehnten Frau.“ Das wird unter Umständen dann die Entscheidung der Frau zu Operation beeinflussen, wenn sie weiß, dass in jedem Krankenhaus solche Fehler passieren und dass gesunde Organe entfernt werden können. Vielleicht wird sie sich dann dazu entscheiden, zu nächst abzuwarten.

Die Fehler zu katalogisieren, ist eine Voraussetzung für einen systematischen Umgang damit.

Wir sehen hier eine solche Erhebung von Fehlern in einer Narkoseabteilung. Man hat in dieser Abteilung tatsächlich aufgeschrieben, was falsch gemacht worden ist, auch ohne dass es hinterher tatsächlich zu schlimmen Ergebnissen geführt hat. Wenn man das entsprechend dokumentiert, dann kann man

diejenigen Fehler identifizieren, die besonders häufig passieren und versuchen, sie entsprechend zu reduzieren.

Tabelle 2: Liste der fehlerhaften Vorgänge und ihre Gewichtung (Score); alle fehlerhaften Vorgänge, die einen Gesamt-Score von über 100 haben und weiterbearbeitet wurden, sind blau unterlegt

Nr.	Fehlerhafter Vorgang	Score
1	falsches Lösungsmittel von Apotheke geliefert	64
2	eingehende Lieferung nicht kontrolliert	117
3	falsches Zurückräumen nichtgebrauchten Materials	367
4	falsche Lagerung (Einsortieren) des Lösungsmittels im Regal	113
5	falsche Lagerung (Einsortieren) des Lösungsmittels auf dem Anästhesie-Beistellwagen	384
6	falsche Mengenerrechnung	46
7	Mengen richtig berechnet, aber falsch verdünnt	62
8	falsches Medikament aus Verpackung genommen	33
9	falsches Lösungsmittel aus Verpackung genommen	498
10	Verwechslung Medikament bei paralleler Aufbereitung	15
11	Verwechslung Lösungsmittel bei paralleler Aufbereitung mehrerer Anästhesiepräparate	504
12	Spritze falsch beschriftet	47
13	Spritze nicht beschriftet	74
14	Spritze vor Beschriftung verwechselt	41
15	falsche Spritze injiziert	33
16	unterlassene Reaktion auf Warnsymptome	466
17	Warnsymptome nicht erkannt	498
18	unterlassener Check Lösungsmittel (nicht lesen)	560
19	unterlassener Check Medikament (nicht lesen)	61
20	falsche Bereitstellung auf Beistellwagen	88

Fehlermanagement ist Chefsache

Mit wem können wir eigentlich über unsere Fehler gut sprechen? Es ist gerade für junge Menschen, für Menschen, die mit dem Beruf anfangen, sehr schwer über ihre Fehler zu sprechen. Einfach, weil sie glauben, viele Fehler zu machen und weil sie in ihrem Beruf noch nicht anerkannt sind. Einfacher ist es für Leute wie mich, über Fehler zu sprechen. Oder für berühmte Chefärzte der Chirurgie, die, was weiß ich, wie viele Leben schon gerettet haben: „Ich hab’ da auch mal eine Klemme im Bauch vergessen.“ Es macht eher sympathisch, eine kleine Schwäche zuzugeben. Im Grunde können wir nur mit denjenigen freimütig über unsere Fehler sprechen, die Anerkennung für unsere Fähigkeiten haben. Aber eine Anerkennung für unsere Fähigkeiten kriegen wir am Anfang des Berufsweges meist nicht. Und vielleicht erst in einem späteren Abschnitt. Wenn man Chef des WDR ist oder wenn man einer der Hauptherausgeber der Süddeutschen Zeitung ist, ist es nicht so schwierig, einen Fehler zuzugeben. Schwierig ist es, wenn man erst am Anfang steht. Schwierig ist es für ein Assistenzarzt im ersten Jahr der Facharztweiterbildung zu sagen: „Ja, ich habe da einen Fehler gemacht.“ Und deswegen glaube ich, dass junge Ärzte – oder vielleicht auch

junge Journalisten, wenn man da Parallelen ziehen will – eine solche Struktur nicht aufbauen können. Das muss von oben aufgebaut werden, das ist Chefsache! Letztendlich bedeutet dies, dass das Fehlen eines systematischen Fehlermanagements in der Medizin und im Journalismus ein Versagen – ein Grundfehler – der jeweiligen Leitung ist, die für die Einrichtung eines solchen Systems verantwortlich sein muss. Für eine Struktur der Fehleranalyse, des Fehler-Zugebens, des Fehlermanagements ist immer der Chef zuständig. Leider ist der aber gerade gegangen.

Die Angestellten – die kleineren Leute – können eine solche Struktur in dem System, in dem sie arbeiten, schlecht oder gar nicht implementieren. Es muss von ganz oben gemacht werden: „So machen wir unsere Fehleranalyse hier, so machen wir unsere Fehlervermeidungsstruktur, das ist unser System, unsere Art mit Fehlern umzugehen. Und ich belohne dich, wenn du kommst und sagst, ich habe da einen Fehler gemacht. Dann werden wir zusammen darüber sprechen, wir werden das dokumentieren. Wir werden zusammen überlegen, wie wir in Zukunft systematisch solche Fehler unwahrscheinlicher machen können. Dass du deinen Fehler zugegeben hast, wird dir und anderen helfen.“

Prof. Dr. Peter Sawicki hat diesen Vortrag zu den Fotos und Schaubildern in freier Rede vorgetragen. Der Text wurde an wenigen Stellen in Rücksprache mit Prof. Dr. Sawicki überarbeitet.

Der kollektive Irrtum

Wie Sebnitz zum Recherche-Gau wurde

Dokumentiert von Sebastian Koch

Der 13. Juni 1997. In einem Freibad in Sebnitz ertrinkt ein kleiner Junge. Der sechsjährige Joseph Kantelberg-Abdullah wird, wie man heute zu wissen glaubt, offenbar Opfer eines Herzfehlers. Doch drei Jahre später wird das Schicksal des Jungen mit Macht in die deutsche Medienöffentlichkeit katapultiert – mit einer völlig anderen Stoßrichtung. Der Junge sei ermordet worden, behauptet die mit einem Iraker verheiratete Mutter des Jungen, Renate Kantelberg-Abdullah. Die Täter sollen Neonazis aus Sebnitz sein. Die Mutter wendet sich an die *Bild*-Zeitung. Am 22. November 2000 erlässt die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen drei Jugendliche.

Bild titelt am 23. November 2000: „Neonazis ertränken Kind“. Und darunter heißt es: „Keiner half. Und eine ganze Stadt hat es totgeschwiegen.“ Der Bericht, der sich vor allem auf die Mutter des Jungen beruft, ohne über die Verhaftung der drei Beschuldigten zu berichten, wirkt wie ein Weckschuss. Die Schlagzeile fällt in ein Jahr, das bereits mehrere rechtsradikal motivierte Übergriffe erlebt hat, kurz zuvor hat es einen Anschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf gegeben. Der Badeunfall des kleinen Joseph passiert in den neuen Bundesländern, in denen die rechte Szene stärker ist als im Westen Deutschlands.

Entsprechend sensibilisiert sind offenbar die Medien, entsprechend schnell springt die deutsche Medien-Maschinerie an. Die Tageszeitung *taz* überschreibt ihren Artikel mit der Schlagzeile „Badeunfall erweist sich als rassistischer Mord“, die *Süddeut-*

PODIUM

- **Udo Röbel**, ehem. *Bild*-Chefredakteur
- **Bruno Schrep**, *Der Spiegel*
- **Prof. Dr. Wolfgang Donsbach**, Kommunikationswissenschaftler, TU Dresden
- **Klaus Gertoberens**, ehem. Redakteur *Sächsische Zeitung*
- **Alexander Wendt**, *Focus*

Moderation:

Helga Kirchner,
ehem. *WDR*-Chefredakteurin Hörfunk

sche Zeitung titelt: „Ein Kind, ertränkt wie eine Katze“. Die *FAZ*, die *Tagesschau*, *Sat.1* mit *Talk im Turm* – alle springen auf den sich beschleunigenden Zug auf. Auch wenn einige große Medien-Akteure – etwa wie die *Frankfurter Rundschau* – zurückhaltender berichten: Die ganze Stadt Sebnitz steht mit einem Mal am Pranger, gilt als Zentrum der rechtsradikalen Szene.

Zwei Tage nach dem *Bild*-Auftakt kommen Zweifel auf. Während die Mord-Version der Ereignisse immer noch teilweise die Berichterstattung bestimmt, rücken die Folgen für die Stadt immer stärker ins Blickfeld. Gleichzeitig lassen Details aus Akten der Staatsanwaltschaft die Nazi-Mord-Geschichte immer unwahrscheinlicher werden. Am 26. November hebt die Staatsanwaltschaft die Haftbefehle auf. Die Medien rücken nach und nach von der Mord-Version ab. Doch der Schaden ist angerichtet. Für Sebnitz – und für die Edel-Federn der Qualitäts-Medien in Deutschland. Sebnitz wird zum Recherche-Gau.

***Bild*-Zeitung: Faktenlage war ausreichend**

Als „ein Beispiel für den kollektiven Tunnelblick“ bezeichnet Moderatorin Helga Kirchner den Fall Sebnitz, er sei ein Lehrstück für die Medien. Doch bevor es daran geht, Lehren aus diesem Ereignis zu ziehen, gibt es eine Bestandsaufnahme.

Dabei geht das Wort konsequenterweise zunächst an Udo Röbel, im Jahr 2000 Chefredakteur der *Bild*-Zeitung, auch wenn sich Röbel als Chef in der *Bild*-Zentrale für den falschen Ansprechpartner hält.¹ „Sebnitz war für mich an dem Tag eine ganz normale Geschichte – in Anführungszeichen“, erklärt Röbel. „Es ist nicht Aufgabe eines Chefredakteurs, Geschichten nach zu recherchieren.“ Die Faktenlage sei für ihn ausreichend gewesen: Drei Monate zuvor seien wegen eines Gutachtens des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen die Ermittlungen in dem Fall wieder aufgenommen worden. Diese

1 Dazu sei angemerkt: Der eigentlich verantwortliche Reporter der *Bild*, welcher damals vor Ort aus Sebnitz berichtete, hatte auf diverse Anfragen von netzwerk recherche nicht geantwortet. Er ist heute Chef des *Bild*-Büros in Dresden. Sein Vorgänger, der im Herbst 2000 das *Bild*-Büro leitete, hatte es nach mehreren Gesprächen abgelehnt, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Da auch der für den *taz*-Artikel verantwortliche Redakteur krankheitsbedingt abgesagt hatte, ist es allein an Röbel, die an diesem Fall gescheiterten Medien zu vertreten.

gipfelten in drei Haftbefehlen gegen Jugendliche aus Sebnitz. Wegen Mordverdachts. Für Röbel ein „sicheres Fundament“. Dazu vier eidesstattliche Versicherungen von Sebnitzer Bürgern. „Das war meine Situation als Chefredakteur der *Bild*-Zeitung.“ Sein großer Fehler in dieser Geschichte habe vor allem in der Entscheidung der Frage gelegen: Macht *Bild* die Geschichte mit oder ohne Fragezeichen? „Insofern ist Sebnitz für mich in der Form tragisch, dass ich zu dem Schluss käme: Ich würde es heute genauso machen.“

Sächsische Zeitung & Spiegel: Keine glaubwürdige Faktenlage

Kommen wir zur „Gegenseite“: zur *Sächsischen Zeitung*. Genau genommen zu ihrem damaligen Redaktionsleiter in Pirna, Klaus Gertoberens. Ausgerechnet ein Mann, der von Anfang an im Fall Sebnitz zur Vorsicht mahnte, beginnt sein Statement mit einem überraschenden Satz: „Es war nicht die *Bild*-Zeitung, der ich eigentlich die Hauptschuld gebe, sondern die Tatsache, dass alle anderen Organe der Medienlandschaft darauf aufgesprungen sind.“ Wie eine Welle habe der Presserummel um die kleine ostdeutsche Stadt die Redaktion überrollt, schildert Gertoberens. „Wenn man dort um Rücksichtnahme gebeten hat, sind wir natürlich abgebügelt worden.“ Auf Grund der vorsichtigen Berichterstattung der *Sächsischen Zeitung* über Sebnitz kamen die Lokaljournalisten schnell unter Druck: „Weil uns von Kollegen aus dem Westen unterstellt wurde, wir würden ja als direkt Beteiligte vor Ort das vertuschen wollen.“ Man habe die Vorwürfe der Familie ebenfalls gekannt, sagte Gertoberens. Aber: Man habe eben auch die Frau gekannt, die sie erhoben hatte, die schon öfter mit Vorwürfen an die *Sächsische Zeitung* herangetreten war. Mit Vorwürfen, die aus Sicht der Lokaljournalisten nicht haltbar waren. Für Gertoberens ist bis heute völlig eindeutig, warum die Medien an Sebnitz scheiterten: „Das ist nicht richtig recherchiert worden.“

Aber es ging auch anders. Bruno Schrep, *Spiegel*-Reporter, hatte ebenso wie die *Bild*-Reporter die Akten auf dem Tisch. Und das sogar zwei Monate vorher. Schrep hätte selbst den vermeintlichen Scoop landen können. Ganz abwegig war das nicht gewesen: Auch er hatte zunächst geglaubt, auf eine starke Story gestoßen zu sein. Aber je mehr sich Schrep in die Akten vertiefte, desto mehr war er überzeugt, dass der Neonazi-Mord

nicht stattgefunden haben konnte. „Aus den Akten ging eindeutig hervor, dass die Sache nicht stimmen konnte“, versichert Schrep. „Es zeigte sich einfach, dass diese Frau“ – gemeint war die Mutter des toten Jungen – „krank war. Das ergab sich aus zahlreichen Schriftstücken, in denen gesagt wurde: Neben unserem Kind kamen auch einige weitere Leute durch fingierte Autounfälle ums Leben. Die Täter sind in der rechtsradikalen Szene zu suchen – und in Neidern, die unsere Apotheke hier nicht haben wollen und Rezepte fälschen.“ Und so weiter.“ Laut Schrep hatten sogar die Anwälte der Familie die Mutter inständig gebeten, mit ihren Verdächtigungen aufzuhören – zu ihrem eigenen Schutz. Diesen Schriftverkehr fand *Spiegel*-Reporter Schrep nach eigener Aussage ebenfalls in den Akten. Für ihn reichte der Verdacht nicht. „Insgesamt ergaben die Akten ein Bild, das wir Journalisten immer wieder mal erleben: Dass jemand – fast könnte man sagen – unter Verfolgungswahn leidet.“ Schrep führt das auf den dramatischen Tod des kleinen Joseph zurück und darauf, dass seine Mutter offenbar nicht mit diesem Trauma fertig geworden sei.

Lancierte *Bild* bewusst die Mord-Geschichte?

Dazu kam, dass gerichtlich bereits einiges passiert war. Die Badeaufsicht des Freibades war zu diesem Zeitpunkt schon wegen des Todesfalls verurteilt worden. Der Mitarbeiter hatte dem Gericht zufolge eine kleinere Verletzung verarztet, statt am Beckenrand aufzupassen. Für Schrep waren die Haftbefehle, die die Staatsanwaltschaft unmittelbar vor der *Bild*-Berichterstattung ausstellte, nicht zu rechtfertigen. „Es ist mir unbegreiflich, wie die Staatsanwaltschaft bei dieser Faktenlage unbescholtene Leute verhaften konnte. Ich kann bis heute nur vermuten: Aus Angst vor der *Bild*-Zeitung.“ Indirekt unterstellt Schrep der *Bild* damit, die Staatsanwaltschaft mit Anfragen unter Druck gesetzt zu haben. Auch direkt greift Schrep *Bild* an: „Mir ist bis heute ein Rätsel, wie man bei dieser Aktenlage“ – auf die auch die *Bild* seit Sommer 2000 zurückgreifen konnte – „zu den Schlüssen kommen konnte, wie das nachher bei der *Bild*-Zeitung der Fall war.“

Dennoch nimmt Schrep die Tageszeitungs-Kollegen – abgesehen von *Bild* – auch ein Stück weit in Schutz: Die deutschen Tageszeitungen hätten unter harten Bedingungen arbeiten

müssen, betonte Schrep: „Sie hatten erstens die Behauptungen der *Bild*-Zeitung. Da waren zweitens drei Leute verhaftet worden, und dann standen sie unter dem Zwang, am nächsten Tag darüber zu berichten. Und ich glaube, dass das sehr, sehr schwer ist, unter diesem Zeitdruck und unter der Prämisse, dass es das staatsanwaltschaftliche Okay gibt, da eine differenzierte Berichterstattung so schnell hinzukriegen.“ Lokaljournalist Klaus Gertoberens hält dagegen. „Das glaube ich nicht ganz so. Wir haben im Vorgespräch mit dem Kollegen vom *Focus* gesprochen, der darauf hingewiesen hat, dass er richtig recherchiert hat.“ Und das unter dem gleichen Zeitdruck. Der *Focus*-Reporter Alexander Wendt, der sich bis zu diesem Zeitpunkt im Publikum befindet, steigt in die Diskussions-Runde ein und geht mit dem damaligen *Bild*-Chef Udo Röbel hart ins Gericht.

Er wirft der *Bild* nicht nur schlechte Recherche, sondern ein absichtliches Handeln vor. Trotz vorhandener Akten und eines Gutachtens, das dem Jungen eine Herzschwäche bescheinigte – eine laut Wendt häufige Vorgeschichte bei Badeunfällen – hätte die *Bild* bewusst diesen Bericht lanciert. „Das ist doch kein Irrtum, das ist auch keine gescheiterte Recherche. Sie haben nämlich nie recherchiert, sondern Sie haben die Geschichte wider besseres Wissen gemacht.“ Den Vorwurf weist Udo Röbel entschieden zurück; erneut mit dem Rückgriff auf die Haftbefehle der Staatsanwaltschaft und die eidesstattlichen Versicherungen von Sebnitzer Bürgern. *Focus*-Reporter Wendt will das nicht stehen lassen. Es entwickelt sich ein heftiger Schlagabtausch zwischen Röbel und Wendt. „Sie nageln eine ganze Stadt an die Wand“, schimpft Wendt. „Von den 15 eidesstattlichen Versicherungen waren 13 von Jugendlichen. Das ist wertloses Papier. Und die anderen stammten von stadtbekanntem Alkoholikern, die für fünf Euro alles unterschrieben hätten.“

Aus Vermutungen wurden Tatsachen gemacht

Welcher Position man auch glauben will – die Diskussionsrunde ist bei der Ursachenforschung angekommen. Einer Ursachenforschung, die Prof. Wolfgang Donsbach von der TU Dresden mit aller Entschiedenheit nicht nur bei *Bild* betreiben will. „Man kann aus dem ganzen Fall zwei falsche Schlüsse ziehen: Zum einen könnte man glauben, dass die Gegend um Sebnitz kein Problem mit Rechtsradikalismus hätte, weil der Tod des kleinen

Joseph andere Ursachen hatte. Und der zweite falsche Schluss, den man ziehen könnte: Wenn man die *Bild*-Zeitung lange genug vorgeführt hat dafür, dass sie vorgeprescht ist, hätte man das Problem im Journalismus gelöst.“ Tatsächlich hat sich die Diskussion zu diesem Zeitpunkt sehr auf Udo Röbel und die *Bild* eingeschossen. Angesichts des Fehlens des Redakteurs der *taz*, aber auch der Redakteure anderer überregionaler Zeitungen wie z.B. der *Frankfurter Allgemeinen* und der *Süddeutschen Zeitung*, die aus Termingründen der Fachkonferenz ferngeblieben sind, war dies fast unausweichlich. Donsbach bringt die Diskussion auf eine breitere Ebene zurück. „Da muss man die Frage stellen: Was ist da schief gelaufen? Wir reden ja auch nicht vom Störfall der *Bild*-Zeitung, sondern vom Störfall im Mediensystem.“ So fand eine inhaltliche Studie der TU Dresden nur in 45 Prozent aller Sebnitz-Berichte Vorbehalte, die signalisierten, dass es lediglich um einen Verdacht ging. Laut Donsbach hätten 55 Prozent der Journalisten dagegen aus Vermutungen Tatsachen gemacht. Ein Verstoß gegen die Regeln der Verdachtsberichterstattung, wie Moderatorin Helga Kirchner anmerkt. Dazu fand die Untersuchung eine Emotionalisierung der Berichterstattung quer durch alle Medien heraus. Aber warum dieses Lemming-Verhalten? Warum folgten die Medien scheinbar blindlings ihrem Boulevard-Leittier? Darüber diskutierten nach Sebnitz die Journalisten auch in ihren eigenen Blättern. „Wenn man einen positiven Aspekt des Falles Sebnitz sehen will“, betont Donsbach, „dann ist es der, dass es mal wieder eine Diskussion über Journalismus gab. Und über die Frage: Wie kommen solche Fälle zustande?“ Dass es Recherche-Fehler gegeben hatte, darüber ist sich die Diskussions-Runde einig. Darüber, dass das nicht alles sein konnte, auch. Die mangelhafte professionelle Arbeit vieler Journalisten führte zu dem Recherche-Gau in Sebnitz. Entscheidend dabei war, dass die Medien auf ein allzu stimmiges Gesamtbild hereinfließen.

Diese Erkenntnis setzt sich schnell in der Runde durch. Schon in einer Fernsehdokumentation, die in Ausschnitten während der Diskussion gezeigt wird, hatte sich der damalige *Talk im Turm* -Moderator Erich Böhme zu dieser Einstellung bekannt: „Wir hatten sehr viele Neonazis, wir hatten sehr viel Ausländerfeindlichkeit in den ostdeutschen Ländern, und es sind Asylanten-Baracken in Flammen aufgegangen. [...] Das war eine reine Jagdsaison in Ostdeutschland. Und da hatten wir keine Zweifel.“ Die rechtsradikalen Strömungen in weiten Teilen der

fünf neuen Länder bestätigt Klaus Gertoberens, zur Zeit des Sebnitz-Falls noch in der Redaktion der *Sächsischen Zeitung*. „Wir hatten die Skinheads Sächsische Schweiz, die SSS, die mit 50 aktiven Neonazis und 200 Mitläufern, also 14- bis 15-Jährigen, über viele Jahre das obere Elbtal tyrannisiert haben.“ Dieses Gesamtbild hatte die Theorie von rechtsradikalen Mördern in Sebnitz erst einmal durchaus glaubhaft erscheinen lassen, betont auch Udo Röbel: „Man muss noch wissen bei der ganzen Geschichte, dass dieser Fall hochkam in einer Zeit, die ziemlich aufgeladen war. Es war ein Sommer voller rechtsextremer Übergriffe, ein paar Monate vorher gab es einen Bombenanschlag in Düsseldorf gegen eine jüdische Einrichtung. Es war also ein Klima am Kochen, bei dem rechtsradikal völlig neue Dimensionen erreicht waren. Wenn ich das im Nachhinein für mich beurteile, hat das natürlich in meinem Kopf für mich eine Rolle gespielt.“ Anders ausgedrückt: Wäre ein Badeunfall in Bergisch-Gladbach als Nazi-Mord bezeichnet worden – das Misstrauen der Journalisten wäre möglicherweise sofort geweckt gewesen. In Sebnitz aber – im Osten Deutschlands – fügte sich der angebliche Nazi-Mord nahtlos in das Puzzle ein. Und er sorgte für den entscheidenden Anstoß bei *Bild*-Chef Röbel, den Schalter auf mediale Konfrontation umzulegen. „Irgendwann war dann die Entscheidungsfindung: Jetzt ist aber Schluss. Jetzt müssen wir mal den ganz großen Knüppel rausholen – diese Republik muss endlich aufwachen.“

Die Medienmeute folgte. Nach dem gleichen Schema. Es gab wenig konkrete Fakten, aber einen hohen Druck, etwas zu berichten. Für den Medienwissenschaftler Donsbach der Nährboden für ein psychologisches Phänomen bei Journalisten. „In unbestimmten Situationen sucht man den Kontakt zur Gruppe.“ Je mehr eine Sachlage den eigenen Vorurteilen entspreche, desto glaubwürdiger sei sie für den Journalisten. Auch Donsbach selbst hatte sich diesem Phänomen nicht entziehen können. „Ich hab’s, glaube ich, im Urlaub gelesen damals oder auf einer Dienstreise, und ich hab gesagt: Das hab ich schon immer gewusst. Das bestätigt meine Vorurteile.“ In Sebnitz passte alles ins Bild. Das gesunde Misstrauen der Berichterstatter war eingelullt von dem stimmigen Gesamtbild – von einer perfekten Story.

Keine Recherche ohne Gegenrecherche

Was sollte aus Sebnitz folgen? Welche Konsequenzen müssen gezogen werden? Klaus Gertoberens bringt die Forderung auf eine kurze Formel: „Keine Recherche ohne Gegenrecherche.“ Ex-*Bild*-Chef Udo Röbel warnt vor allem vor „zu guten Geschichten“. Und plädiert dafür, sie auch mal kaputt zu recherchieren. „Unser journalistischer Alltag besteht ja darin, gute Geschichten zu finden. Egal, für welches Medium Sie arbeiten. Da hab’ ich eine Idee, einen Anstoß von außen, und dann denke ich: Das wäre eigentlich eine Geschichte. Und was beginnt da in meinem Kopf? In meinem Kopf beginnt ja ein Film sich zu entwickeln, der sagt: Die Geschichte wäre noch besser, oder die Geschichte wäre gut, wenn das, das, das und das sich erfüllt.“

Ein vorurteilsfreier Recherchebeginn sei dann fast nicht mehr möglich; der Journalist käme an diesem Punkt in Versuchung, seine „tolle“ Geschichte beweisen zu wollen. Der Tunnelblick auf die perfekte Story. Der Medienwissenschaftler Prof. Donsbach fordert die Journalisten auf, nicht nur nach Belegen für die eigene These zu suchen, sondern den umgekehrten Weg zu gehen: „Ich habe eine These – und ich frage: Wie kann ich versuchen, diese These zu widerlegen? Das ist das, was wir Wissenschaftler machen müssen. Uns wird ja in die Wiege gelegt, wenn wir Hypothesen haben, die Untersuchung so aufzubauen, dass möglichst geringe Chancen bestehen, dass die Hypothesen sich bestätigen. Das lässt sich eins zu eins auf den Journalismus übertragen.“

Die Idee: Wer versucht, seine Geschichte zu widerlegen und nur die nicht zu widerlegenden Fakten für seine Geschichte verwendet, läuft am Ende weniger Gefahr, mit falschen Fakten an die Öffentlichkeit zu gehen. Donsbach verweist dabei auch auf den angelsächsischen Journalismus – ein System, das den „falsifikatorischen Journalismus“ zum Ideal erhoben habe. Außerdem sei wichtig, innerhalb der Redaktion zu diskutieren. Vier Augen sehen mehr als zwei, sechs sehen mehr als vier. Auch hier lenkt Wolfgang Donsbach den Blick auf die Kollegen im englischsprachigen Raum. „Man sieht ganz deutlich, auch wenn sich das gerade ein wenig verändert, dass die redaktionelle Kontrolle im angelsächsischen Journalismus viel stärker ist. In Deutschland ist das journalistische Produkt das Produkt eines Individuums. Wenn ein Chef oder ein Ressortleiter da was ändern will, heißt es gleich, die innere Pressefreiheit sei gefährdet.“ Gegenentwurf: „In den USA und England ist das mehr so ein Fließband. Da sind verschiedene Rollen dran beteiligt. Der Reporter schleppt ir-

genetwas an. Der Editor guckt sich das an, fragt: Hast du denn auch die Gegenseite gefragt, das ist doch nicht schlüssig, was du da schreibst. Hast du dir diese oder jene Akte angeguckt... Am Ende erkennt man das gar nicht mehr wieder, was der Reporter angeschleppt hat.“ Immerhin: Auch der deutsche Journalismus sei mittlerweile stärker redaktionell betreut und kontrolliert als früher. Dieser Blick von außen könne die nötige Distanz herstellen, die dem investigativ ermittelnden Journalisten fehlen kann, meint auch Udo Röbel: „Wer holt mich rechtzeitig zurück, wenn ich mich irgendwo verliere?“ Im Idealfall: Die Kollegen.

Diese internen Diskussionen brauchen zwar Zeit, die man unter Zeitdruck nun mal am wenigsten hat. Trotzdem meint *Focus*-Reporter Alexander Wendt: „Ich glaube, dass es Möglichkeiten gibt, sich diesem Druck zu entziehen. Man muss sich diesen Rhythmus nicht aufzwingen lassen. Bei Nachrichtenlagen wie in Sebnitz werde ich ja auch von meinen Kollegen öfter mal am Ärmel gerüttelt und werde gefragt: ‚Hast du gelesen, was dpa gerade gemeldet hat? Hast du gesehen, was da bei *n-tv* gelaufen ist?‘ Und da sage ich immer: ‚Ich nehme es zur Kenntnis, aber es interessiert mich nicht.‘ Es interessiert mich für meine Recherche nicht.“ Oder anders gesagt: Es enthebe ihn nicht der Pflicht, sich selbst um Informationen zu kümmern. „Dann konzentriere ich mich lieber darauf und schiebe erst mal nach einem kurzen Blick diese aktuelle Nachrichtenlage – die sich in solchen Fällen auch stündlich ändert – beiseite. Ich will mir dann mein eigenes Bild machen.“ Bewusster Widerstand gegen das Lemming-Prinzip also. Vor allem, weil Journalismus eine besondere Verantwortung hat, wie Wolfgang Donsbach betont: Es bleibe immer etwas hängen. „Wenn ich mit dem Motorrad, was ich ab und zu mache, durch Sebnitz fahre, und ich sehe das Ortsschild. Das Erste, was mir durch den Kopf schießt, sind die Schlagzeilen von damals.“

Wären die Ereignisse von damals auch heute noch denkbar?

Die Diskutanten auf dem Podium stimmen dem einhellig zu und benennen Gründe für das Scheitern:

- 1 Mangel an Kompetenz.** Klaus Gertoberens, damals *Sächsische Zeitung*: „Ich biete Seminare an, Berichten über Rechtsradikalismus. Und da wundere ich mich immer, wie unbedarft die Kollegen sind.“ Aber, immerhin, im Vergleich zu damals sieht er Fortschritte: „Ich denke, wir sind da alle ein

Stück weiter. Und ich hoffe, dass solche Beispiele sich bei den Akteuren im Kopf festsetzen und sie dann darüber nachdenken, bevor so was passiert.“ Die *Sächsische Zeitung* hat nach Sebnitz begonnen, ihre Lokalredakteure im Umgang mit Rechtsextremismus zu schulen.

- 2 **Kontrollinstanzen haben versagt.** Bruno Schrep, *Spiegel*: „Ich glaube, dass ein Fall wie Sebnitz auch heute noch möglich wäre. Auf der einen Seite haben mehrere Journalisten einen Vorgang falsch bewertet. Und zum anderen kam das staatliche Okay dazu – durch die Staatsanwaltschaft. Und wenn so eine Konstellation wieder stattfinden würde, dann könnte ich mir vorstellen, dass ein ähnlicher Gau – aber womöglich auf einem anderem Gebiet – wieder stattfinden könnte.“ So sieht es auch Udo Röbel, damals *Bild*: „Es [der Fall Sebnitz, Anm. d. Red.] hat eine ganz klare hierarchische Kette durchlaufen. Regionalredaktion, Nachrichtenredaktion in Hamburg, dann Chefredaktion. Es waren Kontrollinstanzen da. Wenn ich das im Nachhinein so sage, dann muss es eine Kette von menschlichem Versagen gewesen sein. Und gegen menschliches Versagen sind Sie nicht gefeit.“
- 3 **Der Herdentrieb.** Schon allein nach statistischer Wahrscheinlichkeit müsste so ein Fall erneut denkbar sein, meint Wolfgang Donsbach: „Das passiert ständig. Ich gehe jede Wette ein. In jeder zweiten Zeitung von den dreien, die ich lese, finde ich einen Artikel, wo ich sage: Da hat entweder die Falle ‚Herdentrieb‘ oder die Falle ‚eigene Vorurteile‘ zuge schnappt. Das passiert ständig im Kleinen und hat halt nicht immer die Ausmaße.“

Fazit: Selbstkritisch sein und misstrauisch bleiben!

Zwei schlichte Erkenntnisse stehen am Ende der Diskussion. Nach all den negativen Bedeutungen des „Tunnelblicks“ auch eine positive: Ein Tunnelblick muss nicht nur schlecht sein. Fokussiert zu sein darauf, etwas herauszubekommen, Fakten auszugraben, Missstände aufzudecken – auch das kann ein Tunnelblick sein. Und kein schlechter, wenn man dennoch bereit ist, eine Geschichte ab einem gewissen Punkt zu hinterfragen und möglicherweise sogar aufzugeben.

Damit einher geht die zweite, vielleicht entscheidende Erkenntnis: Misstrauisch bleiben! Auch bei einem scheinbar stimmigen Gesamtbild. Auch bei Informationen von *Bild*, *FAZ*, *ARD* oder *dpa*. Auch bei der perfekten Story. Es bleibt dabei: Am Ende wird man sich die Dinge eben doch selbst anschauen müssen.

Wer immer Erfolg hat, schummelt

Wie es nach dem Scheitern weitergehen kann

Dokumentiert von Lena Brochhagen

Fehler passieren und zwar bei fast jeder Recherche. Mit dieser These hat *Wall Street Journal*-Reporter David Crawford seinen Vortrag eröffnet – und Tipps gegeben, wie die Recherche trotz der Fehler weiter gehen kann.

David Crawford hat den Schmiergeld-Skandal bei Siemens recherchiert, er hat eine mögliche Stasi-Verwicklung in den Bombenanschlag auf den Banker Alfred Herrhausen untersucht und einem auffälligen Beziehungsgeflecht um den damaligen russischen Präsidenten Wladimir Putin nachgespürt. Eine beeindruckende Journalisten-Karriere, so Moderator Hans Leyendecker von der *Süddeutschen Zeitung*: Mit seinen „Aufsehen erregenden Geschichten“ sei Crawford „mal Freund, mal Konkurrent“.

INTERVIEW

David Crawford, *Wall Street Journal*

Moderation:

Hans Leyendecker, *Süddeutsche Zeitung*

Aber Aufsehen erregt längst nicht jede Recherche, die David Crawford anpackt. Und das macht der Journalist gleich zu Beginn seines Vortrags klar: „Eine ganze Halde von Geschichten“ habe er nie veröffentlicht. Denn immer wieder fehlten zentrale Informationen und Belege. Für Crawford kein Grund zu resignieren. Er habe viele Geschichten beiseite gelegt in der Hoffnung, sie später zu veröffentlichen.

Geschichten liegen teils Jahre auf Eis

Dieser Optimismus sei immer wieder bestätigt worden, erzählt der Reporter des *Wall Street Journals*: An die nötigen Belege sei er oft doch noch gekommen. Manchmal dauerte es Tage, Wo-

chen oder Monate, manchmal viel länger: Einige der Storys, auf die er besonders stolz ist, lagen zuvor 10 oder 15 Jahre auf Eis.

Mit Blick auf seinen eigenen Schreibtisch vermittelt Crawford gleich zu Beginn seines Vortrags zwei zentrale Botschaften: Es ist völlig normal, dass Recherchen auch einmal im Sande verlaufen. Aber das heißt nicht, dass es nicht doch einen Weg ans Ziel gibt – wenn die Journalisten einen langen Atem haben. Den empfiehlt Crawford seinen investigativ arbeitenden Kollegen immer wieder.

Hohe Anforderungen an „großartige“ Geschichten

Crawford stellt hohe Anforderungen an die Recherche. „Großartige“ Geschichten seien für ihn nicht nur gesellschaftlich relevant, sondern führten auch dazu, dass nach der Veröffentlichung ein Missstand behoben wird oder sich Denkweisen ändern.

Das wichtigste Kriterium für Crawford: „Großartige“ Storys müssen überraschen. Das gelte seiner Meinung nach nicht für den Skandal von Sebnitz (siehe „Der kollektive Irrtum – Wie Sebnitz zum Recherche-Gau wurde“). Crawford sieht darin keinen Stoff für eine investigative Recherche, weil die Geschichte nicht überraschend sei: „Jeder wusste, dass es diese Geschichte wahrscheinlich irgendwo gibt. Das war keine Überraschung. Und deswegen war es auch für mich kein investigativer Journalismus.“

Nicht jeder im Raum zeigt sich mit dieser These einverstanden. Crawfords Botschaft aber wird klar: Investigative Berichte müssen dem Publikum einen deutlichen Mehrwert bieten. Der *Wall Street Journal*-Reporter setzt dabei vor allem auf das Überraschungsmoment – bei ihm sollen die Leser etwas erfahren, was sie noch nicht wissen und auch nicht erwartet hätten.

Die Recherche beginnt mit Fragen, nicht mit Antworten

Überraschung – das erwartet Crawford auch für die Arbeit der Journalisten selbst: Bei einer investigativen Recherche dürfe

die Antwort nicht zu Beginn feststehen, sonst könne sie nicht als investigative Arbeit gelten.

Crawford verdeutlicht das anhand einer eigenen Recherche. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 folgte er den Spuren des früheren saudi-arabischen Kulturattachés in Berlin, dessen Visitenkarte bei einem später als Terrorhelfer verurteilten Mann gefunden worden war. Der ehemalige Kulturattaché war inzwischen aus Deutschland abgereist.

Crawford fragte in Botschaftskreisen, bei Stiftungen und bei vielen anderen Stellen nach, zu denen der Mann in seiner Funktion als Kulturattaché hätte Kontakt haben müssen. Doch niemand kannte den Gesuchten – und Crawfords erste Recherchen endeten in der Sackgasse.

Schließlich fand der Reporter dann doch Menschen, die den rätselhaften Kulturattaché kannten, fand Hinweise auf dessen Kontakte zu islamischen Extremisten, konnte schließlich sogar auf die Korrespondenz des Gesuchten zugreifen. „Aber das hat drei Monate gedauert“, sagt Crawford „und jede These, die ich bis dahin hatte, war falsch.“

In der Sackgasse landen ist ärgerlich ...

Das Beispiel verdeutlicht für Crawford, wie leicht investigative Recherchen scheitern können: Wo zu Beginn nicht mehr als ein vager Verdacht besteht, kann die Suche auch einmal im Nichts verlaufen. Scheitern könne eine Recherche aber auch wegen der hohen Ansprüche an ihre Belastbarkeit. Jede Behauptung muss vor Gericht wasserdicht sein, jede Information muss daher belegt und alles genauestens überprüft werden.

Auch hierzu gibt Crawford ein Beispiel: Er hatte Hinweise auf Geldwäsche für Wladimir Putin, den allgewaltigen Herrscher im Kreml. „Ich hatte sogar Akten“, sagt Crawford, „ich war total stolz darauf“ – bis ihn ein Informant auf ein Detail hinwies: Die angeblichen Original-Akten waren auf den 1. April datiert. Die Dokumente sollten offensichtlich ein Witz sein und waren letztlich eine Fälschung.

... aber Falsches schreiben ist schlimmer

Damit entpuppte sich der Skandal als Aprilscherz – eine Enttäuschung für Crawford. Trotzdem blickt er erleichtert auf die Geldwäsche-Recherche zurück. Denn er hat nichts Falsches veröffentlicht. Und das wäre für Crawford weit gravierender als eine Recherche ohne Ergebnis. Eine falsche Geschichte würde den eigenen Ruf langfristig schädigen und vielleicht auch seine Karriere beim *Wall Street Journal* beenden. Falsch zu berichten sei für ihn das wahre Scheitern, nicht die vergebliche Suche nach Belegen.

In diesem Sinne gescheitert ist Crawford nach eigenen Worten nie – etwas Falsches veröffentlicht habe er noch nicht, sagt der *Wall Street Journal*-Reporter. Moderator Hans Leyendecker kommentiert, dann sei Crawford ein „glücklicher Journalist“.

Crawfords Angst vor dem eigenen Fehler hängt auch damit zusammen, dass es bei seiner Zeitung, dem *Wall Street Journal*, keine eigene Dokumentations-Abteilung wie etwa beim *Spiegel* gebe. Er müsse als Autor alle Fakten selber überprüfen und – wenn sich Fehler einschlichen – dafür geradestehen.

Kritik vor der Veröffentlichung

Um falsche Berichte zu verhindern, bindet Crawford Kritiker früh ein. Zum Beispiel bei seiner Recherche über den Mord an Alfred Herrhausen. Der Manager der Deutschen Bank wurde 1989 mit einer Bombe getötet.

Crawford ging Hinweisen nach, dass die Stasi in den Anschlag verwickelt sein könnte. Belastbare Belege zu finden, sei schwierig gewesen, Kritik vorprogrammiert. Darum habe er seine Recherchen und Dokumente Fachleuten gezeigt, noch bevor er die Geschichte veröffentlichte – und konnte deren Anmerkungen so berücksichtigen.

2007 ist der Artikel über die „Ermordung eines Firmenchef“ erschienen. Für Crawford ein Recherche-Erfolg, dem aber Jahre des Stillstands vorausgingen. Etwa 15 Jahre habe er die Geschichte immer wieder auf Eis gelegt, bis er die nötigen Belege

für seine Argumente hatte – wieder ein Plädoyer für einen langen Atem bei der Recherche.

Crawford gibt in seinem Vortrag aber auch ganz konkrete Tipps, wie Journalisten Wege aus der Recherche-Sackgasse finden können. Wenn eine These scheitert, sich keine Belege finden lassen, rät er, erst einmal eine Pause einzulegen – und mit dem nötigen Abstand – einen Neuanfang zu versuchen.

Billig reisen, nicht zu viel versprechen

Doch die Journalisten arbeiten nicht nur für sich allein: „Bürokratische Fähigkeiten gehören auch zum Journalismus. Man muss auch wissen, wie man innerhalb der Redaktion seine Beiträge durchsetzt.“ Denn Zeit, Geld und Freiheit für die Recherche bekommen die Journalisten nur, wenn die Redaktion einverstanden ist.

Auch dazu gibt Crawford ganz praktische Ratschläge: billig reisen. Er empfiehlt, die Kosten für die Recherche niedrig zu halten, zum Beispiel möglichst günstig zu reisen, in billigen Bahnhofshotels statt in teuren Luxushäusern zu übernachten. Wenn die eigenen Reisekosten nicht aus dem Rahmen fielen, müsse man sich nicht rechtfertigen, warum man so viel unterwegs sei. Er habe u.a. auch wegen seiner niedrigen Reisekosten „Narrenfreiheit“ beim *Wall Street Journal* erlangt.

Wichtig sei auch, der Redaktion nicht zu viel zu versprechen. Crawford rät: lieber „tief stapeln“ als einen Skandal anzukündigen, der sich dann als Irrtum entpuppt. In eine ähnliche Richtung zielt der Ratschlag, offen für Kritik zu sein und zwar, bevor die Geschichte gedruckt oder gesendet wird. Dann kann es zwar einmal passieren, dass die Story es nicht ins Blatt oder in die Sendung schafft. Das ist Crawford aber lieber als etwas Falsches oder auch nur Anfechtbares zu veröffentlichen.

(Fehler)Quellen

Vom Umgang mit Expertenwissen

Dokumentiert von Philipp Anft

Das Befragen von Experten ist eine der zentralen Recherchemethoden des Journalisten. Vor allem im Bereich des Wissenschafts- oder Medizinjournalismus kommt man nicht umhin, sich immer wieder auf die Informationen von Spezialisten aus

den verschiedensten Fachgebieten verlassen zu müssen oder ihre Aussagen zumindest zu zitieren. So informativ das in manchen Fällen sein kann, führt diese Recherchemethode oft auch zu Problemen:

WORKSHOP

- **Ingrid Bertram**, *WDR*
- **Katinka Schröder**, *WDR*
- **Nina Weber**, *Spiegel Online*

Moderation:

Prof. Holger Wormer,
Institut für Journalistik, TU Dortmund

Nicht selten stellen sich diese Quellen nämlich als Fehlerquellen heraus. Falsche, widersprüchliche oder unsichere Experten können sich genauso

verheerend auf Recherchen auswirken wie schweigsame oder gar lügende Experten.

Eine Recherche Falle droht auch durch falsche oder irreführende Fallbeispiele. Diese prägen die letztendliche Aussage des journalistischen Produkts stark. Ein Grund, sich immer wieder zu fragen: Passt mein Fallbeispiel zu dem, was ich aussagen will? Am Beispiel des Medizinjournalismus würde das heißen: Ist der Patient, den ich ausgewählt habe, wirklich der typische für die Krankheit oder Behandlungsform, über die ich berichten will?

Der Wissenschafts- und Medizinjournalist hat häufiger in seiner Berichterstattung mit Wahrscheinlichkeiten zu tun als mit der Abbildung von Tatsachen. Wenn ein Lokaljournalist über ein Thema berichtet, kann er sich meist auf Dinge beziehen, für die Beweise vorliegen oder die von Zeugen beobachtet wurden: Ein Autounfall, ein Bauvorhaben oder ähnliches. Im Wissenschafts-

Journalismus hingegen geht es oft um Studien oder Erkenntnisse, die von verschiedenen Forschern unterschiedlich eingeschätzt und beurteilt werden. Sei es die Wirksamkeit eines Medikaments oder die Ausprägung des Klimawandels – vieles bleibt auch bei gewissenhafter Recherche im hypothetischen Bereich oder ist zumindest mit jener statistischen Unsicherheit behaftet, die sich selbst mit den besten wissenschaftlichen Methoden nicht vermeiden lässt.

Diese und ähnliche Fehlerquellen sollen im Folgenden anhand von drei Beispielen erläutert werden. Die Vortragenden sind erfahrene Journalisten, die sich bereit erklärt haben, über ein schwieriges Rechercheerlebnis zu berichten und zu erzählen, wie sie damit umgegangen sind.

INGRID BERTRAM RECHERCHE-GAU AM ATOMKRAFTWERK

Bereits 2007 war sie veröffentlicht worden – die KiKK-Studie („Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken“). Ihre zentrale Aussage: Kinder, die in der Nähe von Atomkraftwerken aufwachsen, erkrankten mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an Leukämie als andere. In Auftrag gegeben vom Bundesamt für Strahlenschutz, lieferte die Studie eindeutige Zahlen – trotzdem blieb sie weitestgehend folgenlos. Zu viele Wissenschaftler zweifelten sie an.

Nach dem Reaktorunglück von Fukushima 2011 beschloss die freie Journalistin Ingrid Bertram, sich mit dem inzwischen etwas in Vergessenheit geratenen Thema erneut zu beschäftigen. Für das ARD-Fernsehmagazin *plusminus* wollte sie herausfinden, warum eine glaubhafte, statistisch hoch signifikante Studie so vehement angezweifelt wurde und wie die hohe Zahl der Erkrankungen zu erklären sein könnte – schließlich überschritt keiner der Messwerte aus dem Umfeld des Kraftwerks die offiziellen Grenzwerte. Wissenschaftlich betrachtet lieferte der statistisch gut belegte Zusammenhang der KiKK-Studie allein aber noch keinen Beweis dafür, dass tatsächlich die Kernkraftwerke auch die Verursacher waren.

Bertrams Recherchehypothese: Beim regelmäßigen Wechseln der Brennstäbe im Reaktor könnte kurzzeitig eine sehr hohe Strahlenbelastung auftreten, die aus den gemittelten Jahresmesswerten nicht hervorgehe, aber die erhöhte Zahl der leukämiekranken Kinder erklären könnte.

Wochenlang bemühte Ingrid Bertram sich darum, von RWE Tagesmesswerte für den Zeitpunkt des Brennstabswechsels zu bekommen. Sie wurde freundlich behandelt, RWE kooperierte, sicherte ihr die Werte zu – und ließ sie warten. Dann kamen die Werte – einen Tag vor Sendedatum. „Ich nenne das Umarmen – und im Unklaren lassen“, sagt Ingrid Bertram heute. „Und das ist, glaube ich, eine Strategie die immer stärker von großen Unternehmen vertreten wird.“

Die Ausstrahlung wurde verschoben – und die anstrengende Recherche ging weiter. Denn die Suche nach Experten, die die Messwerte „objektiv“ analysieren konnten, stellte sich als extrem schwierig heraus. Ein Grund dafür war die starke Spezialisierung der Experten: Kernphysiker kannten sich zwar mit den Messergebnissen aus, die man ihnen vorlegte – wussten aber wenig von der Wirkung der Strahlung auf Menschen. Strahlenbiologen waren Spezialisten für diese Wirkung – konnten aber wenig über die Messergebnisse aussagen. Die Suche nach einem für die Aufgabe qualifizierten Experten wurde zu einem weiteren Fallstrick der Recherche.

Hinzu kam jedoch noch ein zweites, gravierendes Problem: Es ließ sich kein politisch unabhängiger Experte finden. „Das Spektrum der Wissenschaft ist so groß in ihrer politischen Färbung wie das europäische Parlament. Es ist wirklich jede Couleur vorhanden“, sagt Ingrid Bertram heute. Egal, an welche Institutionen sie herantrat – sei es die Strahlenschutzkommission, das Bundesamt für Strahlenschutz, die internationale Strahlenschutzkommission, Ökoinstitut oder andere: Jede hatte eine politische Färbung und ein bestimmtes Interesse. Das Bild vom „unabhängigen Experten“, das so oft vom Wissenschaftler gemalt wird, war zumindest bei diesem empfindlichen Thema völlig falsch.

Noch ein drittes Problem trat auf: Die Messwerte, die Ingrid Bertram von RWE erhalten hatte, waren in höchstem Maße relativ. Bei ihren Recherchen fand sie heraus, dass fast jeder Wert

angezweifelt werden konnte, nicht zu überprüfen war oder einen Gegenwert hatte – so schien es fast unmöglich, eine klare Aussage zu treffen.

Wie kam Ingrid Bertram trotzdem zu einem Ergebnis? Um überhaupt eine Aussage treffen zu können, ließ sie letztendlich eine Expertengruppe vom „linken Rand“ des politischen Spektrums zu Wort kommen, deren Erklärungen ihr am plausibelsten erschienen. Die politische Färbung der Wissenschaftler thematisierte sie im Beitrag. Zudem entschied sie, sich als Reporterin und im Sprechertext sehr im Hintergrund zu halten – ihre Protagonisten für sich sprechen zu lassen und kritische Aussagen den Experten zu überlassen: „Ich habe mich nicht mit meinen Protagonisten gemein gemacht und ihre Aussagen denen von RWE gegenübergestellt.“

Juristisch war der Film so unbedenklich und auch RWE versuchte nicht, gegen die Ausstrahlung vorzugehen.

Im Ergebnis war die Recherche letzten Endes also erfolgreich. In vielen anderen Fällen allerdings scheitern solche Beiträge, weil sie Wochen später nicht mehr aktuell sind oder weil der Auftraggeber nicht weiteres Geld in die Recherchen stecken will. Die freie Autorin Ingrid Bertram hat nach 8-wöchigen Recherchen bis zur ersten Sendung weitere Wochen recherchiert, damit ihr Bericht in der übernächsten Ausgabe von *plusminus* ausgestrahlt werden konnte. Sie nahm dabei in Kauf, dass ihr Verdienst als freie Mitarbeiterin im Verhältnis zum zeitlichen Aufwand gering war.

KATINKA SCHRÖDER **ÖFFENTLICH-PRIVATE RECHERCHEFALLE**

Es sollte eine gründliche Recherche zum Thema „Öffentlich-private Partnerschaft“ (ÖPP) werden: Für das *WDR5*-Hörfunkmagazin *Neugier genügt* wollte die *WDR*-Journalistin Katinka Schröder anhand von praktischen Beispielen aus NRW abbilden, wie Kommunen mit privaten Investoren zusammenarbeiten – und welche Probleme es dabei gibt. Zwar hatte sie Erfahrung im Wirtschaftsjournalismus, aber mit diesem speziellen Thema hatte sie sich vorher noch nie eingehend beschäftigt.

Auf das Thema ÖPP war sie über die Webseite einer Bürgerinitiative aufmerksam geworden. Der Slogan „Stoppt Straßenprivatisierung im Kreis Lippe!“ weckte ihre Neugier. „Sind die jetzt schon so pleite, dass die sogar ihre Landstraßen privatisieren?“, fragte sich Katinka Schröder. Mit diesem Bild im Kopf begab sie sich auf die Suche nach Experten – ohne sich vorher eine genaue Definition von ÖPP zu erarbeiten: Ihr erster Fehler, wie sie heute sagt. Denn das Thema war komplizierter als zuerst angenommen. Die ÖPP ist keine echte Privatisierung, da ihr das Merkmal der Eigentumsübertragung fehlt. Von Kritikern der Praktik und im journalistischen Sprachgebrauch wird sie jedoch oft als echter „Verkauf“ des öffentlichen Guts an private Investoren dargestellt – dem ging Katinka Schröder auf den Leim.

Als ihr klar wurde, dass ÖPP etwas anderes war, als das, was ihr aus den Medien bekannt und von irreführenden Experten vermittelt worden war, musste sie ihr Verständnis des Themas während der Recherche verändern. Ein Prozess, der viel Zeit kostete. Ihre Lehre daraus: „Man sollte die Definition von einem Begriff von Experten oder solchen, die sich dafür halten, nicht unkritisch übernehmen“. Zu Beginn der Recherche Thema definieren und sich über wichtige Begriffe informieren – so kann man Experten (einigermaßen) auf Augenhöhe begegnen.

Ein zweiter Fehler sei es gewesen, neben dem ersten Beispiel im Kreis Lippe noch ein weiteres in Monheim darstellen zu wollen. Die gewählten Orte lagen weit von Katinka Schröders Wohnort entfernt. Kreis Lippe und Monheim waren so nur mit langen Fahrten zu erreichen – was den Hörfunkbeitrag für die Autorin letztlich wirtschaftlich unrentabel machte. Es sei ihr bewusst gewesen, dass sie die Recherchen nicht nur per Telefon erledigen konnte, sondern auch vor Ort recherchieren musste. „Das war eigentlich klar, dass man da wirtschaftlich baden geht“, weiß sie heute. Ihre Lehre: Gezielt Fallbeispiele in der Nähe vom Wohnort suchen.

Noch einen dritten Recherchefehler gesteht sich Katinka Schröder heute ein: Sie hätte sich bei dem Thema übernommen. So habe sie die Haushalte der Kommunen studiert, Bücher über ÖPP gelesen und versucht, sich dem Thema so umfassend wie möglich zu nähern. Letztlich wurde ihr aber klar, dass das Thema so kompliziert und die Haushaltsverhältnisse ihres Bei-

spiels in Monheim so undurchschaubar waren, dass sie nicht weiterkam.

Zu spät habe sie dann angefangen, vor Ort mit den Betroffenen zu sprechen, den wahren Experten. Die Erkenntnisse aus diesen Interviews machten die Recherche dann jedoch noch unübersichtlicher als bisher. Ein englischer Journalist habe zu diesem Rechercheproblem einmal den ironischen Satz geprägt: „Stay away from the countryside, stay away from the facts.“ Auf dem Land, da lauern die Fakten – und die können für einen schlüssigen Beitrag gefährlich werden.

Als Ausweg aus dem Dilemma suchte sie nach einem Experten, der die Angelegenheit „ganz objektiv“ beurteilen könnte. Doch auch diesen Ansatz musste sie bald aufgeben: „Das ist bei dem Thema ÖPP unmöglich.“ Dafür waren die Privatisierungsvorhaben politisch einfach zu sehr aufgeladen: „Da habe ich viel zu lange nach gesucht – nach diesem unabhängigen Experten.“ Statt die Position ihrer Experten klar zu machen und ihre Aussagen einzuordnen, habe sie lieber ganz auf deren Aussagen verzichtet und so mögliche Gesprächspartner verworfen.

Letztendlich lief der Beitrag trotzdem – am Ende sei es jedoch zeitlich sehr knapp geworden.

Aus dieser Erfahrung hat Katinka Schröder Kriterien für die zukünftige Auswahl ihrer Fallbeispiele erstellt:

- ▶ Was will ich mit diesem Beispiel sagen?
- ▶ Warum wähle ich das aus?
- ▶ Welche Struktur steckt dahinter?

Damit arbeitet sie heute, wenn sie Exposé's schreibt und überprüft, ob ein Beispiel wirklich zum Thema passt. Damit sie nicht mehr in solche Fallen tappt.

NINA WEBER

WO STECKEN PLÖTZLICH ALLE AUGENEXPERTEN?

Fünf Stunden für einen Artikel – und das am zweiten Arbeitstag. Das waren die Voraussetzungen für die Story über ein neu entwickeltes Augenimplantat, die die Diplom-Biochemikerin und Journalistin Nina Weber für den Wissenschaftsteil von *Spiegel Online* schreiben sollte. Anlass war eine gerade publizierte Studie über das Implantat – doch Informationen über die Entwicklung waren schon länger im Umlauf. Bereits ein Jahr vor Nina Webers Arbeitsantritt hatte ein Kollege einen Artikel über das Implantat für den *Spiegel* geschrieben – viel Neues gab es also nicht zu berichten. Zu Beginn der Recherche wurde noch ein weiteres Problem deutlich: Scheinbar waren alle passenden Experten zum Thema bei einem Fachkongress – außer einem Verantwortlichen aus der Vertriebsfirma des Implantats war niemand für ein Interview erreichbar. „Es war eine Horrorrecherche“, sagt Nina Weber. Wie ohne Experten an Informationen kommen, die über die Aussage der Studie hinausgehen? Und wie nun einen gut recherchierten Artikel schreiben – ohne den früheren Text des Kollegen zu kopieren?

Das Ergebnis ging online – und war laut der Bewertung von medien-doktor.de¹ verbesserungswürdig:

- ▶ Fehlen kritischer Stimmen
- ▶ Fehlen unabhängiger Mediziner
- ▶ Hinterfragen der Qualität der Studie

Es gab nur zwei von fünf Sternen. Ein hartes Urteil, das Nina Weber aber größtenteils nachvollziehen kann. Der Artikel habe unter widrigen Umständen schnell fertig werden müssen – doch diese Produktionsbedingungen bleiben dem Leser natürlich verborgen. Für ihn zählt, was am Schluss herauskommt. „Dass am Ende die Gutachter mehr Zeit haben, einen Artikel zu zerpfücken, als diejenigen, die ihn schreiben, ist ein bisschen absurd“, findet Nina Weber. Wobei das sicherlich – wenn überhaupt – bei Artikeln passiert, die unter immensem Zeitdruck entstehen.

Heute bereitet Nina Weber ihre Artikel zu Wissenschaftsthemen früher vor, um genug Vorlauf für das Kontaktieren der Ex-

1 Siehe Infobox Mediendoktor am Beitragsende

perten zu haben. Diese haben meist wenig Erfahrung mit den Zeitabläufen in den Medien und sind oft aus ganz praktischen Gründen für längere Zeit nicht erreichbar: Ist ein Chirurg in einer Operation, wird er sie bestimmt nicht für ein Interview unterbrechen. Das frühe Anfragen von Experten ist deshalb wichtig – denn fehlende Expertenstimmen können eine Recherche scheitern lassen oder zu einem schlechten Artikel führen. Gerade im Online-Journalismus lässt es die Redaktion oft nicht zu, wegen einer fehlenden Expertenstimme auf die Veröffentlichung zu verzichten – schließlich ist man meist das schnellste Medium, das ein Thema an die Öffentlichkeit bringt. Geschwindigkeit wiegt hier nicht selten mehr als eine sorgfältige Recherche.

MEDIENDOKTOR

Auf der Webseite medien-doktor.de beurteilen Wissenschafts- und Medizinjournalisten die Qualität von Beiträgen über Medizinthemen aus Print, TV, Hörfunk und Online-Medien. Im November 2010 ging das Portal online, entwickelt wurde es am Lehrstuhl Wissenschaftsjournalismus der Technischen Universität Dortmund und wird mit Hilfe der Initiative Wissenschaftsjournalismus realisiert. Die Bewertungen orientieren sich an einem Kriterienkatalog, der bereits bei ähnlichen Projekten wie healthnewsreview.org (USA) und Media Doctor (Australien, Kanada, Hongkong) angewendet und in Dortmund nun erweitert wurde. Ein Sternesystem erleichtert dem Besucher der Webseite das schnelle Einschätzen der Qualität eines Artikels. Eine genaue Bewertung zeigt, wo der Beitrag Schwächen aufweist oder nicht genau genug recherchiert ist – etwa wenn erkennbar eine Pressemitteilung abgeschrieben und keine unabhängigen Experten befragt wurden. Desweiteren umfasst die Webseite für das Recherchieren, Schreiben und Produzieren eines guten medizinjournalistischen Artikels auch Checklisten, die für Journalisten praktisch sein können. medien-doktor.de war für den Grimme Online Award 2011 nominiert; bei der Wahl des [medium magazins](http://mediummagazin.de) zum „Journalisten des Jahres 2011“ belegten die Macher den dritten Platz in der Kategorie Wissenschaft.

Gefälschte Hitler-Tagebücher

Wie der Stern des Stern sank

Dokumentiert von Tobias Habig

Es sollte eine der größten Stories der deutschen Presse werden, ein echter „Scoop“ für den *Stern*. So war der Plan und der sollte zunächst auch aufgehen. Am 25. April 1983 verkündet der *Stern* auf einer großen Pressekonferenz die Sensation: Den Fund der Tagebücher von Adolf Hitler. Der Reporter, der die Tagebücher aufgetrieben haben soll, Gerd Heidemann, wird als größter

Spürhund unter Deutschlands investigativen Journalisten bezeichnet. Der *Stern*, der damals eine Auflage von 1,8 Million hatte, kaufte 60 Hitlertagebücher für 9,34 Millionen D-Mark. Drei Tage nach der Pressekonferenz erscheint der *Stern* mit den Hitler-Tagebüchern als Aufmacher. In einem Kommentar des *Stern* heißt es, wegen des sensationellen Fundes müsse „die Geschichte des 3.Reiches in großen Teilen neugeschrie-

ben werden“. Doch von Anfang an gab es Zweifel an der Echtheit der Tagebücher. Und diese Zweifel waren berechtigt. Am 6. Mai 1983 melden die Nachrichtenagenturen: Alles Schwindel. Die Tagebücher sind von dem Maler Konrad Kujau gefälscht worden. Der „Scoop“ wird zur größten Presseente des Jahrhunderts.

PODIUM

- **Dr. Thomas Walde**,
damals verantwortl. *Stern*-Ressortleiter
- **Michael Jürgs**,
ehem. *Stern*-Chefredakteur
- **Werner Dähnhardt**,
ehem. *Spiegel*-Redakteur

Moderation:

Hans Leyendecker, *Süddeutsche Zeitung*

THOMAS WALDE

WIR KÖNNTEN UNS MAL UM DIE HITLERTAGEBÜCHER KÜMMERN

Thomas Walde, damaliger Ressortleiter des Bereichs Zeitgeschichte beim *Stern*, erinnert sich so an seine erste Begegnung mit dem Thema „Hitlertagebücher“:

„Auf dem Schiff vom Heidemann, dem Tagebuchbeschaffer, machten wir unsere erste Ressortkonferenz – ein Themenfinden – und da kam Heidemann und sagte, wir könnten uns ja auch mal um das Thema ‚Hitlertagebücher‘ kümmern. Und so nahm alles seinen Lauf. Er kriegte den Auftrag von uns. [...] Er hat jedem, der es hören wollte im *Stern* immer wieder von seiner ersten Begegnung mit dem Tagebuch berichtet. Und war seitdem überzeugt, es müsse sie geben. Wir haben ihm dann den Auftrag gegeben – eigentlich mit dem Ziel, dass er das Thema tot recherchiert.“

Laut Walde war Heidemann gelernter Elektriker, dann Fotograf und kam über diese Schiene zum *Stern*. Walde: „Er hat als Reporter dann eigentlich ganz verdienstvolle Ergebnisse beim *Stern* abgeliefert. Hinterher, nach der Tagebuchaffäre, wurden viele Geschichten abgemeiert, mit der Zielrichtung, dass Heidemann bei der Recherche schon immer ein bisschen danebengegriffen habe. Das kann ich aus meiner Erfahrung mit ihm nicht bestätigen.“

Hans Leyendecker wirft ein, dass Heidemann auch sonst ein Liebhaber von Devotionalien aus dem Dritten Reich gewesen sei und auch andere Sammlerstücke von Göring besaß.

Walde: „Heidemann war ja auch nicht von ungefähr Sammler von Göring-Devotionalien. Sondern das lag daran, dass Heidemann sich in den Kopf gesetzt hatte, ein Schiff haben zu wollen. Ein Ressortkollege hat ihm dann eines Tages den Hinweis gegeben, dass in der Zeitschrift ‚Boote‘ die frühere Hochseeyacht von Herrmann Göring, ein Mahagonischiff, angeboten wird. Die lag in Düsseldorf, verrottete dort im Rhein, und wurde zum Kauf angeboten. Heidemann verschuldete sich durch den Kauf bis über beide Ohren. Er kaufte dieses dämliche Schiff und ließ es nach Hamburg in den Holzhafen vor Moorfleet überführen. Heidemann ist von der psychischen Struktur her Sammler, der sagt immer, ich will alles haben, alles muss komplett sein, die ganze Serie Briefmarken. Und so musste auch die Uniform von Göring auf diesem Schiff sein, das Porzellan von Göring. Und er hatte im wahrsten Sinne des Wortes ein sehr gutes Verhältnis zur Tochter von Göring angefangen.“

Leyendecker: „Was heißt das, Herr Walde?“

Walde: „Wenn es mir die Damen hier im Raum verzeihen, sage ich, Heidemann ging der Ruf voraus, er recherchiere mit warmen Griffel. Er sammelte also und deponierte alles auf diesem schwimmenden Museum, der Carin II; Göring hatte das Schiff nach seiner früh verstorbenen Frau benannt. Und nun moderte es im Holzhafen von Moorfleet.“

Börnersdorf – „Das Dorf mit den Hitlertagebüchern“

Leyendecker: „Wenn Sie uns beschreiben, wie jetzt die Geschichte mit den Hitler-Tagebüchern losging und wer eingeschaltet wurde, war es Herr Nannen oder war es jemand anders im Verlag?“

Walde: „Also er kriegte den Auftrag: Recherchiere es und wenn du sie findest, umso besser, wenn du sie nicht findest, verschone uns ein für alle Mal mit diesem Thema.[...] Heidemann hatte bei der Wehrmachtsauskunftsstelle schon recherchiert. Er hatte Literatur gelesen und wir wussten, dass aus der Flugstaffel von Hitler eine Maschine am 21. April in Berlin von einem Feldflughafen gestartet war. Die war mit Kisten beladen. Das konnte man alles hart machen, durch frühere Angehörige des Führerbegleitkommandos. Zudem, dass auch noch andere Gepäckstücke dort eingeladen worden waren und dass auch SS-Leute in diesem Flugzeug, einer JU 352, Platz genommen hatten. Die startete an diesem frühen Morgen in Richtung Salzburg. Sie ist offenbar bei dem Versuch, britischen Jägern zu entkommen, mit ausgefahrenem Fahrwerk im Vorerzgebirge zwischen Dresden und der tschechischen Grenze abgestürzt. Dort hat sie die Baumwipfel gestreift, sich überschlagen und ist in Brand geraten. Zwei Leute haben überlebt, 11 sind dabei umgekommen. Es lag ein kleines Dorf in der Nähe, das inzwischen weltberühmt ist. Es heißt Börnersdorf, das ‚Dorf mit den Hitlertagebüchern‘. Die Dörfler haben berichtet, dass auch Material, das in dem Flugzeug gewesen ist, geborgen wurde, mehr weiß man nicht. Es gibt heute noch in Börnersdorf das Gerücht, dass dieses geborgene Frachtgut der Maschine in Kisten abtransportiert worden ist, bis in die Nähe von Berchtesgaden.“

Leyendecker: „Aber kam Heidemann dann und sagte: ‚wir haben da was‘? Zu wem kam er und was passierte dann beim *Stern*?“

Walde: „Heidemann kam, wie ich es ihm auch angeraten hatte, zuerst natürlich zu mir. Er hatte vorher schon mit dem Kommandeur dieser Flugstaffel von Hitler, einem SS- und Luftwaffengeneral namens Bauer, ein langes Interview geführt und zudem mit der Wehrmachtsauskunftsstelle. Wir hatten dann 1980 die Gelegenheit, in Begleitung von zwei Stasi-Mitarbeitern nach Börnersdorf zu fahren. Dort haben wir den Friedhof besucht und fanden die Grabreihe, wo die ums Leben gekommenen Soldaten beerdigt worden waren.“

Deckname „Grünes Gewölbe“, um nicht gleich aufzufallen

Im Februar 1981 kam Heidemann mit einem ersten Hitlertagebuch zu Walde. Bis dahin war die gesamte Chefredaktion des *Stern* noch nicht über die Aktion informiert, die Walde und Heidemann auch weiterhin streng geheim hielten.

Walde: „Schon die Reise nach Börnersdorf in Begleitung der beiden Stasi-Leute hatte ich nur mit einem guten Schulfreund, der im Verlag arbeitete, besprochen. Mit ihm hatte ich die Frage erörtert, sollen wir das machen, sollen wir das riskieren? Der hatte ja gesagt, und dann haben wir diese Reise unternommen.“

Die Reise nach Börnersdorf lief unter dem Namen „Grünes Gewölbe“, damit die Aktion auf den Reisekostenanträgen abgerechnet werden konnte, ohne gleich aufzufallen.

Walde: „Das musste ja ‘nen Namen haben und wir wollten nicht unbedingt reinschreiben ‚Hitlers Tagebücher‘.“

Leyendecker: „Gab es da nicht von vorne herein den Konflikt, das redaktionelle Dinge vom Verlag erledigt wurden?“

Walde: „Nein, das haben wir nicht unbedingt als Konflikt gesehen. Ich kann jetzt auf Anhieb nicht genau sagen, wann wir auf Kujau getroffen sind – der für uns Fischer hieß – und der bei Heidemann die Legende hinterließ, diese Tagebücher kommen aus der DDR. Sie sind in dem Flugzeug gewesen, sie sind geborgen worden. Und eine Gruppe von NVA-Offizieren – hochrangige natürlich – hat sich dieser Tagebücher angenommen und verschärbelt sie in den Westen. Sie sollten mit gebrauchten Klavieren

mit Hilfe der Firma Deutrans in den Westen geschafft worden sein. Das war die Legende. An die auch wir glaubten.“

Leyendecker: „Die Chefredaktion wurde dann so etwa drei Monate später eingeschaltet.“

Walde: „Das passierte, als das Attentat auf Papst Johannes Paul II. geschah. Da schrie alles, wo ist Heidemann? Er solle nach Rom fahren, weil er als Rechercheur für spezielle Angelegenheiten galt. Aber Heidemann war für mich unterwegs, mit Reisekostenantrag ‚Grünes Gewölbe‘. Ich habe mich dann erst einmal beim Verlag, beim stellvertretenden Verlagschef rückversichert, ob ich die Information jetzt weiter geben kann? Und dann hieß es: ja, jetzt kann man die Hose runter lassen. Und dann wurde die Chefredaktion noch am selben Tag eingeweiht.“

Leyendecker: „Und die Chefredaktion erfuhr, wie viele Bücher zu dem Zeitpunkt schon da waren?“

Walde: „Das war nur eine Schätzung, die sich auf Auskünfte von Fischer/ Kujau bezog. Der hatte uns angekündigt, es würden wahrscheinlich 27 Tagebücher sein, genau konnte er es nämlich auch nicht sagen, denn die Tagebücher waren ja – angeblich – in der Obhut der NVA-Generäle. Und es wurden daraus dann im Lauf der nächsten 24 Monate 64 Tagebücher.“

Leyendecker: „Wie hat die Chefredaktion darauf reagiert, dass Sie quasi im eigenen Haus eine Geheimaktion gefahren haben?“

Walde: „Eisiges Schweigen. Eigentlich habe ich mit meinem Rauswurf gerechnet. Das passierte aber nicht, weil sowohl auf der Seite der Verlagsoberen als auch auf Seite des Herausgebers dann durchaus ein gewisses Interesse aufkam. Bei den Verlagsoberen sowieso, denn die hatten ja schon Geld dafür ausgegeben, aber Henri Nannen, der damals der Herausgeber war, war auch daran interessiert. Daher wagten die beiden Chefredakteure, Peter Koch und Felix Schmidt, nicht unbedingt offenen Widerspruch. Aber meine Vorgehensweise – für die ich verantwortlich war – die fanden sie absolut unter der Gürtellinie. Das haben sie mich schon spüren lassen, auch über die nächsten Monate.“

Eitle Selbstüberschätzung führte zu einem Tunnelblick

Leyendecker: „Das Verfahren lief dann aber weiter. Wurde ein Team zusammengestellt?“

Walde: „Nein, Ich war also dann zunächst alleine mit Heidemann, den ich führen und kontrollieren sollte. Außerdem liefen auch die eigentlichen Geschäfte des Ressorts noch immer weiter. Das war unser Hauptjob. Also für mich war zunächst mal die Tagebuchrecherche nebensächlich, damit konnte ich mich erst einmal gar nicht befassen. Ich konnte zwar die altdeutsche Schrift lesen, ich habe sie dann auch gelesen, als die Tagebücher kamen. Heidemann kopierte sie, machte ein Transskript, weil sonst kaum noch jemand Altdeutsch lesen konnte. Dann gingen die Originale über Gütersloh – sprich Bertelsmann-Konzernzentrale – in eine Schweizer Bank. Wir hatten panische Angst, dass der Freistaat Bayern von dieser Geschichte Wind bekommen würde. Denn der Freistaat Bayern nimmt für alles, was der ‚Herr Führer‘ nachgelassen hat, ein Zugriffsrecht für sich in Anspruch. Wir fürchteten, dass uns möglicherweise der Freistaat das Tagebuch abnehmen würde. Deshalb wurde es dann immer in Sicherheit gebracht, in die Schweiz.“

Leyendecker: „Also im Nachhinein betrachtet: Haben Sie sich ein bisschen verhoben, ein Ressort zu führen und Herrn Heidemann im Blick zu haben? Ein solches Projekt voranzutreiben, war jedenfalls für den einzelnen Menschen eine ganze Menge.“

Walde: „Absolut. Verhoben ist der richtige Ausdruck. Das war, vom heutigen Standpunkt aus gesehen, eitle Selbstüberschätzung. Das war nicht zu schaffen, das stellte sich immer deutlicher im Laufe der kommenden Monate heraus. Um möglicherweise diese Frage gleich zu beantworten; wir hatten darauf bestanden, dass wir als Autoren eingesetzt wurden. Nicht um Multimillionäre zu werden, das möchte ich gleich vorweg sagen, sondern wir wollten verhindern, dass irgendwer anders Zugriff bekommt im *Stern*, auch nicht der damals noch lebende Sebastian Haffner, der vieles Verdienstvolle für den *Stern* geschrieben hat, gerade über die NS-Geschichte. Aber wir wollten den Zugriff weiter haben. Das hat uns langsam dann in die Rolle von Autoren gebracht. Der waren wir auch nicht gewachsen, das war genauso eitle Selbstüberschätzung, aber auch das hat mit dazu

beigetragen, dass wir den berühmten Tunnelblick dann immer weiter ausgebaut haben.“

Leyendecker: „Dann haben Sie Überprüfungen gemacht. Oder Dinge, die zumindest gegenüber dem Verlag als Überprüfung galten. Können sie kurz zusammenfassen, was Sie gemacht haben, um die Echtheit der Tagebücher festzustellen?“

Walde: „Wir haben uns – und das ist mit der Chefredaktion abgestimmt worden –kundig gemacht, wie das begutachtet werden solle. Dafür hatten wir zwei Gutachter, mit denen der *Stern* schon mal gute Erfahrungen gemacht hatte, den früheren Leiter der schweizerischen Kantonpolizei, ein Mikrobiologe, und einen Schriftsachverständiger in den USA. Da war der Hintergedanke auch die finanzielle Auswertung der Tagebücher, nämlich dass man sie im englischsprachigen Raum und damit auch weltweit vermarkten wollte. Und da war es besser, einen englischsprachigen Gutachter zu haben. Das Bundesarchiv hat uns dann geholfen, das Landeskriminalamt in Koblenz einzuspannen, und die kriegten ein Schriftgutachten in Auftrag und haben auch als erste geliefert. Das Ergebnis war, dass das mit an hundertprozentiger Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Schrift Hitlers ist.“

Wir waren von der Echtheit so überzeugt, dass wir von den Gutachten immer nur den Schlusssatz gelesen haben.

Leyendecker: „Das heißt in der Übersetzung, sie waren blöde, aber so blöde, wie man heute tut, dann doch nicht...“

Walde: „Nicht ganz so blöde, aber ich kann Ihnen sagen, als das Gutachten des LKA Rheinland-Pfalz kam, haben wir eine Flasche aufgemacht. Da waren wir natürlich längst überzeugt und waren so in dem Zustand: Aha, jetzt haben sie es endlich auch bestätigt. Da haben die beiden anderen Gutachten, die dann kamen, eigentlich nur noch einen oben drauf gesetzt. Richtig gelesen haben wir die eigentlich gar nicht mehr, wir haben nur noch den Schlusssatz gelesen.“

Auf dem *Stern*titel waren die Hitlertagebücher in altdeutscher Schrift mit den Initialen F und H statt AH (für Adolf Hitler) abgedruckt, was offenbar den *Stern*-Verantwortlichen nicht recht-

zeitig aufgefallen war und in Helmut Dietls Film „Schtunk!“ zu einer überaus komischen Szene verarbeitet wurde.

Leyendecker: „Noch kurz zu F und H, was auch in dem Film ‚Schtunk!‘ zu sehen war. Haben sie auch Fritz gesehen?“

Walde: „Nein, habe ich nicht gesehen. Das war ja auch nur auf einem der Tagebücher. So wie es der Film ‚Schtunk!‘ darstellt, ist es auch falsch. Falsch recherchiert (lacht). Diese beiden Buchstaben sind erst eine Woche vor Veröffentlichung im *Stern* ins Visier geraten, nicht als die Verlagsoberen und die Chefredaktion darauf gestarrt haben. Das damals so genannte ‚Oberauge‘ – ein stellvertretender Chefredakteur des *Sterns*, der für die Grafik, die Optik des *Sterns* zuständig war und sich auch mit Schriften sehr gut auskannte – dem war es auch nicht aufgefallen. Keiner suchte nach irgendwelchen Interpretationen, wie sie heute irgendwo im Umlauf sind: Führer Hitler, Fritz Hitler, was auch immer... Nein, nein, alle haben das schon für bare Münze genommen. Das zieht sich durch die gesamte Recherchegeschichte des Tagebuchs: eigentlich wussten schon immer alle, es ist echt und haben nach neuen Interpretationen gesucht, wenn etwas Irritierendes auftauchte.“

Die sinkende Auflage brauchte einen Scoop wie die Tagebücher

Leyendecker: „Dann die Katastrophe. Wie war die Katastrophe in ihrer Erinnerung?“

Walde: „Der *Stern* war damals, was die Auflage anging, auf Talfahrt. Aber das war eher eine sehr langfristige Talfahrt, das war beunruhigend. Zu Weihnachten 1982 erschien die *Deutsche National- und Soldatenzeitung* mit dem Aufmacher, dass die Hitler-Tagebücher gefunden und dass sie in Deutschland seien. Da war natürlich der rote Hahn auf dem Dach, das war kein schönes Weihnachten. Wir mussten damit rechnen, dass das Ding hochgeht. Und von da an war ein so unglaublicher Druck drauf zu veröffentlichen. Gleichzeitig brauchten wir wegen der Auflage einen Scoop und dafür war die Tagebuchgeschichte geeignet. Es war ja auch schon entsprechend Geld ausgegeben worden. Deswegen wurde im März 1983 beschlossen: ‚Wir veröffentlichen Ende April‘. Wir hatten noch gar nicht alle Tagebücher, die uns Fischer/Kujau in Aussicht gestellt hatte, wahrscheinlich um

noch mehr zu verdienen. Wir dachten natürlich, wir wollen das Oeuvre komplett haben. Ich habe gegen den Veröffentlichungstermin protestiert. Wir hatten auch Papiergutachten in Auftrag gegeben, bei denen die Ergebnisse noch nicht klar waren. Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden sollte auch ein Papiergutachten machen, die hatten ein Jahr darauf rumgeschlafen und hatten immer noch kein Ergebnis. Es waren also eigentlich immer noch nicht alle Bestätigungen da, aber alle waren überzeugt, die Bücher sind echt. Es sind die Tagebücher. Deswegen war die Bereitschaft, bei denen, die zu entscheiden hatten, recht gering, doch wenigstens noch diese sechs Wochen abzuwarten, bis diese Sachen entschieden waren.“

Leyendecker: „Und dann die Katastrophe.“

Walde: „Und dann kam die Katastrophe. Der berühmte Satz mit der Geschichte, die umgeschrieben werden müsste, geht zurück auf eine Bemerkung des britischen Professors Hugh Trevor-Roper. Der galt als Fachmann, weil er als Offizier des britischen Militärnachrichtendienstes seit 1946 den Verbleib Hitlers recherchiert und anschließend ein vielbeachtetes Buch über ‚Hitlers letzte Tage‘ geschrieben hatte. Trevor-Roper war vorher eingeflogen worden, um das Oeuvre auch zu begutachten. Er fand es ausgezeichnet und hat daraufhin so einen Satz losgelassen. Den hat einer der beiden Chefredakteure begierig aufgegriffen, weil er ja einen Leitartikel zur Veröffentlichung schreiben musste. Der ist uns natürlich, als klar war, das ist eine Fälschung, um die Ohren gehauen worden. Als hätten wir den Anspruch gehabt, es müsse die Zeitgeschichte unbedingt umgeschrieben werden. Und – das wurde ja sofort unterstellt – im Sinne, der NS-Ideologie umgeschrieben werden solle. Davon war überhaupt keine Rede. Alle, die daran beteiligt waren, waren weit davon entfernt, dieses Material dafür zu benutzen.“

Wir haben immer nur verifiziert, nach der Echtheit gesucht, statt zu falsifizieren

Leyendecker: „Wenn ich das zusammenfasse, was sie sehr offen gesagt haben, es waren krasse Fehlleistungen und die beruhten oftmals auf Selbstüberschätzungen und diejenigen, die hätten helfen können, haben nicht geholfen.“

Walde: „Die haben nicht geholfen und ich habe in meinen Beiträgen zu den Rechercheleistungen in Sachen Hitlertagebücher sträflich vernachlässigt, was ich an der Uni gelernt habe: Falsifizieren statt Verifizieren! Verifizieren wird Sie zu einem möglicherweise falschen Ergebnis führen. Dieses eherne Gesetz habe ich vernachlässigt. Wir haben verifiziert, wir haben immer nur nach Echtheit gesucht. Ein kleines Beispiel: Eines Tages kam der Leiter der *Stern*-Bildredaktion, den Heidemann informiert hatte. Das war der Sohn von Hitlers Leibfotografen, Heinrich Hoffmann. Der hatte Glasplatten mit Fotos, die sein Vater gemacht hatte. Dort entdeckte er auf einem der Bilder auf einem Nachtschrank von Hitler Bücher. Die hatte er sich per Lupe näher angesehen und kam daraufhin mit dem Bild zu uns ins Ressort. Er legte es uns hin, wir guckten – auch mit Lupe – und sagten: Na klar, klar, da stand das Tagebuch!“

MICHAEL JÜRGS

DIE ARROGANZ DES STERN WAR MIT DEM TAG ERLEDIGT

Als die Tagebücher im *Stern* erschienen, leitete Michael Jürgs beim *Stern* das Ressort Unterhaltung, war zuständig für die „leichten Seiten“ des *Stern*. Unterhaltung im *Stern* hieß für Jürgs, für alles „zwischen Impotenz und Beatles“ zuständig zu sein. Er erfuhr zunächst nichts von dem Projekt der Hitler-Tagebücher. Als die erste Geschichte erschien, dachte er noch, das sei ja unglaublich, was der *Stern* alles herausgefunden hätte. Und auch alle anderen seien von der Geschichte restlos begeistert gewesen. Jürgs erinnert sich an niemanden aus der Redaktion, der im Vorfeld gewarnt hätte. Alle Redakteure hielten sich für die Besten. Bis dann die Bombe platzte. Um 13.27 Uhr.

Jürgs: „Es brach die Arroganz der Macht des *Stern* in diesem Moment zusammen. Das war ganz wesentlich für die Geschichte des *Stern* später. Die Arroganz der Macht – z.B. sich am Flughafen ausrufen zu lassen: ‚Herr Soundso vom *Stern* möge bitte...‘ Diese Arroganz der Macht war mit dem Tag erledigt.“ Die Glaubwürdigkeit des *Stern* war laut Jürgs von einem Moment auf den anderen immens gesunken. Dann begann aber die „spannendste Woche“, die Jürgs in seinem journalistischen Beruf erlebt hat, nämlich die Besetzung des *Sterns* – „eine Revolution“.

Jürgs: „Sämtliche *Stern*-Redakteure, die irgendwo auf der Welt verstreut waren, flogen – selbstverständlich per Business-Class – ein, um Revolution zu machen. Wir durften ja nicht streiken. Wir konnten aber sagen, wir besetzen zur Abwehr irgendwelcher Gefahren unsere Arbeitsplätze. Das konnten wir ja machen. Das heißt, es wurde Tag und Nacht besetzt.“

Jürgs erinnert sich an Restaurants, die solidarisch Essen brachten, an Menschen, die die Tagesordnung bestimmten und die daraufhin eine Woche lang als mögliche Chefredakteure gehandelt wurden. Der amtierende Verlagschef sei dermaßen in die Enge getrieben worden, dass er angefangen hätte zu heulen. Vielen schien dies gefallen zu haben. Nannen wurde bei einer großen Veranstaltung von der Bühne gejagt. *Stern*-Mitarbeiter hätten Kollegen des *Spiegel* und anderer Zeitschriften angerufen, um deutlich zu machen, „wir sind nicht alle so“. Schließlich kam von der Verlagsspitze der Vorschlag, mit Johannes Gross und Peter Scholl-Latour zwei Chefredakteure einzusetzen, die wegen ihrer ausgesprochen konservativen Haltung, aber von den Redakteuren abgelehnt worden seien. Ziel der Verlagsmanager sei es – so Jürgs – gewesen, nicht über Fehler zu reden und wie sie in Zukunft zu vermeiden wären. Sondern sie hätten die Chance genutzt, um dem „linken *Stern* das Licht auszublenden“.

Bei einer großen Veranstaltung in der Kantine erschienen dann angesehene Manager aus dem Verlag, die sich mit den Revolutionären verbrüdeten. Es gab die Botschaft, dass die Revolutionäre es geschafft hätten. „Und dann kam da einer vom Beirat runter in diese euphorische Stimmung. Und der sagte, der Beirat hat gerade zugestimmt, dass Johannes Gross nicht Chefredakteur wird, dafür aber Peter Scholl-Latour. Und pffft war die Luft raus und die Manager zogen raus und wir wussten, das war es erst mal.“, so erinnert sich Michael Jürgs.

Es folgte die Zeit der Aufarbeitung. Das nächste Heft des *Sterns* zeigte die eigene Aufarbeitung der Geschichte. Die Hoffnung der Chefredakteure war, dass man damit auch noch Auflage mache. Doch die Hoffnung bestätigte sich nicht, so Jürgs. Die Auflage des *Stern* sank und die Suche danach begann, wie es im *Stern* weitergehen könne. Chefredakteure wechselten, aber der Bruch der Glaubwürdigkeit plus das Erlebnis der Revolution plus das letztlich Scheitern der Revolution – das alles sei für alle da-

mals ein prägendes Erlebnis gewesen. Das Resümee Michael Jürgs: Alle hätten aus der Katastrophe gelernt, dass man nichts glauben sollte, bevor man nicht überprüft habe, was an einer Geschichte nicht stimmen könnte.

Leyendecker: „Was haben Sie damals Thomas Walde und Gerd Heidemann gegenüber empfunden?“

Jürgs: „Damals war es so, dass wir sie am liebsten gesteinigt hätten. Das durfte man natürlich nicht, es waren ja unsere Kollegen, denen man täglich auf dem Flur oder in der Konferenz begegnete. Es gab viele, die sich nicht mehr zu denen hinsetzten. Es war eine ohnmächtige Wut. Doch das muss ich auch sagen: So offen, wie Thomas Walde hier gesprochen hat – was er noch nie irgendwo öffentlich gemacht hat – Respekt!“ (Beifall)

WERNER DÄHNHARDT „IM GLASHAUS GEGENÜBER“

Leyendecker: „Herr Dähnhardt, Sie waren damals beim *Spiegel*. Wie hat der *Spiegel* darauf reagiert, als diese *Stern*-Geschichte kam? Es gab ja bald die Titelgeschichte ‚Fund oder Fälschung‘.“

Dähnhardt: „Ich saß also im Glashaus gegenüber und war eigentlich nicht unbedingt schadenfroh, was den Jungs da gegenüber passiert ist. Ich habe mir gesagt, die haben wirklich Pech gehabt. Der *Spiegel* konnte sich natürlich die Betrachtung von außen leisten. Die Betrachtung von der kritischen Seite her, die ja beim *Stern* ganz unterblieben war. Weil der ganze kritische Sachverstand der Redaktion durch die Verlagsleitung ja ausgeschlossen worden war. Das hatte mit der Geschichte der Beschaffung zu tun.“

Leyendecker: „Als der *Stern* die erste Geschichte brachte, gab es da Leute in der *Spiegel*-Redaktion, die sagten, mein Gott, jetzt haben wir gegenüber dem *Stern* verloren?“

Dähnhardt: „Der Redakteur für Zeitgeschichte, Heinz Höhne, hat nicht ganz ausgeschlossen, dass die Dinger echt sein könnten. Augstein war ein Mann, der so kritisch war, der sagte sofort, das stimmt vorne und hinten nicht, die Dinger sind

falsch. Höhne hat gesagt, wenn die Zweifel ausgeräumt werden, dann sind die wirklich echt. Nur er hat diesen Vorbehalt gemacht, die Zweifel müssten erst ausgeräumt werden. Er hat für möglich gehalten, dass die Dinger eventuell echt sein könnten. Aber trotzdem war unsere Berichterstattung so, dass die kritischen Punkte gleich aufgenommen wurden. Wenn man im Nachhinein schaut, muss man sich wundern, dass die vielen Warnzeichen nicht ernst genommen worden sind. Denn es gab ja so viele Warnzeichen, dass man sich an den Kopf packt. Wahrscheinlich auch Thomas Walde. Was da alles übersehen worden ist... Die Hitler-Tagebücher sind ja inhaltlich nie wirklich geprüft worden. Die beiden genannten Gutachter waren ja mehr Alibifiguren. Die haben sich in diese Schweizer Tresorräume gesetzt und haben gestaunt und gesagt: es ist ja von der Menge her eigentlich unmöglich, dass ein Fälscher alleine so etwas alles herstellt. Dann sind sie da rausgekommen und haben gesagt, dann sind die wohl doch echt. Und Hugh Trevor-Roper war auch total beeindruckt, wahrscheinlich von der Stimmung her. Er ist dann über eine Stelle im Text gestolpert und hat gesagt, das kann nicht stimmen, und hat dann Heidemann gefragt. Der hat gesagt: ‚ich lasse mich nicht von einem britischen Besatzungsoffizier befragen‘ und hat sich verweigert. Daraufhin hat Trevor-Roper in London bei der *Sunday Times* angerufen, die das drucken wollte. Und er hat dem Chefredakteur gesagt: ich habe Zweifel. Worauf der Verleger Murdoch in seiner bekannten Art sagte: Fuck Daker¹, Print!!! Soviel zum Ethos von Murdoch. Der hat auch den großen Gewinn gesehen, den Reibach, die Auflagensteigerung. Den hat deshalb nicht interessiert, was Trevor-Roper einzuwenden hatte.

Wenn Sie an die Tagebücher rangehen, wie sie im *Stern* präsentiert wurden, können Sie inhaltlich jede Menge Fehler feststellen. Sie können von der Aufmachung her in Zweifel geraten. Was Nannen nicht gehindert hat, sich nicht darüber zu wundern, warum die Dinger so schlecht geschrieben waren. Aber gerade die Schlichtheit hat ihn dann wohl überzeugt. Augstein sah das ganz anders. Er hat nie an die Echtheit der Tagebücher geglaubt. Er fand deshalb besonderen Gefallen an einer Karikatur, die Hitler beim Verfassen der Tagebücher zeigte. Darunter die Unterzeile: „Morgens Regen, abends Reichtagsbrand“. In dieser

1 Trevor Roper war mittlerweile zum Lord ernannt worden und hieß Lord Daker.

Karikatur fand er die Qualität der gefälschten Tagebücher am besten eingefangen.

„Wie können die Verleger den Sachverstand der Redaktion ausschalten?“

Leyendecker: „Hätte das – der ganze Ablauf – so beim *Spiegel* passieren können?“

Dähnhardt: „Nein! Vom Sachverstand her wäre das gar nicht möglich gewesen. (Lacht ironisch.) Deswegen sage ich ja auch Glashaus... Nein, aber eine so langwierige Geschichte, die hätte uns nicht passieren können. Augstein hat zu Recht geschrieben: Wie können die Verleger den Sachverstand der Redaktion ausschalten? Denn das haben die ja getan – sehenden Auges. Das schönste Beispiel: Kujau hat sich am Anfang geirrt. Hitler hatte ursprünglich mal dem Ritter von Epp zu dessen 50-jährigen Zugehörigkeit zur Reichswehr gratuliert. Hat ein Glückwunsch-Telegramm geschrieben an den von Epp. Da hat der Kujau sich verlesen und hat in seinen Fälschungen geschrieben, dass von Epp Hitler zur 50-jährigen Zugehörigkeit zur Reichswehr gratuliert hätte. Doch Hitler war zu dem Zeitpunkt gerade mal 48 Jahre alt. Das war so ein klassisches Beispiel dafür. Es gibt jede Menge andere. Da waren viele Dinge auf den ersten Blick zu sehen. Da hat die Fachredaktion den Verstand ausgeschaltet. Man muss Herrn Walde vorwerfen, Sie haben den Sachverstand nicht gehabt und das nicht gemerkt, was in den Tagebüchern alles für Unsinn stand. Das hat das Gericht Ihnen ja auch zugutegehalten.“

Walde: „Sie haben schon Recht, Herr Dähnhardt, aber dahinter gab es noch eine Erkenntnishaltung, die praktisch die ganze Recherche durchzogen hat. Wann immer sich Fehler oder Ungeheimheiten auftraten, wurden die dann ‚verifiziert‘. Immer unter der Annahme: Wir wissen ja, dass das Tagebuch echt ist. Es wurde nur soweit recherchiert, dass diese Warnung, die man hätte ernstnehmen können, nur zur Kenntnis genommen wurde, ohne daraus wirklich Konsequenzen zu ziehen.“

Dähnhardt: „Aber das war doch völlig absurd. Beispiel: Heidemann wurde auf diese seltsamen Buchstaben – die Initialen auf den Tagebüchern – angesprochen. Da sagte Heidemann: ja, das hat mir Martin Bormann schon erzählt. Der hat gesagt, da hat sich schon der Hitler drüber aufgeregt, der hat gesagt, das liest sich wie ‚Idiot Hitler‘. Der hat gedacht, das wäre ein ‚I‘, der hat gar nicht begriffen, dass das ein ‚F‘ war. Dann hat man fest-

gestellt, die Klebe unter den Buchstaben war nicht zeitgenössisch. Die war später hergestellt. Da hat Heidemann gesagt, das ist beim Hantieren durch Unachtsamkeit passiert. Und so hat er immer wieder Ausflüchte gefunden.“

Frage aus dem Publikum: „Herr Walde, was waren in der Rückschau weitere Fehler, die Sie gemacht haben?“

Walde: „Zunächst eine ganz persönliche Schwäche. Ich habe eine Doktorarbeit über Geheime Nachrichtendienste geschrieben, u.a. über BND und Verfassungsschutz. Auch weiter danach hat mich das Thema umgetrieben. Ich hatte eine regelrechte Macke, von der ich mich lange Zeit nicht befreien konnte. Ein Freund hat mal von meiner Schlapphut-Manie gesprochen. Das hat dazu geführt, dass wir alle, die nicht direkt an dem Projekt ‚Hitler-Tagebücher‘ beteiligt waren, ausgeschlossen haben. Es war eine Art ‚closed shop‘, in dem nur mitmachen durfte, wer direkt damit zu tun hatte. Eine offene Diskussion war damit ebenso ausgeschlossen wie eine Redaktion, die einen auf Fehler aufmerksam gemacht hätte. Und dann das Wichtigste: Wir haben nur wissen wollen, was die Echtheit der Tagebücher bewies. Auch wenn es manchmal schwerfällt – wegen Zeitdruck, wegen Kostendruck usw. – Grundregel muss sein: erst falsifizieren, dann verifizieren – wenn es dann überhaupt noch lohnt. Diese Regel sollte man auf keinen Fall vergessen.“

Stipendien für Lokalreporter

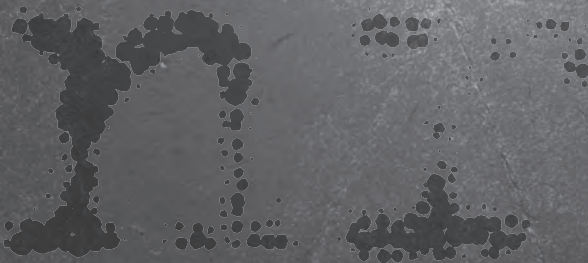


netzwerk recherche fördert Recherchen im Lokaljournalismus

Vielen freien oder auch fest angestellten Reportern von Lokalzeitungen fehlen oft die finanziellen Mittel für intensive Recherchen. Wir wollen deshalb Journalisten vor Ort, die Vetternwirtschaft, Umweltskandale, Bausünden usw. aufklären und zum Beispiel ihr Recht auf Akteneinsicht bei den Behörden wahrnehmen möchten, gezielt mit Stipendien unterstützen.

Bitte senden Sie uns dazu ein Exposé zu Ihrem Vorschlag (max. 3 Seiten), in dem Sie das Thema, dessen Bedeutung und Ihre Rechercheansätze darstellen. Im Rahmen des Stipendiums werden Sachkosten (Reisen, Datenbanken, Gebühren usw.) sowie der Honorarausfall für freie Journalisten bis zu einem Gesamtbetrag von 2.500 Euro übernommen. netzwerk recherche stellt den Stipendiatinnen und Stipendiaten außerdem einen erfahrenen Mentor zur Seite.

Nähere Informationen:
www.netzwerkrecherche.de/Stipendien



Ganz nah dran!?

Von den Zwängen der Lokaljournalisten

Dokumentiert von Annabell Neuhoff

WORKSHOP

- **Wolfgang Messner,**
Stuttgarter Zeitung
- **David Schraven,**
Westdeutsche Allgemeine Zeitung
- **Hubertus Gärtner,**
Neue Westfälische

Moderation:
Ingmar Cario, WDR

Der Lokaljournalist ist nah dran an seinen Themen. Er steht mit denjenigen, über die er berichten muss, am nächsten Wochenende womöglich wieder auf dem Fußballplatz oder im Vereinsheim. Welche Probleme entstehen durch solche Nähe? Birgt die Recherche im Regional- und Lokaljournalismus besondere Schwierigkeiten?

WOLFGANG MESSNER VOM FEHLEN DER DOKUMENTE

Wolfgang Messner berichtet über Recherchen in seiner Zeit als Reporter des *Badischen Tagblatts*. Er war der Frage nachgegangen, wie der Firmenkundenbetreuer der Sparkasse Lahr-Ettenheim an 13 Millionen Mark kommen konnte. Der Berater habe Geld veruntreut und in der Spielbank Baden-Baden verspielt, so Messners Behauptung damals im *Badischen Tagblatt*.

Messners Artikel vom 14. März 2001 war mit dem Titel „Deckte Vorstand den Sparkassen-Betrüger?“ überschrieben. „Ziemlich mutig getitelt“, sagt Messner heute. In der Bildunterschrift formulierte Messner den Vorwurf sogar ohne Fragezeichen. Dort heißt es: „Hatten kein Interesse, dass der Fall Hess bei der Sparkasse Lahr-Ettenheim publik wurde: Ex-Vorstandschef Horst Fallbach (links) und Nachfolger Hans-Jörg Seibert“. Dieser Vorwurf, so schildert es Messner, war das Ergebnis seiner Recherchen. Als Reaktion auf Messners Artikel schalteten die Beschuldigten den Presserat ein.

Der Presserat wendet sich normalerweise an den presserechtlich Verantwortlichen, den Chefredakteur. Es gilt das Institut des Impressum. Demnach ist nicht der Autor, sondern der Chefredakteur verantwortlich. Dies bezeichnet Messner im Plenum als „schöne Theorie“, doch in der Realität sehe es anders aus. Messner fühlte sich nicht durch das Institut des Impressum geschützt. Er sah sich ganz allein in der Pflicht, die Beweise für seine Vorwürfe zu liefern. Allerdings bekam er die nötige Zeit eingeräumt, um die Belege zu liefern.

Messner geriet unter Zugzwang: Er musste den Presserat vom Wahrheitsgehalt seiner Behauptungen überzeugen. Die Belege hatte Messner aber nicht. Während seiner Recherche hatte er kaum Dokumente gesammelt, er hatte die Beschuldigten nicht ausreichend mit seinen Vorwürfen konfrontiert und ihnen somit auch nicht genügend Möglichkeit gegeben, Stellung zu den Vorwürfen zu nehmen. Weil Messner also kaum Beweise und Unterlagen für seine Vorwürfe hatte, konnte er den Kernvorwurf nicht belegen. Zusätzlich waren ihm Flüchtigkeitsfehler unterlaufen, da er sein Stück neben der normalen Tagesproduktion schreiben musste: Ein falsches Datum, ein falscher Name im Artikel.

Vor der Veröffentlichung hatte sich Messner nicht von einem Justitiar beraten lassen. Auf Nachfrage aus dem Plenum erklärt Messner, dass ein hauseigener Justitiar bei Lokalzeitungen nicht üblich sei. Auch die Unterstützung von Kollegen fehlte: „Ich hatte damals keinen Kollegen, der die Professionalität hatte oder das Wissen, mir zu helfen. Dann wären sicher auch Fehler vermieden worden“, erklärt Messner. „Ich muss leider sagen, dass ich das Thema damals sehr naiv und blauäugig angegangen bin.“

Das *Badische Tagblatt* stellte ihm, erst nachdem der Presserat eingeschaltet worden war, einen Presseanwalt zur Seite. Messner holte dann das nach, was er zuvor versäumt hatte: „Ich hab wirklich Tag und Nacht nur recherchiert und dann das gemacht, was ich klugerweise hätte vorher machen sollen: Nämlich mir die Dokumente zu beschaffen.“ Ziemlich schnell fand Messner heraus: „es gibt ein Dokument, das mich völlig aus dem Schneider bringt“. Es war ein Prüfbericht des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes über die beschuldigte Bank, der seine Kernbehauptungen belegte. An diesen Prüfbericht musste Messner unbedingt herankommen: „Es ging wirklich um meine

Existenz“, sagt Messner heute. Damals profitierte er von einem Informanten, den er bis heute schützt. Von ihm, so schildert es Messner, bekam er nach einiger Ausdauer den Prüfbericht, der die Vorwürfe belegte. Trotz der Belege im Nachhinein hatte der Fall Konsequenzen für Messner. Er durfte beim *Badischen Tagblatt* zunächst nicht mehr über die Sparkassen-Geschichte schreiben. Am Ende wollte sein Verleger, dass er den Presseanwalt selbst zahlen sollte, was Messner aber mit Hilfe eines Medienfachanwalts verhindern konnte. Messner wechselte einige Monate später zur *Stuttgarter Zeitung*.

Nach diesen Erfahrungen zieht Messner das Resümee: „Vorher die Dokumente besorgen, nicht hinterher!“ Zudem müsse man sich für die Recherche wie für das Schreiben mehr Zeit nehmen, damit keine Nachlässigkeiten passieren. Ein Vorsatz, der sich mit zunehmender Arbeitsbelastung und steigendem Produktionsdruck oft kaum durchhalten lässt und deshalb in der anschließenden Fragerunde wiederholt zur Sprache kam.

DAVID SCHRAVEN

DER PAPIERBERG AUF DEM SCHREIBTISCH

Dem Journalisten David Schraven passierte das Gegenteil von Messner. Sein Fehler: Er hatte viel zu viele Dokumente recherchiert und stieg irgendwann durch die Masse an Unterlagen einfach nicht mehr durch. Bei den Recherchen ging es um Planungen für den Bau eines Einkaufszentrums in Castrop-Rauxel am Rande eines Naturschutzgebietes. Schravens Arbeitshypothese war: „Da wird mit Fördermitteln Schmu betrieben.“ Schraven begann seine Recherche, er wollte sich einen Überblick verschaffen, doch das uferte aus. Dokumente über Dokumente kamen zusammen. Planungsunterlagen, Förderberichte, Rathausprotokolle, Grundstücksverkäufe, Firmenreports aus dem In- und Ausland, Erklärungen aus dem Land, von den Regionalräten, politische Erklärungen, private Briefe, Insider Tipps und offizielle Gutachten... Papier über Papier, das sich zu Bergen auf dem Schreibtisch stapelte. Und irgendwann in einem totalen Chaos endete. Heute hält Schraven fest: „Ich hab die Geschichte zu spät fokussiert. [...] Ich habe mich in diesem ‚Überblick verschaffen‘ total verzettelt. [...] Das war so wie Pilze sammeln. Und ich wollte immer noch einen Pilz und noch einen Pilz. [...]

Und irgendwann habe ich gemerkt, die ganzen Pilze kann ich nicht essen, ohne Bauchschmerzen zu kriegen. Wegschmeißen wollte ich aber auch keinen.“ Er versuchte sich mit Namenslisten zu helfen, doch diese Listen umfassten einen zu großen Personenkreis. Auch da war es unmöglich, einen Fokus zu finden. Wer war verdächtig, mit wem zu mauscheln? „Das war wie ein Telefonbuch. Der einzige Zusammenhang war, dass die Leute fast alle aus einer Stadt kamen.“

Schraven sieht seinen wichtigsten Fehler heute darin, das Thema zwar von außen nach innen recherchiert zu haben, aber zu spät auf die nächste Stufe gesprungen zu sein. Nach der „Zwiebel-Technik“ muss man das aber machen, um sich nicht heillos zu verzetteln. Man muss den Weg nach innen – in die Zwiebel hinein – suchen. Der Fehler hatte zur Folge, dass Schraven kapituliert und die Geschichte nicht schrieb.

Um heute nicht mehr an Datenmassen zu scheitern, nutzt Schraven unter anderem Recherchetechniken, die aus dem Datenjournalismus kommen. Er rät dazu, umfangreiche Dokumente elektronisch zu erfassen. Dies ermöglicht, ausgehend von einer Arbeitshypothese, Begriffe zu bilden, nach denen das Dokument per Volltextsuche durchsucht werden kann. Genau so lassen sich digitalisierte Dokumente auch nach Personen durchsuchen. Auf diese Weise kann man feststellen, in welchen Zusammenhängen eine Person steht. Viele Dokumente müssen heute auch gar nicht mehr eingescannt werden, weil sie bereits elektronisch verfügbar sind. Grundsätzlich rät Schraven dazu, nur Datenmengen zu sammeln, die man auch bewältigen kann.

HUBERTUS GÄRTNER DER DRUCK DER NÄHE

Der Journalist Hubertus Gärtner hatte über viele „unrühmliche“ Vorfälle beim SC Paderborn geschrieben, bis der Druck von außen zu groß wurde. „Am Ende habe ich dann doch – das muss ich gestehen – resigniert. Ich habe dem Druck, der aus ganz verschiedenen Bereichen und über ganz verschiedene Zusammenhänge irgendwie aufgebaut worden ist, doch nicht ganz standgehalten“, sagt Gärtner und führt sein Scheitern auf seine Resignation zurück.

Der Anfang von Gärtners Ende als kritischer SC Paderborn-Berichterstatte war sein Artikel mit dem Titel „Der rabiate Präsident“. 2009 hatte es eine Steuerrazzia beim SC Paderborn gegeben und der damalige Präsident Peter Evers hatte bei diesem Vorfall Fahnder attackiert. Dieses unrühmliche Verhalten war kein Einzelfall. Gärtner hatte etliche Fälle dokumentiert, in denen Evers negativ auffiel und die – seiner Meinung nach – den Titel „Der rabiate Präsident“ rechtfertigten. In seinem Artikel listete Gärtner alle diese Vorfälle auf.

Als Reaktion auf die Geschichte erhielt Gärtner gleich am Tag nach der Veröffentlichung einen Anruf von einem Kollegen aus Paderborn. Der machte Gärtner Vorwürfe. Gärtner erinnert sich, dass der Kollege ihm mit den Worten „Wir haben den Verein jahrelang hochgeschrieben und du machst ihn in zwei Tagen kaputt“ ganz deutlich machte, was er von Gärtners Berichterstattung hielt. Der nächste Anruf kam vom SC Paderborn. Der Verein lud zu einer Konferenz, die sich mehr als „Tribunal“ herausstellte und zu der auch nur sein Chefredakteur geladen war. Dieser kam mit dem Rat zurück, besonders sorgfältig zu recherchieren. Gärtner war verunsichert. Obwohl noch viele Fragen offen waren, über die er normalerweise hätte schreiben sollen, recherchierte er nicht weiter. Einschüchterungsversuche und die Drohung des SC Paderborn, sämtliche Anzeigen bei der Zeitung zu stornieren, führten dazu, dass Gärtner seine Recherchen für Monate einstellte. In dieser Situation hätte sich Gärtner mehr Solidarität erwünscht. Man erfahre wenig Solidarität, wenn man investigativ arbeite. „Dann wird es oft recht einsam um einen, dann sind auch nicht mehr so viele Leute da, die einem helfen“, schildert Gärtner seine Erfahrungen.

2011 erfuhr Gärtner, dass Evers eine Detektei beauftragt hatte, kritische Journalisten zu bespitzeln – unter anderem ihn. „Die Geschichte setzte dem Ganzen die Krone auf“. Trotzdem rollte Gärtner die Geschichte nicht noch einmal auf. Die eigene Zeitung berichtete nur klein über Evers Methode. „Ich hab auch nicht mehr groß nachgesetzt, weil ich einfach die Nase voll hatte von dieser unrühmlichen Story.“ Heute meint er: „Man hätte da mehr Druck machen können aus meiner Sicht und das werfe ich mir in gewisser Weise auch vor, dass ich da in diesem Fall resigniert habe.“

Gärtners Beispiel zeigt, wie eine Recherche durch Zwänge und Einflüsse behindert werden kann und dass letztlich der Autor ganz alleine mit dem Druck umgehen muss. Im Regional- oder Lokaljournalismus ist dieser Druck womöglich noch unmittelbarer, weil die Nähe zu den Protagonisten größer ist.

Probleme im Lokaljournalismus

In der an die Vorträge anschließenden Fragerunde geht Gärtner genauer auf diesen Punkt ein. „Die größte Herausforderung ist [...] psychologischer Natur und sie wird besonders groß, wenn man im Regionalen arbeitet und im Lokalen“. Er geht so weit zu sagen, dass Nähe die größte Herausforderung überhaupt im Lokaljournalismus sei. Und zwar auch, weil Nähe blind für Probleme im eigenen Umfeld machen könne.

Wolfgang Messner antwortet auf die Frage aus dem Plenum, ob Nähe im Lokaljournalismus auch hinderlich sei: „Wir sind alle Menschen. Je näher wir den Menschen sind, desto komplizierter wird es.“ Gemeint ist damit eine mögliche Befangenheit bei Themen, die vor der eigenen Haustür spielen. Messner weiß um diese Problematik und hat sich deshalb entschieden, bestimmte Themen seinen unbefangeneren Kollegen zu überlassen. Messners Haltung: „Es gibt ein paar Themen, bei denen ich meiner Redaktion gesagt habe, darüber schreibe ich nichts.“ Für David Schraven, dem zwar früh beigebracht worden ist, als Journalist müsse er für eine gute Geschichte die eigene Oma in die Pfanne hauen, gilt die Regel: „Ich muss Samstags um elf Uhr, wenn ich auf dem Fußballplatz stehe, mit den Leuten klarkommen.“

Weitere wichtige Themen in der Fragerunde sind die zu knappen personellen und finanziellen Ressourcen in Regional- und Lokalredaktionen. Als Hauptprobleme werden hier zu wenig Zeit, zu wenig Personal und zu hoher Produktionsdruck genannt. Die hohe Arbeitsbelastung in den Redaktionen kann zu Überlastung führen und die Inhalte beeinflussen. Mit weniger Geld und weniger Personal sei investigatives Arbeiten schwerer. Redakteure müssten beispielsweise für investigative Recherchen freigestellt werden können. Journalismus mit Mehrwert sei nur mit entsprechenden Ressourcen machbar. Gärtner fordert die Verleger auf, mutiger zu sein und Geld zu investieren. Nur so ließen sich wieder mehr regionale Tageszeitungen verkaufen. Die

schwindenden Auflagen zeigten, dass niemand einen „Schmal-spurjournalismus“ wolle, so Gärtner.

Damit Recherchefehler möglichst vermieden werden, sollten nach Ansicht der Referenten gerade im Regional- und Lokaljournalismus – wo ein eigenes Justitiariat eher unüblich ist – erfahrene Kollegen als Ansprechpartner für jüngere Kollegen bereitstehen. Dies sei besonders eine Frage der Organisation.

Als Faustregel, um Fehler bei der Recherche im Lokaljournalismus zu vermeiden, empfehlen die Referenten:

- ▶ **Wolfgang Messner**
„Sich neben den Fakten immer auch auf das eigene Bauchgefühl verlassen.“
- ▶ **David Schraven**
„Ruhig bleiben und früh genug fokussieren – damit man weiß, was man sucht.“
- ▶ **Hubertus Gärtner**
„Immer die andere Seite anhören und sich nicht von dieser Regel verabschieden, auch wenn Druck gemacht wird.“

Störfeuer

Wie juristischer Druck Recherchen behindert

Dokumentiert von Birthe Sönnichsen

Unterlassungserklärungen, Schadensersatzforderungen, Gerichtsverfahren. Juristische Auseinandersetzungen gehören in einigen Redaktionen ebenso zum Alltag wie die Beratung durch Juristen. Hat der juristische Druck für die Redaktionen wirklich zugenommen? Oder gab es immer schon juristischen Ärger? In der Diskussion herrscht Einigkeit: die Situation der Journalisten hat sich in den letzten Jahren verändert und der juristische Druck ist spürbar größer geworden.

Dietmar Schiffermüller meint, es gäbe inzwischen mehr Abmahnungen und Verfahren, weil sich auf der Gegenseite ein Bewusstsein entwickelt habe, dass man dieses Instrumentarium auch nutzen kann. Grundsätzlich sei dies auch legitim, aber „manchmal erscheint es dann doch erstaunlich, was sich die Gegenseite einfallen lässt. Wir hatten auch früher mit unseren Hausjuristen viel zu tun, aber inzwischen sind sie unsere ständigen Begleiter.“ Für Ingolf Gritschneder hat sich die Art und Weise der juristischen Auseinandersetzungen verändert: „Der Druck wird auch subtiler und schon auf die Zeit vor einer Berichterstattung verlagert. Und es werden Schadenssummen in den Raum gestellt, die einen nachdenklich machen.“ Gert Monheim gibt zu bedenken, dass sich auch das Presserecht verändert habe. Was vor 25 Jahren noch nicht möglich gewesen wäre, juristisch zu verfolgen, würde heute vor Gericht landen. Auch weil das Presserecht inzwischen die Möglichkeiten dazu biete. Darüber hinaus gebe es auch Auswüchse: „Besonders widerlich finde ich, dass inzwischen Rechtsanwälte dazu übergehen, die freien Mitarbeiter mit Klagen zu überziehen. Die bekommen dann nach Hause eine Klage. Ich kann nur sagen, beim

WORKSHOP

- **Dietmar Schiffermüller**, *NDR*
- **Ingolf Gritschneder**, *WDR*
- **Gert Monheim**, ehem. *WDR*-Redakteur

Moderation:

Eva Lindenau, *WDR*

WDR sind die festen freien Mitarbeiter juristisch abgesichert, aber bei einer kleinen Zeitung sind sie oft nicht abgedeckt.“ Die Pressefreiheit sei in Gefahr, wenn gegen die Schwächsten – die freien Mitarbeiter – vorgegangen werde, die gleichzeitig die besten Sachen machen.

DIETMAR SCHIFFERMÜLLER DER DRÜCKERKÖNIG UND DIE POLITIK

Im Mittelpunkt des *ARD*-Films „Der Drückerkönig und die Politik“ steht der Unternehmer Carsten Maschmeyer, der mit dem Finanzdienstleister AWD zum vielfachen Millionär geworden ist.¹ Der Film wirft Maschmeyer vor, ein Versicherungsimperium aufgebaut und dabei seinen Reichtum mit fragwürdigen Mitteln erreicht zu haben. Darüber hinaus will der Film die brisanten politischen Verflechtungen Maschmeyers aufzeigen.

Schon vor der Ausstrahlung des Films versuchten verschiedene Anwälte von Carsten Maschmeyer sowie der AWD selbst, Druck auf die Redaktion auszuüben, der jedoch zunächst nicht rein juristischer Natur war. Der zuständige *Panorama*-Redakteur Dietmar Schiffermüller berichtet, wie zunächst ein Brief an alle Intendanten und andere zentrale Stellen der *ARD* verschickt wurde. Der Brief implizierte, die *Panorama*-Redaktion wolle – von AWD-Konkurrenten beeinflusst – über Carsten Maschmeyer unsauber recherchierte Behauptungen publizieren. Erst nach der Ausstrahlung des Films begann die juristische Auseinandersetzung mit Maschmeyer. Es sei ein „Angriff auf breiter Front“ gewesen, so Schiffermüller. Das juristische Vorgehen

1 „Im Jahr 1988 kaufte sich Maschmeyer beim AWD (Allgemeine Wirtschaftsdienst) ein, überwies 900 000 Mark und übernahm die Mehrheit. Maschmeyer baute den AWD zu einem Konzern auf, der Lebensversicherungen, Bausparverträge und Krankenversicherungen, aber auch so riskante Finanzprodukte wie geschlossene Schiffs-, Medien- und Immobilienfonds verkaufte. Der AWD legt diese Versicherungen und Fonds selbst nie auf, er vermittelt sie nur durch Handelsvertreter im Auftrag von Allianz, Axa, Gerling, Gothaer und anderen Konzernen. Dafür kassiert er Provisionen. Dem *Spiegel* liegen Dokumente vor, die nahelegen, wie systematisch Kunden hochriskante Finanzanlagen vermittelt wurden, die später zu Verlusten führten. Kein Wunder: Für diese Produkte kassierte der AWD die höchste Provision. Diese Dokumente sind bisher unter Verschluss gewesen. Sie sind das geheime Sündenregister des AWD.“ (*Der Spiegel* vom 5. März 2011)

Maschmeyers habe die Redaktion jedoch nicht überrascht, da sie bereits einige Monate zuvor Recherche-Ergebnisse im *NDR*-Fernsehen veröffentlicht hatte und sich bereits umfangreich mit juristischen Anträgen auseinandersetzen musste. Insgesamt habe die Redaktion Abmahnungen in rund drei Dutzend Punkten erhalten. Angegriffen wurde dabei jedoch nicht die große Linie des Films, sondern einzelne Formulierungen und Details. Dabei seien die Vorwürfe der Gegenseite teilweise schon fast bizarr gewesen. Drei typische Beispiele:

- ▶ Eine Abmahnung richtete sich gegen die Bezeichnung der Frisur von Carsten Maschmeyer durch einen Protagonist als „Minipli“.
- ▶ Eine andere gegen die Bezeichnung eines Automodells.
- ▶ Eine dritte schließlich gegen die Benennung eines ehemaligen Mitarbeiter Maschmeyers als „Assistenten“.

Dinge, die mit den eigentlichen Vorwürfen im Film nichts zu tun hatten. Außerdem sei es für Carsten Maschmeyer extrem wichtig gewesen, dass sein Wohnhaus im Film nicht gezeigt werde. Diesem Wunsch ist der *NDR* inzwischen nachgekommen. Bis heute sei dieses Wohnhaus jedoch im Internet über Dienste wie Google-Street-View unverschlüsselt für ein Millionenpublikum zu sehen.

Ein wichtiger Punkt in der juristischen Auseinandersetzung beschäftigte sich mit der Frage, ob der *NDR* angemessen versucht habe, ein Interview mit Carsten Maschmeyer zu bekommen: Hatte der *NDR* vorab Maschmeyer ausreichend über den Inhalt des angefragten Interviews informiert, z.B. Fragen an ihn geschickt oder nicht? Üblicherweise gebe die *Panorama* Redaktion bei einer Bitte um ein Interview vorab stets Fragenkomplexe ab. So wurde auch im Fall Maschmeyer vorgegangen. Zudem habe es einen umfangreichen Briefwechsel mit Maschmeyer gegeben, aus dem hervorgehe, dass die Redaktion Maschmeyer ausreichend informiert habe.

Letztendlich einigten sich Maschmeyer und der *NDR* auf einen Vergleich. Schiffermüller glaubt, dass der Streit eine außerordentlich große Fallhöhe erlangt habe (unter dem Tenor „Pressefreiheit in Gefahr“) und kann deshalb auch die Irritation einiger Kollegen über den geschlossenen Vergleich durchaus verstehen. „Wir haben den Vergleich zwar überhaupt nicht gesucht, denn

wir waren uns unserer Sache sicher. Trotzdem ist es so, dass es einen Punkt gibt, wo man sich fragt, muss man jetzt jeden Tag in einer Schlacht den Hügel raufstürmen oder kann man sich zumindest anhören, was die Gegenseite einem entgegenbringt.“ Nicht zuletzt müsse man auch bedenken, dass eine rechtliche Auseinandersetzung in dieser Massivität die redaktionelle Arbeit in hohem Maße lähme. „In so einer Materialschlacht, wo man teilweise wochenlang als Redakteur – aber auch als Autor – gebunden ist und juristische Dinge durcharbeiten muss und gleichzeitig eigentlich noch weitere Sendungen produzieren muss, ist es schon sehr belastend.“

Mit dem Ergebnis des Vergleichs sei die Redaktion zufrieden, weil der Film, der zwischenzeitlich wegen der vielen Klagepunkte eher einem Flickenteppich geglichen habe, wieder vollständig publiziert werden dürfe und somit dem Interesse der Redaktion vollständig Rechnung getragen wurde. Maschmeyers Motive schätzt Dietmar Schiffermüller wie folgt ein: „Ich glaube, er hat einfach eingesehen, dass das juristische Vorgehen auf so einer breiten juristischen Front nicht fruchtet und dass für ihn auch einfach keine Ruhe einkehrt. Ich glaube, das war das Motiv, warum er dann auch den Vergleich gesucht hat.“ Wie lange die von Maschmeyer angestrebte Ruhe anhält, bleibt abzuwarten. Schiffermüller glaubt nicht, dass der geschlossene Vergleich Auswirkungen auf zukünftige Recherchen haben wird: „Die im Film publizierten Vorwürfe können weiter veröffentlicht werden. Und ein Vergleich heißt auch nicht, dass wir nicht weiter recherchieren, weil es möglicherweise noch viele Gegenstände gibt in der Causa M, die noch nicht beleuchtet sind.“

INGOLF GRITSCHNEDER **„MILLIARDEN-MONOPOLY III“**

„Milliarden-Monopoly III“ ist einer von insgesamt fünf, z.T. preisgekrönten Filmen, die sich mit Unstimmigkeiten rund um den Bau der Kölner Messe beschäftigten. Zu Beginn ihrer Recherche standen für die Autoren die Fragen, warum sogenannte „Oppenheim-Esch-Fonds“, in den reiche und einflussreiche Investoren Millionen eingezahlt hatten, an milliardenschwere Aufträge in Köln kommen konnten – ohne dabei die vorgeschriebene europaweite Ausschreibung zu durchlaufen?

Zunächst berichten die Autoren Ingolf Gritschneider und Georg Wellmann in ihren Beiträgen über merkwürdige Ratsentscheidungen und undurchsichtige Verträge. Die übergeordnete Frage bestand für die Autoren jedoch darin, inwieweit man in diesem Zusammenhang von Korruption sprechen konnte. In den ersten Filmen konnten sie diesen Verdacht aufgrund einer unzureichenden Beleglage jedoch nicht so formulieren. „Im Zuge der weiteren Recherche – nach den ersten Berichterstattungen – kamen dann immer mehr Hinweise und Belege und es kamen Informanten, so dass sich der Verdacht auf die Dauer immer weiter erhärtete und wir haben dann am Ende diesen Verdacht auch so formulieren können“, so Gritschneider.

Ähnlich wie im Zusammenhang mit dem AWD-Beitrag über Carsten Maschmeyer beschreibt auch Gritschneider, welche Drohszenarien vor der Ausstrahlung von „Milliarden-Monopoly III“ aufgebaut wurden. Im Fall der beiden Autoren Georg Wellmann und Ingolf Gritschneider hat diese Bedrohung jedoch eine neue Dimension angenommen. Die beiden Autoren wurden erstmals unter Androhung hoher Schadensersatzansprüche privat verklagt. Wie sich später herausstellte, sollen sie auch zeitweise beschattet worden sein, wahrscheinlich um mögliche Angriffspunkte im privaten Umfeld der Journalisten zu suchen.

Insbesondere nach dem 3. Beitrag, der den Vorwurf der Korruption beinhaltete, wurden die Autoren sowie die Redaktion mit Klagen überhäuft. Insgesamt seien es über 20 Verfahren gewesen. Hinzu kamen diverse Gegendarstellungsbegehren et cetera. Laut Gritschneider sei auch hier das primäre Ziel gewesen, die Autoren schon im Vorfeld mit der Abwehr von Vorwürfen zu beschäftigen und zu versuchen, sie zu verunsichern und von ihrem Bericht abzubringen. Auch hier konzentrierte sich die Gegenseite mit ihren Beschwerden auf eher nebensächliche Einzelheiten des Films, „um möglicherweise aufgrund eines schiefen Details den Vorwurf konstruieren zu können, wir würden insgesamt unseriös berichten“.

Nachdem das zwischenzeitlich eröffnete Ermittlungsverfahren gegen die Protagonisten, deren Verantwortung in den beiden ersten Filmen gezeigt wurden, eingestellt worden war, konfrontierten die beiden Autoren die zuständige Staatsanwaltschaft Köln mit ihren Rechercheergebnissen. Die Staatsanwaltschaft wollte sich jedoch zu diesem abgeschlossenen Verfahren nicht

weiter äußern und brach das Interview ab. Am folgenden Tag erhielt der *WDR* ein Schreiben der Oppenheim-Esch Anwälte, man habe „vom Vorfall bei der Staatsanwaltschaft gehört“. Wie konnte die Information in weniger als 24 Stunden an die Fonds-Anwälte gelangen? Vieles spricht dafür, dass sie von der Staatsanwaltschaft direkt an die Oppenheim-Esch Gruppe weitergeleitet wurde. Das war für Gritschneider und seine Kollegen besonders deprimierend: „An dieser Stelle hatte man das Gefühl, dass alle gegen einen waren. Dass auch die Ermittlungsbehörden bis hin zur Staatsanwaltschaft ganz offensichtlich nicht gewillt waren, den Vorwürfen und harten Fakten nachzugehen. Und dass es offensichtlich auch einen kurzen Draht von den Ermittlungsbehörden zu den Verantwortlichen gab, die eigentlich im Zentrum ihrer Ermittlungen hätten stehen müssen.“

GERT MONHEIM

GROSSE STORYS BRAUCHEN JURISTISCHERN BEISTAND

Gert Monheim hat als Redakteur der *WDR*-Sendung „die story“ die Recherchen über Jahre hinweg betreut. Für ihn ist entscheidend für die spätere juristische Auseinandersetzung, dass man nachweisen kann, dass die Redaktion der Gegenseite früh genug Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Vorwürfen gegeben hat. Und dass man sie ausreichend für ein Interview mit Informationen versorgt hat nach dem Motto: so viel wie nötig, so wenig wie möglich. Auch Monheim betont deshalb, dass er vorab keine Fragen, sondern nur Fragenkomplexe herausgibt. Das führe sonst dazu, dass die Gegenseite Schriftsätze formuliere, die die Journalisten unter Umständen juristisch behinderten. Oder die Rechtsanwälte würden für ihre Mandanten juristische Statements formulieren, die für den Film ausweichend, unverständlich, langweilig – also letztlich unbrauchbar wären.

Im Fall von „Milliarden-Monopoly III“ habe er mit seinen Autoren schon drei Monate vor dem Sendetermin angefangen, die Fragenkomplexe genau abzusprechen. Danach hat die Redaktion eine Brieflogistik entwickelt. Den wichtigsten sieben Verantwortlichen des Falls wurden im Laufe der Zeit jeweils sechs bis sieben Briefe zugeschickt, um sie über den jeweiligen Sachverhalt zu informieren und Ihnen die Möglichkeit einzuräumen, hierzu Fragen zu beantworten. Für Monheim war das der Schlüs-

sel zum Erfolg: „Dadurch haben wir alle Prozesse gewonnen. Wir haben nicht einen Prozess verloren, keine Gegendarstellung eingefangen, nichts! Die Briefe waren es, die die Richter überzeugten.“

Das Justizariat des *WDR* wurde in diesen Fall schon früh mit einbezogen. Während der Justiziar früher eher von den Journalisten als ‚Feind‘ angesehen worden sei, habe sich das Verhältnis inzwischen zu einer Partnerschaft entwickelt. Das Justizariat sei zwei Monate vor Ausstrahlung des Films darüber informiert worden, dass es in dem Film um den Vorwurf der Korruption gehen solle – ein auf vielen Ebenen schwerwiegender Vorwurf. Für Gert Monheim war der juristische Beistand in diesem Fall sehr wertvoll: „Ab diesem Zeitpunkt hatten wir einen Partner, den wir ansprechen konnten. Briefe gingen ab Brief Nummer drei oder vier alle über das Justizariat. Wir hätten vor Gericht keine Chance gehabt, wenn wir das nicht so gemacht hätten. Der konkrete Nachweis, dass die Verantwortlichen ausreichend über die Fragekomplexe informiert worden seien und genügend Gelegenheiten zur Stellungnahme bekommen hätten, überzeugte die Justiz.“

Abschließend betont Gert Monheim, der *WDR* habe im Falle der „Milliarden-Monopoly“- Filme das Risiko von Gerichtsverfahren, das immer in solch komplexen investigativen Dokumentationen steckt, in keiner Phase der insgesamt fünf Jahre währenden Recherchen und Produktionsarbeiten gescheut. „Ich erzähle das deshalb so ausdrücklich, weil ich glaube, selbst eine mittlere Zeitung hätte das nicht durchgehalten. Denn die Reichsten und Einflussreichsten sind in den Fonds mit drin und lassen ihre Macht auf allen Ebenen spielen. Damit will ich sagen, da ist die Pressefreiheit wirklich in Gefahr, wenn nicht eine eigene Macht – der *WDR*, die *ARD* oder wer auch immer an potenten Medienunternehmen – hinter solcher Berichterstattung steht.“

Fazit – „Erst falsifizieren, dann verifizieren“

Auch wenn das Panel zeigt, wie juristischer Druck die Recherchen beeinflussen kann, sind sich die Teilnehmer einig, dass dieser Druck nicht immer automatisch negativ sein muss. Ingolf Gritschneder: „Der juristische Druck ist ja nicht nur schlecht. Er schärft sehr das Nachdenken, das noch mal Nachrecherche-

ren, das noch mal Überprüfen, das Diskutieren von Fakten. Er hält einen immer wieder an, jedes Detail kritisch zu überprüfen.“ Dietmar Schiffermüller hat auf die Möglichkeit hingewiesen, den Rechtsstreit auch zum Teil der Geschichte machen zu können, denn „so ein Rechtsstreit kann auch eine katalysatorische Wirkung haben.“ Gert Monheim kann einem Tunnelblick auch etwas Positives abgewinnen: „Die Situation eines investigativen Dokumentaristen ist so unendlich schwierig, dass er geradezu einen Tunnelblick haben muss, um durch die Masse der Informationen und der juristischen Schwierigkeiten durchzukommen. Der Tunnelblick hat am Anfang also auch etwas Hilfreiches. Der Journalist muss es nur schaffen, sich in diesem Tunnel nicht zu verirren und immer nach dem Licht am Ende des Tunnels Ausschau zu halten. Deshalb sei es auch wichtig, einen Redakteur dabei zu haben, der den Autor vor einer allzu großen Fixierung bewahre und ihn immer auf den Boden der Tatsachen zurückhole.“ Abschließend greift Monheim einen Ratschlag auf, den er in seiner journalistischen Laufbahn nicht immer verfolgt habe: „Erst falsifizieren, dann verifizieren. Ich sage das mit schlechtem Gewissen, weil ich das viel zu selten getan habe. Aber jedem jüngeren Kollegen, der mich fragt, würde ich es trotzdem raten.“

Lost in space

Wie Internet-Fakes täuschen – und wie man sie enttarnt

Dokumentiert von Friedel Groth

„Fakes gibt es nicht erst, seit es das Internet gibt. Aber durch das Internet eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten, wie Fakes inszeniert und verbreitet werden können.“ – Dr. Manfred Redelfs

Auf den nächsten Seiten werden drei Fälle vorgestellt, in denen Journalisten auf solche Fakes reingefallen sind. Und damit Ihnen nicht das Gleiche passiert, gibt es praktische Tipps, wie Sie genau das verhindern können.

WORKSHOP

- **Dr. Manfred Redelfs,**
Greenpeace / Recherche-Trainer
- **Albrecht Ude,**
Freier Journalist / Recherche-Trainer

FALL 1

WIE EINE ERFUNDENE PRESSEMITTEILUNG ZU EINER ECHTEN RÜCKTRITTSFORDERUNG FÜHRTE

2002. Der Fall Jakob von Metzler: Ein Industriellensohn wird entführt, der Täter festgenommen, aber das Opfer ist noch nicht gefunden. Um den Aufenthaltsort des Kindes zu erfahren, droht die Polizei dem Täter Magnus Gäfgen Folter an. Der klagt 2005 gegen dieses Vorgehen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. In Deutschland entwickelt sich daraufhin eine Diskussion um die sogenannte Rettungsfolter. Ist der Einsatz von Foltermethoden bei Polizeiverhören gerechtfertigt? Und dürfen die Geständnisse vor Gericht überhaupt verwendet werden?

Der Fake

Mitten in diese Diskussion platzt am 1. Januar 2006 eine Pressemitteilung des Bundes Deutscher Juristen (BDJ). Darin erklärt der BDJ-Vorsitzende und Strafrichter am Bundesgerichtshof Dr. Claus Grötz: „Das Leben unschuldiger Opfer besitzt einen höheren Wert als die körperliche Integrität von Verbrechern. Wir müssen jetzt Tabus brechen. Die Gewinnung von Aussagen mittels leichter Foltermaßnahmen und die Verwertung solcher Aussagen sind zukünftig möglich zu machen. Unsere Behörden stehen unter ungerechtfertigtem moralischen Druck, wie der Fall Gäfgen und die Terroristenverfolgung zeigen.“

Am Neujahrstag erreicht diese Pressemitteilung die morgens noch dünn besetzte Nachrichtenagentur *Associated Press* (AP) in Frankfurt. Die kurze Recherche ergibt: Laut BDJ-Homepage (www.bunddeutscherjuristen.org) und Wikipedia-Eintrag wurde der Verband 1952 von den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Bundesgerichtshofs gegründet, mittlerweile gehören ihm 2700 namhafte Juristen an – das reicht der AP-Redaktion.

Die Folgen

Unter der Überschrift „Bund Deutscher Juristen fordert Aussagen unter ‚leichter Folter‘ – offene Diskussion und Bruch von Tabus verlangt“ geht die Meldung über den Ticker. Mehrere Medien, darunter auch *Spiegel Online*, greifen sie auf. Erst im Laufe des Tages fliegt der Fake auf. AP zieht die Meldung zurück, *Spiegel Online* schreibt, dass man auf eine Falschmeldung reingefallen sei und entschuldigt sich. Doch die Geschichte hat längst die Öffentlichkeit erreicht – auch die politische. Die Geschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, reagiert: „Ich fordere Herrn Grötz zum Rücktritt auf. Seine unglaublichen Äußerungen sind ein Frontalangriff auf unsere Grundwerte und verhöhnen alle Opfer von Folter.“ Die Geschichte nimmt an Fahrt auf. Der MDR stellt eine Interviewanfrage an den BDJ. Der reagiert erneut per Pressemitteilung auf seiner Homepage: „Der Interviewanfrage des MDR kann Herr Dr. Claus Grötz nicht nachkommen. Er hat nach der berechtigten Rücktrittsforderung der Grünen-Geschäftsführerin Steffi Lemke seine Ämter als BDJ-Vorsitzender und Strafrichter am Bundesgerichtshof niedergelegt.“

Das Fazit

Für Dr. Manfred Redelfs, Leiter der Rechercheabteilung von Greenpeace, ist der geschilderte Fall „ein klassischer Fake, auf den leider doch erstaunlich viele Journalisten reingefallen sind.“ Doch wie kann man einen solchen Fake entlarven? Für Redelfs gibt es mehrere Indizien, die in der Redaktion für Skeptis hätten sorgen müssen: So gibt es als Absender der Pressemitteilung z.B. nur eine E-Mail-Adresse, statt einer konkreten Person. Auch auf der Seite www.bunddeutscherjuristen.org findet sich kein Ansprechpartner, weil das Impressum fehlt, trotz der Impressums-Pflicht für Institutionen-Seiten. Der einfachste Weg, die Meldung zu überprüfen, wäre also die Suche nach Dr. Claus Grötz, dem in der Pressemitteilung zitierten BDJ-Vorsitzenden gewesen. Hier hätte ein Anruf beim Bundesgerichtshof genügt, um herauszufinden, dass es dort keinen Dr. Claus Grötz gibt – oder ein schneller Blick auf die Homepage des Bundesgerichtshofes.

Außerdem lässt sich mit Hilfe des Internets herausfinden, wer hinter der BDJ-Homepage steckt, mit einer sogenannten Who-is-Abfrage, z.B. auf www.domaintools.com. Oder man geht zu diesem Zweck auf die Homepage der „Internet Assigned Numbers Association (IANA)“ unter www.iana.org. Dort gibt es eine „Database of Top Level Domains“, bei der man einfach der alphabetischen Liste folgt und nachschlägt, welcher Registrierungsdienst für die ORG-Top Level Domain zuständig ist. So landet man schnell bei dem Registrar „Public Interest Registry“ (PIR) unter www.pir.org und kann dort in der Datenbank die konkrete Abfrage für die Seite www.bunddeutscherjuristen.org machen.

Das Ergebnis zeigt u.a., wer die Seite angemeldet hat und wann sie erstellt wurde. Im Fall des Bundes Deutscher Juristen stößt man auf den Anbieter Domains by Proxy. Der wirbt auf seiner Homepage mit dem Slogan „Your identity is nobody’s business but ours“. Domains by Proxy meldet Seiten gegen Geld an und verschleiert so den wahren Betreiber. Außerdem ergibt die Suche, dass die Homepage am 28.12.2005 erstellt wurde, also erst drei Tage vor der Pressemitteilung. Für einen Verband, der von sich behauptet, seit 1952 zu bestehen, ist das ziemlich merkwürdig. Bei den Wikipedia-Einträgen des BDJ und von Dr. Claus Grötz hätte ein Blick in die Versionsgeschichte Aufschluss darüber gegeben, wann und vom wem die Beiträge erstellt und

geändert wurden. Auch diese Einträge sind nämlich erst kurz vor der Pressemitteilung angefertigt worden.

Eine weitere Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit der Seite zu überprüfen, ist ein Blick auf die Verlinkungen – also wer verlinkt auf die Seite des BDJ. Die Google-Suche mit dem Kurzbefehl „link:bunddeutscherjuristen.org“ ergibt nur zwei Links und zwar vom BDJ selbst. Keine andere juristische Seite, kein Rechtsanwalt, kein Gericht verlinkt also auf die Seite seines eigenen Berufsverbandes – ein Umstand, der stutzig machen sollte.

NÜTZLICHE LINKS

Wer steckt hinter der Homepage und wann wurde sie angemeldet?

- ▶ Who-is-Abfrage auf www.domaintools.com oder über die Root-Zone-Datenbank der Internet Assigned Numbers Authority auf <http://www.iana.org/domains/root/db/>

Wer verlinkt auf die Seite?

- ▶ Google-Suche mit Kurzbefehl `link:bunddeutscherjournalisten.org`

Wann und von wem wurden Wikipedia-Einträge geschrieben?

- ▶ Blick in die Versionsgeschichte oben rechts auf der Wikipedia-Beitragsseite

FALL 2

WIE EIN ANGEBLICHER ANSCHLAG BEI DPA WIE EINE BOMBE EINSCHLUG

10. September 2009. Einen Tag vor dem Jahrestag der Anschläge auf das World Trade Center in New York erreicht dpa ein Anruf aus den USA. Es meldet sich ein Deutscher, der angibt, ein Praktikum bei einem lokalen Fernsehsender in Kalifornien zu machen. Er berichtet von einem Selbstmordanschlag in der Kleinstadt Bluewater. Weil die Situation so hektisch sei, habe er keine Zeit für genauere Angaben, nähere Informationen würde dpa auf der Homepage des Lokalsenders vpk-tv finden.

Der Fake (Teil 1)

Dort läuft ein Video in Endlosschleife: Es zeigt eine Nachrichtensprecherin, die die verwackelten Bilder aus Bluewater kommentiert. Man sieht aufgeregte Menschen, die aus einem Restaurant rennen. Hektische Stimmen schreien durcheinander, im Hintergrund heulen Polizei-Sirenen. Eine Augenzeugin berichtet von drei arabisch-stämmigen, schwer bewaffneten jungen Männern, die in das Restaurant gekommen seien. Um 23 Uhr Ortszeit habe es zwei Explosionen gegeben, nach ersten Angaben handele es sich um einen Selbstmordanschlag, kommentiert die Sprecherin.

Die Folgen

Um 9.38 Uhr meldet dpa weltexklusiv: „Anschlag in kalifornischer Kleinstadt“. Als Quelle nennt sie den lokalen Fernsehsender vpk-tv. Mehrere Online-Medien greifen die Meldung auf. Bei der Suche nach einer zweiten Quelle stößt man bei dpa auch auf die Homepage www.bluewatercity.com, offenbar die Seite der kalifornischen Kleinstadt. Hier ist u.a. auch die Telefonnummer der Feuerwehr vor Ort angegeben. Ein Sprecher bestätigt der Agentur den Anschlag. Die erste Meldung wird um 9.59 Uhr von dpa ergänzt.

Der Fake (Teil 2)

Der Praktikant meldet sich erneut aus Kalifornien: Bedauerlicherweise habe es einen Irrtum gegeben. Aufklärung gebe es in einem neuen Video auf der Homepage von vpk-tv. Wieder hört dpa dort die Nachrichtensprecherin: Der Selbstmordanschlag habe sich als großer Fake entpuppt. Eine Gruppe junger deutscher Rapper, die sich „Berlin Boys“ nennt, habe den Anschlag vorgetäuscht, um Aufmerksamkeit für ihre Musik zu bekommen. Auch ein Bekennervideo der „Berlin Boys“ liegt vpk-tv vor: Drei Jugendliche sitzen mit weißen Kapuzenpullovern und schwarz geschminkten Gesichtern auf einer Couch und erklären ihre Tat: „Wir sind die Berlin Boys. Wir erklären hiermit, dass wir die drei sind, die hinter der Aktion in Bluewater stecken. Wir werden morgen vielleicht sterben, aber unsere Musik wird fortleben. Wir bitten alle, die uns geliebt haben, um Verzeihung.“

Die Folgen

Um 10.06 Uhr korrigiert dpa ihren Fehler und meldet unter der Überschrift: „Angeblicher Anschlag in Kalifornien war böser Scherz“, dass drei deutsche Rapper das Restaurant mit Bombenattrappen gestürmt hätten, um Medienaufmerksamkeit zu erlangen. Quelle ist erneut vpk-tv. Dass es sich auch beim zweiten Video um einen Fake handelt, merkt man erst viel später. Um 13.44 Uhr verschickt die dpa die Eilmeldung: „Bitte verwenden Sie die Berichterstattung über den angeblichen Anschlag in der kalifornischen Kleinstadt Bluewater nicht. Die Deutsche Presse-Agentur geht Hinweisen nach, dass die als Quelle genannte Website des Fernsehsenders gefälscht ist und auch andere Websites über Bluewater nicht echt sind.“ Diese Hinweise bestätigen sich am Nachmittag. Auf vpk-tv.com taucht erneut ein Bekennervideo auf, samt Pressemitteilung: „VPK, der Sender, von dem Sie jetzt gehört haben werden, existiert nicht. Die ‚Berlin Boys‘ mit ihrem Song ‚Hass‘ hat es nie gegeben. Es gibt auch keine Stadt ‚Bluewater‘, und es gab auch nie einen Polizisten, Bürgermeister oder Feuerwehrmann, die dort am Telefon geantwortet haben.“ Was war passiert? Der Regisseur und Schauspieler Jan Hendrik Stahlberg hatte die Geschichte des Selbstmordanschlags erfunden, um auf seinen Film „Shortcut to Hollywood“ aufmerksam zu machen. Die Videos hatte er vorher produziert, Teile davon stammen aus seinem Film. Auch die Internetseiten von vpk-tv und Bluewater City wurden vorher programmiert und die dort angegebenen amerikanischen Telefonnummern in eine Berliner Wohnung umgeleitet. Von dort aus verbreiteten mehrere Schauspieler die Geschichte aus Bluewater. Sie riefen in deutschen Redaktionen an, nahmen Anrufe als Feuerwehr und Polizei entgegen und twitterten Meldungen über die Ereignisse in Bluewater. „Es ist eine Form des Guerilla-Marketing, mit dem sich sicherlich der Journalismus vermehrt auseinandersetzen muss, weil das Internet diese Möglichkeiten stärker bietet und die Versuchung groß ist, solche Register zu ziehen“, bilanziert Dr. Manfred Redelfs. Doch wie hätte man einen solch perfekt inszenierten Fake trotzdem enttarnen können?

Das Fazit

„Eine Story, die zu gut ist, um wahr zu sein, ist vermutlich genau dies: nicht wahr“, sagte dpa-Chefredakteur Wolfgang Büchner nach dem Bluewater-Desaster. Und genau diese Einstellung hätte an diesem Tag trotz der professionellen Videos, der Telefonnummern und der amerikanischen Schauspieler am anderen Ende der Leitung für Skepsis sorgen müssen. So hat sich bei dpa offenbar niemand gefragt, warum man die Meldung eines Selbstmordanschlags in den USA einen Tag vor dem Jahrestag des 11. September 2001 scheinbar weltexklusiv hat. *AP*, *CNN*, *New York Times* – kein amerikanisches Medienunternehmen meldete an diesem Morgen etwas über einen Anschlag in einer kalifornischen Kleinstadt Bluewater – nur ein kleiner lokaler Fernsehsender, von dem vorher noch niemand gehört hatte.

Auch im Fall von Bluewater hätte eine Who-is-Abfrage geholfen. Die ergibt, dass die Internetseiten www.vpk-tv.com und www.bluewatercity.com beide erst drei Tage vorher erstellt wurden, sogar fast auf die Sekunde genau zeitgleich. Als Kontakt ist das Unternehmen „Who is Guard“ angegeben, auch hier ein Anbieter, der mit dem eindeutigen Slogan wirbt „protect your business with who is guard“.

Bei dpa hat man aus der Bluewater-Affäre Konsequenzen gezogen und diese in sechs Lehren festgehalten:

- 1 Richtigkeit geht immer vor Geschwindigkeit.
- 2 Große Themen werden von mindestens zwei Mitarbeitern bearbeitet, die sich ausschließlich um die Recherche und Verifizierung der Informationen kümmern.
- 3 Der Korrespondent vor Ort muss immer hinzugezogen werden.
- 4 Bei unsicherer Quellenlage muss neben der lokalen Behörde mindestens eine übergeordnete Stelle die Information bestätigen. Bei Zweifeln an der Identität eines Anrufers, diesen über die Auskunft überprüfen. Bei Themen aus dem Ausland sollen die großen nationalen Medien im Auge behalten werden.
- 5 Interne Fortbildungen sollen jeden Mitarbeiter darin schulen, die Echtheit von Domains kompetent zu prüfen.

- 6 Tauchen im Laufe der Recherche Zweifel an den verschickten Meldungen auf, müssen die Nutzer des dpa-Dienstes mit einem Achtungshinweis informiert werden.

LINKS

Die „Making-of-Videos“ zu Bluewater auf Youtube

- ▶ <http://youtu.be/dbMBGdCNDB0>
- ▶ <http://youtu.be/i1ZLk6bvQLY>

FALL 3

WIE DIE ANGEBLICHE ENTFÜHRUNG EINER ERFUNDENEN LESBISCHEN BLOGGERIN AUS SYRIEN ZUM POLITIKUM WURDE

Anfang 2011. Im arabischen Frühling protestieren hunderttausende Menschen in den Staaten Nordafrikas und im Nahen Osten gegen die autoritären Machthaber und für mehr Demokratie. Aber nicht nur auf den Straßen, auch im Internet formiert sich der Widerstand. Weil westliche Journalisten in den bürgerkriegsähnlichen Zuständen oftmals nicht frei berichten können, werden „soziale“ Netzwerke wie Facebook, Kurznachrichtendienste wie Twitter und Weblogs zu wichtigen Quellen. So auch das Online-Tagebuch von Amina Abdallah Arraf al Omari, einer lesbischen Bloggerin aus Syrien.

Der Fake

Auf damascusgaygirl.blogspot.com schreibt sie von Februar bis Juli 2011 und übt in ihren Beiträgen immer wieder scharfe Kritik am Regime des syrischen Präsidenten Assad. Amina wird zum medialen Gesicht des Widerstands. Spuren von Amina Abdallah im Netz gibt es bereits seit 2006. Hunderte Beiträge erzählen die Geschichte der lesbischen Freiheitskämpferin, die mit ihrem Blog ihr Leben riskiert, um der Welt zu erzählen, was in Syrien passiert.

Am 6. Juni schreibt plötzlich Aminos Cousin, Amina sei von drei Männern entführt worden. Die Internetgemeinde fordert mit al-

len Mitteln Aminas Freilassung: Einer eigenen Facebook-Gruppe mit dem Namen „Free Amina“, dem Twitter-Hashtag #FreeAmina, Mails an die syrische Botschaft und einer Online-Petition.

Die Gratwanderung

Wenn Amina Abdallah Arraf al Omari eine reale Person ist, eine lesbische Frau in einer muslimischen Gesellschaft, eine Oppositionelle in Syrien, dann ist hundertprozentige Anonymität ihre Lebensversicherung! Und damit müssen Rechercheure sensibel umgehen. Dennoch muss die Quelle überprüft werden.

Die Folgen

Das weltweite Medienecho auf die Nachricht von der Entführung Aminas ist erneut riesig: *The Guardian*, *CNN*, *Al-Dschasira* berichten u.a. über Aminas Entführung. Der Fall entwickelt sich im Konflikt zwischen Regimekritikern und Regierungsanhängern zum echten Politikum.

Doch nur einen Tag später äußert Liz Henry – eine Expertin für Fake-Identitäten, sogenannte Sockenpuppen – in ihrem Beitrag „Painful doubts about Amina“ erste Zweifel an der Existenz von Amina Abdallah. Wiederum einen Tag später meldet sich eine in Großbritannien lebende Kroatin und weist daraufhin, dass auf dem Bild im Damascus-Gay-Girl-Blog nicht Amina, sondern sie zu sehen sei. Daraufhin recherchiert die *BBC*. Ergebnis: alle Bilder, die jemals von Amina im Internet publiziert wurden, stammen aus Facebook.

Eine Gruppe namens „Electronic Intifada“ beginnt das Internet systematisch nach Spuren von Amina zu durchsuchen. In einer Yahoo-Gruppe finden sie ihre Adresse in Georgia, USA. Im Grundbuch lassen sich die Besitzer des Hauses ermitteln. Es gehört Thomas MacMaster und seiner Ehefrau Britta Froelicher. Bei der Recherche nach diesen beiden Personen stößt die Gruppe dann auf einen picasa-Bildaccount von Britta Froelicher, in dem sich alle Bilder, die im Damascus-Gay-Girl-Blog veröffentlicht sind, finden. IP-Adressen, von denen „Amina“ in Blogs kommentiert hat, lassen sich zur Universität Edinburg zurückverfolgen. Dort arbeitet, ausweislich seines Facebook-

Profiles, seit September 2010 Thomas MacMaster. Konfrontiert mit diesen Indizien, geben die beiden am 12. Juni zu, dass sie hinter Amina Abdallah stecken und das Ganze ein Fake war. MacMaster ist Nahostexperte und kennt Damaskus aus eigener Anschauung. Er konnte deshalb so schreiben, dass seine Blog-Texte authentisch wirkten.

Das Fazit

Für Albrecht Ude, freier Journalist und Recherche-Trainer, sind Fake-Identitäten wie Amina Abdallah kein Einzelfall: „Ich bin mir sicher, das sogenannte Sockenpuppen sehr viel häufiger im Netz unterwegs sind, als man glaubt.“

Obwohl der Fall noch nicht lange her ist, ist er nur noch sehr schlecht rekonstruierbar. „Den Satz ‚Das Internet vergisst nichts‘ halte ich für ganz, ganz großen Quatsch. Es ist unglaublich, wie schnell Spuren verschwinden, die gestern noch da waren“, sagt Ude. Deshalb ruft er Rechercheure auf, alles, was sie finden, sofort zu speichern. Wenn es z.B. um eine Person geht, die in einen Skandal verwickelt ist, sollte man so schnell wie möglich die Facebook-Freundesliste abspeichern, um nachher Informationen über mögliche Verbindungen und Kontakte zu haben. Das ist besonders in Fällen wie von Amina Abdallah wichtig, weil die klassischen Online-Recherchewege im Nachhinein versagen. Eine Who-is-Abfrage zu ihrem Blog führt nämlich zu dem Ergebnis, dass Blogspot zu Google gehört und man so nicht an den tatsächlichen Betreiber des Blogs kommt (ähnlich verhält es sich mit Accounts auf Twitter oder in „sozialen“ Netzen). Auch bei der sogenannten „wayback-machine“ archive.org, die alte, bereits gelöschte Internetseiten speichert, konnte man www.damascusgaygirl.com nicht mehr finden, weil alle blogspot-Seiten gesperrt sind.

Das macht die Quellenrecherche zeitraubend und aufwändig. Aber in solchen Fällen darf man sich nicht allein auf Postings und E-Mail-Kontakte verlassen, sondern muss zusätzliche Kanäle nutzen: Ein Interview (z.B. via Skype) hätte schon wegen der männlichen Stimme Klarheit geschafft. „Electronic Intifada“ scheute den Aufwand nicht, Blogs, in denen Amina kommentiert hatte, um die IP-Adresse zu bitten und selbst vermeintlich abgelegenen Spuren wie US-Grundbüchern nachzugehen.

HINWEISE UND LINKS

Hinweise

Wenn die „harten“ Methoden der Quellenprüfung nicht angewandt werden können, muss man andere Recherchewege beschreiten, die zumeist zeitraubender sind.

- ▶ Online-Recherche über die Protagonisten – was ist an anderen Orten im Netz über die Person bekannt, wo taucht ihr Name auf, wo Äußerungen? Gibt es jemanden, der direkten Kontakt verbürgen kann?
- ▶ Verlinkungen – wohin verlinkt z.B. ein Weblog selbst, und welche externen Websites verlinken auf das Weblog? (Da jede Suchmaschine nur einen Teil des Internets kennt, sollten für solche Recherchen die großen Universalsuchmaschinen parallel eingesetzt werden: Ask, Bing, Exalead, Google und Yahoo).
- ▶ Suche, ob Bilder, die in einer fraglichen Website auftauchen, auch anderswo im Web zu finden sind. Die Bildsuche von Google ermöglicht es, nach Bildern zu recherchieren, die man entweder auf dem eigenen Rechner vorliegen hat und hoch lädt oder deren Adresse im Web man angibt: <http://images.google.com/>
- ▶ Diese Methode stammt ursprünglich von der Suchmaschine TinEye, deren Datenbank jedoch bedauerlicherweise recht klein ist: <http://www.tineye.com/>
- ▶ Bilder und alle anderen in eine Website eingebundenen Dateien (PDFs, DOCs usw.) auf Metadaten untersuchen.

Links

Albrecht Ude hat auf seiner Homepage viele Tipps und Tricks zu Recherche im Internet zusammengestellt

- ▶ www.ude.de

Alte, bereits gelöschte Internetseiten wiederfinden

- ▶ www.archive.org

Richter, Rotlicht, Rechercheure ...

Wer versinkt im „Sachsensumpf“?

Dokumentiert von Jule Körber

Der sogenannte „Sachsensumpf“ ist eine Geschichte von sehr vielen unzuverlässigen Verfassungsschutz-Akten und Zeugen-

PODIUM

- **Thomas Datt**, Freier Autor
- **Thomas Bärsch**, ZDF Studio Dresden
- **Alexander Wendt**, *Focus*

Moderation:

Sergej Lochthofen,
ehem. Chefredakteur *Thüringer Allgemeine*

ausagen, die von den Medien teils völlig verschiedenen interpretiert wurden. Diese tauchten im Sommer 2007 auf; ab diesem Zeitpunkt wurde über den Inhalt dieser Akten berichtet. In den fast 16.000 Seiten der Akten finden sich unzählige Verdachtsmomente, die nicht ordentlich ausrecherchiert wurden und die teilweise nicht belegbar sind. Viele Zusammen-

hänge, die in den Akten nahe gelegt werden, scheinen reine Mutmaßungen des Verfassungsschutzes zu sein.

Im Zentrum des „Sachsensumpf“-Berichterstattung stand unter anderem der Vorwurf, dass ranghohe sächsische Juristen Freier in dem Leipziger Minderjährigen-Bordell „Jasmin“ gewesen sein sollen. Das „Jasmin“ wurde 1993 „hochgenommen“ – im Prozess gegen den ehemaligen Bordell-Betreiber kam es zu Ungereimtheiten. Es stand der Vorwurf im Raum, dass der Vorsitzende Richter der Kammer erpressbar sei, weil er selber Freier im „Jasmin“ gewesen sein sollte. Gegen zwei der ehemaligen Zwangsprostituierten, die den Richter als ehemaligen Freier bezeichnet hatten, wurde erst vor kurzem ein Prozess wegen Verleumdung eröffnet¹.

¹ Der Prozess wurde zunächst auf den 6.3.2012 angesetzt und dann auf den 4.10.2012 vertagt. Siehe auch: Thomas Datt, Arndt Ginzel: Untadelige Justizbeamte. In: kreuzer – Das Leipzig Magazin. Heft 12/2011. S. 32–33.

Bei der Berichterstattung über den angeblichen „Sachsensumpf“ wurden vor allem zwei „Fronten“ deutlich: Es gab Journalisten, die die in den Akten gesammelten Informationen für größtenteils glaubwürdig hielten. Und es gab Berichtersteller, die diesen Aktenwust anzweifelten. Der Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages kam 2009 zu keinem einheitlichen Ergebnis über den „Sachsensumpf“. Beweise, die für die Existenz krimineller Netzwerke in Sachsen sprechen, wurden nicht gefunden.

Selbst Journalisten, die damals an vorderster Front recherchiert haben und Einblick in den Aktenberg hatten, tun sich schwer, den „Sachsensumpf“ endgültig zu erklären – oder auch nur zu erläutern, inwiefern die Berichterstattung über die Akten-Affäre gescheitert ist. Die Interpretationsspielräume, die die Akten den Medien ermöglichten, verkomplizierten die Berichterstattung zusätzlich: Die Informationen, die in den Akten gesammelt worden waren, waren sehr lückenhaft und ließen vieles offen. So gab es von Anfang an die Gefahr, Zusammenhänge herauszulesen, die nicht vorhanden waren.

Für das Diskussions-Panel „Richter, Rotlicht, Rechercheure ... Wer versinkt im Sachsensumpf?“ lud das Netzwerk Recherche Journalisten ein, die unterschiedlich über das Thema berichtet hatten und hautnah miterlebten, wie schwierig die Wahrheitsfindung in der „Sachsensumpf“-Affäre war und ist.

Die Ursprünge des „Sachsensumpfes“

Die Komplexität des Themas wird schon bei den Schwierigkeiten der Referenten deutlich, die Akten-Affäre zu erklären. Thomas Bärsch berichtete damals für das *ZDF* aus Sachsen und erklärt die Anfänge der Affäre folgendermaßen:

„Der ‚Sachsensumpf‘ ist vor allem auch eine Mediengeschichte. Diese entstand vor drei Jahren, als der sächsische Datenschutz gesagt hat: Es gibt eine Aktensammlung des Verfassungsschutzes. Wir halten es für nicht rechtens, dass die angelegt wurde und möchten, dass die Akten vernichtet werden. Das Dilemma: Wenn die Akten vernichtet werden, werden möglicherweise Erkenntnisse über organisierte Kriminalität vernichtet. Und wenn sie nicht vernichtet werden, ist das möglicherweise illegal. Das

Problem ‚löste‘ der Landtag, indem er sagte: ‚Die Daten und Akten sind so relevant, dass sie geeignet wären, die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Freistaat zu gefährden. Deswegen war der Verfassungsschutz berechtigt, sie zu erheben. Deswegen können wir anfangen, sie zu bearbeiten.‘ Und damit war das Tor geöffnet für eine große Lawine von Fragen, was aus diesen 16.000 Seiten wahr ist und was falsch. Die Justiz und die Polizei im Freistaat standen unter Verdacht, dass sie Netzwerke gebildet hätten.“

Die Bezeichnung „Sachsensumpf“ stammt laut Alexander Wendt, der für den *Focus* über die undurchsichtige Affäre berichtete, aus einem *Spiegel*-Artikel.

In dem Artikel „Sächsischer Sumpf“² vom 14.5.2007 von Steffen Winter geht es um die gesammelten Akten und die möglichen mafiaähnlichen Verstrickungen zwischen Justiz, Politik, Polizei und Immobilienwirtschaft, um Korruption, versuchten Mord und das sogenannte Leipziger Kinder-Bordell „Jasmin“. In dem Artikel bleibt nicht unerwähnt, dass die gesammelten Informationen des Verfassungsschutzes nicht gesichert genug sind, um vor Gericht als Beweise zu bestehen. Das juristische Problem mit den Akten fasst Steffen Winter in dem Artikel folgendermaßen zusammen:

„Verfassungsschützer sammeln unbestätigte Informationen ihrer Quellen – aber sie gehen den Vorwürfen nicht so auf den Grund, dass dabei rechtlich verwertbare Beweise zustande kommen. Juristisch gesehen enthalten die Akten also nichts weiter als eine Gerüchtesammlung. Und Staatsanwälte können bis heute nicht Wahres von Unwahrem trennen, weil der Verfassungsschutz um seine Informanten fürchtet: Hinweise gingen nur spärlich bei der Justiz ein, für Anklagen reichte es nicht.“

2 Steffen Winter: „Sächsischer Sumpf“. *Spiegel* 20/2007, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-51536456.html>
Folgeartikel: Thomas Datt, Arndt Ginzel, Steffen Winter: „Dreckige Wäsche“. *Spiegel* 4/2008, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-55508009.html>

Thomas Datt und Arndt Ginzel, beide freie Rechercheure und Autoren, sind laut Datt erst später in die Recherche zu dem Thema eingestiegen. Ihr erster Artikel zum „Sachsensumpf“ mit dem Titel „Viele Gerüchte, aber wenig greifbare Informationen“³ erschien auf *Tagesschau.de* am 15.6.2007. In dem Artikel wird die schlechte Beweisbarkeit und juristische Verwertbarkeit der in den Akten gesammelten Informationen des Geheimdienstes und die Zeugenproblematik beschrieben. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit dem Einfluss der Medien und wie sie die Vernichtung der Akten verhinderten. Der Artikel informiert auch über die Rolle der Geheimdienstkontrollure der Parteien in Sachsen. Und er zitiert die Generalbundesanwältin Monika Harms, die bezweifelte, „dass die Erkenntnisse überhaupt den Anfangsverdacht der Existenz einer kriminellen Vereinigung belegen“.

Thomas Datt und Arndt Ginzel hatten also einen relativ guten Überblick über die Akten, ihnen war aber auch bewusst, dass sie Akten juristisch möglicherweise nicht für einen Anfangsverdacht genügten.

Das Minderjährigen-Bordell „Jasmin“

Später haben die beiden Journalisten Datt und Ginzel sich bewusst auf einen sehr kleinen Teil der Akten konzentriert. Diese Akten beschäftigten sich mit einem Kinder-Bordell, welches im Jahr 1993 in Leipzig „hochgenommen“ wurde⁴. „Wir haben Einblick in alte Ermittlungsakten zu dem Minderjährigen-Bordell ‚Jasmin‘ erhalten und wollten nachgucken, wie es diesen Mädchen jetzt geht. Unsere Absicht war am Anfang gar nicht, zu gucken, mit welchem Richter diese Mädchen möglicherweise in dem Bordell verkehrten. Wir sind zigtausende Kilometer gefahren zu den Frauen, die inzwischen um die 30 sind. Von den acht Mädchen, die zwischen 13 und 19 Jahren alt waren, als sie in diesem Bordell anschaffen mussten, haben wir sieben gefunden. Das hat sich über ein halbes Jahr gezogen. Wir hatten

3 Tagesschau.de, 15.06.2007: „Viele Gerüchte, aber wenig greifbare Informationen“. Nicht mehr unter Tagesschau.de online, aber zitiert unter: <http://www.karl-nolle.de/aktuell/medien/id/7338>.

4 Eine Chronik des „Jasmin“ von Arndt Ginzel und Thomas Datt ist zu finden unter: <http://www.zeit.de/online/2008/27/jasmin-chronik> (Die Geschichte des „Jasmin“, Zeit online, 27.6.2008).

relativ früh eine Frau, für die es wie eine Erlösung war, darüber zu reden. Sie hat uns unter Tränen erzählt, wie sie diese Szenen im Gerichtssaal erlebt hat.⁵ Dass sie da rein gekommen ist und dort saß der Bordell-Betreiber, obwohl sie vorher gebeten hatte, dass der nicht dort sitzt. Und dann hat ihr von der Richterbank einer entgegen gelächelt, den sie als ihren Freier Ingo erkannt hat. Sie war nicht wütend oder so, sie war nur irritiert, das war ein freundlicher Kunde. Sie war damals 17 und hat das auch gar nicht richtig verarbeitet oder reflektiert. Und wir haben dann monatelang weiter gesucht, um herauszufinden: Hat sie sich geirrt? Gibt es noch mehr Frauen oder Mädchen, die das bestätigen können? Wir hatten erst zwei Quellen, dann drei. Wir haben heftig diskutiert. Und haben uns überlegt: Nein, das ist so ein brisanter Vorwurf, wir müssen weiter suchen. Und am Ende hatten wir fünf Frauen, die wenigstens einen der Richter aus dem Bordell erkannt haben wollen.“

Wie glaubwürdig sind die Zeuginnen?

Alexander Wendt hält die beschriebene „Erlösung“ der Ex-Prostituierten für eine „ziemliche Legendenbildung“ und für den subjektiven Eindruck von Thomas Datt. Wendt meint, die Ex-Prostituierten hätten genug Gelegenheit gehabt, auszusagen und den Richter als ehemaligen Freier zu erkennen: „Die sind im Jahr 2000 ausgiebig von der Polizei in Leipzig befragt worden. Ich habe sämtliche Akten gelesen und es ist auch nicht so, als wenn die nichts gesagt hätten. Die haben wie ein Wasserfall geredet. Aber die Aussage von einer von denen, dass sie ihren ehemaligen Freier im Gerichtssaal erkannt hätte, findet sich nirgends auch nur andeutungsweise im Protokoll. Die erzählen alle möglichen Details aus ihrem Arbeitsalltag, kommen aber nicht auf die Idee, zu erzählen, dass der Richter, der damals den Prozess beurteilt hat, als Kunde da war. Das war im Jahr 2000, lange nach der Affäre und dem Prozess.“

Thomas Datt ist in dem Punkt völlig anderer Meinung: „Ich freue mich natürlich, dass der Kollege Wendt alle Akten gelesen hat. Aber das hat er offensichtlich nicht. Denn in unseren Prozess wurde auf unser Betreiben eine Ermittlungsakte der Polizei aus

5 Siehe: Thomas Datt Arndt Ginzel „Voreiliger Freispruch“. Zeit online 27.06.2008, <http://www.zeit.de/online/2008/27/sachsensumpf-jasmin>

dem Jahr 2000 zu dem Fall ‚Jasmin‘ eingeführt. Diese Akte lag der Staatsanwaltschaft seit 2007 vor und fand interessanterweise nie Erwähnung. In dieser Akte gibt es eine Vernehmung von der jüngsten, die 13 war, als sie im ‚Jasmin‘ anschaffen musste. Das war die einzige Vernehmung, die handschriftlich aufgenommen wurde – später hat man dann Aufnahmegeräte verwendet. Und da gibt es ein auf Schreibmaschine getipptes Protokoll, von der Zeugin unterschrieben. Das Interessante ist, dass die handschriftlichen Notizen und das getippte Protokoll erheblich voneinander abweichen. Den Frauen wurden ja Lichtbilder von möglichen Freiern vorgelegt im Jahr 2000. Das ist die offizielle Lichtbildmappe gewesen. In den handschriftlichen Notizen findet sich eine zweite Zählung, die sich nicht in dem offiziellen Protokoll findet, wo auch Lichtbilder vorgelegt wurden, die nummeriert sind, zu denen es auch Aussagen gibt. Wo bestimmte Personen bestimmten Freiern zugeordnet werden. Aber diese Bilder finden sich nicht. Weil die Polizisten – das hat dann der Richter auch in unserem Prozess bewertet – heimlich Bilder vorgelegt haben, die sie nicht in die offiziellen Ermittlungsakten übernommen haben. Insofern ist die Frage, ob die Frauen 2000 schon andere Bilder zu sehen bekommen haben und auch andere erkannt haben, nicht so einfach zu beantworten.“

Der Prozess gegen Thomas Datt und Arndt Ginzel

Gegen Thomas Datt, der damals gemeinsam mit seinen Kollegen Arndt Ginzel für verschiedene Medien – unter anderem *Spiegel* und *Zeit online* – in der „Sachsensumpf“-Affäre recherchierte und darüber schrieb, läuft bis heute ein Strafgerichtsprozess am Amtsgericht Dresden wegen übler Nachrede⁶. Durch den Prozess gegen Datt und Ginzel wurde der „Sachsensumpf“ auch zu einer Geschichte über die Pressefreiheit hochstilisiert.

6 Die Tagesthemen am 5.8.2010 berichteten über den Gerichtsprozess gegen Thomas Datt und Arndt Ginzel: <http://www.youtube.com/watch?v=WHiGoAPlt6Q>.

Weitere, lesenswerte Artikel zu dem Prozess gegen die beiden freien Journalisten: Ralf Geißler „Journalisten fragen – Richter strafft“, *Zeit online* 13.08.2010

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-08/sachsensumpf-urteil>.

Andreas Herrmann „Ein Musterprozess und seine Befindlichkeiten“ *DJV-Kurier* 72 (2010) <http://www.djv-sachsen.de/kurier72/Prozess/prozess.html>.

Es wurde gefragt, welchen Einfluss die Justiz auf die Berichterstattung nimmt, wenn sie Journalisten, die über mögliche Vergehen von Richtern berichten, strafrechtlich verfolgt. Zur Anklage führte ein Artikel über das Kinderbordell „Jasmin“. In „Voreiliger Freispruch“ – veröffentlicht am 27.06.2008 auf *Zeit online* – geht es vor allem um mögliche Besuche hochrangiger Mitglieder der Leipziger Justiz im Kinder-Bordell „Jasmin“ und um die ermittelnden Polizisten.

Nach Meinung des prozessführenden Richters Hermann Hepp-Schwab stellt der zweite der hier folgend abgedruckten Sätze „ganz klar keine offen gestellte Frage“ dar: „Ermittelten die Polizisten möglicherweise illegal oder verdeckt gegen (Richter Jürgen) N.? Gerieten sie unter Druck, weil der einflussreiche Richter (Jürgen N.) Dienstaufsichtsbeschwerde gegen sie erhob?“ Das Dresdner Gericht kam zu dem Urteil, dass dieser Satz „eine ehrabschneidende Tatsachenbehauptung gegenüber den beiden Polizisten“ sei.

Den Stand des Gerichtsverfahrens und die über den eigentlichen Prozess hinaus gehende Problematik erklärt Datt folgendermaßen: „Wir haben Berufung eingelegt, ebenso die Staatsanwaltschaft. Das Verfahren wird in unabsehbarer Zeit eröffnet, weil der zuständige Richter, Vizepräsident am Landgericht Dresden, eine Überlastungsanzeige gestellt hat. Allerdings ist dieser Richter aus meiner Sicht auch wieder eine sächsische Besonderheit, denn er ist Mitglied im Vorstand des sächsischen Richtervereins⁷. Und er hat sich auch schon damals sehr explizit in der Zeitschrift dieses Vereins – auch sehr emotional, wie er selber zugibt – zu den Hochzeiten des ‚Sachsensumpfes‘ dahingehend geäußert, dass das alles von den Journalisten aufgebaut und erfunden ist und dass die Juristen untadelig sind. Also kann man schon jetzt Zweifel haben, ob das ein faires Verfahren wird. Aber im Augenblick ist kein Termin in Aussicht und ich habe ein bisschen das Gefühl, im Moment hat niemand Lust, das Thema anzufassen.“

7 Thomas Datt meint den Sächsischen Richterverein (SRV im Deutschen Richterbund) – Verein der Richter und Staatsanwälte im Freistaat Sachsen. Martin Schultze-Griebler ist Vorstandsmitglied. In der Zeitschrift des Vereins Ausgabe 2/2007 hat er den Artikel „Caltha palustris. Die Sumpfdotterblume in der sog. Korruptionsaffäre“ veröffentlicht – zu finden unter: www.richtervereinsachsen.de.

Nimmt die Justiz Einfluss auf die Berichterstattung?

Der Moderator des Panels, Sergej Lochthofen, fragt, inwiefern die Justiz versucht hat, in der „Sachsensumpf“-Affäre die Medien zu beeinflussen. Alexander Wendt kann allerdings keinerlei Zurückhaltung unter den Journalisten aufgrund von juristischem Druck erkennen: „Auch ich habe einen Strafbefehl erhalten, weil ich aus Vernehmungsprotokollen zitiert hatte, das ist diese bekannte Weitergabe von gerichtsrelevanten Daten⁸, die in Deutschland unter Strafe steht, wenn Sie wörtlich zitieren. Wenn Sie sinngemäß zitieren, können sie immer noch drum herum schiffen.“

Laut Lochthofen hatten „20 Journalisten oder mehr“ Strafbefehle im Zusammenhang mit der „Sachsensumpf“-Berichterstattung erhalten. Wendt weist jedoch darauf hin, dass diese Strafbefehle ganz unterschiedliche Gründe hatten: „Bei mir hat das der Verlag bezahlt, genau wie bei Steffen Winter vom *Spiegel*. Er musste sich korrigieren in einer Hausmitteilung, ich musste Strafe zahlen, weil ich aus Vernehmungsakten zitiert hatte. Das ist ein völlig unsinniger Paragraph, denn genau dann, wenn man Leser besonders genau informieren will – durch wörtliches Zitieren – dann wird das bestraft. Daran muss man auch immer wieder erinnern in dieser ‚Sachsensumpf‘-Affäre. Leute wie dieser ehemalige Staatsanwalt, der jetzt Richter ist, der pensionierte Richter, die Anderen, die dort beschuldigt worden sind. Die müssen nicht ihre Unschuld beweisen, sondern denen muss nachgewiesen werden, dass sie diese Taten begangen

8 Strafgesetzbuch § 353d Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen: Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen einem gesetzlichen Verbot über eine Gerichtsverhandlung, bei der die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, oder über den Inhalt eines die Sache betreffenden amtlichen Schriftstücks öffentlich eine Mitteilung macht,
2. entgegen einer vom Gericht auf Grund eines Gesetzes auferlegten Schweigepflicht Tatsachen unbefugt offenbart, die durch eine nichtöffentliche Gerichtsverhandlung oder durch ein die Sache betreffendes amtliches Schriftstück zu seiner Kenntnis gelangt sind, oder
3. die Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens, eines Bußgeldverfahrens oder eines Disziplinarverfahrens, ganz oder in wesentlichen Teilen, im Wortlaut öffentlich mitteilt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren abgeschlossen ist.

Unter: <http://dejure.org/gesetze/StGB/353d.html>

haben. Dass man keine Beweise gefunden hat in dem Untersuchungsausschuss, das ist eben das Ergebnis. Das ist das Rechtsstaatsprinzip: Jeder gilt so lange als unschuldig, bis man Beweise für seine Schuld bringt. Auf journalistischer und juristischer Ebene. Nur genau das ist hier nicht geschehen. Ich möchte mal ein Beispiel nennen aus einer Episode aus dieser ganzen ‚Sachsensumpf‘-Geschichte. Der beteiligte Politiker⁹ von der Links-Partei hat eine Pressemeldung¹⁰ herausgegeben, in der er von den schon belegten Vorwürfen gegen den Richter Norbert Röger spricht. Und ich habe ihn angerufen und gesagt: Verdächtigungen haben schon viele gegen Röger geäußert, aber belegt hat das bisher noch niemand. Was haben Sie denn für Belege, erzählen Sie es mir, das ist doch spannend. Und da sagte er am Telefon – und das ist wirklich ein programmatischer Satz für diese ganze Affäre – ‚Die Vorwürfe sind die Belege‘. Wenn man anfängt so zu denken – und dieser Linken-Politiker ist ein ehemaliger DDR-Staatsanwalt, ein ehemaliger IM der Staatssicherheit, der seine Karriere in der PDS und dann in der Linkspartei fortgesetzt hat, der hat natürlich auch ein ganz bestimmtes Verdächtigungsdenken – dann verabschiedet man sich von rechtsstaatlichen Grundsätzen.“

Auch Thomas Bärsch mahnt zur Vorsicht bei der generellen Verurteilung der Justiz in Sachsen: „Wenn man sich in die Köpfe der Staatsanwaltschaft und die der handelnden Personen hineindenkt, die im ‚Sachsensumpf‘ per se verurteilt wurden, als gar nicht fähig die Sache zu ermitteln, wäre es fast verständlich, dass die im Nachhinein sagen: So Freunde, jetzt wollen wir sehen, wer wie perfekt juristisch arbeitet. Dass die auch ein gewisses Motiv haben, den ‚Sachsensumpf‘ zu bearbeiten, das ist nur menschlich. Ich glaube, die Justiz verdient einen besonderen Blick, aber ich denke nicht, dass man die Justiz generell verurteilen kann.“

Selbst Thomas Datt, der aufgrund eines „Sachsensumpf“-Artikels vor Gericht steht, ist nicht der Ansicht, dass deswegen

9 Gemeint ist Klaus Bartl. Siehe hierzu: Jens Schneider „Haltlose Gerüchte – üble Anschuldigungen“ Süddeutsche Zeitung vom 9.5.2008 <http://www.sueddeutsche.de/politik/der-angebliche-sachsensumpf-haltlose-geruechte-ueble-anschuldigungen-1.209508>.

10 Die Pressemeldung stammt vom 31. Mai 2007: <http://www.dielinke-sachsen.de/pipermail/sachsen-info/Week-of-Mon-20070528/000471.html>.

die Pressefreiheit in Sachsen gefährdet ist, wie es immer wieder diskutiert wird: „Es ist natürlich nicht schön, wegen einer Recherche vor Gericht zu stehen, aber da muss man auch die Kirche im Dorf lassen. Im Falle des ‚Sachsensumpfes‘ muss man sagen: Die Berichterstattung stagnierte, als die Landesregierung die Gegenoffensive antrat. Das war aus meiner Sicht, noch weit bevor der juristische Gegenschlag erfolgte. Durch diese Extreme – erst der Vorwurf, Sachsen steht kurz vor der Übernahme durch die Mafia, dann alles heiße Luft, der Verfassungsschutz hat sich nur wichtig gemacht, damit der seine OK¹¹-Zuständigkeit behält – ist eine Müdigkeit eingetreten. Und dann setzte juristischer Druck ein. Da bin ich auch überhaupt nicht mit dem einverstanden, was du sagtest, Alexander [Wendt]. Und da muss ich jetzt korrekt zitieren, das ist ein Ausspruch des Landtagsabgeordneten Karl Nolle¹², der sagte: Der eigentliche ‚Sachsensumpf‘ besteht darin, wie mit diesen Vorwürfen umgegangen wurde. Und das geht weit über Journalisten hinaus. Fast alle Leute, die eine andere Sicht als die Staatsanwaltschaft geäußert hatten, sind irgendwie belangt worden.“

Das Strafverfahren behindert beim Arbeiten

Gerade für freie Journalisten wie ihn und seinen Kollegen Arndt Ginzel ist solch ein Prozess besonders problematisch, weil er sie vom Arbeiten und damit vom Geldverdienen abhält, wie Thomas Datt weiter erklärt: „Die Sache ist doch ganz banal – wir hatten 15 Prozesstage, auf die wir uns vorbereiten mussten, wir mussten natürlich auch unsere Anwälte briefen, weil die nicht so in dem Thema steckten. Wir haben hochgerechnet und nicht übertrieben bestimmt jeder vier Monate Arbeitszeit verloren durch diesen Prozess – weil wir schlichtweg nicht arbeiten konnten. Da stellt sich dann gar nicht die Frage, ob ich ein Thema recherchiere.“

Auch inhaltlich habe Datt dieser Prozess in seiner Arbeit beeinflusst: „In dem Moment, wo in einer Sache ein Verfahren gegen dich läuft, bist du natürlich befangen beim Berichten darüber. Wir haben noch jede Menge Material und hätten gern weiter berichtet – es ist schlicht nicht möglich. Insofern ist es der Staats-

11 Organisierte Kriminalität

12 SPD

anwaltschaft tatsächlich gelungen, uns in die Parade zu fahren. Und dann muss man noch einmal daran erinnern, wie die Genese der ganzen Sache war: Wir haben einen Artikel bei *Zeit online* veröffentlicht und die Einschätzung der Staatsanwaltschaft kritisiert – und dann ging die ganze Geschichte doch erst los. Die Staatsanwaltschaft hat zwei Polizisten vor die Wahl gestellt, hat ihnen den Artikel geschickt und gesagt: ‚Entweder ihr zeigt die beiden Jungs, die das hier für *Zeit online* geschrieben haben, an oder ihr bekommt selber ein Verfahren wegen Strafvereitelung‘. Und sie haben sich auch an andere Leute gewandt und aufgefordert, zu prüfen, ob sie uns nicht anzeigen. Dann hat man sich, als die Polizisten gesagt haben, wir zeigen niemanden an, an den Dienstvorgesetzten gewandt, weil das nach dem Beamtenrecht geht. Dann hat sich das Innenministerium eingeschaltet, als dieser Polizeipräsident nicht bereit war, uns anzuzeigen. Der hat uns dann auf Druck des Innenministeriums kurz vor Fristablauf angezeigt. Da wurde Druck aufgebaut. Ganz abgesehen davon, dass es ein Geschmäcke hat, auch wenn es nicht verboten ist, dass die Staatsanwaltschaft in eigener Sache eine Anklage führt gegen Leute, die sie kritisieren.“

Juristischer Druck auf Journalisten

Auch Thomas Bärsch findet diesen juristischen Druck hinderlich: „Ich kann nur für mich sprechen, aber wenn es mir so gehen würde, ich würde es mir schon zweimal überlegen, wie ich weiterarbeiten würde. Es würde mich allein behindern, weil ich alles, was ich tue, mit unserem Justizariat absprechen müsste. Das hätte auf jeden Fall den Effekt, dass man nicht mehr so schnell arbeiten könnte.“

Auch Alexander Wendt kennt das Problem aus seiner Arbeit beim *Focus*, dennoch hat er eine andere Sicht darauf: „Dass wir immer wieder Sachen mit unserer Rechtsabteilung abklären müssen, das ist bei uns Alltag – das ist beim *Spiegel* Alltag. Dass Recherchen verhindert werden, weil jemand Druck ausübt, da sehe ich wirklich keinen Ansatzpunkt.“

Die fehlerhaften Akten des Verfassungsschutzes

Alexander Wendt sieht die Verstrickungen der Justiz in eine mögliche „Sachsensumpf“-Affäre nicht als größte Problematik. Für ihn drehte sich die „Sachsensumpf“-Berichterstattung vor allem um einen falschen Umgang mit Akten und falschen Informationen: „Ich habe eine Menge Artikel zu diesem Thema verfasst¹³, recherchiert und kiloweise Akten gelesen, die bis weit in die 90er Jahre zurückreichen. Ich habe nicht in jedem Artikel geschrieben, diese Affäre existiert nicht. Aber ich habe sie anders gewichtet und andere Schlussfolgerungen gezogen. Nämlich die, dass das im Wesentlichen eine Verfassungsschutzaffäre ist, die strukturell erstaunlich erinnert an die Kießling-Affäre¹⁴. Damals hatte der MAD¹⁵ Dinge zusammengetragen, scheinbar belastendes Material über den ranghöchsten deutschen Soldaten. Der damalige Verteidigungsminister¹⁶ hat die Sache noch verschlimmert. Es ist auch ein Konvolut von Akten und Beschuldigungen gewesen, ein Soufflee, aus dem damals die heiße Luft entwichen ist. Bei dem ‚Sachsensumpf‘ war es komplexer, weil es wesentlich mehr handelnde Personen gab. Es ist immer wieder die Rede von 16.000 beziehungsweise 15.500 Aktenseiten

13 Beispiele von Texten Alexander Wendts zu dem Thema: „VIEL-LEICHT-SINN“ (Focus Nr. 23/2007) http://www.focus.de/politik/deutschland/sachsen-viel-leicht-sinn_aid_226594.html

„Ein Netzwerk? Das ist spinnert“ (Focus Nr. 25/2007)

http://www.focus.de/politik/deutschland/affaere-ein-netzwerk-das-ist-spinnert_aid_223769.html

„Nichts als aufgepeppte Dossiers?“ (Focus Nr. 28/2007)

http://www.focus.de/magazin/archiv/sachsen-affaere-nichts-als-aufgepeppte-dossiers_aid_225495.html

„Schlamassel im Puff“ (Focus Nr. 6/2008)

http://www.focus.de/politik/deutschland/sachsen-sumpf-schlamassel-im-puff_aid_236332.html

14 Die Kießling-Affäre war eine Kontroverse im Jahr 1984 um die vorzeitige Verabschiedung des bundesdeutschen Vier-Sterne-Generals und damaligen stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Günter Kießling (1925–2009), dem Erpressbarkeit wegen seiner angeblichen Homosexualität vorgeworfen wurde. Nach Entkräftung der Vorwürfe wurde Kießling wieder in Dienst genommen. Siehe auch: Wolfgang Wiedemeyer „Vom Morast in den abgrundtiefen Sumpf. Vor 25 Jahren: Die Kießling-Affäre“, Deutschlandradio online, 03.01.2009, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/894113/>.

15 Der Militärische Abschirmdienst (MAD) ist neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Bundesnachrichtendienst (BND) der dritte deutsche Nachrichtendienst auf Bundesebene – www.mad.bundeswehr.de.

16 Manfred Hermann Wörner (CDU)

– über 90 Prozent sind alte Fälle der Staatsanwaltschaft oder von Gerichten, die aus ganz Sachsen zusammengezogen worden sind, um irgendwelche Zusammenhänge herzustellen. Das hatte ich geschrieben und auch belegt anhand von Akten und auch anhand einer Reihe von Vernehmungsprotokollen eines wichtigen Polizisten¹⁷, der Informant des Verfassungsschutzes war, und der damaligen Verfassungsschutzreferatsleiterin¹⁸ selbst. Das ist immer meine These gewesen: Dass der Verfassungsschutz unglaublich schlampig und unprofessionell dort gearbeitet hat. Der ‚Sachsensumpf‘ – das war das völlige Versteuern eines losgelösten Referats des Verfassungsschutzes, das jahrelang Gerüchte gesammelt hat, ohne diese Gerüchte auch irgendwann zu prüfen. Diese Akten, die so ungeheuer vergiftet und eine Gerüchtesammlung waren, sind mit einer gewissen politischen Zielrichtung durchgestochen worden, so dass es eine politische Affäre wurde.“

Der „Sachsensumpf“ und die Politik

Auch Politiker in Sachsen wurden „Opfer“ des „Sachsensumpfes“. Den Journalisten ist vor allem die Rede des Innenministers Dr. Albrecht Buttolo (CDU) vom Sächsischen Landtag (Dresden) am 5. Juni 2007 im Gedächtnis geblieben, in der Buttolo von mafiaähnlichen Strukturen in Sachsen spricht. Auch Thomas Bärsch kann sich daran noch genau erinnern: „Dem Innenminister hat das später leid getan¹⁹. In einer späteren Pressekonferenz wurde er gefragt, wie so etwas passieren konnte. Und er hat da sehr freimütig zugegeben – ich glaube auch mit stotternder Stimme und Tränen in den Augen –, dass er sich von dieser Mitarbeiterin des Referats des Verfassungsschutzes hat mitreißen und überzeugen lassen. Das korrespondiert ja auch mit der Situation damals in Sachsen. Das Problem war, dass die wenigsten diese Akten kannten und die wenigen, die sie kannten – die parlamentarische Kontrollkommission des Verfassungsschutzes im Landtag – konnten keine konkreten Beispiele nennen. Die wurden aber auch nicht müde, in allen

17 Der Leipziger Kriminalhauptkommissar Georg Wehling (Deckname „Gemag“)

18 Simone Henneck

19 Zum Beispiel: Hubert Kemper „Buttolo distanziert sich von Mafia-Rede“. Freie Presse vom 6. August 2007
<http://www.freiepresse.de/THEMEN/6-August-Buttolo-distanziert-sich-von-Mafia-Rede-artikel987581.php>.

Interviews die Augenbrauen hochzuziehen und zu sagen: Da ist von schwerster Kriminalität die Rede. Da hat niemand Luft raus genommen. Abgesehen von der generellen Situation in Leipzig ist ein ganz wichtiger Punkt, dass die interessengeleitete Seite – die Opposition, die Linke im sächsischen Landtag – Honig saugen wollte aus der Sache. Und wir fragten uns, ob es dieses bundesweite Netzwerk gibt, wie es der Verfassungsschutz des Landes Sachsen in seiner Aktensammlung nahe legt. Das konnten wir nicht bestätigen.“

Aus Thomas Datts Sicht hat vor allem die Opposition damals versucht, über die angebliche „Sachsensumpf“-Affäre zu punkten: „Als diese ‚Sachsensumpf‘-Geschichte damals hochkochte durch die parallel startende Berichterstattung von *Leipziger Volkszeitung* und *Spiegel*, da waren die Reaktionen sehr hysterisch. Die linke Opposition witterte Morgenluft. Die CDU reagiert seit der Wende unangefochten in Sachsen. Die Opposition sah da eine Möglichkeit, einen Fuß in die Tür zu bekommen. Die Staatsregierung hat sich auch nicht sonderlich souverän verhalten. Man hat es erst einmal laufen lassen und dann erst den Schalter umgelegt und ist zum Gegenangriff übergegangen. Dann hat man den von Alexander Wendt erwähnten Polizisten als Quelle des Verfassungsschutzes enttarnt. Was dabei immer vergessen wird: Dieser Polizist hat mehrfach mit dem Verfassungsschutz gesprochen, aber er hat es mit der Genehmigung seiner Dienstvorgesetzten getan.“

War es nun ein Skandal des sächsischen Verfassungsschutzes, ein Justizskandal, ein Versagen der Politik oder ein Medien-Gau? Darüber gingen die Meinungen stark auseinander, nicht zuletzt, weil das riesige Konglomerat von willkürlich zusammengestellten Akten alle möglichen Interpretationen zuließ und die verschiedenen Ebenen – je nach Interessenlagen – so oder so miteinander vermischt werden konnten. Dadurch bildeten sich bei der Diskussion regelrechte Fronten zwischen den beteiligten Journalisten.

Die Hysterie der Medien

Thomas Datt hat damals vor allem die Reaktion der Medien erschüttert: „Was selbst mich erstaunt hat als Journalist, ist, mit welcher Heftigkeit Kollegen aufeinander losgegangen sind. Wir

sind davon weitgehend unberührt geblieben, aber da gab es ja zwischen Jürgen Roth²⁰ und dem damaligen Korrespondenten der FAZ²¹ in Sachsen heftige Auseinandersetzungen. Die kühle, distanzierte Analyse fehlte. In dieser ‚Sachsensumpf‘-Phase ist ein Graben zwischen Kollegen entstanden, den ich vorher noch nie und auch nie wieder danach erlebt habe.“

Für Thomas Bärsch sind vor allem die Interpretationsspielräume der Informationen als problematisch anzusehen, auch wenn es seiner Meinung nach in der deutschen Medienlandschaft immer noch genug Journalisten gibt, die „trotz Positionierung der Medien beide Seiten beleuchten“: „Auch Thomas Datt und Arndt Ginzel haben das gemacht und entlastende Indizien erwähnt. Diese Geschichte ist ja so brisant und anrührend, dass alle Argumente von allen Seiten beleuchtet und interpretiert werden. Das machen Journalisten, das machen auch die am Untersuchungsausschuss beteiligten Parteien. Wenn zum Beispiel die Polizisten befragt werden, ob die Mädchen bei der zweimaligen Befragung den Richter erkannt hätten, dann hört man die immer drucksen. Und irgendwann sagen die, ja, es kann sein, dass da auch noch andere Fotos vorgelegt wurden. Und diese Aussage wird natürlich von allen Seiten benutzt. Aha, wird da gesagt, es wurden andere Fotos gezeigt – Klammer auf: Also muss der Richter dabei gewesen sein. Die andere Seite sagt: Nein, das wird nirgendwo explizit gesagt. Nie sagt einer: Jawohl, der Richter hat vorgelegen und die Mädchen haben den erkannt. Das ist ein Beispiel von vielen, wie Informationen, die auch durch die Erinnerung erschwert werden, gedehnt werden. Klar ist: Die zentrale Geschichte, die des Richters und der Mädchen, die Wahrheit, die werden wir nicht mehr erfahren. Egal, wie der Prozess gegen Thomas Datt und Arndt Ginzel ausgeht. Egal, wie der Prozess gegen die beiden Frauen ausgeht. Es wird immer diesen Interpretationsspielraum geben. Ich habe mit dem Richter telefoniert, der ist verzweifelt. Der sagte zu mir, dass Schlimmste für ihn sei, dass man ihm vertraue, er sei so unverfroren, dass er einen Prozess führt gegen einen Zuhälter und er weiß, dass in dem Zeugenstand zwei Frauen auftreten, bei denen er früher Freier war. Das würde er nie machen, wenn er da gewesen wäre.

20 www.juergen-roth.com

21 Siehe: Reiner Burger „Der Sachsen-Sumpf ist ausgetrocknet“. FAZ vom 03.04.2008
<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/medien-der-sachsen-sumpf-ist-ausgetrocknet-1547373.html>.

Ein letztes Beispiel für Interpretationsspielräume: Der Richter war nun zu einem Zeitpunkt in Leipzig, wo es nur ein kleines Zeitfenster gab, indem er in dem Bordell hätte gewesen sein können.“

Laut Thomas Datt war der Richter aber schon seit 1992 in Leipzig. Doch Thomas Bärsch hält dennoch fest: „Aber diese Zeugin kam erst Mitte Januar in das Bordell, Ende Januar wurde das Bordell geschlossen. Es ist von Stammkunden die Rede. Nun ist die Frage: Kann jemand Stammkunde sein, wenn er nur über so ein kurzes Zeitfenster da gewesen sein kann? Über solche Interpretationsspielräume reden wir beim ‚Sachsensumpf‘. Und die Unschuldsvermutung, die gilt plötzlich nicht mehr?“

Der Tunnelblick auf den „Sachsensumpf“

Das Publikum des Panels interessierte sich vor allem für die persönliche Dimension der „Sachsensumpf“-Berichterstattung und inwieweit die Referenten gescheitert sind. Die Frage nach dem Tunnelblick bei der Recherche beantworten die Journalisten auf dem Podium erwartungsgemäß völlig unterschiedlich. Thomas Bärsch vom ZDF geht dafür in die Anfänge der Berichterstattung zurück: „Ich selber habe völlig entgeistert zugesehen, wie da alles in Sachsen aus der Verankerung zu reißen schien. Wie man dem Verfassungsschutz glaubte. Wie Zuschauer, die nur, weil da über 15.000 Seiten im Raum stehen, das alles für bare Münze hielten, weil man dem Verfassungsschutz zubilligte, mehr zu wissen als andere. Das war aber nicht der Fall, im Gegenteil, die wussten weniger. Es gab auch Gerüchte, das LKA und die NPD arbeiten zusammen, es war von gelockerten Radmuttern²² die Rede. Es stand im Raum: In Sachsen geht alles den Bach runter. Und ich hatte das Bedürfnis, ein Stück zu machen, das zeigt, was sich alles widerspricht und was dem entgegensteht. Das war keine journalistische Großtat, sondern eine kleine Sammlung. Und was ich danach erlebte, war auch wieder Druck. Es gab natürlich die andere Seite: Reporter, die an den ‚Sachsensumpf‘ glaubten, Blogger, die dann über mich schrieben, Herr Bärsch könne sein Büro gleich neben der Staatskanzlei aufmachen. Dann gibt es eine Website – mein

22 Interview mit Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo am 12. Juni 2007: <http://www.freiepresse.de/THEMEN/12-Juni-Der-Rechtsstaatuss-Beistand-gewahren-artikel944544.php>.

Parteibuch.com – da taucht man dann auf mit Verlinkungen und Kommentaren. Mir war das nicht egal, das ging mir nahe. Dieses Echo aus der ‚Sachsensumpf‘-Affäre-Verfechterszene, das hat mich beschäftigt – und mich auch demotiviert, weiter zu machen. Irgendwann dachte ich: Okay, dann sollen die das machen, nicht ich. Das war ein Fehler, denke ich, da nicht drangeblieben zu sein.“

Für Thomas Datt scheint nach all der Zeit klar zu sein, dass „seine“ Version der Ereignisse in dem Minderjährigen-Bordell „Jasmin“ der Wahrheit entspricht. Für ihn liegt der große Fehler der Journalisten im Umgang mit den Akten: „Ich glaube, von Anfang an, als dieser ‚Sachsensumpf‘ medial wurde, gab es ein großes Missverständnis und eine falsche Wahrnehmung. Der Verfassungsschutz hatte diese 16.000 Seiten zusammengetragen, die sich auf verschiedene Komplexe bezogen. Darunter war Leipzig, darunter war Plauen-Vogtland, da ging es um Rocker, da ging es um italienische OK²³, da ging es auch um Rechtsextremismus. Und dann – das habe ich auch nicht verstanden – ist irgendwann der Eindruck entstanden, dass das ein zusammenhängendes Netzwerk ist. Das ist vom Verfassungsschutz so nie behauptet worden und ist eine Darstellung der Opposition gewesen, die von Journalisten einfach weitergetragen wurde. Insofern gab es da schon einen Tunnelblick. Wir haben uns diese eine kleine Sache raus gepickt, und wir haben auch sehr viel gestritten darüber. Um zu vermeiden, dass wir in einen Tunnel geraten, indem wir nur noch den Schwanz vom Fuchs sehen, egal, ob der existiert oder nicht. Nun ist es auch die Frage, ob uns das gelungen ist. Es gibt einige Dinge, die dafür sprechen. Die beiden Frauen aus dem ‚Jasmin‘, die Juristen als Freier wiedererkannten, werden am 15. Dezember 2011 vorm Amtsgericht Dresden stehen²⁴. Was da in der Anklage steht: Da sind Sachen verfälscht und verdreht worden, die nicht so in den Aussagen standen.“

Der Unterschied zwischen Freien und Festangestellten

In der Publikumsdiskussion, die dem eigentlichen Panel folgte, gab es vor allem hitzige Diskussion darüber, inwiefern solch

23 Organisierte Kriminalität

24 Der Prozess wurde zunächst auf den 6. März 2012 angesetzt und dann auf den 4. Oktober 2012 vertagt.

juristischer Druck, wie er in der Folge der „Sachsumpf“-Berichterstattung aufgebaut wurde, freien Journalisten mehr zu schaffen macht als Festangestellten. Für Gert Monheim, ehemaliger WDR-Redakteur, zeigte sich dieser Unterschied an dem Prozess gegen Thomas Datt und Arndt Ginzel: „Ich muss etwas sagen zu dem Prozess, denn das ist nun wirklich eine Verdrehung, Herr Wendt, die kann ich nicht akzeptieren. Die beiden freien Kollegen werden strafrechtlich angegriffen, da hat sich der *Spiegel* rausgezogen²⁵. Und das so runter zuspiesen und zu sagen: Ich bin doch auch unter Druck und das macht mir nichts aus. Sie sind wahrscheinlich beim *Focus* fest angestellt, bei einem großem Medium – das in eine Kategorie zu stecken mit der Situation von Freien, finde ich ein bisschen obszön.“

Alexander Wendt fühlt sich in diesem Punkt grundsätzlich missverstanden: „Pardon, da haben Sie jetzt den Punkt, auf den ich aufmerksam machen wollte, nicht richtig verfolgt oder ich war nicht deutlich genug. Ich habe gesagt, dass die Vermutung, dass dieser Druck aufgebaut wird mit dem Ziel, Journalisten zu einer ganz gewissen Berichterstattung zu bringen oder zu verpflichten, das ist naiv. Es wird doch keiner erwarten, dass die beiden Kollegen Datt und Ginzel in Zukunft besonders freundlich über die sächsische Regierung berichten. Dafür gibt es doch gar keinen Beleg.“

Thomas Datt selbst hat eine fast schon pragmatische Sicht auf den Prozess: „Natürlich sind wir als Freie weniger geschützt. Aber mit diesem Spiel ‚Unterlassung‘ haben wir natürlich ständig zu tun. Bisher haben wir dieses Spiel, wenn ich mich recht entsinne, immer gewonnen. Und ich will jetzt nicht mich und meinen Kollegen erhöhen – es ist ja keine Heldentat, vor Gericht zu stehen – aber strafrechtliche Anklage, die auf deine Person zielt, die zielt ja nicht auf deine Funktion, das raubt dir Kraft, das raubt dir Energie, das raubt dir Zeit und Nerven. Ich will nicht dramatisieren, ich glaube nicht, dass wegen unserem Fall die Pressefreiheit gefährdet ist. Wenn ich das vorher gewusst hätte, wie mühsam und langwierig das ist, vielleicht hätten wir dann einfach bezahlt, obwohl wir uns sicher sind, dass wir uns da keinen Fehler zuzuschreiben haben. Um Ruhe zu haben und normal arbeiten zu können.“

25 Bei einer späteren Nachfrage klärte sich: Die Anwälte von Datt und Ginzel werden vom Verlag bezahlt.

Abschluss

Vorhang zu und alle Fragen offen? Wie viel Wahrheit hinter den unzähligen Vorwürfen im Zusammenhang mit dem „Sachsensumpf“ steckt, konnte auch im Panel „Richter, Rotlicht, Rechercheure ... Wer versinkt im ‚Sachsensumpf‘?“ nicht geklärt werden. Deutlich wurde aber, wie gegensätzlich die einzelnen Journalisten die Unterlagen interpretieren und wie unterschiedlich die Sichtweisen der Berichterstatter sein können. Die Lehre, die man aus diesem Panel ziehen kann: Auch Akten des Verfassungsschutzes sind nur bedingt glaubwürdig und nur unter Vorbehalt zu verwenden. Und gerade bei emotional aufgeladen Themen sollte man besonders vorsichtig mit Zeugenaussagen und Vorwürfen umgehen.

Bilanzen

Im Dickicht der Zahlen

Dokumentiert von Anne Wohland

Ein Windkraftkonzern sammelt mit Zinsversprechen 700 Millionen Euro von Anlegern ein – ein Schneeballsystem? Flächendeckend durchziehen korrupte Geschäfte den Gleisbau bei der Deutschen Bahn – doch der fette Fisch fehlt. Vermögensdaten gibt's nur als Stichproben – verhindert die Politik die vollständige Erhebung?

Drei Thesen, drei teilweise gescheiterte Recherchen. Moderator Markus Grill fragte die Rechercheure Jörg Weber, Andreas Orth und Ulrike Herrmann, wie sie zu ihrem Anfangsverdacht kamen, was aus ihren Thesen wurde und woran sie scheiterten.

WORKSHOP

- **Ulrike Herrmann**, *taz*
- **Jörg Weber**, *ECOreporter.de*
- **Andreas Orth**, Freier Autor

Moderation:
Markus Grill, *Der Spiegel*

JÖRG WEBER

VERDACHT: SCHNEEBALLSYSTEM

Genussrechte der Prokon GmbH

„Die Kunst liegt darin nachzuweisen, dass das Geschäft als solches nicht rentabel ist. Das haben wir versucht, und es ist uns nicht wirklich gelungen.“ — Jörg Weber, ECOreporter.de

Der Infodienst ECOreporter hat den Windkraftkonzern Prokon Regenerative Energien GmbH & Co. KG mit Sitz in Itzehoe unter die Lupe genommen. Das Unternehmen betreibt vor allem Windkraftanlagen und gibt dafür Genussrechte heraus. Für die-

se Erneuerbare-Energie-Genussrechte wirbt es bundesweit auf verschiedenen Wegen. Gut 700 Millionen konnte es so – über hohe Zinsversprechen – von Privatanlegern einsammeln. Damit finanziert Prokon im Grunde genommen einen Großteil des Unternehmens.

In der Branche wird gemunkelt, Prokon betreibe ein Schneeball-System: Dabei würde neues Geld, das die Anleger bei Prokon investieren, auch dazu dienen, die Zinsen für die Alt-Anleger zu zahlen. Geht kein neues Geld mehr ein, fällt das System zusammen, wenn die Investments selbst (Windkraftanlagen) nicht genug Ertrag bringen. Beweise für diese Gerüchte konnte Weber bisher nicht finden. Aber es gibt Indizien.

Genussrechte – Wie funktioniert das?

Das Genussrecht ist eigentlich ein ganz normales Finanzinstrument in Deutschland. Bekannt ist vor allem das Bertelsmann-Genussrecht. Was Anleger bei Genussrechten interessiert, das sind die festen Zinsen – wenn alles gut läuft. Beispielsweise zeichnet ein Anleger ein Genussrecht ab 1000 Euro für einen festgelegten Zeitraum von fünf, sieben oder zehn Jahren. Darauf bekommt er jährlich sieben Prozent Zinsen und am Ende die 1000 Euro komplett zurück. Das Geld hat er dem Unternehmen nur geliehen.

Jörg Weber erklärt das folgendermaßen: „Das Genussrecht ist sogenanntes ‚Eigenkapital ersetzendes Kapital‘. Das ist insofern wichtig, dass in der Bilanz dieses Kapital zum Teil so verwendet werden kann, dass es wie Eigenkapital wirkt, obwohl es von privaten Anlegern kommt. Das Genussrecht finanziert also in den meisten Fällen – so auch bei Prokon – das ganze Unternehmen und nicht nur einzelne Windkraftanlagen“.

Das System funktioniert nur, weil Prokon recht erfolgreich mit seiner Werbung ist: vom *ZDF* über zahlreiche Internetportale bis zur Deutsche Bahn. Auf diesem Weg hat Prokon immerhin fast 700 Millionen Euro eingesammelt. Über die Werbung werden die Anleger, also Privatleute, gewonnen. Prokon hat dafür eine sehr teure Werbekampagne, die in die Millionen geht. Die Genussrechte werden von Prokon selbst vertrieben. Sparkassen oder Banken seien am Vertrieb nicht beteiligt, erklärt Weber:

„Bis zum Geschäftsführer sind bei Prokon alle in den Genussrechtevertrieb involviert. Das heißt, die machen das wie eine Art ‚Heizdeckenverkauf‘ – nur für Finanzprodukte. Sie tingeln auch über das Land – von Gaststätte zu Gaststätte – und verkaufen dort an die Leute die Prokon-Genussrechte.“

Laut Webers Recherchen liegt die durchschnittliche Zeichnungssumme bei 5000 Euro. Demnach gibt es bei einer Summe von gut 700 Millionen viele tausend Anleger. Im Frühjahr 2011 lag die Zeichnungssumme noch bei 550 Millionen Euro, damals berichtete ECOreporter über die Prokon-Machenschaften. Weber berichtet: „Und es geht sehr schnell weiter. Das sind Summen wie bei Immobilienfonds. Prokon muss sich gegenüber den großen Banken und großen Anbietern mit den eingenommenen Summen nicht verstecken.“

Die Indizienlage

Das erste Indiz liegt bereits im Genussrecht selbst. Denn schließlich kann sich darüber ein Unternehmen komplett finanzieren. Aus Webers Sicht ist aber genauso der hohe Zinssatz verdächtig: „Normalerweise ist es wirtschaftlich nicht sinnvoll, sich bei Anlegern so viel Geld zu einem hohen Zinssatz zu holen. Denn bei einer Bank bekommt man es, wenn das eigene Unternehmen solide ist, zu günstigeren Zinsen und vor allem mit weniger Aufwand. Also liegt der Verdacht nahe, es ist ein Schneeballsystem“, sagt Weber. Bisher preist Prokon eine Rendite zwischen sieben und acht Prozent an.

Aber auch die Werbemasche hat Weber hellhörig gemacht: „Ein Unternehmen wie Prokon, das in der Erneuerbaren-Energien-Branche derart wirbt, ist sowieso verdächtig – woher kommt das Geld für so teure Werbung? Es hat bisher ein Unternehmen gegeben, das das so gemacht hat, und dort war der Vorstand zwischenzeitlich im Gefängnis. Wenn man das beobachtet, wird man schon auf Grund der Tatsache hellhörig, das jemand derart penetrant wirbt.“

Viele Rechercheure hatten sich schon an Prokon versucht, auch die Verbraucherzentralen. Allerdings konnte bisher nur belegt werden, dass Prokon auch mit irreführender Werbung arbeitet.

Mit den bisherigen Berichten und Gerichtsurteilen¹ wurde das Unternehmen also ein wenig an den Pranger gestellt. „Das sagt aber wenig aus. Irreführende Werbung, oder unlautere Werbung, gehört heute oft fast schon zum Geschäftsprinzip, etwa bei der Autovermietung Sixt. Wenn man das nachweist, hat man Prokon nicht überführt“, stellt Weber klar.

ECOreporter beobachtet Prokon seit Jahren. Dabei wurden zwar Überschuldungen bei den Windkraftfonds entdeckt, aber „Prokon war nicht so ungeschickt zu sagen, wir schütten keine Zinsen aus. Nur: Zinsen auszuschütten, um frisches Geld einzusammeln, ist natürlich auch das Prinzip des Schneeballsystems.“, so Weber.

Anfangsthese: Schneeballsystem

Wie beweist man ein Schneeballsystem?

Eine Beispielsrechnung: Wenn ein Unternehmen bei Anlegern 100 Millionen Euro sammelt und sieben Prozent Zinsen verspricht, muss es im nächsten Jahr sieben Millionen an Zinsen ausschütten. Das Unternehmen kann aus den 100 Millionen Euro im Extremfall 14 Jahre lang sieben Millionen Zinsen ausschütten – dann ist das Geld weg, aber der Anleger denkt 14 Jahre, er hätte eine gute Rendite erhalten. Weber: „Prokon ist derzeit in der Lage, viel neues Geld von Anlegern einzuwerben. Es könnte also über sehr viele Jahre die versprochenen Zinsen an die Anleger ausschütten. Was sie bis jetzt in der Regel auch brav getan haben. Die Kunst liegt darin, nachzuweisen, dass das Geschäft als solches nicht rentabel ist – wenn es denn so

1 Konkret untersagt der Richterspruch vom 15. März 2011 (Aktenzeichen 5 O 66/10) Werbeaussagen, die die Sicherheit und Wertbeständigkeit der Genussrechte einseitig hervorheben, ohne zugleich auf etwaige mit der Anlage einhergehende Risiken hinzuweisen. Geklagt hatte die Verbraucherzentrale Hamburg. Dabei ging es unter anderem um folgende Aussagen aus der Prokon-Genussrechte-Werbekampagne: „Die Alternative zur Bank oder Lebensversicherung“; „...wenn Sie wissen möchten, wohin Ihr Ersparnis fließt, und nach einer Geldanlage suchen, die Ihnen Sicherheit und Stabilität bietet, liegen Sie mit den [...] Genussrechten goldrichtig: Investieren Sie in die [...] Windparks und damit in reale, zukunftsichere und rentable Sachwerte.“; „Sicherheit zum Anfassen!“; „Maximale Flexibilität“; „Sichere Einnahmen“. (laut Infodienst Eco-Reporter)

sein sollte. Wir haben den Beweis gesucht und es ist uns nicht wirklich gelungen.“

Benötigter Beweis: Windrad steht im Windschatten

Allgemein sind Investments in Erneuerbare Energien aus Webers Sicht das Beste, was man derzeit als Geldanlage findet. Das sei sicherer als eine Immobilie und eben keine Spekulation wie Gold. Erneuerbare Energien seien ein „furchtbar einfaches Geschäftsfeld“. Dafür müsse man nur beachten, Windanlagen nicht im Windschatten aufzustellen oder Solaranlagen in den Sonnenschein zu bringen. Die Technik sei mittlerweile erprobt, einzig die Windausbeute schwanke.

Erwirtschaften die Prokon-Windanlagen genug Gewinne, um Personal, Material und alles andere für Windenergie Notwendige zu bezahlen – plus sieben Prozent Gewinn für die Anleger? Auf der Suche nach der Antwort wälzte Weber die Bilanzen und Geschäftsberichte.

Wie oft üblich, veröffentlicht auch Prokon Bilanzen und Geschäftsberichten mit bis zu drei Jahren Verzögerung. Und die Veröffentlichungspflicht im Bundesanzeiger? Unternehmen zahlen einfach bei Verspätung ein Bußgeld und schieben die Veröffentlichung trotzdem raus. Derzeit liegt demnach erst der 2009er-Bericht von Prokon vor. Zudem ist das Unternehmen in Dutzende Untergesellschaften aufgeteilt, meist für jeden Windpark eine.

Das Rechercheergebnis

„Wir haben es irgendwann geschafft, fast flächendeckend – bis auf ganz wenige Windfondsgesellschaften – die Bilanzen einsehen zu können“, berichtet Weber. Ab diesem Punkt sei die Recherche „verblüffend einfach“ gewesen. Anhand der Bilanzdaten konnte ECOreporter klar belegen, dass einzelne Windparks überschuldet waren. Das brachte Weber jedoch nur in neue Schwierigkeiten: „An dem Punkt waren wir eigentlich fertig. Wir haben nachgewiesen, dass Prokon 2009 ein paar überschuldete Gesellschaften hatte. Aber wir konnten immer noch nicht sagen, dass das Ganze ein Schneeballsystem ist“, fasst Weber

zusammen. Denn mittlerweile gibt es geänderte Bilanzrichtlinien. Vielleicht seien die Untergesellschaften nach den neuen Regelungen nicht mehr überschuldet, erklärt Weber: „Wir haben Prokon nicht vollkommen entlarvt.“

Doch die Ausgangsthese lässt Weber nicht los – bleibt es bei dem Verdacht Schneeballsystem? „Es kann einfach sein, dass das Unternehmen jetzt mit seinem Riesen-Kapital in der Hinterhand in der Lage sein wird, den Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten“, sagt Weber heute. „Und ich habe tatsächlich auch Zweifel, ob die Unternehmensleiter wirklich von Anfang an die Absicht hatten, ein Schneeballsystem in die Wege zu leiten. Vielleicht hatten sie auch gute Absichten.“ Dennoch hat er Zweifel, ob die versprochenen Zinsen dauerhaft gezahlt werden. Doch wahrscheinlich mache dies die Anleger dann nicht einmal wütend, weil überall Zinszahlungen schrumpften. Erschwerend kommt für Weber hinzu, dass das Unternehmen manche Anhänger habe, die sich „ein wenig wie eine Sekte“ aufführten: Alle seien vom Produkt absolut überzeugt, auch die Anleger. Aus diesem Grund waren im Recherchezeitraum auch die Anleger keine sehr ergiebige Quelle.

Zahme Veröffentlichung

Der Bericht über Prokon informierte dann die Fachleserschaft, dass die Prokon-Genussrechte „nicht empfehlenswert“ seien. Eine Stellungnahme von Prokon gab es nicht, auch wenn der Bericht vorab an das Unternehmen gefaxt wurde – zwecks Absicherung vor einer einstweiligen Verfügung. „Ein solches Vorgehen hat am Wortlaut unserer Veröffentlichungen noch nie etwas geändert. Gerade Unternehmen wie Prokon haben es sich anscheinend – zumindest bei uns – zur Regel gemacht, gar nicht zu reagieren“, erklärt Weber. Im Grunde könne das Unternehmen auch nichts gegen die Berichterstattung machen, schließlich stehe in der Bilanz die Überschuldung drin.

Doch nicht nur Prokon, auch die Presselandschaft reagierte nicht auf den Fall. „Entweder war das alles nicht spektakulär genug oder nicht spektakulär genug dargestellt“, vermutet Weber. Für ihn sei in erster Linie wichtig, dass seine Leser gewarnt seien. In der Wortwahl schreibe ECOreporter nicht scharf oder

boulevardesk, man führe die Fakten an und beschreibe das Unternehmen nicht als Betrüger oder Schneeballunternehmen.

Gescheitert?

Webers Fazit: „Ja, wir sind schon gescheitert. Als wir den Bericht veröffentlichten, hatte Prokon knapp 600 Millionen Euro eingesammelt. Wenn unsere Recherche die These belegt hätte, dass es ein Schneeballsystem ist, dann wäre das Unternehmen eigentlich am Ende gewesen. Die Arbeitshypothese können wir aber nicht beweisen. Unser Bericht wird einige Leute abgehalten haben zu investieren, aber ansonsten ist ja nichts passiert. Prokon macht in einem Tempo weiter, das beängstigend ist.“

ANDREAS ORTH

GESCHMIERTE GLEISE – KORRUPTION IM GLEISBAU DER DB

„Die Geschichte war komplett dokumentiert, flächendeckend. Aber es waren in jedem einzelnen Fall immer nur kleinere Summen. Wir hatten keinen Gesamtüberblick... Aber ich kann ja nicht den einen Kleinen hängen und die anderen laufen lassen – Korruption ist ein systemisches Problem.“ — Andreas Orth, Freier Autor

Beim Bau fast jeder zweiten Bahnweiche flossen vermutlich Bestechungsgelder – diese Anfangsthese kann Andreas Orth beweisen. Viele Belege liegen vor und sind verifiziert. Orth hat interne DB-Ermittlungsergebnisse, Aussagen, Rechnungsbelege – also eigentlich alles, was man sonst nicht hat. Dennoch gab es keinen veröffentlichten TV-Bericht zum Korruptionsskandal.

Korruption fördernde Struktur

Instandsetzungsarbeiten bei der Bahn kosten jedes Jahr einige Milliarden Euro Steuergelder. Die Kosten werden vom Eisenbahnbundesamt getragen. Einziger Auftraggeber ist die DB. Auf der anderen Seite stehen bundesweit rund 80 Baufirmen als Auftragnehmer.

Die interne DB-Revision überprüfte 2007 viele Einzelabteilungen, die jeweils für den Gleisbau einzelner Streckenabschnitte zuständig sind und die entsprechenden Aufträge vergeben. Es liefen nach Orths Berechnungen interne Ermittlungsverfahren gegen einen hohen zweistelligen Prozentsatz aller Bahnbau-Unternehmen. Doch die Korruptionsermittlung der DB griff immer öfter ins Leere. Firmen, gegen die bereits ermittelt wurde, blieben weiterhin als Subunternehmer oder über Strohleute für den Gleisbau der Bahn tätig. Orth wundert das nicht: „Dieses System ist so komplex, das es die Korruption sozusagen fördert.“

Konspiratives Treffen an einer Autobahnraststätte

Die Korruptionsrecherche beginnt mit einem konspirativen Treffen in einer Gaststätte: Per Mail hatte ein bis dato unbekannter Informant Kontakt zur Redaktion aufgenommen und erklärte, er habe Informationen direkt aus der DB. Orth solle zu einem festgelegten Zeitpunkt eine Handynummer anrufen. Ein persönliches Treffen wird arrangiert, extra nicht in der Nähe eines Bahnhofes oder in einer Großstadt. Orth entschied zu fahren: „Man denkt sich, dass ist wieder ein Whistleblower. Und fragt sich, ist der tragfähig oder nicht? Aber gut, wir fahren da mal hin.“

Der anonyme Informant wirkt intelligent, ist umfassend informiert, kann Fakten von Vermutungen unterscheiden und hat – nach Orths Kenntnisstand – keine direkten persönlichen Interessen. Seine einzige Bedingung ist Informantenschutz.

Der Informant erzählt von zig Fällen, überall gebe es Korruption. „Ich habe gesagt: Wir brauchen Belege!“ Eigentlich hätte er mit keiner Antwort gerechnet, aber der Informant sagte: „Klar die kriegen Sie.“ Rasch wird ein zweites Treffen vereinbart. Zwischendurch gehen erste Belege per E-Mail in der Redaktion ein. Dabei handelt es sich um interne Papiere, wie Orth feststellt: „Die hat man ja normalerweise nicht, bei solchen Korruptionsgeschichten ist normalerweise alles im Dunkeln. Man weiß dann nicht so genau, es gibt ein Gerücht, jemand soll etwas gekriegt haben und wird vom Jagdfieber gepackt. Man glaubt, das könnte zu einer Geschichte führen und am Ende hat man keine Beweise.“

Feuerwehr kauft Laptop – Bahn fingierte Rechnung

Doch das ist diesmal kein Problem. Einzelfälle gibt es reichlich, wie der O-Ton eines dokumentierten Falles zeigt:

„Wir [eine zuständige Bahn-Gleisbauabteilung/ Anm. der Redaktion] haben bei der Freiwilligen Feuerwehr in X-Stadt einen Drucker und einen Laptop benötigt. Ich habe dann den Herr S. von einer Baufirma angerufen, ob er uns nicht eine Spende machen könnte. Meiner Erinnerung nach hat er 1500 Euro für die Beschaffung von einem Drucker und einem Laptop der Freiwilligen Feuerwehr in X-Stadt gespendet. Wir haben dann seitens der Freiwilligen Feuerwehr eine Spendenbescheinigung für die Firma XY ausgestellt. Kompensiert wurde dieser Beitrag über fingierte Rechnungen der X-Kommunikation. Ob andere Auftragnehmer der DB-Netz oder der Deutschen Bahn Spenden an die Freiwillige Feuerwehr X-Stadt vorgenommen haben, weiß ich nicht.“

Orths Team geht allen Indizien nach und verifiziert sie. „Es waren sehr viele Firmen, bei denen wir meines Erachtens Indizien hatten“, fasst Orth zusammen. Doch das Problem ist folgendes: „Das waren natürlich alles kleine Fälle, weil wir im unteren Management unterwegs waren. So im Bereich von 5000 bis 20000 Euro-Fälle“, sagt Orth. Er recherchierte sie Anfang 2008 während der Bankenkrise – da waren Schadensvolumen von einigen Hunderte Millionen aber „eigentlich schon Peanuts.“

Korruption: drei Methoden

Bei der Recherche entdeckte Orth verschiedene Methoden, wie man das System täuscht und sich Geld abzweigt. Eine anfängliche These war: Bauunternehmen wollen einen Auftrag bekommen und schmieren dafür die zuständige DB-Abteilung. „Doch es geht noch weiter. Die schmieren sich gegenseitig“, weiß Orth nun. Die drei angewendeten Methoden:

1 Die Nachtrag-Methode

Der Fall: Ein Streckenabschnitt wird ausgeschrieben. Firma X gibt ein günstiges Angebot ab und kriegt den Auftrag. Firma X und die vergebende Bahnabteilung kennen sich. Gefuscht wird durch sogenannten Nachtrag. Hat ein Bauprojekt einmal begonnen, werden neu anstehende Arbeiten nicht erneut ausgeschrieben – sie gehen an den bereits beauftragten Bauunternehmer. Orth erklärt wie es geht: „Bei der Bahn war es oft so, dass die Nachträge fast das gleiche Auftragsvolumen hatten wie der ursprüngliche Auftrag. Aus irgendwelchen Gründen, die man erfunden hatte, wurde es dann besonders teuer.“ Als Gründe für das zusätzliche Geld wurden Szenarien ausgedacht. Der Boden sei ganz anders beschaffen, es gebe mehr Gestrüpp zu beseitigen, Sonntagsarbeit sei nötig – verdeutlicht Orth: „Um den Nachtrag zu bekommen, ist man auf den ‚good will‘ der Abteilung angewiesen. Das Geld, was dabei generiert wurde, hat man sich dann gerne geteilt. Der auftraggebende Bahnbeamte kriegte dann einen Teil davon und der Unternehmer auch.“ Schlussendlich hatten also die Bahnmitarbeiter durch geschickte Manipulationen von Ausschreibungen zahlungsbereite Firmen bevorzugt, um sich selber Geld in die Tasche zu stecken. In den frühen 80er Jahren wurde diese Methode oft angewendet, bis das System auffiel und neue Methoden hermussten.

2 Die Family & Friends-Methode

Noch direkter geht es, wenn die Bauunternehmer im Familienkreis Firmen gründen. Orth führt den Fall an, dass die Ehefrau eines beschuldigten Unternehmers trotz laufender Ermittlungen Teilhaber eines für die DB tätigen Unternehmens sein konnte. Dieses Unternehmen wies schon im ersten Jahr einen Gewinn von einer Millionen Euro aus. Unternehmer, gegen die ermittelt wurde, schoben teilweise befreundete Unternehmen vor. Die bekamen den Auftrag und gaben ihn dann an ihre belasteten Freunde weiter.

3 Die Seminar-Methode

Um die Verschiebung von Schmiergeldern zu planen, wurden aber auch Seminare veranstaltet. Ein Beispiel: Zehn Teilnehmer sitzen bei einer Weiterbildungsmaßnahme rund um das Thema Gleisbau. Veranstalter ist eine Kommunikationsfirma, die einem ehemaligen Bahnbeamten oder dem Sohn eines Bahnbeamten gehört. Bezahlt wird das Seminar von der Bahndirektion. Wegen des kleinen Personenkreises konnte Orth dort leider nicht recherchieren, aber er weiß: „Auf dem

Seminar wurde dann abends verhandelt. Das war ganz praktisch, weil ja dann alle da waren. Es wurde verhandelt, wer von den sieben Firmen jetzt den nächsten Auftrag kriegen sollte. Das heißt: einer gab ein Angebot etwas niedriger ab und alle anderen haben ihre Angebote erhöht und schlugen 30 Prozent drauf.“

Gescheitert: am Format und am System Korruption

Orths Ziel war, einen Bericht über das Ausmaß der gesamten Korruption bei der Bahn zumachen. An ein oder zwei Fällen sollte dann das Verfahren geschildert werden. Aber dazu kam es (noch) nicht, so Orth: „Die Geschichte war eigentlich komplett dokumentiert, flächendeckend. Aber es waren in jedem einzelnen Fall immer nur Nachweise für kleine Summen. Wir hatten keinen Gesamtüberblick.“ Dabei war klar, dass es vermutlich um bis zu 500 Millionen Euro ging, die innerhalb der DB verschoben wurden.

Es klappte einfach nicht, einen zehnminütigen Bericht zu machen, ohne einen Einzelnen über die Maßen an den Pranger zu stellen. Orth wollte niemand das Leben ruinieren, weil er eine im Vergleich zu dem gesamten Ausmaß an Korruption geringe Schadenssumme von vielleicht 10.000 Euro verursacht hatte. Dies wäre dem Thema nicht gerecht geworden, so Orth: „Er wird dann zum Sündenbock. Aber damit würde ich das eigentliche System verschleiern, weil wir dann den Einen an den Pranger stellen und die anderen machen munter weiter. Korruption ist schließlich ein systemisches Problem.“

Sein Fazit: Es müsste ein Netzwerk geben, in dem die Daten gestreut werden. Um dann gleichzeitig die einzelnen Korruptionsgeschichten zu veröffentlichen – und zwar in ihrem systematischen Gesamtzusammenhang – und die Prangerwirkung aufzuheben. Doch dafür mangle es derzeit noch an der Vernetzung. Orth wünscht sich Recherchenetzwerke, in denen unterschiedliche Kollegen bei vielfältigen, sozusagen systemischen Korruptionsfällen auf vielerlei Ebenen derartige Problemfelder zusammen bearbeiten. So etwas sei dringend zu entwickeln. Außerdem brauchen viele Daten und Rechercheansätze ein neuartiges Recherche-Management.

„Auf Grund unserer Formatstruktur im Fernsehen – wo lange Recherchen möglich sind – brauchen wir bestimmte Highlights. Also jemanden, den wir politische verantwortlich machen kön-

nen. In diesem Fall war es schwierig, weil die Deutsche Bahn das Opfer war. Aber der große fette Fall fehlte und ich kann einfach nicht über 100 Leute berichten, das geht nicht“, führt Orth die Problematik weiter aus. Viele Hinweise auf kleine Vergehen machen es für das Fernsehen und Presse gewünscht sei, wären neue Strukturen nötig. Vielleicht auch durch eine Zusammenarbeit mit Radio oder Print. Genauso denkbar wäre der Rückgriff auf Fiktion-Methoden. Anonymisierte Beispiele ‚auf Basis einer realen Geschichte‘ könnten eine kleine Abhilfe schaffen. Dennoch müsse man überlegen, mit welchen Mitteln systemische Strukturen besser dargestellt werden könnten.

ULRIKE HERRMANN
SCHEITERN POLITISCH GEWOLLT!?
DAS VERMÖGEN DER DEUTSCHEN

„Es gibt auch den Fall, dass Recherchen scheitern, weil sie scheitern sollen. Weil es politisch gewollt ist, dass bestimmte Daten nicht zur Verfügung stehen. Da hilft dann auch kein Informationsfreiheitsgesetz mehr, weil die Daten an sich fehlen.“ – Ulrike Herrmann, taz

Deutschland ist ein reiches Land. Doch wie ist eigentlich das Vermögen der Deutschen verteilt? Wie hoch ist das Gesamtvermögen der Deutschen? Wie viel wird pro Jahr vererbt? Und wie viel Steuern zahlen eigentlich die Millionäre, wenn man dies mit ihrem wahren Einkommen vergleicht?

Diesen Fragen ging Ulrike Herrmann nach und scheiterte – weil die Daten fehlen. „Der Datenmangel ist in keinem einzigen Bereich so extrem wie beim Thema Vermögen und Reichtum. Dabei ist es von großer politischer Relevanz. Ich habe den Verdacht, dass es politisch gewollt ist, dass diese Daten nicht erhoben werden.“

Gerade in Zeiten der Finanz- und Eurokrise werden solche Daten interessant.

„Wenn man sich jetzt mal fragt, was ist eigentlich die Finanz- und Eurokrise, dann sind das ja Vermögenskrisen“, sagt Herrmann und stellte sich natürlich die Frage, wer von den Krisenzeiten profitiert. Ihre Rechnung: Durch die Bankenrettung und

Konjunkturpakete ist die öffentliche Verschuldung auf über 80 Prozent des Bruttoinlandprodukts gestiegen. Vorher lag sie bei etwa ca. 65 Prozent, listet Herrmann auf: „Wenn man das umrechnet, dann handelt es sich hierbei um eine Differenz von mehr als 300 Milliarden Euro.“ Aber wer hat von diesen Hilfen profitiert?

Auf den ersten Blick mache man sicherlich als Profiteure die Banken aus, vermutet Herrmann. Aber Banken seien nur Hüllen: „Sie sind Speicherplatz für Vermögen“. Mit ihren Worten lässt sich die Finanz- und Eurokrise folgendermaßen zusammenfassen: Das Vermögen der Vermögenden wurde gerettet durch die staatlichen Hilfen für die Banken. Zudem kommen die Konjunkturpakete nicht nur Arbeitnehmern zugute, sondern auch den Aktionären und Unternehmern. Es wäre also interessant zu wissen, wer sind diese Vermögenden, die profitiert haben?

1969 und sonst nur Schätzungen

Entsprechend durchforstete Herrmann die vorhandenen Daten und kam zu dem Ergebnis: Dazu gibt es keine vernünftigen Erhebungen. Die letzte Erhebung der Betriebsvermögen ist datiert auf das Jahr 1969. „Danach war das politisch nicht mehr gewollt“, vermutet Herrmann. Wertet man die 1969er-Erhebung aus, zeigt sich eine hohe Vermögenskonzentration. Über 70 Prozent des Firmenvermögens konzentrieren sich bei gerade einmal 1,7 Prozent der Bevölkerung. Nun ist die Erhebung über 40 Jahre alt und trotzdem ist sich Herrmann sicher: „Es gibt keinen Grund zu denken, dass das jetzt anders sei.“

Die noch beste Datenquelle, laut Herrmann, ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), das jährlich 12.000 Haushalte befragt. Dort gehen die Werte in eine ähnliche Richtung: Die Reichsten – ein Prozent der Bevölkerung – besitzen demnach 23 Prozent des Volksvermögens. Fünf Prozent haben 46 Prozent des Volksvermögens und die oberen zehn Prozent bereits 61 Prozent. Umgekehrt bedeutet das, dass bei den unteren 70 Prozent – also Unterschicht und Mittelschicht zusammengerechnet – weniger als neun Prozent des Volksvermögens verbleiben.

Rolle des Statistischen Bundesamts

Doch Stichproben liefern letztlich nur hochgerechnete Schätzungen und keine Fakten. Also stellt sich die Frage, ob das

Statistische Bundesamt die Vermögensverteilung vielleicht auf einfachem Weg ermitteln könnte. Schließlich sind auch zig andere Datenmengen komplett erfasst. Doch Herrmann fand rasch heraus, dass das Amt nicht weiterhelfen kann: „Die einzig wirklich gute Möglichkeit, Vermögen zu erfassen, wäre über die Steuern.“ Für eine Vollerfassung bräuchte man zwei Steuern, die Vermögens- und eine individualisierte Kapitalertragssteuer. Ohne diese Steuern wird man immer nur auf Stichproben und Schätzungen zurückgreifen können, ist sich Herrmann sicher. Und ohne diese Steuern kann auch das Statistische Bundesamt nichts machen – die Daten liegen schlichtweg einfach nicht vor. Sie müssten eben erst einmal generiert werden. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Offenlegung der Kapitalertragssteuer wären aus Herrmanns Sicht ein „einfacher politischer Akt, gegen den nichts spricht.“ Allerdings sei er nicht gewollt.

1 Die Vermögenssteuer

De facto wird die Vermögenssteuer seit 1997 nicht mehr erhoben. Gegner der Vermögenssteuer argumentieren, die Erhebung sei mit zu viel Aufwand verbunden. Befürworter führen hingegen die Steuereinnahmen von gut 10 Milliarden Euro an. Hinzu kommt der journalistische Zweck, den Herrmann hervorhebt: „Der Wert der Vermögenssteuer wäre, das man genau wüsste, wie viel Vermögen in der BRD da und wie es verteilt ist. Und genau darum gibt es sie auch nicht.“

2 Die Kapitalertragssteuer

Um die Kapitalertragssteuer zu einem Instrument der Offenlegung von Vermögen nutzen zu können, müsste sie individuell erhoben werden. Betroffen davon sind Zinsen und Dividenden. Aber statt eines individuellen Systems werden diese Einnahmen seit 2009 per Abgeltungssteuer pauschal mit 25 Prozent besteuert. Zudem ließe die Steuererklärung ein Schlupfloch, so dass man selbst diese Erträge nicht zwangsläufig benennen müsse. „Denn selbst wenn man diese Einnahmen angibt, ist nicht mehr nachvollziehbar, was das für Erträge sind“, erklärt Herrmann das Problem.

Lauter Stichproben

Wie soll man aber – ohne gesicherte Datenlagen – über Vermögensverteilung berichten? Die Vollerfassung gibt es nicht. Was bleibt, sind Stichproben. Also müssen diese genutzt werden –

mit Verweis auf die unsichere Datenlage. Und es gilt, die Stichproben und Berichte untereinander zu vergleichen.

1 EVS: Einkommens- und Verbraucherstichprobe

Die wichtigste Vermögensstichprobe ist die Einkommens- und Verbraucherstichprobe EVS, die das Statistische Bundesamt alle fünf Jahre erhebt. Dabei werden 60 000 Bundeshaushalte aufwändig befragt. Doch die Stichprobe hat eine weitere eklatante Beschränkung, so Herrmann: „Witz an der Sache ist, dass alle Haushalte, die ein Nettoeinkommen von 18.000 Euro pro Monat haben oder drüber, nicht befragt werden. Weil – wie das Statistische Bundesamt selber weiß und auch offen in dem Begleitschreiben zugibt – Reiche dazu tendieren, keine wahrhaften Angaben zu machen.“

Eine Bagatelle sei dies allerdings nicht. Es handle sich beim Personenkreis zwar nur um ein Prozent der Bevölkerung, aber immerhin vereine dieses Prozent 23 Prozent des Volkvermögens auf sich. Herrmanns Fazit zu EVS: „Also kann man sagen, dass in der Stichprobe der Reichtum in Deutschland überhaupt gar nicht erfasst wird.“

2 SOEP: Sozio-ökonomische Panel

Die jährlich erscheinende Stichprobe – genannt Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) – ist eine Wiederholungsbefragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Dabei werden über 12.000 Privathaushalte befragt. Seit 1984 handelt es sich dabei um die gleichen Personen und Familien. Weil das SOEP ein einmaliger Datensatz ist, hat er weltweit Bedeutung und wird überall gelesen. Vor allem die Erhebungen zu Themen wie Glück und Wohlbefinden sind weltweit bei der Presse beliebt. Aber auch hier handelt es sich nur um eine Stichprobe – was man nie vergessen darf. Herrmann hat dafür eine einfache Gegenüberstellung gemacht: Vergleicht man das finanzielle Vermögen der Bundesbürger, das das SOEP ausweist, mit dem offiziellen Wert der Bundesbank-Statistik, entdeckt man erhebliche Lücken. Die Bundesbank weist 4,4 Billionen an finanziellem Vermögen aus. Die Bundesbank weiß anhand der realen Geldströme, dass dieses Vermögen in Deutschland existent sein muss. Allerdings weiß die Bundesbank nicht, wer es besitzt. Deswegen sind die Haushaltsbefragungen unverzichtbar. Doch im SOEP ist von den Finanzbillionen nur ein Bruchteil zu finden, arbeitet Herrmann heraus: „Im SOEP tauchen davon nur 34 Prozent auf, und das, finde ich, muss man ernst nehmen. Da ver-

schwinden Billionen aus der Statistik, nicht nur Milliarden. Und es ist nicht banal, das diese Daten fehlen.“

3 Armutsbericht

Neben den beiden Statistikstichproben gibt es noch den von Rot-Grün eingeführten Armuts- und Reichtumsbericht. Von den über 200 Seiten des Endberichts enthalten aber nur zehn Seiten Informationen über das Thema Reichtum. Das verwundert Herrmann nicht: „Weil man eben über den Reichtum nichts weiß. In den zehn Seiten kommen nur die reichen Angestellten vor, zum Beispiel Manager. Anhand der Werte, die sie in ihrer Einkommenssteuer angeben. In deren Einkommensverhältnisse hat man einen sehr guten Einblick. Gar keinen Einblick hat man hingegen bei den Selbstständigen und Kapitaleignern. Dummerweise gehen aber 40 Prozent des jährlich erwirtschafteten Einkommens in Deutschland an die Kapitaleigner und die Selbständigen.“

4 Reichtumsforschung

Doch trotz dieser ungesicherten Datenlage gibt es zahlreiche Reichtumsforscher. Was machen die denn dann, hat sich Herrmann gefragt und die simple Antwort gefunden: Sie alle müssen ohne empirische Basis arbeiten. Dabei gibt es jede Menge Studien über Vermögenswerte, wie die Forbes-Liste oder „Die 300 reichsten Deutschen“, Boston Consulting oder den Weltreichtumsbericht.

„Aber wenn man mal im Methodik-Teil nachguckt, stellt man fest, dass dies alles Schätzungen sind“, hat Herrmann rausgefunden. Doch bei einer ungeklärten Datenlage ergibt sich fast zwangsläufig, dass die Studien auch nicht miteinander vergleichbar sind. Legt man die Berichte nebeneinander, findet man ganz unterschiedliche Angaben. Herrmann hat verglichen, wie viele Reiche es laut der jeweiligen Berichte gibt. Ergebnis: Man findet Unterschiede von bis zu 100 Prozent – je nachdem, welche Schätzungen man heranzieht, verdoppelt sich also die Anzahl der Vermögenden. Auch die Angaben zum Gesamtvermögen schwanken heftig, mit Spannweiten von 300 Prozent – das Gesamtvermögen verdreifacht sich also teilweise, je nach vorliegendem Bericht.

„Das heißt, das ist alles Unsinn. Ich könnte mich jetzt hier hinsetzen und auch einen Reichtumsbericht verfassen. Das würde doch kein Mensch merken, ob das stimmt. Wichtig ist nur, dass die Aldi-Brüder oben stehen. Das ist das einzige, was in allen Berichten gleich ist – weil ja klar ist, dass die am reichsten sind“, fasst Herrmann zusammen.

Gescheitert?

Herrmann ist mit ihrem Rechercheziel gescheitert. Aber immerhin weiß sie nun, was die spärlichen Daten über Arm und Reich in Deutschland verraten. Doch es hat sich der Verdacht erhärtet, dass, wer das Vermögen und Einkommen der Deutschen erforschen will, mit seiner Recherche scheitern muss. „Beweisen kann ich allerdings nicht, dass dies politisch gewollt ist. Es ist ehrlich gesagt eine Vermutung“, sagt Herrmann. Aber die Indizienlage spricht dafür und sie weiß, auch die Debatte über die Eurokrise verlief anders, wenn die Vermögensinfos offengelegt würden.

TIPPS

- ▶ Jede Recherche, die gar nicht erst angefangen wird, ist gescheitert.
- ▶ Oft schreiben Journalisten nicht mehr über etwas (Bilanzen/ Geschäftsberichte), was schon durch die Presse ging. Einfach den Journalistenreflex unterdrücken und recherchieren, worüber ein Kollege schon berichtet hat. Oft entdeckt man bei der eigenen gründlichen Recherche enorm viel Unveröffentlichtes.
- ▶ Bilanzen und Geschäftsberichte vollständig nutzen. Das gilt auch für einzelne Berichte, die zur Bilanz dazugehören. Ein Beispiel ist der „Nachhaltigkeitsbericht“ – darin müssen die Auswirkung des Klimawandels für die Geschäftsentwicklung beschrieben sein.
- ▶ Achtung vor dem Bundesanzeiger, denn teils findet sich dort nur die gekürzte Fassung der Bilanz.
- ▶ Für Korruptionsberichterstattung braucht man ein Veröffentlichungsmedium, das dem systemischen Problem gerecht wird und keine kleinen Diebe an den Pranger stellt.
- ▶ Ein Datenaustausch zwischen verschiedenen Journalisten ist wünschenswert und dringend notwendig (wenn beispielsweise über systemische Probleme wie Korruption berichtet wird). Aber bei jeder Variante (Crowdsourcing) muss geklärt sein, wie der Informantenschutz gewährleistet sein kann und wie gewährleistet wird, dass keinerlei Daten durchsickern.
- ▶ Wer über das Vermögen der Deutschen schreibt, sollte die existenten Stichproben vergleichen und die unsichere Datlagen anführen.
- ▶ Wer aufwändige Recherchen durchführt, muss sich ein funktionierendes Recherche-Management aneignen.

Der Todesschuss von Bad Kleinen

Das Trauma des Hans Leyendecker

Dokumentiert von Kamilla Pfeffer

Sonntag, 27. Juni 1993. Auf dem Bahnhof der mecklenburgischen Gemeinde Bad Kleinen kommt es zu einem spektakulären Polizeieinsatz. Mehrere Dutzend Beamte der vielgerühmten Anti-Terrorereinheit GSG 9 und des Bundeskriminalamtes (BKA) sind

vor Ort. Verhaftet werden sollen zwei mutmaßliche Terroristen der RAF. Die 36-jährige Birgit Hogefeld kann – wie geplant – festgenommen werden, ihr Begleiter Wolfgang Grams (40) versucht zu fliehen. Inmitten von Reisenden und Bahnpersonal kommt es zu einer wilden Schießerei. Das bittere Ende: Der 25-jährige GSG-9-Mann

Michael Newrzella liegt erschossen auf dem Bahnsteig, RAF-Aktivist Grams, mehrfach getroffen, auf den Gleisen. Er stirbt an einem Kopfschuss. Noch am selben Abend erklärt Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, die beiden mutmaßlichen Terroristen seien auf dem Bahnhofsvorplatz gestellt worden und Birgit Hogefeld habe den Schusswechsel eröffnet. Aussagen, die sich schnell als falsch erweisen. Es ist der Anfang einer Kette von Fehlinformationen, Ungereimtheiten und Ermittlungspannen seitens der beteiligten Behörden. Die Medien nehmen Witterung auf – auch Hans Leyendecker, damals *Spiegel*-Redakteur, beginnt mit der Recherche...

„Eigentlich war Bad Kleinen nicht mein Beritt, ein Kollege war bereits an der Sache dran. Aber ich hatte mitbekommen, dass das, was die Bundesanwaltschaft zu dem Fall erklärte, nicht stimmte.“ Leyendecker, schon damals einer der renommierten investigativen Journalisten der Republik, spezialisiert auf In-

INTERVIEW

Hans Leyendecker,
Süddeutsche Zeitung

Moderation:

Gert Monheim,
ehem. *WDR*-Redakteur

nenpolitik und Geheimdienste, spricht am Tag nach dem Vorfall mit einem Kontaktmann, fragt: „Kann man nicht einen vom Spezialkommando haben, um mal zu hören, was da so war?“ Kurz später die Antwort: „Ja, da ist einer, mit dem kannst du reden.“ Es kommt zum Gespräch zwischen Leyendecker und einem, der am Einsatz beteiligten Beamten.

Der anonyme Zeuge

Der Spezialist offenbart sich ihm aus „Seelennot“, wie es später im *Spiegel* heißen wird. Er schildert, was er gesehen hat: Zwei GSG 9-Beamte hätten den schon verletzten Grams erst zu Boden gerannt und dann aus nächster Nähe erschossen.

„Der Mann schilderte mir, wo er selbst gestanden hat und die Abläufe“, sagt Leyendecker – alles en detail. „Ich fragte ihn: ‚Und was kann man nun damit machen?‘ – ‚Ja, da muss man jetzt recherchieren...‘ Und dann hat er noch gesagt: ‚Wir telefonieren am Donnerstag noch mal darüber. Sie dürfen niemandem in der Redaktion sagen, dass es mich gibt: den Namen nicht, nichts. Und falls Sie jemals gefragt werden, ist Donnerstagabend unser erstes Gespräch gewesen.‘“

Am Mittwoch – es ist der 30. Juni – wird im Innenausschuss des Bundestages über die Vorgänge in Bad Kleinen beraten. „Und auch da gab es Merkwürdigkeiten“, sagt Leyendecker, „Grams ist ja aus nächster Nähe zu Tode gekommen – durch einen fast aufgesetzten Schuss, das wusste ich. Doch das wurde an diesem Mittwoch im Ausschuss nicht erklärt.“

„Es sind in diesem Fall etliche Dinge passiert, die eigentlich nie passieren: Am Tatort sind Spuren verwischt worden, Projektilе verschwunden, Grams Hände waren gewaschen worden – jemand hatte sie gereinigt, so dass sie nicht mehr auf Schmauchspuren untersucht werden konnten. Es waren Haare entfernt worden. Es fehlten Kleidungsstücke. Also, es gab ein ganzes Bündel an Zeug, das schwer erklärbar war.“

„Die Sache lief unter dem Rubrum der allergrößten Geheimhaltung bei den Behörden. Alle Anfragen zum Ablauf der Geschehnisse wurden abgewehrt. Man sagte mir: Alle politischen Gremien seien mit der Sache befasst, es werde einen Bericht geben...“

Die *Monitor*-Zeugin und das Gutachten

Am Donnerstag schließlich sprechen Hans Leyendecker und sein Zeuge ein zweites Mal. Am selben Abend sendet das *WDR*-Magazin *Monitor* einen Beitrag zum Thema „Bad Kleinen“. Darin die eidesstattliche Erklärung einer Augenzeugin, der Kioskbesitzerin Joanna Baron. Sie will gesehen haben, wie der mutmaßliche Terrorist Grams von zwei Beamten regelrecht hingerichtet worden sei: „Ich hörte das Gebrüll eines Mannes: ‚Halt, stehen bleiben!‘ Im gleichen Moment wurde geschossen. Ich sah dann einen Mann aufs Gleis beim Bahnsteig 4 stürzen. Dann traten zwei Beamte an den reglos daliegenden Grams heran. Der Beamte zielte auf den Kopf und schoss aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams entfernt. Dann schoss auch der zweite Beamte auf Grams, aber mehr auf den Bauch oder die Beine. Auch der Beamte schoss mehrmals.“

Für Leyendecker eine bestätigende Erklärung, stimmte die Aussage der *Monitor*-Zeugin doch in wesentlichen Teilen mit der seines Zeugen überein.

„Am Freitag kam schließlich noch eines hinzu: Wir hörten, dass es ein Gutachten geben würde, aus dem hervorgehen sollte, dass Herr Grams mit einer Waffe erschossen worden ist, die nicht seine eigene war, aber auch keine der Dienstwaffen, die die Beamten beim Einsatz dabei hatten“, so Leyendecker. „Bei Sondereinsatzkommandos ist es aber durchaus üblich, dass der ein oder andere seine eigene Spezialwaffe benutzt, weil er mit dieser besser vertraut ist...“

Jetzt hatte Leyendecker also seinen „Anonymus“, die *Monitor*-Zeugin, es gab Widersprüche im Innenausschuss und er hatte Hinweise dafür, dass Grams weder durch seine eigene, noch durch eine Dienstwaffe zu Tode gekommen war.

„Am Freitag hab’ ich mich dann in Hamburg in der Redaktion gemeldet und gesagt: ‚Das ist ein dickes Ding, wir müssen da was Großes machen.‘ Das war ein Fehler! Ich hatte vorher ein paar erfolgreiche Geschichten gemacht – man vertraute mir beim *Spiegel*, also haben wir eine Titelgeschichte fabriziert.“

Bereits vor dem Erscheinen der *Spiegel*-Story sorgen Leyendeckers Recherchen für Aufsehen. Am Samstagabend ist er zu Gast

in den *Tagesthemen*, erzählt von seinem anonymen Zeugen. Am Sonntag tritt Bundesinnenminister Rudolf Seiters zurück.

„Bad Kleinen war schon ein Ereignis, das die Republik ins Wanken brachte, denn die Frage war ja, ob Staatsbeamte Grams per Kopfschuss liquidiert und dann den Staat belogen hatten.“

Die Story im Spiegel

Am Montag – Tag acht nach dem Polizeieinsatz von Bad Kleinen – erscheint das Hamburger Nachrichtenmagazin. Auf der Titelseite Grams' Konterfei im Fadenkreuz. Darunter die Schlagzeile: „Der Todesschuß – Versagen der Terrorfahnder“. Im Heft sechs Seiten mit Text, Fotos, Grafiken – eine große Geschichte. Über dem Text, in dicken Lettern: „Tötung wie eine Exekution“. Das Kernstück der Geschichte – die detaillierte Aussage des anonymen Zeugen: „Er [Grams] lag auf der linken Körperseite. Ein Kollege kniete auf ihm. Er hatte keine Bewegungsmöglichkeit mehr. Die Arme waren gespreizt. Die Waffe lag etwa zwei Meter von ihm entfernt [...]. Grams hat keine Möglichkeit mehr gehabt, das Schießgerät zu erreichen [...].“ Und weiter: „Nach etwa ewig langen 20 Sekunden ist dann der tödliche Schuss gefallen. Ein Kollege von der GSG 9 hat aus einer Entfernung von Maximum fünf Zentimetern gefeuert.“

Leyendeckers Kommentar im Blatt: „Der Bericht des Beamten [...] kann die Republik erschüttern, Politiker und Sicherheitschefs ihre Ämter kosten: Danach ist Grams [...] regelrecht hingerichtet worden. Und die Beamten, die in zwei Sondersitzungen des Bundestagsinnenausschusses keine klare Auskunft gaben, setzen offenbar alles daran, den Tathergang zu verschleiern.“

Auch die Aussage der *Monitor*-Zeugin wird in dem Artikel zitiert. Anders lautende Schilderungen zum Ablauf des Geschehens gibt Leyendecker ebenfalls wieder, ohne ihnen jedoch weiter nachzugehen.

„Mein Zeuge kommt in der Geschichte häufiger vor als jeder andere. Es ist zwar keine Story, die sagt: So oder so war es. Aber sie insinuiert ganz stark. Und der unbefangene Leser muss davon ausgehen, dass wir eigentlich sagen wollen: ‚Der Grams ist hingerichtet worden‘“, so die Analyse des Autors heute.

Konsequenzen

Einen Tag nach dem Artikel wird Generalbundesanwalt Alexander von Stahl in den Ruhestand versetzt. Er ist nicht der letzte Verantwortliche, der wegen des Einsatzes in Bad Kleinen seinen Hut nehmen muss. Später wird auch Wolfgang Köhler (Vizepräsident des BKA) abgelöst, Wolfgang Schreiber (Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium) wird in Pension geschickt. Es werden sogar Forderungen laut, die GSG 9 aufzulösen.

„In der Republik herrschte große Aufregung“, sagt Leyendecker. „Aber ich war fest davon überzeugt, dass sich der Fall nun schnell auflären ließe. Die Staatsanwaltschaft in Schwerin wurde mit den Ermittlungen beauftragt. Und ich wurde sehr rasch gebeten, dorthin zu kommen. Der Oberstaatsanwalt sagte: ‚Hier sind lauter Dinge passiert, die sonst nie passieren. Ich will ein Verfahren einleiten wegen des Verdachts auf Tötung. Aber dafür brauchen wir Ihren Zeugen.‘ Ich sagte: ‚Das ist schwierig – der will anonym bleiben. Aber ich werde es versuchen.‘“ Doch sein „Anonymus“ ist für Hans Leyendecker nicht mehr erreichbar.

Neue Wahrheiten

Bald darauf gibt es neue Informationen, neue Wahrheiten – das Blatt beginnt sich zu wenden. „Ich wurde nervös, denn auf einmal gab es ganz andere Stimmen. Es hieß nun, Grams sei doch durch seine eigene Waffe gestorben...“ Alle am Einsatz beteiligten GSG 9-Beamten sagen damals aus, auch die Beamten des BKA. „Ich konnte dann rekonstruieren, dass mein Zeuge bei der Staatsanwaltschaft etwas völlig anderes ausgesagt hatte als mir gegenüber.“

Und auch die Erklärung der *Monitor*-Zeugin erweist sich bald als wertlos. Die Kioskbesitzerin sagt, die eidesstattliche Erklärung sei nicht von ihr, sondern von dem Fernsehreporter verfasst worden und falsch. Die Bad Kleinen-Geschichte entwickelt sich für Hans Leyendecker zum Desaster. „Die *Spiegel*-Redaktion war natürlich höchst irritiert über das, was da jetzt passierte, hat mir aber die Möglichkeit gegeben, weiterzumachen. Eigentlich hätte man mich damals feuern müssen.“

Gegenwind

„Es gab damals unterschiedliche Lager beim *Spiegel*. Die einen sagten: ‚Der Leyendecker, der hat diesen Zeugen völlig über-rissen.‘ Und da waren die anderen, die sagten: ‚Wenn man alle Punkte mal zusammennimmt, dann konnte man die Geschichte machen, aber man hätte sie kleiner machen müssen.‘ Ich glaube, diese Fraktion hatte Recht. Der Fehler war, dass wir eine sechsseitige Titelstory gemacht haben – keine Ein-, Zwei-Seiten-Geschichte, mit all den Fragen, mit all den Widersprüchen, das wäre der richtige Weg gewesen. [...] Und dann kamen die ersten Klugen, die sagten: ‚Hat es diesen Zeugen überhaupt jemals gegeben?‘ Es gab Leute wie Rudolf Seiters, der sagte: ‚Der hat den Informanten erfunden.‘ Das sagt er bis heute, natürlich ist das Quatsch, aber – er ist ein honoriger Mann – er hat jedes Recht, mich zu kritisieren.“

„Es folgten all die Schlaumeier, die erklärten: wir hätten das gemacht, weil wir so furchtbare Angst vor der Konkurrenz hatten, dem *Focus* oder dem *Stern* – völlig irre. Nein, es war Hochmut. Ich hatte vorher ein paar Scoops gelandet, Geschichten, die damals unheimlich wichtig waren. Und diese Scoops gaben mir das Gefühl: ‚Auch die Geschichte mache ich jetzt noch‘. Das war Hochmut, Dummheit, handwerkliches Versagen. [...] Mein Freund Jürgen Leinemann, der große Porträtist des *Spiegel*, hat mal gesagt: ‚Das wird wohl ein Moment gewesen sein, da hast du geglaubt, du kannst übers Wasser gehen. Und dann haben all deine Reflexe versagt.“

Fraglos ist, Hans Leyendecker hat damals erheblichen Anteil daran, dass der Fall Bad Kleinen zur Staatsaffäre wird. „Ein investigativer Journalist muss ergebnisoffen sein“ – diesen essentiellen Grundsatz hat er missachtet. Doch seine Verantwortung, die hat er weder weggeschoben, noch kleingeredet, stattdessen das eigene Handeln schonungslos selbstkritisch hinterfragt.

Es dauert, bis der Fall Bad Kleinen offiziell gelöst wird. Erst im Januar 1994 kommt die Staatsanwaltschaft – nach Auswertung von 1800 Seiten mit 142 Zeugenaussagen und mehreren Gutachten – zu dem Endergebnis, der mutmaßliche Terrorist Grams habe sich den tödlichen Kopfschuss selbst gesetzt. Bis heute werden an dieser Darstellung jedoch immer wieder Zweifel geäußert.

Vom Nutzen des Scheiterns

Für Hans Leyendecker ist die *Spiegel*-Titelgeschichte „ein verheerender Fehler“ mit Langzeitwirkung: „Ich habe noch ganz lange von Bad Kleinen geträumt, wenn ich schwierige Geschichten machte. Die Sache liegt ja jetzt schon ein bisschen zurück. Es ist nett, dass bei jedem Jahrestag die Kollegen, die immer alles gewusst haben, anrufen und fragen, wie’s mit Bad Kleinen wirklich war. Das nennt man Kollegialität.“

„Für mich war’s eine wichtige Erfahrung – aus Erfolgen lernt man wenig, aus Katastrophen viel. Du fragst dich: Was ist in dir vorgegangen? Warum hast du das gemacht? Warum warst du so bekloppt, dass du glaubtest, es müsse ein Titelgeschichte sein? Warum reichte nicht eine Zwei-Seiten-Geschichte? Ich glaube, man kann daraus lernen: Glaub` nicht an den eigenen Hype, nimm Dich nicht so wichtig. [...] Wichtig ist der Zweifel: hat man eine Aussage, sollte man erstmal herausfinden, ob es nicht Belege dafür gibt, dass genau das Gegenteil davon richtig ist. Nicht die Bestätigung suchen, sondern zweifeln. So ist es handwerklich korrekt. Oft aber sagen wir: ‚Tofte Geschichte‘ – und alles, was nicht passt, wird zurechtgebogen und am Ende ein bisschen zugespitzt. Das führt irgendwann zum Scheitern, zur Katastrophe. Bei der Bad Kleinen-Geschichte ist wirklich alles daneben gegangen, das Einzige, was gelungen ist, ist der Informantenschutz.“

Ist er jemals in Versuchung geraten – als sich seine Wahrheit nicht belegen ließ, er sogar der Lüge bezichtigt wurde – seinen Zeugen preiszugeben?

„Nein, den Gedanken darf es nicht geben. Wenn man den hat, sollte man den Beruf aufgeben. Man kann katastrophale Geschichten machen – und wird gefeuert oder auch nicht – aber was wir Journalisten nie machen dürfen, ist, den Informanten zu verraten. Egal was man denkt, was man fühlt, was sich im Innersten abspielt – man gibt keinen Informanten preis.“

Bertelsmannrepublik Deutschland

Was Medien-Macht mit Journalisten macht

Dokumentiert von Carolina Zimmermann

Wie es in der Ankündigung der Konferenz heißt, werden nicht nur große Fälle aufgearbeitet, sondern „auch alltägliche Problemfelder thematisiert und Hindernisse beispielsweise bei Wirtschafts-, Wissenschafts- oder Auslandsrecherchen bearbeitet und Lösungsansätze aufgezeigt“. Behinderungen, die ich bei meinen Recherchen zu Bertelsmann erlebte, sind Alltag für Medienjournalisten – sofern sie kritisch berichten. Aber der ständige Begleiter der Recherche und die ständige Gefahr heißt Selbstzensur. Wie weit kann und will ich gehen? Wie weit können und wollen meine Auftraggeber gehen, die die Recherche veröffentlichen? Und schließlich: wie mischt sich der betroffene Medienkonzern ein und macht seinen Einfluss geltend?

VORTRAG

Thomas Schuler, freier Journalist

Moderation:

Peter Grabowski, WDR

Vor einigen Monaten rief mich ein Mitarbeiter der Presseabteilung von Bertelsmann an und fragte besorgt, ob ich mich nicht in etwas verbeiße. Die eigentliche Frage war natürlich, ob ich Bertelsmann nicht zu oft zu Unrecht und zu stark kritisierere. Ja, ich hatte mich in das Thema verbissen. Als Medienjournalist hatte ich seit den 90er Jahren für die *Berliner Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die *Neue Zürcher Zeitung* viele Artikel und außerdem zwei Bücher über Bertelsmann geschrieben; 2004 erschien das Buch „Die Mohns. Vom Provinzhändler zum Weltkonzern. Die Familie hinter Bertelsmann“ und 2010 folgte das Buch „Bertelsmannrepublik Deutschland. Eine Stiftung macht Politik“. Einen Tunnelblick haben – das kann auch bedeuten, an relevanten Fragen dranzubleiben.

Selbstzensur vieler Journalisten

Reinhard Mohn hatte behauptet, Medien, die Bertelsmann gehören, können über alles kritisch berichten, auch über den eigenen Konzern. Ich wechselte 1998 zur *Berliner Zeitung*, weil ich sehen wollte, ob das stimmt. Sie gehörte damals Gruner & Jahr, also Bertelsmann. Bereits im Jahr darauf schrieb ich eine ganze Zeitungsseite über den Vorwurf, der Konzern beschönige die Vergangenheit im Dritten Reich. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als viele Zeitungen noch gar nicht darüber berichteten. Später wurde es wissenschaftlich bestätigt. Bei Bertelsmann gab es Widerstand gegen meine Berichterstattung. Dieser Widerstand hatte keine unmittelbaren Auswirkungen, weil der damalige Chefredakteur der *Berliner Zeitung*, Michael Maier, Forderungen aus Gütersloh, mir die Arbeit am Thema zu verbieten, nicht nachkam. Aber kritische Berichterstattung war danach nur unter großem Druck möglich.

Meine Erkenntnis: Mohns Versprechen war schlau aus seiner Sicht, weil er bei der Mehrheit der Journalisten in der Regel auf Selbstzensur bauen kann. Sein Versprechen ist aber Gift für den Journalismus.

Was mich am Thema Bertelsmann reizt? Dass der Konzern immer wieder versucht, die eigene Geschichte zu beschönigen. Die Macht dieses Konzerns zeigt sich darin, dass Journalisten nicht oder nicht genügend über diese Versuche berichteten. Bertelsmann stellte sich als Widerstandsverlag dar, obwohl der Verlag in Wirklichkeit Bücher mit braunem Gedankengut publizierte und größter Lieferant der Wehrmacht war. Heute ist das bekannt. Wieso aber konnte Bertelsmann die Legende über Jahrzehnte aufrechterhalten? Meine These: Nur, weil die Selbstzensur in den Medien funktionierte.

In der Öffentlichkeit und in Büchern stellten Liz und Reinhard Mohn ihr Familienleben stets als vorbildlich, ehrlich und harmonisch dar, obwohl beide jahrelang mit anderen Partnern verheiratet waren und den Kindern ein falsches Leben beziehungsweise einen falschen Vater vortäuschten. Das ihr Leben nicht von jener Ehrlichkeit und Moral geprägt war, zu der sie andere in ihren Büchern und mit ihrer Stiftung stets anhielten, konnte ich unter anderen daran zeigen, indem ich Reinhard Mohns erste Frau Magdalene und seinen jüngsten Sohn Andreas befragte

und ihre Geschichte erzählte. Beide waren zu Außenseitern der Familie geworden. Auch Liz Mohn klärte die Kinder erst viele Jahre später auf und bezeichnete ihre Ehe als Scheinehe.

Die gemeinnützige Bertelsmann-Stiftung für das Unternehmen missbraucht

Ich suchte nicht nur in der Familie und im Unternehmen nach Legenden, sondern untersuchte auch das Versprechen von Reinhard Mohn, seine Bertelsmann-Stiftung arbeite ausschließlich „im Sinne des übergeordneten Gesellschaftsinteresses“. Hier liegt die Relevanz des Themas. Die Stiftung ist wichtig, weil sie das Unternehmen mehrheitlich besitzt. Sie ist mit 330 Mitarbeitern die politisch einflussreichste gemeinnützige Stiftung in Deutschland. Die Mitarbeiter der Stiftung avancierten ab 1998 zu heimlichen Kanzlerberatern, die die Blaupausen für Hartz IV und die Reform des Hochschulwesens erarbeiteten.

Doch die Stiftung arbeitet nicht ausschließlich im Interesse der Allgemeinheit. In Wahrheit verfolgt sie oft auch eigene Interessen. So wollte sie die Rundfunkaufsicht reformieren – größter Nutznießer davon wäre RTL gewesen, also Bertelsmann. Die Stiftung wollte diese Reform im Sinne der privaten Rundfunkanbieter durchsetzen, wie sich mit internen Schriften, die ich zitiere, belegen lässt.

Reinhard Mohn hat die Stiftung 1977 gegründet, damit seine Erben nicht Teile des Unternehmens verkaufen müssen, um die Erbschaftssteuer zu bezahlen. Daraus hat er kein Geheimnis gemacht, sondern diese Motivation ausgesprochen und in einem Buch veröffentlicht. Indem Mohn sein Unternehmen der Stiftung übertrug, hat seine Familie geschätzte zwei Milliarden Euro gespart. Bislang hat die Stiftung in ihren Projekten allerdings weniger als 900 Millionen Euro ausgeschüttet und darin sind auch Kosten für Projekte und Kongresse und Veranstaltungen enthalten, die in erster Linie dem Unternehmen dienen.

Bertelsmann tut so, als stehe der Gemeinnutz im Vordergrund. Dabei finanziert in Wirklichkeit die Öffentlichkeit der Familie Mohn ein Institut, das manchmal gemeinnützig tätig ist, oft aber einseitig die Interessen von Bertelsmann oder generell von Unternehmen berücksichtigt und stets Familie Mohn und Ber-

telsmann unverdächtig Zugang zur Politik gewährt. Mein Buch zeigt: Die Stiftung ist für Familie Mohn in erster Linie ein Finanzierungs- und Führungsinstrument, mit der sie Gewinne im Unternehmen behalten und reinvestieren kann. Obwohl die Stiftung fast 80 Prozent am Unternehmen besitzt, erhält sie nicht 80 Prozent vom Gewinn, den das Unternehmen erwirtschaftet. Ihre Dividende entspricht einer Minderheitsbeteiligung.

Die Familie Mohn kann das durchsetzen und die Stiftung zu ihren Gunsten und zum Vorteil des Unternehmens nutzen, weil Reinhard Mohn die Rechte am Vermögen von den Rechten an den Stimmen getrennt hat. Das Vermögen hat er in die gemeinnützige Stiftung eingebracht, die mit ihrem Vermögen steuerfrei agieren kann. Die Stimmrechte liegen jedoch in einer kleinen GmbH, die nicht gemeinnützig ist, sondern dem Wohl des Unternehmens verpflichtet ist.

So wird die gemeinnützige Stiftung missbraucht, um das Unternehmen verdeckt zu führen. Diese Konstruktion widerspreche dem Grundgedanken einer gemeinnützigen Stiftung, betont der Notar und Stiftungsexperte Peter Rawert, Bertelsmann tarne Eigennutz als Gemeinnutz.

Das Schweigen der Medien

Diesen Missstand wollte die Grünen-Politikerin Antje Vollmer mit einer Reform des Stiftungsrechts korrigieren und damit dem Boden der Legalität entziehen. Sie hat das seit 1997 verfolgt. Doch dass sie große Stiftungen wie Bertelsmann und Bosch mit ihren Reformen zwingen wollte, mehr Geld auszuschütten, hat Vollmer nie öffentlich gesagt. Offenbar wollte sie die großen Stiftungen nicht öffentlich angreifen. Erst zur Jubiläumsfeier von Bertelsmann im September 2010 sprach sie das freimütig in einem Interview mit der taz aus. Die taz hatte sie damals als Reaktion auf mein Buch befragt. Sie sprach damals auch über das „beinahe völlige Stillschweigen der Medien.“ Damit kommen wir wieder zu der Frage, was Medienmacht mit Journalisten macht, wie sie Journalisten dazu bringt, sich selbst zu zensieren. Dazu ein Auszug aus dem Interview mit Antje Vollmer.

Vollmer: „Als wir Ende der 1990er Jahre das Stiftungsrecht reformieren wollten, hatte ich überall Gespräche über mögliche

Fehlentwicklungen geführt – bei *Spiegel*, *Stern*, *Focus*, *Zeit*, *FAZ*, *Süddeutsche* oder auch bei TV-Magazinen wie *Monitor*. Doch an Bertelsmann traute und traut sich niemand heran, mit Ausnahme eines Artikels im *Tagesspiegel* und der tapferen kleinen *Neuen Westfälischen* in der Provinz. Sonst aber legt sich eine Medienkrake nicht mit der anderen an. Die Angst vor Bertelsmann-Juristen und die potentielle Bedürftigkeit, mal was mit denen oder bei ihnen machen zu wollen, hindert offensichtlich auch die Helden des investigativen Journalismus am Jagdeifer. Bertelsmann ist unberührbar.“¹

Die Bertelsmann-Stiftung engagierte sich wie keine andere Stiftung in dieser Reformdebatte und hat Vollmers Reformansatz keine Beachtung geschenkt oder mit Kritik bedacht und stattdessen andere Punkte in den Vordergrund geschoben. Das ist eine Vermengung eigener und gemeinnütziger Interessen. Meine These lautete: In Schröders Amtszeit war die Stiftung schon zu mächtig geworden, als dass er Reformen gegen sie durchsetzen konnte oder wollte.

Hürden bei der Recherche und wie sie übersprungen werden können

Bertelsmann sucht sich gerne selbst Journalisten aus, die über Bertelsmann berichten und mit dem Vorstand oder den Eigentümern sprechen dürfen. Der Zugang zur Unternehmensspitze ist streng kontrolliert. Dahinter steht wohl der Glaube, dass kritische Journalisten aufgeben, wenn sie keinen Zugang oder keine Interviews erhalten. Das trifft für viele Journalisten auch zu.

Familie Mohn lehnte Interviews für meine Bücher stets ab, auch nach schriftlichen Anfragen. Ich nehme an, dass man im Konzern immer davon ausgeht, dass Journalisten dann nicht mehr berichten.

Man muss lange suchen und mit vielen Leuten reden, bis man etwas Relevantes findet. Anfragen werden von Bertelsmann oft nicht beantwortet, sondern führen dazu, dass Mitarbeiter versuchen, den Redaktionen die Geschichte auszureden. Oder sie versuchen, den Redaktionen durch anwaltliche Schreiben Angst

1 „Bertelsmann ist unberührbar“ Anja Vollmer über Gütersloher Stiftung. *die tageszeitung*, 16.09.2010. <http://www.taz.de/!58419/>

vor juristischen Folgen zu machen. Da wird also viel telefoniert und viel Papier verschickt. Mein Gegenmittel: genau arbeiten und gelassen bleiben. Trotz öffentlich angekündigter juristischer Prüfungen seitens Bertelsmann gab es nie Klagen vor Gericht gegen meine Artikel oder Bücher. Angriffe laufen in einem Graubereich ab – so dass es möglichst nicht auffällt und nicht darüber berichtet werden kann, wie Bertelsmann versucht, Berichterstattung zu beeinflussen oder zu verhindern.

Stiftungschef Gunter Thielen betonte nach Veröffentlichung meines zweiten Buches, die Stiftung sei transparent und meinen Recherchen gegenüber aufgeschlossen und entgegenkommend gewesen. Davon kann keine Rede sein. Die Stiftung hat zwar viele Publikationen zugänglich gemacht, aber keine einzige entscheidende Frage zu ihrer Konstruktion und ihren Finanzen beantwortet. Die Gespräche mit Mitarbeitern und Ehemaligen habe ich mir im Laufe der Jahre erarbeitet. Die ehemaligen Mitarbeiter, mit denen ich gesprochen habe, haben nur sehr eingeschränkt über ihre Projekte berichtet. Die Stiftung wollte mich am Ende der Recherche zwingen, jedes einzelne Zitat autorisieren zu lassen, obwohl derartiges nie vereinbart war. Ich habe deshalb kein einziges Zitat vorgelegt.

Ich habe viele Fakten, Zahlen, Zitate mehrfach geprüft und viele Fragen gestellt, weil das zum journalistischen Selbstverständnis gehört. So habe ich am Ende 44 Punkte mit mehr als 100 Fragen geschickt. Die Stiftung hat keine einzige dieser Fragen beantwortet. Die Verantwortlichen an der Spitze der Stiftung waren dann auch zu keinem Gespräch bereit.

Es kam noch schlimmer: An der Jahrespressekonferenz 2010, bei der die vier Vorstandsmitglieder Bilanz zogen und ihr Programm präsentierten, durfte ich nicht teilnehmen. Weil, wie mir schriftlich mitgeteilt wurde, diese Veranstaltung „Journalisten aus der Region Ostwestfalen vorbehalten“ sei. Nicht sehr glaubwürdig, wenn man bedenkt, dass die Projekte international und national ausgerichtet sind.

Nach Erscheinen des zweiten Buches hat die Stiftung bei einer Fachkanzlei ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu prüfen, welche meiner Kritikpunkte rechtlich vertretbar und welche angreifbar seien. Der Witz dabei ist, dass die Stiftung diese Kanzlei im Gespräch mit Journalisten als unabhängige Stelle darge-

stellt hat. Geprüft wurde das Buch aber von der Kanzlei, die für Bertelsmann die Konstruktion der Stiftung betreut und diese auch entworfen hat. Die Kanzlei hat also einfach ein Gutachten über ihre eigene Arbeit erstellt. Dieses hat die Stiftung dann an verschiedene Redaktionen geschickt, um zu zeigen, vieles an dem Buch sei falsch und man solle besser nicht darüber berichten, weil Bertelsmann die Möglichkeit habe, dagegen zu klagen. Manche Redaktionen ließen sich dadurch nicht beeindrucken. Hin und wieder hat diese „Drohgebärde aus dem Hintergrund“ auch funktioniert. So sind zum Beispiel aus meiner Fassung eines Berichts, den ich für den *Spiegel* geschrieben habe, Teile wieder verschwunden. Ich rechne dem *Spiegel* hoch an, dass er meine Kritik an der Stiftung im Wesentlichen veröffentlicht hat. Aber auch der *Spiegel* gehört in Teilen Gruner & Jahr und damit zu Bertelsmann.

Bertelsmann möchte alles kontrollieren

Welches Interesse verfolgt Bertelsmann und was motiviert das Verhalten des Unternehmens gegenüber Journalisten? Meine These: Bertelsmann geht es nicht um jeden Preis darum, Kritik zu verhindern, denn das Verlagshaus will nicht als Gegner der Pressefreiheit dastehen. Bertelsmann will Kritisches nur dann verhindern, wenn die Einflussnahme nicht öffentlich wird. Bertelsmann möchte Informationen kontrollieren und dazu benötigt die Presseabteilung viele vertrauenswürdige Kontakte in den Medien. Das bedeutet: das Unternehmen möchte nicht überrascht werden von Kritik, sondern sich vorbereiten und Zeit haben, eine Strategie gegen die Kritik parat zu haben. Und will vorweg mit Journalisten und Chefredakteuren darüber telefonieren, um weitere Berichterstattung frühzeitig im Interesse des Unternehmens zu beeinflussen.

Kontrolle ist die Devise, die das Handeln leitet. So war es beim Erscheinen meiner beiden Bücher. Beide Male versuchte Bertelsmann, vor der Veröffentlichung über Journalisten, Verlage, Drucker und Buchhändler an das Manuskript zu kommen, obwohl mein Verlag eine Sperrfrist verhängt und nur ganz wenigen Journalisten ein Rezensionsexemplar geschickt hatte. Aber Bertelsmann ist der dominierende Buchverlag in Deutschland, der über viele Kontakte verfügt – auch zu Druckereien und Ver-

triebsfirmen, schließlich betreibt Bertelsmann selbst eine solche Verlagsauslieferung.

Ich hatte Angst, Bertelsmann würde juristisch gegen meine Bücher vorgehen, bevor sie erschienen waren. In den Tagen unmittelbar vor der Veröffentlichung sind Autor und Verlag verwundbar; das Buch ist gedruckt, Kosten sind entstanden – das Interesse der Öffentlichkeit ist unklar. Wenn ein Buch nicht ausgeliefert werden darf, sind Verlag und Autor geschädigt. Verlag und Autor wollten deshalb verhindern, dass Bertelsmann in den Besitz des Buches kommt.

Aber das Unternehmen ist offenbar zu mächtig. Als 2010 das Buch „Bertelsmannrepublik Deutschland“ erschien, veröffentlichte der Vorstandschef der Stiftung, Gunter Thielen, bereits am Erscheinungstag eine Replik, die auf der Website der Stiftung nachzulesen ist. Bertelsmann hatte sich das Buch besorgt und von Anwälten prüfen lassen. Ähnlich war es 2004 beim ersten Buch „Die Mohns“. Damals hatte Liz Mohn vor der Buchvorstellung bzw. vor dem Erstverkaufstag in Gütersloh Journalisten in ihr Privathaus eingeladen, um über mein Buch zu sprechen, das vor ihr auf dem Tisch lag. Sie sagte, das Buch wirke seriös, sei aber unfair. Die Journalisten sollten es ignorieren. Die Einladung in ihr Privathaus war jedoch ein Medienereignis und deshalb misslang ihr Versuch: die Lokalpresse nahm ihre Reaktion als Anlass, über das Buch zu berichten.

Das Buch, das nicht erscheinen durfte

Genau genommen erschienen 2004 zwei kritische Bücher über den Medienkonzern Bertelsmann und die Eigentümerfamilie Mohn. Neben „Die Mohns“ von mir erschien ein zweites Buch von Hersch Fischler und Frank Böckelmann. Daraufhin hat der 2009 verstorbene Bertelsmann-Eigentümer Reinhard Mohn den Wirtschaftsjournalisten Michael Jungblut (ehemals Wirtschaftschef von *Zeit* und *ZDF*) beauftragt, die Geschichte seines Medienunternehmens Bertelsmann zu schreiben. Mohn erhoffte sich eine freundliche Darstellung.

Das Buch „Dann machen Sie mal“ sollte nicht bei einem der Verlage von Bertelsmann, sondern beim Verlag Hoffmann & Campe erscheinen, damit das Buch unabhängig und glaubwürdig wirk-

te. Mohn stand Jungblut Rede und Antwort und machte Dokumente und Mitarbeiter zugänglich, sicherte sich aber das Recht, die Endfassung zu autorisieren. Als das 480 Seiten umfassende Skript fertig war, entschied Mohn sich gegen die Veröffentlichung. Das Buch war von Hoffmann & Campe bereits angekündigt, ist jedoch nie erschienen. Jungblut selbst sagt, er habe nie eine Begründung erhalten. Bei Bertelsmann werden hinter vorgehaltener Hand zwei Begründungen genannt. Die eine lautet, Jungblut habe Mohn und Bertelsmann nicht positiv genug beschrieben. Die andere: Jungblut habe die Verdienste der in Ungnade gefallenen Vorstandsvorsitzenden Mark Wössner und Thomas Middelhoff zu positiv geschildert. Jungblut fand sich damit ab, dass er gut bezahlt für den Papierkorb geschrieben hatte. Sich auf die Autorisierung durch Mohn eingelassen zu haben, empfand er im Nachhinein als Fehler.

Es kam auch vor, dass Kritik verhindert werden sollte. Der ehemalige Pressechef von Bertelsmann, Manfred Harnischfeger, wandte sich 1998 an die Intendanten von *ARD* und *ZDF*, um kritische Berichte über Bertelsmann im Dritten Reich zu verhindern. Er bat: „Wir wären Ihnen dankbar, wenn [...] Sie die notwendigen vorsorglichen Veranlassungen treffen.“

Der damalige *ZDF*-Intendant Dieter Stolte, der im Kuratorium der Bertelsmann-Stiftung und in der Jury des Carl-Bertelsmann-Preises saß, stoppte damals Recherchen von *3sat*. Stolte stritt die Einmischung ab; Mitarbeiter von *3sat* bestätigten sie jedoch.

Pressesprecher schreiben Zeitungsartikel selber

Die ideale Zusammenarbeit mit Journalisten sieht aus Bertelsmann-Perspektive so aus: Texte über die Geschichte von Bertelsmann werden von ihren Pressesprechern verfasst und manchmal von Journalisten in ihren Zeitungen als unabhängige Beiträge der Redaktion ausgewiesen. So geschah es, als Bertelsmann 2010 den 175. Geburtstag feierte und für eine Sonderbeilage der *Neuen Westfälischen* in Gütersloh nicht nur ein Grußwort des Vorstandsvorsitzenden lieferte und ein Interview mit Liz Mohn autorisieren ließ, sondern auch druckfertige Texte. Dass die Texte allesamt von PR-Mitarbeitern des Unternehmens geschrieben wurden, verschwieg die Zeitung ihren Lesern.

Verantwortlich für den Inhalt sei die Redaktion, hieß es im Impressum. Dabei hatte die Presseabteilung von Bertelsmann die selben Texte zeitgleich in einer PR-Broschüre über das Unternehmen veröffentlicht.

Fragen von Teilnehmern

Dass Sie als Spezialist ein Feindbild für Bertelsmann sind, verwundert ja nicht. Aber würden Sie das generalisieren, also sagen, dass jeder, der kritisch über Bertelsmann berichtet, unter Gefahr steht, beschädigt zu werden?

Nein, nicht jeder, der kritisch berichtet, wird beschädigt. Aber man sollte vorsichtig sein und Bertelsmann und der gleichnamigen Stiftung nicht alles glauben oder als Tatsache weitergeben. Das geschieht leider viel zu oft. Journalisten berichten unkritisch, weil sie vielleicht ihre Kontakte nicht verlieren wollen. Journalisten, die Bertelsmann kritisch hinterfragen, sind in Gefahr, dass sie in Bertelsmann-Medien nicht frei entscheiden können, wie kritisch sie darin über Bertelsmann berichten können.

Wo verläuft die Grenze? Ist alles, was mit Bertelsmann zu tun hat, verdächtig?

Natürlich ist nicht alles schlecht und falsch, was Bertelsmann behauptet. Sonst wären viele Kooperationen mit Bertelsmann gar nicht möglich. Aber es ist ein Irrtum, dass Medienunternehmen völlig unabhängig und unvoreingenommen über sich und die Konkurrenz berichten lassen. Und genau das – natürlich auch am Beispiel anderer Medienkonzerne – auszutesten, finde ich interessant. Wie kann so eine Geschichte – Widerstandsverlag im Dritten Reich – über Jahrzehnte weitergetragen werden, ohne dass das jemand kritisch hinterfragt, wo es doch viele Journalisten hätten besser wissen können?

Gibt es diese von Ihnen angesprochene Selbstzensur in anderen Häusern nicht auch?

Und natürlich gibt es Selbstzensur auch bei Springer und Burda, und das in viel größerem Ausmaß. Der Unterschied besteht darin, dass man bei Bertelsmann stets behauptet, Journalisten

könnten in den eigenen Publikationen völlig unabhängig über Bertelsmann berichten. Springer, Burda und andere Verlage dagegen behaupten nicht, dass sie kritisch über sich selbst berichten. Die Behauptung von Bertelsmann hält der Wirklichkeit nicht Stand: Die *Süddeutsche Zeitung* oder die *FAZ* beispielsweise können viel freier und kritischer über den Einfluss der Bertelsmann-Stiftung berichten als das Magazin *Stern* oder der Fernsehsender *ntv*, der nur Hofberichterstattung über Bertelsmann sendet.²

Haben Sie das Gefühl, dass das Buch etwas bewirkt hat?

Der Erfolg ist relativ. Es wäre illusorisch zu glauben, dass sich das Bild des Unternehmens in der Öffentlichkeit völlig geändert habe. Aber gemeinsam mit anderen Veröffentlichungen wurde das Bild korrigiert und Bertelsmann gezwungen, seine Legenden nicht mehr zu verbreiten. Erstaunt hat mich, dass neue Bertelsmann-Pressesprecher das Buch gelesen haben, um sich über ihren Arbeitgeber zu informieren. Ich hab auch von Leuten gehört, die das bei Bertelsmann auf ihrem Tisch stehen haben, um hin und wieder darin zu blättern. Aber jetzt zu glauben, dass das alles verändert hat, wäre übertrieben und falsch.

In Ihrer Auseinandersetzung mit dem Bertelsmann-Konzern standen Sie oft in der Rolle des David, der gegen Goliath zu kämpfen hat. Wie sind Sie damit umgegangen?

Man entwickelt natürlich einen gewissen Ehrgeiz. Aber ich nehme immer wieder Luft raus, indem ich andere Projekte mache.

Ihre Bücher sind – zum Glück – unzensuriert erschienen. Bertelsmann scheint Sie zu fürchten. Worin genau lag Ihr Scheitern?

Für mich bestand das Scheitern mit dem ersten Buch darin, dass alle Aufmerksamkeit auf der Geschichte von Reinhard Mohns vergessener erster Frau Magdalene und auf Liz Mohn lag. Und ich wollte eigentlich die Aufmerksamkeit auf die Stiftungskonstruktion lenken. Dass die Familie Mohn durch diese Konstruktion Geld, das eigentlich der Allgemeinheit zusteht, für ihre Vorlieben und Interessen verwenden darf. Ihre Einnahmen aus dem Gewinn des Unternehmens wandern steuerfrei in ihre Stiftung. In jedem Euro, den ein Unternehmer seiner Stiftung

² *Stern* und *ntv* gehören Bertelsmann.

zuführt, stecken 50 Cent, die er andernfalls hätte verteuern müssen. Ich wollte darauf hinweisen, dass es eigentümlich ist, dass der große Lobby-Einfluss bei bereits erwähnten Projekten wie der Hochschulreform und Hartz IV immer als Gemeinwohl dargestellt wird. Ich habe auch diese Stiftungsreform erwähnt. Dass Antje Vollmer gegenüber der *taz* zum ersten Mal über ihre Absichten gesprochen hat, war ja eigentlich ein Erfolg, der auf das Buch zurückging. Das Scheitern wiederum liegt darin, dass nach dem Interview nichts weiter passiert ist. Die Konsequenzen, die mir vorgeschwebt sind, traten weder nach dem ersten noch nach dem zweiten Buch ein. Entscheidende Punkte konnte ich zwar verdeutlichen, bewegt wurde aber nichts.

*„Ein Journalist muss grundsätzlich und allem gegenüber miss-
trauisch sein.“ Unterschreiben Sie diese Aussage?*

Grundsätzlich ja. Ich würde sagen, das ist eine gesunde Haltung. Das schließt ja auch ein, dass man sich selber von Zeit zu Zeit überprüft. Ich überlege natürlich schon hin und wieder: „Mensch, hast du dich da jetzt in eine Situation gestürzt, nur weil du unbedingt Recht haben willst? Oder musst du nicht versuchen, noch mehr zu erfahren? Ist alles abgedeckt von dem, was meine Quellen mir rechtlich sicher sagen? Komme ich damit der Wirklichkeit näher?“ Der Zweifel setzt schon deshalb früh ein, weil Bertelsmann ohnehin viel PR macht. Sie biegen die Wirklichkeit etwas zurecht und ich gucke immer nach Legenden, die darin auftauchen. Natürlich muss ich mich da auch selbst hinterfragen. Die günstigste Vorgehensweise ist meiner Meinung nach die, sich selber Fragen zu stellen und die eigenen Thesen zur Not auch kaputt zu recherchieren. Und wenn man dazu alleine nicht in der Lage ist, sollte man eine zweite Person mit einbeziehen. Das kann der Lektor, der Redakteur oder ein Anwalt sein.

Muss man sich als Journalist nicht erst in einer gewissen Position befinden, um sich dieser Medienmacht nicht so stark beugen zu müssen?

Beim ersten Buch haben die Pressesprecher mich belächelt. Beim zweiten Buch haben sie geantwortet, ohne auf meine Fragen einzugehen. Als mich dann der *Spiegel* als Autor beauftragte, war das ein leichter Schock für die Bertelsmann-Leute. Bestimmte Fragen, die ich vorher schon formuliert habe – ohne,

dass ich Antworten erhielt –, habe ich dann aus dieser Position mit Briefkopf und Co-Autor des *Spiegel* noch einmal formuliert. Und dann haben sie plötzlich geantwortet. Aber mit einem großen Namen hat ja niemand begonnen, im Zweifelsfall ist die Zeit die wichtigere Komponente. Kleine Projekte zu Ende bringen, das ist wichtig. Man muss auch akzeptieren, dass es bei größeren Recherchen immer irgendwann einen Tunnel geben wird. Wenn man dann weiter dranbleibt, wird man auch wieder ans Licht kommen.

Die wichtigsten Tipps auf einen Blick

Sich nicht abschrecken lassen. Geduld und Beharrlichkeit sind neben der Unabhängigkeit wichtige Eigenschaften, um Recherchen zum Erfolg zu führen. Unermüdlich nach Informationen, nach Außenseitern aus Familie und Unternehmen und ehemaligen Insidern suchen und mit vielen Leuten reden, um Hinweise auf solche Leute und auf mögliche Aufzeichnungen zu erhalten.

Genau arbeiten. Habe ich die Fakten geprüft und die Gegenseite gehört? Befriedigt der Text nicht nur formale Unabhängigkeit und faktische Richtigkeit, sondern sind der Kern und die Details belegt und relevant? Hat ein Redakteur oder ein Lektor den Inhalt meines Textes auf Verständlichkeit geprüft? Hat ein Mitarbeiter der Dokumentation oder ein Anwalt die Fakten und die erhobenen Vorwürfe in den Tatsachenbehauptungen geprüft? Ist meine Meinung als Meinung zu erkennen?

Quellen prüfen. Sind unbewiesene Behauptungen (meiner Quellen) als solche zu erkennen? Werden die Grenzen der Recherche und meiner Thesen deutlich? Sind meine Quellen transparent und sind Vorwürfe mit einer Quelle namentlich belegt – und wenn möglich, mit mehr als einer Quelle? Verfügen meine Quellen über Kompetenz und über Wissen aus erster Hand? Habe ich wichtige Vorwürfe mehrfach mit meinen wichtigen Quellen besprochen und ihre Aussagen schriftlich dokumentiert? Habe ich ihnen die Formulierung wichtiger Zitate in der Endfassung des Textes vorgelesen, damit sie nicht falsch zitiert sind und ihre Aussagen nicht aus dem Zusammenhang gerissen sind?

Vorwürfe gerichtsfest machen. Kann ich meine Recherche und meine Vorwürfe vor Gericht belegen? Kommt die Gegenseite zu

Wort? Man sollte vor der Veröffentlichung einen Moment innehalten und die eigenen Vorwürfe Punkt für Punkt aus Sicht der Betroffenen prüfen: Welche Behauptungen kann die Gegenseite in Frage stellen? Welche Belege kann ich für meine Behauptungen und Vorwürfe anführen? Stehen Schwere der Vorwürfe, Inhalt und Sprache in einem angemessenen Verhältnis? Und schließlich noch einmal: Sind alle Zahlen und Namen geprüft? Wir sollten uns eingestehen, dass es DIE Wahrheit oft nicht gibt, sondern meist nur eine Annäherung. Bei einzelnen Fakten (Wetterlage zu einer bestimmten Uhrzeit) ist es einfach; bei komplizierteren Sachverhalten und Rekonstruktionen muss man die Darstellungen und Interpretationen von mehreren Betroffenen und Beteiligten berücksichtigen. Zeugen erinnern sich meist sehr unterschiedlich und fehlerhaft an ein Ereignis.

Scheitern akzeptieren. Wir sollten uns Fehler eingestehen und sie berichtigen. Unerledigtes sollten wir im Archiv ablegen – und später hervorholen, um neue Versuche zu wagen. Neue Ideen angehen, um nicht im Tunnel stecken zu bleiben.

Eine Haftpflichtversicherung für Autoren bringt Gelassenheit. Die Kosten belaufen sich auf ca. 200 bis 250 Euro im Jahr. Ich musste meine Haftpflichtversicherung bislang nie einsetzen; sie hilft mir aber, mich in schwierigen Situationen nicht verrückt machen zu lassen – und gewährt eine gewisse Sicherheit für die Arbeit als freier Journalist. Ich bin nicht auf die Rechtsabteilung eines Verlages angewiesen, wenn ich eine Unterlassungserklärung nicht unterschreiben will.

Volles Risiko

Recherchen in radikalen Szenen

Dokumentiert von *Katrin Antonia Rössler*

Körperliche Gewalt, Drohungen, Einschüchterungen – Journalisten, die in radikalen Szenen recherchieren, gehen ein hohes Risiko ein. Wie können sie ihre Arbeit über Jahre hinweg aufrechterhalten? Und was sind die größten Hindernisse? Die Journalisten Andrea Röpke, Andreas Speit und Ahmet Senyurt berichten aus ihrem Berufsalltag.

WORKSHOPS

- **Andrea Röpke**, Freie Autorin
- **Andreas Speit**, *taz*
- **Ahmet Senyurt**, Freier Autor

Moderation:

Kuno Haberbusch, *NDR*

ANDREA RÖPKE / ANDREAS SPEIT

RECHERCHEN IN DER RECHTSEXTREMEN SZENE

Öffentlich auftreten

Die freie Autorin Andrea Röpke recherchiert im Milieu der Alt- und Neonazis. In den 90er Jahren betrieb Röpke ihre Recherchen verdeckt. Unter anderem nahm sie unter falscher Identität gemeinsam mit einem Fotografen des Magazins *Stern* eine Woche lang an einem SS-Treffen in Österreich teil. Als Ehepaar getarnt gelang es ihnen, eine zehnmündige „Audienz“ bei der Tochter Heinrich Himmlers zu erhalten. Für dieses Gespräch habe sie monatelang „gegraben“, so Röpke. Im Rahmen einer anderen verdeckten Recherche traf sie Florentine Rost van Tonningen – die Frau, die anlässlich des 100. Geburtstags von Adolf Hitler europaweit eine Feier in der Neonazi-Szene organisierte.

Nach mehreren Publikationen wurde Röpke diese Arbeitsweise zu gefährlich. Für sie war nicht mehr klar, wer sie wieder

erkennen würde und wann es gefährlich werden könnte. Sie entschied sich ganz bewusst dafür, fortan unter richtigem Namen aufzutreten. „Es war für mich ein ganz klarer Schritt“, sagt Röpke. Als die Situation sich immer wieder zuspitzte, brauchte sie die Öffentlichkeit. Denn sobald die Rechtsextremen einen Journalisten angreifen, reagieren die Medien meistens. „Es gibt eine gewisse Solidarität unter Kollegen“. Sie glaubt, dass ihr öffentliches Auftreten in gewisser Weise ein Schutz ist.

Zur Folge hat ein solch öffentliches Arbeiten, dass bestimmte Recherchen für Röpke nicht mehr möglich sind. „Dort, wo andere Journalisten recherchieren können, kann ich diese Informationen nicht bekommen“, so Röpke. Denn in die innersten Kreise der Rechtsextremen vorzudringen, gelingt ihr unter richtigem Namen nicht mehr. Ein weiterer Preis, den Röpke für Recherchen unter richtigem Namen zahlt, sind Repressalien. Unter anderem wurde ihr Wohnsitz von Mitgliedern der rechten Szene gefilmt und bei YouTube veröffentlicht. In Brandenburg wurde sie gemeinsam mit einem Kollegen in einem Supermarkt angegriffen und beim Autofahren wurden sie schon öfter verfolgt. Trotzdem hält Röpke den Schritt, ihre Undercover-Recherchen beendet zu haben, für richtig.

Lange Stille, dann kommt der Sturm auf die Experten

Um zum Experten für die rechtsextreme Szene zu werden, müssen Themen über Jahre hinweg kontinuierlich recherchiert sowie informelle Netzwerke aufgebaut und gepflegt werden. Dabei werden nicht nur Riesenskandale aufgedeckt, sondern auch kleinere Geschichten. Für diese Abnehmer zu finden, gestaltet sich oft schwierig. Zu Zeiten von Neonazi-Demonstrationen, zu Wahlen und zu Attentaten – wie dem des rechtsradikalen Norwegers Anders Breivik in Oslo – stünden die Telefone dann aber nicht still.

Erschwert wird die Arbeit dadurch, dass sowohl Röpke als auch ihr Kollege Andreas Speit als Experten ständig einen Spagat schaffen müssen. Auf der einen Seite stehen dabei die Zeitungen und Sender, auf der anderen Seite die Netzwerke der beiden Journalisten. Denn um Themen langfristig beobachten und aufdecken zu können, arbeiten sie kontinuierlich mit einem Kreis von Lokaljournalisten, Gewerkschaftern, Antifaschisten

und engagierten Bürgern vor Ort zusammen. Bei Medienanfragen müssen sie dieses Netzwerk aktivieren – oft unter großem Zeitdruck. Das Problem für Andrea Röpke dabei: Viele der Kontakte arbeiten ehrenamtlich mit den Journalisten zusammen. „Wir können ihnen nicht sagen: Das ist jetzt exklusiv für die und die Zeitung. Das muss jetzt schnell gehen. Das interessiert sie nicht. Aber das kann man natürlich den Kollegen der Zeitungen oder der Fernsehformate nicht erklären“.

„Rechtsextremismus ist ein Abschalter“

Röpke wurde von den Redaktionen immer wieder vermittelt, dass „Rechtsextremismus ein Abschalter, ein Quotenkiller“ sei. Traditionell würden rechte Themen gern in Zeiträumen wie November oder April eingekauft, die Lücken dazwischen gelte es für freie Autoren dann zu überbrücken. Um jedoch Informantennetzwerke langfristig erhalten zu können, sei es wichtig, immer wieder Interesse an Themen zu zeigen, dran zu bleiben und auch über positive Entwicklungen zu berichten. Den Recherche-Netzwerken als auch den Redaktionen gleichzeitig gerecht zu werden, ist somit eine der Kern-Herausforderungen von Röpke und Speit.

Seitdem die NPD 2004 nach mehr als 30 Jahren den ersten Einzug in ein Landesparlament schaffte, habe sich das Interesse der Redaktionen am Rechtsextremismus jedoch deutlich vergrößert, beschreibt Andreas Speit die Situation. Zum Beispiel forderten *ARD*-Sender wie der *BR* oder der *NDR* Experten im Vorfeld von Wahlen als „Coaches“ für ihre Redaktionen an. „Auch die *taz-Nord* hat sich [...] aus dieser Skandal- und Alarmismuslogik befreit“, sagt Speit. Seit mehr als fünf Jahren schreibt er für die Zeitung eine wöchentliche Kolumne über rechtsextreme Themen, um auch dann zu berichten, wenn es sonst keiner tut. „Das ärgert die Neonazis [...] und sie merken auch, sie diktieren nicht mehr das Thema, sondern wir bestimmen, wann wir berichten, egal zu welchen Themenaspekten – von rechter Esoterik bis zu militanten Straßenschlägern“.

Recherche-Pleiten

Als ihre größte Pleite bezeichnet Andrea Röpke die Recherche zur Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Gruppe, die von Karl-Heinz

Hoffmann aus der Nähe von Nürnberg gesteuert wurde, sei bis zu ihrem Verbot im Jahr 1980 eine äußerst militante Truppe gewesen. Das Oktoberfestattentat von 1980 sei aus dem Umfeld der Gruppe begangen worden und der engste Gefolgsmann von Karl-Heinz Hoffmann habe einen Doppelmord in Erlangen begangen.

Andrea Röpke recherchierte drei Jahre lang zu den Aktivitäten von Hoffmann nach seiner Haftentlassung 1989. Hoffmann selbst habe aus dem Gefängnis heraus 12 Firmen gegründet und mehr als ein Dutzend Häuser in Thüringen gekauft. Einer seiner engsten Geschäftspartner sei zum Beispiel der ehemalige Büroleiter des bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß gewesen. Zwischen Geschäftspartnern von Hoffmann, Neonazis, ehemaligen Söldnern, Geheimdiensten und Wafenhändlern habe es scheinbar Verflechtungen gegeben. Trotz der vielen Dubiositäten, auf die Röpke stieß, stand am Ende ihrer dreijährigen Recherche lediglich eine kleine Geschichte für eine antifaschistische Zeitung. Keine andere Zeitung habe das Thema veröffentlichen wollen. „Von einem neonazistischen Wirtschaftsnetzwerk mit ganz viel Geld, vielleicht in Richtung Söldneragentur [...] wollten die Redaktionen so nichts wissen. Ich konnte sie allerdings auch nicht vernünftig bedienen, weil viele Fragen offen blieben.“ Immer wieder bekam sie anonyme Warnungen. „Bei dieser Recherche habe ich meine Grenzen gespürt“, sagt Röpke.

Klagen und Rechtshilfe

Strategie der Rechtsextremen ist es nach Ansicht Speits, gegen Journalisten zu klagen, um ihnen so die Unterstützung der Redaktionen zu entziehen. Röpke berichtet, dass sie als Journalistin bei Rechtsstreitigkeiten Unterstützung jedoch auch von außerhalb der Redaktionen erhalten habe: von Seiten der Gewerkschaften und durch ehrenamtliches Engagement von Anwälten, die sich gegen das Netzwerk von etwa 100 rechtsorientierten Anwälten stellen möchten. Trotzdem können Klagen von Neonazis für freie Autoren existentiell bedrohlich sein. Röpke empfiehlt daher: „Zur Sicherheit immer die Kamera laufen lassen oder anders aufzeichnen.“

Auf welcher Seite steht die Polizei?

Steine in den Weg gelegt bekommen Autoren wie Röpke und Speit nicht nur von Seiten der Rechtsextremen. Röpke berichtet, von der Polizei bei ihren Recherchen häufig eingeschränkt und mit absurden Aussagen konfrontiert worden zu sein: „Wären Sie zu Hause geblieben, hätten wir auch keinen Ärger. Warum können Sie nicht auf dem Sofa sitzen und sich wie andere Frauen [...] um den Haushalt kümmern?“ Auch Unterstellungen durch die Polizei seien vorgekommen. So wurde Andrea Röpke einmal unterstellt, sie habe sich durch einen Einbruch illegalen Zugang zu Akten verschafft.

Allgemein sind Neonazis als dumm und schlecht gebildet verschrien. Während ihrer Recherchen haben Röpke und Speit jedoch festgestellt, dass das nur auf einen kleinen Teil der rechten Szene zutrifft. Mitglieder der unlängst verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) seien beispielsweise häufig Akademiker oder mittelständische Unternehmer. Ihre Kinder gingen zu 80 Prozent auf Gymnasien. In der gesamten Szene seien eher Menschen vertreten, die sich sehr bewusst entschieden hätten – nämlich „gegen den Gedanken, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben“, so Speit. Als ein weiteres Beispiel dafür, dass Mitglieder der rechten Szene intellektuell oft unterschätzt werden, nennt er den mittlerweile verstorbenen Anwalt Jürgen Rieger. Dieser sei hauptsächlich als irrer, axtschwingender Neonazi-Anwalt wahrgenommen worden, habe aber tatsächlich viele theoretische Schriften verfasst.

Der eigene Antrieb

Röpke zieht die Motivation und Kraft für ihre intensiven und gefährlichen Recherchen aus Buchprojekten und aus präventiven Projekten vor allem mit Jugendlichen. An vielen Orten, auch in Schulen, halten sie und ihr Kollege Speit Vorträge. Darüber finanzieren sie sich einen Großteil ihres Unterhalts.

AHMET SENYURT RECHERCHEN IN DER ISLAMISTISCHEN SZENE

„PC – Political Correctness – war angesagt“

Ahmet Senyurt ist seit 1990 Journalist. 1996 beschloss er, sich auf Integrationsthemen zu konzentrieren. Nach einiger Zeit wurde Islamismus sein Kernthema. Doch erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001 seien seine Beiträge in den Redaktionen auf reges Interesse gestoßen. Zuvor habe es geheißen: „Wir können solche Themen nicht machen, weil wir damit die Ausländerfeindlichkeit bei der Mehrheit [...] unterstützen. PC war angesagt“, sagt Senyurt. 2000 sei er kurz davor gewesen aufzugeben, aber seit 2001 werde der Islamismus in Deutschland offener diskutiert. Das hält Senyurt für sehr wichtig. „Es ist ein gesellschaftlich-politisches Phänomen und es ist sehr wichtig [...], seriös darauf zu gucken – nicht mit der Kuschelpädagogik.“

Recherche-Hindernisse: Der Fall Arid Uka

Der Kosovar Arid Uka erschießt am 2. März 2011 zwei US-Soldaten am Flughafen in Frankfurt am Main. Die Pistole setzt Uka dabei direkt an die Köpfe der Opfer an. Senyurt verweist darauf, dass Boris Rhein, der hessische Innenminister, Uka als einen Fall von „Spontanradikalisierung im Internet“ bezeichnet habe. Kurze Zeit später, Mitte März 2011, erhält Senyurt einen Ausdruck der Polizeiakte von Uka. Neben Personenangaben sind in dem Dokument auch Reisetätigkeiten Ukas seit 2009 dokumentiert. Danach ist Uka seit 2009 in verschiedenen Ländern in Europa und im Nahen Osten gereist. Senyurt betont, dass diese auffällig hohe Reisefrequenz im Kontrast zur Version der Behörden stehe – nämlich der, dass Uka ein Einzeltäter ist und vor seinem Amoklauf unauffällig war. Bei Facebook war Uka unter dem Namen „Abu Reyyan“ registriert. Über dieses Profil pflegte er fast ausschließlich Kontakt zu Salafisten, wie Senyurt berichtet. „Salafisten sind ultraorthodoxe Muslime, die eine Gegenkultur darstellen [...], wie auch Neonazis es tun“. Uka habe also Kontakt zu Radikalen gehabt, unter anderem zu Personen, gegen die Ermittlungsverfahren liefen. An einer Polizeihochschule NRW habe eine Mitarbeiterin des Bundesamts für Verfassungsschutz einen Vortrag zur

Rolle von Facebook bei der Vorermittlung gehalten. Als Beispiel wurde Arid Uka verwendet. Die Behörden hätten also von Ukas Facebook-Aktivitäten und seinen Kontakten gewusst. In dem Bericht festgehalten und markiert: Ukas Kontakte zu radikalen Islamisten. Senyurt recherchierte auch mithilfe des Ausländerzentralregisters. Auf diesem Weg erfuhr er, dass Uka verschiedene Pässe und dazu noch ein deutsches Ersatzpapiere besaß. Senyurt fand auch heraus, dass Uka im Jahr 2009 ca. 200 Stunden in der Schule gefehlt hatte. Das Landesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und auch der Generalbundesanwalt weigerten sich, mit Senyurt zu sprechen – wie er berichtet. Die Begründung: Er verfüge über illegal beschaffte Unterlagen. Nach der achten Anfrage bekam Senyurt schließlich doch Auskunft von der Generalbundesanwaltschaft und einer Landesbehörde für Verfassungsschutz. Senyurt berichtet: Man versicherte ihm, dass alle Papiere über die er verfüge, Fälschungen seien. Nachdem Senyurt auf die in den Unterlagen vorhandenen BKA-Nummern verwies, wurde ihm dann erklärt, die Papiere seien zwar keine Fälschungen, bezögen sich aber nicht auf Uka, sondern auf die Reisetätigkeiten aller Mitbewohner des Hauses, in dem Uka lebte.

Auf die Frage, welches Interesse die Behörden haben, an der These des im Internet spontan radikalisierten Einzeltäters festzuhalten, antwortet Senyurt: „Die These [...] kann bei Verfahren dazu führen, dass z.B. keine Strukturermittlungen mehr durchgeführt werden, was dann den Vorteil hat, dass man unter Umständen bei den Ermittlungen nicht mehr auf polizeiliche Spione stößt.“ Senyurt nennt als Beispiele, dass Mitglieder terroristischer Gruppierungen Kontakte zum Geheimdienst hatten oder gar selbst Mitarbeiter zum Beispiel im baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz waren. Für Senyurt ist klar: „Die These des spontan radikalisierten Einzeltäters kann prozessual und auch medial in eine ganz andere Richtung führen.“¹

1 Das Oberlandesgericht Frankfurt schloss sich der Einschätzung der Bundesanwaltschaft an, dass Arid Uka als Einzeltäter gehandelt habe und verurteilte ihn am 10.02.2012 zu lebenslanger Haft.

Hemmschwellen

Dürfen wir über alles berichten?

Dokumentiert von Matti Hesse

Dürfen wir über alles berichten? Was tun, wenn bei der Recherche Zweifel auftauchen: Ob eine Veröffentlichung Grenzen überschreitet? Rechtfertigt das Informationsinteresse, dass alles gesendet wird und der Zuschauer sich selbst ein Urteil

WORKSHOP

- **Christiane Giesen**, *Deutschlandradio*
- **Gert Monheim**, ehem. *WDR*-Redakteur
- **Ingolf Gritschneder**, *WDR*
- **Wolfgang Minder**, *WDR*

Moderation:

Gottlob Schober, *SWR*

bildet? Oder gibt es Fälle, in denen die eigene Hemmschwelle nicht übertreten werden sollte? Etwa, wenn der Beitrag bestimmten Menschen und Ideologien ein Forum bietet. Oder eine Veröffentlichung dem Protagonisten schaden würde. Sind wir Journalisten auch für die Auswirkungen unserer Arbeit verantwortlich? Dieses Thema wurde anhand

von drei Beispielen in dem Workshop „Hemmschwellen – Dürfen wir über alles berichten“ diskutiert.

CHRISTIANE GIESEN / GERT MONHEIM JUGENDLICHE INTENSIVTÄTER

Dieser Film hätte wohl für Aufregung gesorgt: „200 Straftaten mit 16! Berlins kriminellster Ausländer kostet den Staat 100.000 Euro!“. So oder so ähnlich hätte die Schlagzeile lauten können. Aber nach langer Recherche wurde der Film aufgegeben. Christiane Giesen und Gert Monheim waren Co-Autoren in einem Projekt, bei dem sie sich mit jugendlichen Intensivtätern beschäftigt haben. 2005 hatte in Berlin ein 16-Jähriger seinen siebenjährigen Nachbarsohn nach eigenen Angaben aus Frust umgebracht. „Das war so die erste große Geschichte über die unglaubliche Brutalität von Jugendlichen“, erzählt Christiane

Giesen. Die Autoren wollten herausfinden, warum solche Jugendlichen so brutal sind und wie ihnen geholfen werden kann. Am Anfang der Recherche nahmen sie Kontakt zu Forschern der Freien Universität Berlin auf, die eine Bewährungsmaßnahme für solche jugendlichen Intensivtäter entwickelt hatten. Das Projekt unter dem Titel „Denkzeit“ will solchen Jugendlichen helfen, in einem kognitiven Einzeltraining mit einem Therapeuten ihre gewohnten Verhaltensweisen zu durchdenken. Damit sie bei der nächsten Provokationen nicht wieder sofort mit Gewalt reagieren.

Die beiden Autoren wollten mit der Kamera die Bewährungsmaßnahme „Denkzeit“ am Beispiel von mehreren der betreuten Jugendlichen begleiten und sowohl Erfolge als auch Misserfolge dokumentieren. Der Film war als Langzeitstudie geplant und wollte herausfinden, ob diese besondere Bewährungshilfe der „Denkzeit“ der herkömmlichen überlegen sei.

Nach langwierigen Verhandlungen durften Giesen und Monheim schließlich zwei Jugendliche bei den Sitzungen filmen. Die beiden Protagonisten hatten schon zahlreiche Delikte wie Körperverletzungen und Raubüberfälle begangen. Vor allem einer der beiden Jugendlichen scheute sich nicht – selbst vor laufender Kamera – drastische Äußerungen von sich zu geben: „Ich bin ein Mensch, der wird schnell aggressiv, egal bei was. Da gibt es so einen Knopf bei mir und dann geh ich hoch.“

Als Gert Monheim zum ersten Mal das gesamte Material sah, war er schockiert. „Es gab so schlimme Aussagen, dass mir fast schlecht geworden ist. Das war Material, was wir uns wirklich nicht getraut haben, in dieser Form zu senden.“ Gemeinsam entschieden die Autoren, die Dreharbeiten abzubrechen.

Die Gründe für das Scheitern

Bereits nach wenigen Wochen fiel einer der jugendlichen Protagonisten aus, weil er einen weiteren schweren Raub begangen hatte und in Untersuchungshaft saß. Aber warum hat hier nicht ein Einzelfall für den Film gereicht? Die individuelle Geschichte sei so extrem, auch so wenig überprüfbar gewesen, dass sie alleine nicht ausgereicht hätte, das wichtige Thema exemplarisch abzubilden.

Die beiden Autoren sind sich sicher, dass viele Redaktionen die Geschichte trotzdem gesendet hätten – denn brisant und spektakulär waren die Aufnahmen über das Leben eines so jungen Intensivtäters allemal.

Aber dann kam ein weiterer Tatbestand hinzu, der für sie wirklich das Aus bedeutet hat: Der Jugendliche erzählte vor laufender Kamera von mehr als zweihundert begangenen Straftaten und vom Ehrenmord an seiner Schwester – „das war einfach nicht zu überprüfen“ so Gert Monheim. „Das heißt, er belastet sich oder andere schwer und wir konnten einfach nicht feststellen, ob das alles stimmte.“

Verantwortung gegenüber Voyeurismus

Gleich mehrere Hemmschwellen führten dann nach ca. einem Jahre Arbeit an dem Projekt zum Aus. Die Horrorvorstellung der Autoren war, dass der Film nicht zur Differenzierung beigetragen, sondern Vorurteile gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund verstärkt hätte. „Die ganze Selbstdarstellung des Jugendlichen war so vorurteilsverstärkend, dass wir Angst hatten, so eine Art NPD-Propagandafilm zu machen.“ sagt Christiane Giesen. Hinzu kam, dass der Film dem Protagonisten wahrscheinlich geschadet hätte, unter anderem mit möglichen juristischen Folgen. Es ging letztendlich auch um die Abwägung Verantwortung gegenüber Voyeurismus.

Das Problem des Einzelfalls

Der verbliebene Jugendliche war seit seinem vierten Lebensjahr fast kontinuierlich in staatlicher Betreuung. „Also eigentlich hatte der Staat aus unserer Sicht alles getan, was er kann, um diesem Jugendlichen zu helfen. Das Problem war das Endergebnis“, sagt Christiane Giesen.

Bei den Recherchen fiel ihnen vor allem auf, dass es zwischen den verschiedenen Betreuern keine Kommunikation gab. Es hätte durchaus ein Film über die mangelnde Koordinierung der Hilfsmaßnahmen im Falle jugendlicher Intensivtäter entstehen können, aber auch hier ergab sich eine Hemmschwelle. Sie hatten große Bedenken, den Sozialstaat mit all den Hilfsmaßnah-

men, die er zur Verfügung stellt und die sehr viel Geld kosten, aufgrund eines einzigen Falles so anzuprangern.

Die beiden Autoren sehen allerdings seit diesen Erfahrungen diese – für sie bis dahin unbekannte – Welt mit anderen Augen: „Ich rede seitdem auf jeden Fall von einer Parallelwelt, ich war ja diejenige, die da in der Wohnung des Jugendlichen ein- und ausgegangen ist. Ich hab da so viel erlebt, was ich mir vorher nie habe vorstellen können. Das hat uns ja auch sehr neugierig gemacht, das hat uns erstaunt, das hat uns weitergetrieben und vielleicht zu spät zu der Frage gebracht: Was hat das für eine Wirkung, wenn wir das veröffentlichen?“, stellt Christiane Giesen im Nachhinein fest. Gert Monheim betont, dass die Dokumentation höchstwahrscheinlich gelaufen wäre, wenn sie die Möglichkeit gehabt hätten, mehr als den einen Fall zu dokumentieren. Aber es klappte im Rahmen des Projekts „Denkzeit“ innerhalb des Jahres nicht, noch zwei weitere jugendliche Intensivtäter zu finden, die zu Aufnahmen bereit waren.

Übertragbarkeit auf die tägliche Praxis

Welche Schlüsse lassen sich aus dem Scheitern ziehen? Das Projekt über die jugendlichen Intensivtäter war langfristig angelegt. Wie aber handelt ein Autor, der im tagesaktuellen Alltag deutlich mehr unter Druck steht? Der etwa einen Beitrag für den nächsten Tag über ein vergleichbares Thema machen soll? „Ich lese da so viel Schreckliches, insbesondere was das Ausschlachten von menschlichem Leid angeht, dass ich eigentlich meine, manche Berichte sollten wir lieber nicht machen. Das meine ich auch bei der aktuellen Berichterstattung. Wenn ich sehe, was die *Bild-Zeitung* oder andere raus pusten, das halte ich teilweise für existenzgefährdend nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für unser Gemeinwesen. Deswegen würde ich mir manchmal wünschen, es würde weniger als mehr gemacht. Und weniger wäre auch mehr, wenn es dafür etwas gründlicher und grundsätzlicher gemacht werden würde“, so Gert Monheim.

In den vorgestellten Beispielen des Workshops handelt es sich nicht zufällig um Fernsehbeiträge. In der Zeitung hätte der wirklich spannende Fall etwa anonymisiert dargestellt werden können. Mit dem Bild steige auch die Verantwortung, findet Christiane Giesen.

Komplett gescheitert ist das Projekt aber nicht. Immerhin konnte Christiane Giesen nach der Recherche im *Deutschlandradio Kultur* noch eine Sendereihe planen. Mit dem Material produzierte Christiane Giesen kurze Hörfunkbeiträge, ohne den Namen des jugendlichen Intensivtäters zu nennen. Im Anschluss an diese Kurzbeiträge gab es Interviews, so dass Themen wie Ehre, Perspektivlosigkeit oder Aggressionen differenziert und problematisiert werden konnten – vom Einzelfall zum Ganzen. In dieser Präsentationsform, in der der Jugendliche anonym geblieben sei, habe sie die Geschichte über den jugendlichen Intensivtäter vertreten können.

WOLFGANG MINDER

RECHERCHE AM RECHTEN RAND

Im Frühjahr 2009 veröffentlichte das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen eine sehr umstrittene Studie: Danach seien knapp 15 Prozent aller Jugendlichen sehr ausländerfeindlich. Weiter heißt es in der Studie, dass knapp fünf Prozent der Jugendlichen bundesweit zu einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft gehören.

Das Interesse von Wolfgang Minder war geweckt. Ist da etwas dran? Er beschloss, eine Recherche zu starten. Zunächst sollte daraus eine Dokumentation für die *WDR-Reihe Menschen Hautnah* entstehen. Ihm und der Redaktion ging es darum, ob man bei einem Teil der Jugendlichen tatsächlich ausländerfeindliche oder möglicherweise sogar verdeckt rechtsextreme Tendenzen aufspüren könnte. Er wollte versuchen, an Jugendliche heranzukommen, die nicht offen rechtsextrem sind, sondern sich in einer Grauzone bewegen.

Wolfgang Minder entschied sich bewusst, nicht in Ostdeutschland zu recherchieren, wo man immer hingucke. Er konzentrierte sich stattdessen auf Nordrhein-Westfalen und suchte über drei Monate lang in Betreuungseinrichtungen nach entsprechenden Jugendlichen. Dort wurde ihm bestätigt, dass es viele Jugendliche gibt, die einen rechtsextremen Hintergrund hatten, also etwa mit Leuten aus solchen Gruppierungen befreundet waren. „Es war das Ziel, junge Leute quasi in einer Nahaufnahme dazu zu kriegen, über ihre Mentalitäten Auskunft zu geben, vielleicht

auch an ihren Erlebnisswelten teilhaben zu können. Zu gucken, auf welche Musikkonzerte gehen die denn? Welche Stimmung ist denn da?“ Wolfgang Minder recherchierte in den sozialen Netzwerken. Und tatsächlich gelang es ihm, konkrete Kontakte zu knüpfen. Mit zwei Jugendlichen konnte er Probeaufnahmen machen.

Der lange Leidensweg

Die Redaktion zweifelte am Projekt: „Dann tauchte etwas auf, was ich am Anfang unterschätzt hatte: Geben wir solchen rechtsgerichteten jungen Leuten durch einen solchen Bericht nicht ein Forum? Machen wir die dann nicht viel zu wichtig und schaffen wir denen nicht überhaupt erst eine Plattform, obwohl wir das doch eigentlich gar nicht wollen“, erzählt Wolfgang Minder. Letztlich entschied sich die Redaktion gegen den Film. Ein erstes Scheitern, doch Wolfgang Minder wollte nicht aufgeben. Für ihn stand fest: das Thema ist wichtig und man kann nicht einfach ignorieren, dass es diese jungen Leute am rechten Rand gibt.

Die Suche nach einer neuen Redaktion begann. Zunächst waren verschiedene interessiert, kauften das Thema aber doch nicht. Das Problem hätte man als Autor häufig, so Wolfgang Minder. Das Thema ist spannend und es gibt die Idee für die Umsetzung, aber dann passt das Format nicht. Als Beispiel nennt er die Bedenken der WDR-Redaktion *die Story*. Ihr war das geplante Konzept „zu hautnah“.

Auch der Autor selber hatte seine Probleme, z.B. war ihm nicht so klar, wo die Bösen in diesem Film sein sollten. Und es gab keine klaren Opfer. Etwas über Jugendmentalitäten erzählen zu wollen, ließ sich so schlecht verkaufen. Nach einer langen Suche wurde Wolfgang Minder doch noch fündig. Er scheiterte also nicht komplett. „Ich hatte eigentlich schon nicht mehr geglaubt, dass das Thema eine Chance haben würde“, gesteht er. Die *Hier und Heute*-Redaktion des WDR Fernsehens ließ sich überzeugen.

Dann fing die Arbeit von vorne an. Die alten Kontakte gab es nicht mehr. Es gestaltete sich äußerst schwierig, junge Leute zu finden, die sich in diesem Randbereich nahe der rechten Szene

aufhalten. Schließlich fand er doch noch Protagonisten aus der Gruppierung „Nationale Sozialisten Wuppertal“.

Die Hemmschwelle überwunden

Für Wolfgang Minder gab es zunächst die Hemmschwelle, junge Menschen zu zeigen, die sich offen zu ihrer Ideologie äußern. Hier galt es abzuwägen. Für ihn war es wichtig, dass die Gruppe aktiv – etwa bei Demonstrationen – war und damit von sich aus in die Öffentlichkeit ging. So stand das Informationsinteresse im Vordergrund und er musste sich nicht Vorwürfe machen, dass einzelne Protagonisten nur durch seinen Bericht mögliche Nachteile erlitten.

Das sollte aber nicht in allen Fällen gutgehen. Bei einem Dreh in einer Wohnung mit der Gruppe war, im Gegensatz zu vorherigen Absprachen, dass nur Volljährige offen vor die Kamera treten sollten, auch eine 16-Jährige dabei. Wolfgang Minder musste von seiner Prämisse abrücken, alle Protagonisten offen zu zeigen, um niemanden im vorhinein zu kriminalisieren, und machte die Minderjährige unkenntlich. „Ich fand andererseits das Unbedarfte und diese Normalität der 16-jährigen schon zeigenswert. Sie spricht darüber, wie sie in diese Kreise gekommen ist. So, als ob sie zum Sportverein ginge.“ Die 30-minütige Reportage „Der rechten Szene auf der Spur“ wurde nach langer Recherche am 12.11.2011 in der *Hier und Heute*-Reihe gesendet.

Bleibt immer noch die Frage: Dürfen wir das zeigen? Oder geben wir damit nicht doch den Falschen ein Forum. Für Wolfgang Minder überwog letztlich das Informationsinteresse. Er habe in der Reportage natürlich versucht, die Situation zu bewerten und einzuordnen. Durch das Ignorieren der Medien würde die rechte Szene sich weitgehend in einer Opferrolle bestätigt sehen. „Ich finde auch, dass man dem Zuschauer zutrauen sollte, sich seine eigene Meinung dazu zu bilden. Die Medienleute sind meiner Meinung nach nicht die Lehrmeister“, so Wolfgang Minder abschließend.

INGOLF GRITSCHNER SPEKTAKULÄRER FALL VON KINDESVERNACHLÄSSIGUNG

Ingolf Gritschner schilderte einen Fall, den er als junger Journalist erlebt hatte. In den 90er Jahren waren in Köln Zwillinge verhungert aufgefunden worden. Die Mutter stand unter Verdacht, ihre Kinder vernachlässigt zu haben. Der Fall machte große Schlagzeilen in der Lokalpresse.

Ingolf Gritschner wollte die Mutter für einen Fernsehbeitrag gewinnen. Er kontaktierte den Anwalt der Frau, die sich inzwischen in der Psychiatrie befand. Er wollte die Situation der Mutter möglichst authentisch darstellen. Der Anwalt hatte früh auf die zweifelhafte Rolle des Jugendamtes hingewiesen. Gritschner konzentrierte sich aber auf die Mutter als „das Zentrum der Geschichte“. Eine erste Weichenstellung.

Über den Anwalt konnte er die Mutter zu einem ersten Gespräch besuchen. Es war „unglaublich, was sie alles erzählte“. Sie entsprach nicht dem Stereotyp einer überforderten Mutter. Aber sie war durch Alkoholprobleme immer weiter abgestiegen, hatte ihren Job verloren und war am Ende nicht mehr in der Lage, ihre Kinder zu versorgen. Die Ärzte hatten mit einer Berichterstattung kein Problem. Sie sahen es gar als einen therapeutischen Schritt an. Nach mehreren Besuchen war Ingolf Gritschner zuversichtlich, dass Vertrauen der Mutter gewonnen zu haben und in absehbarer Zeit ein Interview mit ihr vor der Kamera führen zu können.

Darf man darüber berichten?

Aber bei ihm kamen erste Zweifel auf. Soll man jemanden dazu bringen, in aller Öffentlichkeit über solche Intimitäten zu sprechen? Wird sie damit nicht nur bloßgestellt? Darf man jemanden veranlassen oder sogar drängen, vor der Kamera über den Tod der eigenen Kinder zu sprechen? Insbesondere, wenn die Mutter selbst ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden war.

Heute sagt Ingolf Gritschner, dass er wohl zu jung und unerfahren gewesen sei. Er verspürte die Last, als junger Journalist mit einem so heiklen Thema nicht scheitern zu dürfen. Die Entwicklung der Medien, auch über intimste Dinge zu berichten, habe sich seitdem verstärkt. Dabei sei der Druck wesentlich gewachsen, gerade auf Emotionen zu setzen.

Berichten oder nicht? Er hätte letztlich danach entschieden, wie groß das Mitverschulden der übrigen Beteiligten – also z.B. des Jugendamtes, der Nachbarn und der Familie – gewesen wäre. Denn der strukturelle Hintergrund, der solch ein Versagen erst möglich mache, müsste auch immer ein Maßstab für solche Themen sein. „Es kann nicht um die einzelne Tragödie gehen und darum, die voyeuristischen Tendenzen beim Publikum zu bedienen“, findet Ingolf Gritschneder. Vielmehr könne es letztlich nur das Ziel sein, an einem einzelnen, möglicherweise tragischen Fall ein Versagen oder einen Missstand aufzuzeigen.

Im konkreten Fall erlitt die Frau jedoch einen erneuten psychischen Zusammenbruch und der Kontakt brach ab. Für ihn stand damals fest: Wenn das mit der Frau scheitert, dann ist der ganze Film gescheitert.

Im Nachhinein glaubt er, dass er sich damals zu sehr auf die Mutter konzentriert hat. Er hätte etwa die Rolle des Jugendamtes genau untersuchen müssen. Vielleicht wäre ein Film auch ohne die Frau möglich gewesen. So hatte er die Chance verpasst, dass Thema breiter anzugehen und scheiterte.

Und wenn die Frau nicht ausgefallen wäre? Wenn er sich bezüglich der anderen Beteiligten sicherer gewesen wäre? Hätte er sich in Abstimmung mit den Ärzten für eine Mitwirkung der Frau entschieden? Gritschneder zog seine Konsequenzen aus dem Fall: „Manchmal muss man Menschen sogar vor sich selbst, beziehungsweise ihren Äußerungen, in Schutz nehmen.“

Ein strukturelles Problem

Der Fall zeigt ein strukturelles Problem auf. Ein freier Autor erhält Aufträge. Und wenn die Recherche scheitert, muss er die Konsequenzen tragen. Das Abbrechen ist für freie Journalisten keine rein journalistisch-ethische Frage, sondern bringt – neben den finanziellen Folgen – noch ganz andere Probleme mit sich:

Wird sich die Redaktion wieder an mich wenden, wenn ich mich weigere, den Beitrag wie gewünscht umzusetzen? Kann ich sagen, dass ich an eine Hemmschwelle stoße, auch wenn das die Redaktion nicht so sieht? Kann man es sich überhaupt leisten, den Film nicht zu machen?

In der anschließenden Diskussion wurde eine stärkere Unterstützung für die freien Autoren gefordert. Die Vorrecherche müsse generell bezahlt werden. Ob daraus ein Film entstehe, solle bei so einem heiklen Fall erst nach der Vorrecherche ergebnisoffen diskutiert und gemeinsam entschieden werden.

Fazit: Wo ist die Grenze?

Kurt Gerhart, ehemaliger *WDR*-Redakteur, plädiert in der Diskussion dafür, nicht zu sehr auf die vermeintliche Wirkung zu schauen. Er betont, dass man zwischen zwei Dingen unterscheiden müsse: Zum einen haben Journalisten den Auftrag, Relevantes zu berichten. Daneben tragen sie Verantwortung für die Wirkung. Er hatte aber seiner Ansicht nach zu oft „den Eindruck, dass die Referenten zu sehr die Verantwortung betont haben und dadurch den Bericht über die Wirklichkeit weggedrückt haben. Ich denke, die Menschen haben einen Anspruch, die relevante Wirklichkeit zu erfahren, selbst wenn die Wirkung schon einmal schwierig sein kann.“

Es ist keine einfache Abwägung – ethische Verantwortung gegenüber Informationsaufgabe. Die Frage bleibt, ob man nicht auch etwas senden sollte, das Vorurteile schürt oder bestätigt, wenn die Recherchen das nun einmal ergeben? Bei Einzelfällen sollte man vorsichtig sein, das haben die Fälle gezeigt. Dann liegt die Gefahr der Generalisierung nahe. Journalistische Kriterien – eine gründliche Recherche, der zurückhaltende Umgang mit Emotionalisierung und eine Berichterstattung, die alle Seiten zu Worten kommen lässt – sind Hilfsmittel. Aber wann muss man die Protagonisten vor sich selbst schützen? Wo liegt die Grenze? Die Fragen lassen sich wohl nicht allgemein beantworten. In jedem Fall muss der Journalist für sich abwägen. Und er braucht eine Redaktion, die ihn dabei unterstützt.

Medienhype um die „Kindersoldatin“

Der Streit um die Wahrheit

Dokumentiert von Shanli Anwar Haghighi

Diskutiert wird die Berichterstattung über die „Kindersoldatin“ Senait Mehari. Die Eritreerin wird im Jahr 2003 zunächst als

Soulsängerin durch die Teilnahme am deutschen Vorentscheid für den Grand Prix d’Eurovision bekannt. Im September 2004 erscheint im Verlag Droemer Knaur ihre Biographie „Feuerherz“, in der sie ihre Kindheit in Afrika schildert. Eigenen Aussagen zufolge war Senait Mehari Kindersoldatin im Bürgerkrieg in Eritrea. Vor allem dieser Aspekt ihrer Lebensgeschichte löst ein großes Medien-Echo

aus. Über die Kindersoldatin Senait Mehari berichten fast alle großen Tageszeitungen, Zeitschriften und private wie auch öffentlich-rechtliche Sender. Ihr Buch ist mit über 400.000 verkauften Exemplaren ein Bestseller und wird 2008 verfilmt. Viele Hilfsorganisationen wie zum Beispiel Unicef, die Kindernothilfe oder Weißes Friedensband arbeiten mit der eloquenten Senait Mehari zusammen.

Am 14. Februar 2007 berichtet das *NDR*-Medienmagazin *Zapp* über Vorwürfe von Eritreern, die in dem gleichen Camp der Eritrean Liberation Front (ELF) gewesen sind, über die Senait Mehari berichtet. Sie bestreiten aber, dass es sich dabei um ein Lager mit militärischer Ausbildung gehandelt habe. Es sei eine Schule gewesen, in der weder Lehrer noch Schüler Waffen getragen hätten. Sie bezeichneten Meharis Behauptung, zu einer Kindersoldatin ausgebildet worden zu sein, als Lüge.

PODIUM

- **Julia Saldenholz**, *NDR*
- **Kuno Haberbusch**, *NDR*
- **Arnd Henze**, *WDR*
- **Jörg Wöbse**, *Radio Bremen*

Moderation:

Kurt Gerhardt, ehem. *WDR*-Redakteur

Unabhängige internationale Beobachter, die das Lager damals besucht haben, sowie Wissenschaftler und Zeitzeugen bestätigen diese Aussagen. *Zapp* interviewt daraufhin auch Senait Mehari und fragt, ob sie sich selbst als ehemalige Kindersoldatin bezeichnen würde. Darauf antwortet Mehari zögernd: „Nein, so würde ich das nicht sagen. [...] Kind des Krieges [...]. Das würde ich zu mir sagen.“ Auf die Nachfrage von *Zapp*, weshalb Senait Mehari dennoch in den Medien immer wieder als Kindersoldatin auftauchte, erklärt die Eritreerin: „Die Presse sucht sich doch das aus, was am wirksamsten ist. Und selbst, wenn sie mich ständig als Kindersoldatin betiteln, sag ich: Okay, wenn sie das brauchen, um mich so zu nennen. Hauptsache, ich komm an mein Ziel.“ Hierzu schreibt *Zapp* auf der eigenen Internet-Seite: „Senait Mehari war wie geschaffen für die Medien. Alle hatten ihr geglaubt, keiner hatte jemals zuvor kritisch nachgefragt.“¹

Mit dieser Haltung löst *Zapp* drei sehr unterschiedliche Reaktionen in der Medienlandschaft aus. Einige Journalisten übernehmen die Recherche von *Zapp*, Senait Mehari habe sich als Kindersoldatin nur inszeniert, und korrigieren ihre Berichterstattung. Andere unterstützen weiterhin die Darstellung Meharis und greifen die *Zapp*-Redaktion an; sie stellen die Quellen der *Zapp*-Berichterstattung infrage. Eine dritte Gruppe sieht die persönliche Geschichte Meharis zu Recht in Zweifel gezogen; sie kritisiert *Zapp* aber wegen des unkritischen Umgangs mit den als „Zeitzeugen“ benannten Gegnern Meharis. Und diese Gruppe bestreitet die Behauptung, es habe keine Kindersoldaten im eritreischen Bürgerkrieg gegeben. Diese Konfliktlage ist auch Kern der Diskussion.

„Viele wollten sich die Geschichte nicht kaputt recherchieren“

Zu Beginn schildert Julia Saldenholz, eine der Autorinnen der *Zapp*-Berichte über Senait Mehari, wie es zu ihren Recherchen gekommen ist. An Meharis Biografie gab es massive Zweifel, die von Eritreern geäußert wurden. *Zapp* sei diesen Vorwürfen nachgegangen. Senait Mehari hatte in ihrem Buch den Klarnamen des eritreischen Camps, in dem sie war, benutzt. Deshalb konnten weitere Personen recherchiert werden, die dort waren.

1 „Medienärger - Der Rückblick auf 250 Zapp-Sendungen“, 12.12.2007: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/film_fernsehen_radio/zapp998.html

Saldenholz ging einer weiteren Frage nach: „Kann die Geschichte wenigstens theoretisch so gewesen sein, wie Senait Mehari sie in ihrem Buch aufgeschrieben hat? Oder ist das erfunden, vollkommen überdramatisiert und eine Lüge? Nach sehr langer Recherche, nach Kontakt mit vielen Eritreern aus verschiedenen Ländern und auch Gesprächen mit Wissenschaftlern sind wir zu der Überzeugung gekommen: die Geschichte stimmt nicht.“

Es handelte sich laut Julia Saldenholz nicht um ein Ausbildungslager für Kindersoldaten, sondern um eine Schule, das ließe sich durch Berichte internationaler Augenzeugen, durch Filmausschnitte und Fotos belegen. Saldenholz schlussfolgert aus ihrer Recherche: „Die Medien, die über Senait Mehari berichtet haben, sind auf eine charismatische Person hereingefallen. In ihrer Betroffenheit über das Schicksal von Kindersoldaten haben sie es versäumt, den Wahrheitsgehalt des Buches ‚Feuerherz‘ und Senait Meharis Äußerungen zu überprüfen. Die Geschichte der schönen Kindersoldatin war einfach zu gut. Die wollte man sich keinesfalls kaputt recherchieren.“

Kurt Gerhardt ergänzt, dass es für Senait Mehari auch ein gerichtliches Nachspiel gegeben hat mit dem Ergebnis, dass der Verlag Droemer Knauer den Verkauf ihres Buches „Feuerherz“ stoppte. Die Eritreerin Almaz Johannes, die im Buch als gewalttätige Kommandantin und Mörderin beschrieben wird, hatte im Juni 2007 eine Strafanzeige wegen übler Nachrede gestellt und im Januar 2008 vor dem Hamburger Landgericht gegen Mehari und ihren Verlag geklagt. Die Klägerin bekam Recht und es wurden auch Schadensersatzforderungen gezahlt.

Doch trotz dieser gerichtlichen Auseinandersetzung haben viele Hilfsorganisationen die Zusammenarbeit mit Senait Mehari nicht aufgegeben. Julia Saldenholz vermutet, dass die Organisationen sich schwer damit tun, einzugestehen, dass sie sich geirrt haben.

Zum Hintergrund der Recherchen von *Zapp* ergänzt Kuno Haberbusch, der damalige Chefredakteur der Sendung, dass es Hinweise von dem Journalisten Peter Disch gab. Danach sei Senait Mehari bei ihren Lesungen vorgeworfen worden, dass ihre Geschichte nicht der Wahrheit entspreche. Diese Kritiker hätten ihren Vorwurf auch an Zeitungen geschrieben. Haberbusch vermutet, dass die Zeitungen und Verlage diese Briefe ignoriert

haben. Auch *Zapp* sei zunächst skeptisch gewesen, so Habermas, habe sich aber die Mühe gemacht, die Geschichte sorgfältig zu recherchieren.

„Es ist nicht die Aufgabe von Talkshows, Gäste kritisch zu hinterfragen“

Zu den Medienvertretern, die Senait Meharis Lebensgeschichte nicht angezweifelt hatten, zählte Jörg Wöbse, Redakteur der Talkshow *3 nach 9*. Senait Mehari war am 24. September 2004 zu Gast in der Sendung *3 nach 9*. Anlass war die Ankündigung ihres Buches „Feuerherz“. Grundlage seiner Recherche, erklärt Jörg Wöbse, waren Artikel zu Mehari von angesehenen Autoren aus der *FAZ* und dem *Spiegel*, die keine Zweifel an Meharis Geschichte hatten. Als Redakteur einer Talkshow sieht sich Wöbse nicht in der Verantwortung, die Glaubwürdigkeit von Gästen zu hinterfragen – vor allem dann nicht, wenn über sie zuvor in etablierten Medien berichtet wurde. Wöbse macht seine Haltung deutlich: „*3 nach 9* ist im Gegensatz zu *Zapp* kein investigatives Medium.“ Talkshows gehe es in erster Linie darum, interessante Menschen einzuladen: „Über diese Ausrichtung von Talkshows wird immer hinweg geredet, ich finde es aber verlogen: Die Dame hat einen unglaublichen Show-Wert. Also, die sieht unheimlich gut aus, die ist exotisch, die kann sehr gut reden, die kann sich klasse verkaufen, sieht in jedem Kleid hinreißend aus. Und das ist natürlich auch ein Punkt, den man einfach benennen muss, gerade für Talkshows.“ Da Senait Meharis Auftritt deutlich hohe Quoten brachte, wurde sie 2006 erneut in die Sendung eingeladen.

Wie recherchiert die Redaktion von *3 nach 9* den Hintergrund der Gäste? Wöbse erklärt, dass er zur Vorbereitung auf die Sendung mit Mehari ihr Buch gelesen und vor den Auftritten mit ihr gesprochen habe. Er hätte keine größeren Widersprüche in der Geschichte Meharis entdeckt. Er müsse in einer Sendung vier Gäste betreuen – da sei wenig Zeit für eine ausführliche Recherche. Außerdem stehen Redakteure von Talk-Formaten nach Wöbse Ansicht nicht in der Pflicht, alle Behauptungen der Gäste kritisch zu hinterfragen: „Wir sind ja nicht investigativ. Wir erzählen nichts über die Leute, sondern die Gäste erzählen über sich selbst – völlig wertfrei.“ Ob das dann geglaubt wird oder nicht, das werde dem Publikum überlassen. Die Frage von Kurt

Gerhardt, ob es nach der Sendung mit Senait Mehari kritische Anrufe oder Kommentare von Zuschauern gegeben habe, verneint Jörg Wöbse.

„Die Verantwortung für die Richtigkeit liegt beim Verlag“

Arnd Henze ist stellvertretender Leiter der Programmgruppe Ausland im *WDR*. Hier ist er unter anderem auch für die Sendung *Weltspiegel* verantwortlich. Am 3. September 2006 wurde ein *Weltspiegel*-Beitrag über Senait Mehari gesendet, als sie eine Hilfsorganisation in Uganda begleitete. Kurt Gerhardt fragt Henze, ob er anders mit dem Fall Mehari umgegangen wäre als die *3 nach 9*-Redaktion? Henze führt aus, zu dem Zeitpunkt des *Weltspiegel*-Beitrags, als ihr Buch schon erschienen sei, habe es keinen Hinweis für seine Redaktion gegeben, an Meharis Biografie zu zweifeln. „Wenn ein seriöser Verlag das auf den Markt bringt, liegt die Verantwortung zunächst beim Lektorat und wir müssen davon ausgehen, dass die Grundfakten stimmen.“

Henze argumentiert, dass es sich bei den Geschehnissen in Eritrea um mündlich überlieferte Geschichten handle, zu denen es kaum wissenschaftlich verbindliche Studien gebe. Untersuchungen des Eritrea-Experten Günther Schröder, der im *Zapp*-Beitrag zitiert wurde, lagen Henze auch vor. Sie seien sehr differenziert, hätten zu verschiedenen Zeiten auch unterschiedliche Ergebnisse geliefert, erlaubten aber nicht die apodiktische These, es habe in Eritrea keine Kindersoldaten gegeben. Henze gibt zu bedenken, „...dass Eritreer nach einem 30-jährigen blutigen Konflikt, in dem sich verschiedene Fraktionen innerhalb eines Krieges abgespalten haben [...] und später ins Exil gehen, dann natürlich auch um die Deutungshoheit ihrer Geschichte streiten. Dass es da unterschiedliche Deutungen gibt – das sind alles Faktoren, die man mit berücksichtigen muss.“

Zudem sieht Henze den *Weltspiegel*-Beitrag nicht als ein Porträt von Senait Mehari. Im Fokus hätte ein Hilfsprojekt für frühere Kindersoldaten in Uganda gestanden, zu dem Mehari gefahren sei. Die Korrespondentin habe diesen Besuch dokumentiert: „Für diesen Film war für uns nur wichtig, ob sie für die Kinder in Uganda glaubwürdig war. [...] Wir haben kein Porträt gemacht, insofern mussten wir die Fakten nicht im Detail verifizieren.“

Wie glaubwürdig sind die (anderen) Medien?

Der ganze Vorfall sei, so Kurt Gerhardt, ein massiver journalistischer Reifall für die Medienvertreter gewesen. Er fragt, ob es Ansatzpunkte gegeben hätte, denen man auch in der damaligen Situation und mit dem damaligen Kenntnisstand hätte nachgehen können.

Es sei schwierig gewesen, gibt Julia Saldenholz zu, da in jeder seriösen Zeitung über Senait Mehari berichtet wurde. Als Talkshow-Redakteur komme man vielleicht nicht als erstes auf die Idee, eine Biografie anzuzweifeln, über die alle euphorisch berichten. Dennoch hätten irgendwann Zweifel auftauchen müssen. „... hätte man nicht als Journalist, auch als Kulturjournalist, zumindest die Frage stellen müssen: [...] Wie war das denn generell in Eritrea zu dieser Zeit? Gibt es noch andere Kindersoldaten, die ähnliches erlebt haben?“

Gert Monheim, der Leiter der Fachkonferenz, meint, bei den Berichten zu Mehari sei in vielen Fällen ein schwerwiegender Anfangsverdacht nicht ernst genommen worden. Die *Zapp*-Berichte seien maßgeblich durch den Journalisten Peter Disch ausgelöst wurden. Disch sei nach einem eigenen Artikel über Senait Mehari von Eritreern kontaktiert worden. Diese äußerten Zweifel an Meharis Geschichte. Sie hatten bereits mehrere Medien versucht zu informieren, dass Mehari keine Kindersoldatin gewesen sei. Die Eritreer seien jedoch abgewiesen worden. Daraufhin habe Peter Disch seinerseits versucht, über die Vorwürfe der eritreischen Landsleute zu berichten. Doch auch auf ihn gingen die Redaktionen nicht ein. Es hätte, nach Monheim, für verschiedene Medien Gründe für einen Anfangsverdacht gegeben. In der *Zapp*-Sendung vom 21. Februar 2007 erklärte Disch hierzu: „Es war einfach schwierig, eine Redaktion zu finden, die in diese Geschichte einsteigen wollte. Die Recherche hat an Weihnachten 2005 begonnen, ich habe im Februar 2006 das erste Exposé geschrieben, im Februar und März 2006 mit den Redaktionen von drei überregionalen Printmedien gesprochen. Aus verschiedenen Gründen wollte keine der drei Redaktionen die Geschichte am Ende machen.“ Die kontaktierten Medienhäuser hätten eingewandt, die Faktenlage sei zu schwierig, es gäbe keine Dokumente, nur Zeitzeugen.

Glaubwürdigkeit von (traumatisierten) Zeitzeugen

„Was Journalisten aus dem Fall Mehari lernen können?“ überlegt Gerhardt. „Was stimmt nicht an der Art und Weise, uns Stoffen zu nähern? Und wie können wir einen solchen Fall vorbeugen?“

Arnd Henze sieht es als Stärke des ersten *Zapp*-Beitrags, Zweifel gesät zu haben. Dabei wäre es aber seiner Meinung nach die Pflicht des Verlages von Senait Mehari gewesen, vor der Veröffentlichung die Geschichte gründlicher zu recherchieren. Henze kritisiert die vehemente Art der *Zapp*-Kollegen, Meharis Biografie als Lüge zu bezeichnen. Dabei stellt Henze die Frage nach der Glaubwürdigkeit der eritreischen Quellen, die *Zapp* als Zeitzeugen bezeichnet habe. Eine Kriegserfahrung wirke auf alle Beteiligten traumatisierend. Daher gäbe es keine Zeitzeugen, sondern jeder sei ein Beteiligter. In diesem Zusammenhang bemängelt Henze, dass einer der Eritreer im *Zapp*-Beitrag ein ELF-Kader gewesen sein soll. Julia Saldenholz entgegnet, dass sie eine ganze Reihe von Augenzeugen – auch internationale Beobachter – befragt habe. Bei dem angeblichen ELF-Kader habe es sich um den ehemaligen Leiter der Schule gehandelt. Henze wirft ein, dass dessen Funktion – als Leiter der Schule – hätte kenntlich gemacht werden müssen. Er spricht sich dafür aus, nach der Motivation der Eritreer zu fragen, die Mehari anzweifeln. Zu einem Ereignis könne es unterschiedliche Wahrnehmungen geben. Arnd Henze argumentiert, seiner Meinung nach könnten traumatische Erlebnisse zu Verdrängung und Veränderung der Wahrnehmung von Ereignissen führen: „Die Fragen, was verdrängt wird oder ob da Rechnungen zu begleichen sind, lassen sich nicht einfach mit richtig oder falsch, mit schuldig oder unschuldig, mit Lüge oder nicht Lüge beantworten. Stattdessen versuche ich jeden Einzelfall in seiner Gebrochenheit zu verstehen. Eure Recherche hätte mir geholfen, wenn sie mir erklärt hätte, in welcher Situation diese Eritreer ihre Biografien aufarbeiten. Die müssen doch auch traumatisiert gewesen sein? Sie kommen doch aus demselben endlosen Krieg – und sind wie Senait Mehari dadurch geprägt.“

Zu dem Thema, wie glaubwürdig Aussagen von traumatisierten Personen sind, hatte es auch einen Briefwechsel zwischen Arnd Henze und Julia Saldenholz gegeben. Darin hatte Saldenholz vermutet, dass man die Glaubwürdigkeit der Eritreer weniger

stark angezweifelt hätte, wenn im Beitrag ihre Integration in der deutschen Gesellschaft stärker beschrieben worden wäre. Dem widerspricht Henze: „Auch wenn sie jetzt in die deutschen Gesellschaft integriert sind, beantwortet das nicht die Frage, ob sie mit einer traumatischen Phase ihrer Biografie abgeschlossen haben.“

In Bezug auf die Zeitzeugen erklärt Kuno Haberbusch, diese seien durch monatelange Recherchen ermittelt worden. Zeitzeuge bedeute in diesem Fall, dass diese Eritreer im selben Lager wie Senait Mehari gewesen seien. Darüber hinaus hätten alle Wissenschaftler, die *Zapp* befragt habe, übereinstimmend gesagt, dass es zu dem damaligen Zeitpunkt in Eritrea keine Kindersoldaten gegeben habe. Eine weitere Quelle sei Christina Björk, jetzige Präsidentin des Schwedischen Bildungsfernsehens, gewesen. Sie habe sich zur gleichen Zeit wie Mehari in Eritrea aufgehalten. Mit ihren Filmaufnahmen lasse sich belegen, dass es kein militärisches Ausbildungslager für Kinder gegeben habe. Kuno Haberbusch betont, neben den Zeitzeugen mehrere überprüfbare Fakten gesammelt zu haben.

Gab es „Kindersoldaten“ in Eritrea ?

Des Weiteren kritisiert Arnd Henze Haberbuschs Behauptung, es hätte in Eritrea damals keine Kindersoldaten gegeben. Zweifel an Mehari zu haben, sei das eine, aber über die Zustände in Eritrea gebe es auch andere wissenschaftliche Quellen. Er nennt die Wissenschaftler Konrad Melchers und Hartmut Quehl. Letzterer hätte „Erfahrungsberichte von 12-jährigen, 15-jährigen anderen Kindern aus Eritrea, die sowohl bei der ELF wie bei der EPLF [...] Kindersoldaten waren, dokumentiert.“ Quehls Buch „Kämpferinnen und Kämpfer im eritreischen Unabhängigkeitskrieg“ wurde 2005 veröffentlicht. Henze zitiert daraus und schlussfolgert, es sei nicht auszuschließen, dass auch die von Haberbusch als Schule bezeichnete Einrichtung als Weg in das Kindersoldatentum interpretiert werden könnte.

Julia Saldenholz entgegnet, dass sie den Text von Hartmut Quehl kenne. Sie habe auch ein Interview mit Quehl geführt, in dem dieser seine Thesen nicht aufrecht erhalten habe. Sie behaupte aber im *Zapp*-Beitrag nicht, dass es keine Kindersoldaten in Eritrea gegeben hätte. Im Beitrag gehe es nur um den Fall

Mehari. Bei ihrer Recherche habe sie allerdings mit vielen Wissenschaftlern und Hilfsorganisationen gesprochen und keiner konnte Camps mit Kindersoldaten in Eritrea bestätigen.

Investigatives Unterhaltungsprogramm?

Saldenholz ist der Auffassung, dass es auch für Talkshowredaktionen selbstverständlich sei, zumindest die Hintergründe eines Themas zu recherchieren. Hätte man beispielsweise – ganz ohne Argwohn – beim Institut für Ostafrika-Kunde in Hamburg angerufen, um sich über die Situation von Kindersoldaten in Eritrea zu informieren, hätte man Zweifel am Wahrheitsgehalt von Senait Meharis Geschichte bekommen müssen. Man hätte auch den Verlag fragen können, ob das Buch von Mehari wissenschaftlich überprüft worden sei. Das wäre, so Saldenholz, nicht der Fall gewesen. Solche Fragen zu stellen, sei ihrer Meinung nach normales journalistisches Handwerk.

Kurt Gerhardt bezweifelt, dass diese Haltung für Talkshowredaktionen realistisch sei.

Ein Teilnehmer aus dem Publikum plädiert dafür, bei der Berichterstattung zu Mehari unterschiedlich zu gewichten. Bei einer Talkshow hätte der Zuschauer nicht die Erwartung, dass die Geschichten stimmen. Die Fallhöhe entstehe, wenn in einem relevanten Medium, beispielsweise im *Spiegel*, falsch berichtet werde. Er sehe im Fall Mehari einen klassischen Recherchefehler, da Artikel zitiert wurden, ohne deren Quellen zu prüfen. Der Teilnehmer plädiert dafür, dass Journalisten zu ihren Fehlern eindeutig stehen sollten.

Attraktivität vor Wahrheit

Kurt Gerhardt vermutet, dass die Lustlosigkeit, Fakten nachzugehen in einem solchen Fall besonders stark war: „schöne Frau, gequält als Kindersoldatin.“ Sobald eine Protagonistin medial gut zu vermarkten sei, würde offenbar weniger recherchiert. Von einer Teilnehmerin aus dem Publikum wird dieser Eindruck bestätigt. Die Berichterstattung zu Senait Mehari habe im Feuilleton begonnen, da sie zuerst als Sängerin auftrat, und sei dann auf die anderen Ressorts überggesprungen, weil solche Aschen-

puttel-Geschichten beim Zuschauer ankämen. Kurt Gerhardt vermutet, solche Geschichten übernahmen Journalisten gerne, weil sie beim Publikum beliebt seien und die Journalisten das Publikum bedienen wollten.

Jörg Wöbse meint dagegen, selbst wenn ihm bei einer Buchlektüre Zweifel kommen würden, dann stelle er sich die Frage, ob er diesen Zweifel überhaupt nachgehen müsse: „Schöne Frauen schreiben oft wüste Geschichten, die nie überprüft worden sind.“ Als Beispiel nennt er Corinne Hofmann und ihr Buch „Die Weiße Massai“, sowie Sabine Kuegler und „Das Dschungelkind“. Diese seien auch zu Gast bei *3 nach 9* gewesen. Wöbse habe das Buch von Kuegler in Teilen recherchiert, aber er habe keine Zeit, um nach Indonesien zu fliegen und alles richtig zu überprüfen. Die fehlende Zeit für Recherche sei ein Dilemma. Wöbse äußert Unverständnis über die Auseinandersetzung der Kollegen von *NDR* und *WDR* im Fall Mehari und stellt zynisch die Frage: „Gibt es Kindersoldaten, und wenn ja, sehen die alle so gut aus?“

Ein Teilnehmer aus dem Publikum wendet sich an die *Zapp*-Macher mit dem Hinweis, dass die mediale Darstellung der Kritiker Senait Mehari und des Wissenschaftlers in dem ersten *Zapp*-Beitrag unvoreteilhaft war. Optisch seien sie das Gegenstück zu Mehari gewesen: sie sah gut aus – ihre Kritiker jedoch nicht. Dies sei auch den Schwierigkeiten des Mediums Fernsehen geschuldet.

Dies sieht auch Julia Saldenholz als Problem an. Sie habe die Aussagekraft der Bilder unterschätzt. Die Eritreer, die gebrochen Deutsch sprachen, in einer Gruppe um einen Tisch geschart; dann Günther Schröder, ein Wissenschaftler ohne Dokortitel und mit einer Zahnlücke. Leider führen solche Nebensächlichkeiten im Medium Fernsehen zu einem Glaubwürdigkeitsproblem. Man hätte die Protagonisten vielleicht besser inszenieren müssen. Es sei vermutlich naiv gewesen zu glauben, allein die Fakten sprächen für sich. Saldenholz betont, Günther Schröder sei ihr während der Recherche immer wieder als kundigster Experte empfohlen worden.

Julia Saldenholz weist auf ein Vermittlungsproblem hin: Die Geschichte von Senait Mehari sei den Journalisten von PR-Agenten sehr professionell angeboten worden. Während die Eritreer wie-

derum sprachliche Probleme gehabt und nicht gewusst hätten, wie sie sich in den Medien Gehör verschaffen könnten. Eine Lehre aus dem Fall Mehari sei für Saldenholz daher, als Journalist auch Menschen zuzuhören, die sich nicht gut äußern könnten. Dies habe Peter Disch geleistet, der die Eritreer ernst genommen und den Fall öffentlich gemacht habe.

Es sei generell schwierig, in der medialen Konkurrenz von Katastrophen und Krisen die Aufmerksamkeit der Menschen zu gewinnen. Deshalb konnte Arnd Henze die Haltung der Hilfsorganisationen im Fall Senait Mehari nachvollziehen, die alle mit ihr zusammenarbeiten wollten. Hier zeige sich ein strukturelles Problem im Verhältnis zwischen Krisen, NGOs und Öffentlichkeit. Oft würden daher attraktive Prominente als Magnet genutzt, so Henze: „Da ist die Frage: Brauchen wir den ‚Posterboy‘, das ‚Postergirl‘?“

Verantwortung der (öffentlich-rechtlichen) Medien

Kuno Haberbush kritisiert, dass der öffentl.-rechtl. *Bayrische Rundfunk* „Feuerherz“ verfilmt habe, nachdem der Verlag das Buch bereits zurückgezogen hatte. Darauf reagierte *Zapp* mit einem Beitrag, in dem hinterfragt wurde, weshalb so ein Buch mit Gebührengeldern verfilmt wird. Dieser Beitrag, so Haberbush, sorgte für interne Diskussionen in der *ARD*. In den Printmedien waren die Reaktionen auf die *Zapp*-Berichte geteilt. Manche korrigierten ihre Berichterstattung, wie die *Süddeutsche Zeitung*, andere fühlten sich angegriffen und konterten, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Haberbush sieht auch die Versuchung, auf Protagonisten wie Senait Mehari hereinzufallen, sobald es um bedeutende Themen wie Kindersoldaten gehe. Damit aber würden sich Journalisten angreifbar machen.

Diese Überlegung greift Kurt Gerhardt auf und fragt, wie Journalisten mit recherchefeindlichen Stoffen umgehen sollten. Als ein Beispiel nennt er KZ-Insassen, die falsche Angaben machen. Für Gerhardt sei dieses Problem ein deutsches Phänomen: „Wie gehen wir mit Stoffen um, bei denen wir fast einen natürlichen Widerstand empfinden, genauer nachzufragen?“

Kurt Gerhardt beobachtet, dass sich die Kombination aus Unterhaltung und Not in vielen Medien wiederfindet. Des Weiteren

stellt er die Frage in den Raum, ob die Bereitschaft zu kritischer Recherche größer bei Atomkraft-Befürwortern sei als bei Atomkraft-Gegnern. Nach Kuno Haberbusch gehört Gesinnungsjournalismus der Vergangenheit an. Dabei hätte die Gesinnung vielen Journalisten aber auch Antrieb für Berichterstattungen gegeben. Mittlerweile sei der Journalismus ein Beruf von vielen, die Leidenschaft hätte bei vielen abgenommen. Darunter leide der Qualitätsjournalismus, so Haberbusch. Gerhardt ist der Meinung, dass solider Journalismus nicht mehr möglich sei, da alles emotionalisiert werde. Es gebe auf Journalisten mehr Druck von außen.

Ein Teilnehmer aus dem Publikum bedauert, dass Verlage keinen Fakten-Check mehr machen würden. Außerdem sieht er die Entwicklung des Fernsehens kritisch, weil dort Protagonisten zuerst optisch gut rüber kommen müssten und danach erst die fachliche Kompetenz gefragt sei.

Jörg Wöbse spricht sich vehement dafür aus, dass es in Talkshows doch eher auf die Performance, als auf den Wahrheitsgehalt der Aussagen ankomme. Dabei bekennt sich Wöbse zu einem Tunnelblick, der ihm jedoch bewusst sei.

Verhältnis der Medien untereinander

Kurt Gerhardt fragt die *Zapp*-Vertreter Saldenholz und Haberbusch, inwiefern sie das Verhalten der anderen zwei Redaktionen im Fall Mehari nachvollziehen können.

Kuno Haberbusch erklärt, er schätze die offene und ehrliche Art, die Realität der Talkshows wie *3 nach 9* zu schildern. Viele andere Talkshows hätten sich in Bezug auf Senait Mehari genauso verhalten, da sie gut aussehe und daher auch quotenträchtig sei. Haberbusch lässt das aber nicht für journalistische Sendungen gelten: „Im Nachhinein – und jetzt kommt der Journalist – fragt man sich ganz simpel: Da macht eine Frau mit ihrer Geschichte – die wichtig ist, die bewegend ist, die dramatisch ist – eine unglaubliche Medienkarriere. Und kein einziger Journalist – das sage ich jetzt im Nachhinein – stellt eigentlich die einzig mögliche Frage: Stimmt die Geschichte überhaupt?“ Fast alle Medien hätten diesen Fehler gemacht, unter anderem der *Spiegel*, *Bild*, *FAZ* und die *Süddeutsche Zeitung*. So habe sich

die Geschichte verselbstständigt, daher könne Habermasch die Haltung von Wöbse und Henze verstehen. Doch aufschlussreicher sei für Habermasch, wie sich die Kollegen verhalten hätten, nachdem *Zapp* recherchiert hatte und Zweifel an Mehari's Kindersoldaten-Geschichte anmeldete.

Nach Habermaschs Ansicht haben sich einige Kollegen provoziert gefühlt: „Nach dem Motto: Ihr Versager, ihr feiert seit Jahren Senait Mehari als ‚Kindersoldatin‘ und fragt nichts. Und dann haben wir auch noch die ganzen Kollegen um Stellungnahmen gebeten und waren so blöd, alle Antworten, die auch von Arnd Henze und vielen anderen kamen, online zu stellen. Was wieder dazu führte, dass deren Vorwürfe gegen uns von anderen Medien benutzt wurden. Als Kritik an uns, ohne unsere Antwort zu zitieren.“ Es entstand ein Konflikt unter Journalisten, aus dem man laut Kuno Habermasch lernen könne, um damit zukünftig besser umzugehen.

In der hitzigen Auseinandersetzung zwischen Habermasch und Henze wird deutlich: die Kommunikation ist auch unter öffentlich-rechtlichen Sendern im Fall Mehari schwierig verlaufen. Arnd Henze beschwert sich, dass zwar Bilder aus dem *Weltspiegel*-Beitrag von *Zapp* verwendet wurden, er jedoch erst nach Ausstrahlung des *Zapp*-Beitrags von dem Sachverhalt durch einen *Zapp*-Fragebogen erfahren habe. Henze wäre lieber vorher informiert worden. Die *Zapp*-Redaktion scheint mit ihrer Art der Berichterstattung auch *ARD* intern provoziert zu haben.

Schlussrunde

Gert Monheim hat bei seinen Vorbereitungen für diese Fachkonferenz bei einer Reihe von Journalisten wenig Bereitschaft zur Selbstkritik gefunden – ganz besonders aber bei dieser Geschichte. Als *Zapp* die Geschichte Mehari's hinterfragt habe, wurde am Ende *Zapp* gerade von den Medien vehement angegriffen, die bisher auf die Story reingefallen waren und falsch berichtet hatten, wie z.B. die *Frankfurter Allgemeine*. Deren Redakteure seien auch auf mehrere Anfragen hin nicht bereit gewesen, sich dieser Diskussion hier zu stellen.

Kuno Habermus denkt, der Fall Mehari mache deutlich, dass sich Recherche lohnen könne. Dafür junge Journalisten zu motivieren sei besser als jeder Appell.

Arnd Henze zufolge muss man kenntlich machen, dass Geschichten von Menschen nicht immer objektivierbar wahr oder falsch seien. In allen Fällen von „Oral History“ gehe es nicht vorrangig um objektive Wahrheiten, sondern um die Vielfalt von subjektiv erlebten Wahrheiten der Betroffenen. Man solle sich hier eine gewisse Skepsis bewahren, aber Misstrauen z.B. gegenüber Flüchtlingen könne nicht die Grundhaltung eines Journalisten sein. Er nennt das Beispiel von Flüchtlingen, die ihren Pass wegwerfen, so dass ihre Geschichte nicht immer recherchierbar sei. Doch wenn eine Geschichte sich als objektiv falsch herausstellt, kann man sie so nicht weiter erzählen, lenkt Henze ein.

Julia Saldenholz sieht es als Aufgabe von Journalisten an, die Wahrheit zu erzählen, „ob sie einem passt oder nicht, egal ob sie Quote macht, ob es schöne Menschen sind oder nicht. Man muss sich bemühen, die Fakten zu erzählen.“ Saldenholz ist überzeugt, die besten Geschichten seien die wahren Geschichten. Sie empfiehlt, bei einer Geschichte, bei der alles passt, besonders misstrauisch zu sein.

Bei Unterhaltungssendungen sei die Wahrheit kein Wert an sich, konstatiert Jörg Wöbse. In Zeiten des Kommerzfernsehens müssten Öffentlich-Rechtliche konkurrenzfähig bleiben, was mit allzu ehrenwerten Prinzipien nicht möglich sei. „Wem hat Senait Mehari eigentlich geschadet?“ Auf Wöbsses provozierende Frage antwortet Saldenholz: sie habe vor allem der zu Unrecht als Mörderin bezeichneten Almaz Johannes geschadet. Diese sei depressiv geworden, weil sie wegen der falschen Anschuldigungen von der eritreischen Gemeinde ausgeschlossen worden sei.

Darüber hinaus habe Senait Mehari dem Journalismus geschadet, fasst Kurt Gerhardt zusammen. Er sieht es als Aufgabe der Journalisten an, zwischen dem Interesse an der Wahrheit und dem persönlichen Interesse an Schönheit und Exotik zu unterscheiden. Das erfordere auch in Zukunft die Disziplin der Journalisten.

Dicke Bretter bohren

Stolpersteine bei investigativen Recherchen

Dokumentiert von Simon Pützstück

Investigative Journalisten kämpfen gegen Widerstände. Die Themen, über die sie berichten, sind oft so brisant, dass sie vitale Interessen der beleuchteten Akteure tangieren. Deshalb versuchen Interessengruppen immer wieder, Druck aufzubauen und somit Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen.

WORKSHOP

- **Christine Kröger**, *Weser-Kurier*
- **Hajo Seppelt**, *ARD-Dopingexperte*
- **Uwe Ritzer**, *Süddeutsche Zeitung*

Moderation:

Ingolf Gritschneder, *WDR*

Das Berufsbild des investigativen Journalisten unterscheidet sich daher in wesentlichen Punkten von dem des tagesaktuellen Reporters. Zwar sind Schnelligkeit, Disziplin und handwerkliche Fähigkeiten in diesem Bereich ebenso wichtig wie im tagesaktuellen Ge-

schäft. Was den investigativen Journalisten jedoch vor allem auszeichnet, sind Attribute wie Geduld, Akribie, Hartnäckigkeit, Fleiß und Leidenschaft. Vereinfacht ausgedrückt: Das Bohren dicker Bretter erfordert Zeit und Mut.

HAJO SEPPELT

INVESTIGATIVER JOURNALISMUS IN DER SPORT-WELT

Der *ARD*-Reporter Hajo Seppelt gilt als Experte im Bereich der Sportpolitik, insbesondere zum Thema Doping. Er berichtet über eine Geschichte, die viel über die Arbeit eines investigativen Journalisten in der Welt des Sports verrät.

Auf Contadors Spuren: Spanien oder Schweiz?

Hajo Seppelt erinnert sich: Spanien oder Schweiz? Diese Frage habe er sich im September 2010 gestellt. Zu diesem Zeitpunkt war der Dopingexperte einer heißen Fährte auf der Spur. Auf der Suche nach Beweisen war er mit seinem Kollegen Robert Kempe quer durch Europa gereist. Nun standen sie in einem Flughafengebäude im Südosten des Kontinents und mussten sich entscheiden.

Die Reise war brisant. Es schien sich schließlich nicht um irgendeinen Sportler zu handeln, den Seppelt im Visier hatte. Vielleicht hatte er einen ganz dicken Fisch an der Angel. Es handelte sich um den erfolgreichsten Radprofi der Gegenwart, den dreifachen Gewinner der Tour de France, den Sportstar und Nationalhelden Spaniens: Alberto Contador.

Seppelt glaubte, dass Contador bei der Tour de France 2010 positiv getestet worden war. „Zu 99,9 Prozent“ sei er sich sicher gewesen, sagt Seppelt heute. Aber der investigative Journalist wollte es genau wissen. Er wollte noch eine weitere Reise unternehmen, entweder zu Contadors Anwalt nach Madrid oder zum Sitz des Radsportweltverbandes UCI in die Schweiz. Seppelt und Kempe entschieden sich für die zweite Option. Wie sich später herausstellen sollte, war das wohl die falsche Wahl.

„You are the devils!“

Alberto Contador hatte zu diesem Zeitpunkt gerade seine dritte Tour de France gewonnen. Er war das Aushängeschild des internationalen Profiradsports. Doch was die Öffentlichkeit nicht wusste: Während der Tour war Contador positiv auf das muskelbildende Präparat Clenbuterol getestet worden.

Wie sich Hajo Seppelt erinnert, habe er nach der Frankreich-Rundfahrt den Tipp erhalten, dass ein berühmter Sportler positiv getestet worden sei. Es handele sich um eine „große Sportart“, der Betroffene sei „der Beste überhaupt“, schlicht und einfach „the biggest“, so zitiert Seppelt die Worte seines Informanten.

Der *ARD*-Reporter sagt, er habe daraufhin einen Monat lang recherchiert. Am Ende sei er sich immer sicherer gewesen: es schien sich tatsächlich um Alberto Contador zu handeln. Doch noch fehlten Seppelt und seinem Kollegen Kempe die Beweise. Die Journalisten hatten „kein einziges Papier in der Hand, außer ein paar Blutwerten“, so Seppelt. Doch gehörten diese Werte tatsächlich zu Contador?

Seppelt sagt, sie seien daraufhin nach Südosteuropa geflogen, um jemanden zu treffen, „der mit der Welt-Antidoping-Agentur zu tun hat“. Doch diese Reise habe keine neuen Erkenntnisse gebracht, da die Person nichts zu dem Fall habe sagen wollen. Deshalb sei die Entscheidung gefallen, nicht nach Spanien, sondern in die Schweiz zu fliegen. Dort haben die *ARD*-Reporter den Weltradsportverband mit ihren Recherchen konfrontieren und so herausfinden wollen, ob die UCI den Fall bewusst verschleierte.

In der Schweiz angekommen, habe man mit der Dopingbeauftragten des Weltradsportverbandes gesprochen. Doch auch sie habe zu dem Fall nichts sagen wollen. „You are the devils!“ sei ihr einziger Kommentar laut Seppelt gewesen. Gemeint habe sie damit die kritischen Journalisten, die „das ganze Spiel kaputt machen“. Der Pressesprecher des UCI-Präsidenten wiederum sei nur telefonisch zu erreichen gewesen. Auch er habe kein Verständnis für die Fragen des Journalisten gehabt. Seppelt erinnert sich an ein Zitat des Pressesprechers, das ihn fassungslos gemacht habe: Aufgabe der Berichterstatte sei es, „Promoter des Sports“ zu sein.

Schließlich gelang es, auch mit dem UCI-Präsidenten Pat McQuaid telefonisch und per Mail zu kommunizieren. Der erklärte schriftlich und mündlich zu dem Dopingverdacht gegen den hochkarätigen Radprofi, er wisse nicht, „wovon die *ARD* spricht“.

„Wir lassen die Geschichte sein“

Nach diesen Gesprächen habe er in der *ARD*-Dopingredaktion in Köln angerufen, erzählt Seppelt. Gemeinsam sei entschieden worden: „Wir lassen die Geschichte sein, wir kommen hier nicht weiter.“ Daraufhin sei er nach Berlin zurückgefahren, wo

er nachts einen Anruf erhalten habe. Am Apparat: die Redaktion des *ARD-Morgenmagazins*. „Hajo, könntest Du vielleicht ins Studio kommen? Wir haben gerade eine Meldung bekommen: Contador ist positiv!“

Die UCI hatte eine Pressemitteilung herausgegeben, in der der Verband die Öffentlichkeit über den positiven Dopingtest von Alberto Contador informierte. Am Morgen sollte es eine Pressekonzferenz mit dem spanischen Toursieger geben. „Da bin ich natürlich ausgerastet“, sagt Seppelt. Der Weltverband hatte offenbar bereits von Contadors positivem Test gewusst und sei in die Offensive gegangen. Die UCI schaffte also Fakten, die Funktionäre gerierten sich als Aufklärer. Seppelts Recherche wurde dadurch konterkariert. Einen Monat lang hatte er versucht, seinen Verdacht bestätigen zu lassen – ohne Erfolg. Nun war die Geschichte auf dem Markt, und zwar nicht als Exklusivgeschichte der *ARD*, sondern als offizielle Pressemitteilung des Weltradsportverbandes.

Eine gescheiterte Recherche?

Zwei Tage nach der Veröffentlichung des Testergebnisses berichtete Hajo Seppelt in der *Sportschau* über den Fall Contador. Es war eine Zusammenfassung der Geschichte, die der Journalist noch vor wenigen Tagen begraben hatte. Contador hatte inzwischen erklärt, das positive Testergebnis sei auf den Verzehr von verunreinigtem Fleisch zurückzuführen. Im *Sportschau*-Interview sagte der Spanier außerdem, dass es mit der UCI abgesprochen gewesen sei, den Fall nicht zu veröffentlichen.

Es waren spannende Entwicklungen – und Hajo Seppelt war ganz nah dran. Trotzdem war es nicht mehr allein seine Geschichte. Auf der „Tunnelblick“-Tagung möchte Moderator Ingo Gritschneider daher wissen, ob Seppelt darüber enttäuscht gewesen sei? Da er die Rechercheergebnisse letztlich „unter Wert“ verkaufen musste, weil die UCI der *ARD* mit der Veröffentlichung des Dopingfalls zuvor gekommen sei?

Seppelt verneint. Er habe am Tag der Veröffentlichung des Testergebnisses sowohl im *ARD-Morgenmagazin* als auch im *Mittagsmagazin* die Gelegenheit gehabt, von den Recherchen zu berichten. Trotzdem hätte es sich im ersten Moment so an-

gefühlt, als sei die Recherche gescheitert. Gritschneider erkundigt sich, welche Rolle dabei die Entscheidung gespielt habe, nicht nach Spanien, sondern in die Schweiz zu fliegen.

Seppelt glaubt, diese Wahl könne im Nachhinein vielleicht als „logistischer Fehler“ gewertet werden. Hätte Seppelt und sein Kollege Kempe sich für einen Flug nach Madrid entschieden, so hätte der Anwalt von Alberto Contador dort eventuell den Verdacht der *ARD*-Reporter bestätigen können. Sicher sei dies aber nicht. Vielleicht wäre es auch anders gekommen und das Umfeld Contadors hätte bei einem Besuch der *ARD*-Dopingreporter Verdacht geschöpft. Letztlich bleiben daher alle nachträglichen Gedankenspiele reine Spekulation.

„Schon echt lustig!“

Heute sagt Seppelt, die Recherche sei „sowohl geglückt als auch gescheitert“. Schließlich habe der Fall Contador gezeigt, „dass sich die UCI völlig daneben benommen hatte“. Der Verband habe sich hinter einen Athleten gestellt, „was nicht die Aufgabe eines Sportverbandes sein kann, der angeblich der hehre Kämpfer gegen Doping ist.“

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die UCI ohne den Druck der *ARD*-Recherchen überhaupt aktiv geworden wäre? Seppelt erzählt dazu seine Sicht der Dinge: Zeitgleich zum Fall Contador habe im Herbst 2010 die Rad-Weltmeisterschaft in Australien stattgefunden. Die UCI habe befürchtet, dass die *ARD* die Ergebnisse ihrer Recherchen parallel zu diesem Großereignis veröffentlichen würde. Dass sich die Doping-Nachforschungen mit dem Zeitpunkt der Rad-WM überschneiden, sei jedoch reiner Zufall gewesen, betont Seppelt. Die UCI habe dennoch geglaubt, die Veröffentlichung der *ARD*-Recherchen zum Fall Contador stünde unmittelbar bevor. Der weitere Verlauf ist bekannt: Der Weltradsportverband ging in die mediale Offensive.

Dass die *ARD* die Geschichte just zu diesem Zeitpunkt für beendet erklärt hätte, findet der Dopingexperte im Nachhinein „schon echt lustig“. Somit ist aus einer zunächst als gescheitert angesehenen Recherche doch noch eine Geschichte geworden.

Was bleibt?

Der Fall Contador zeigt sowohl Möglichkeiten als auch Grenzen des investigativen Journalismus auf. Durch die Recherchen haben Seppelt und Kempe die UCI anscheinend derart in Bedrängnis gebracht, dass sie einen offensichtlichen Missstand zumindest teilweise hat aufdecken müssen.

Zeitpunkt und Art der Veröffentlichung des Dopingfalls bestimmte jedoch der Radsportweltverband selbst. Hätte die UCI dies nicht getan, wäre nach Seppelts Erzählweise wohl für die ARD auch kein TV-Beitrag zu diesem Thema entstanden. Das Heft des Handelns lag somit offensichtlich doch in den Händen des Weltradsportverbandes – und nicht in denen des investigativen Journalisten.

CHRISTINE KRÖGER STAATSANWÄLTE, ROTLICHT, HELLS ANGELS

Christine Kröger, Chefreporterin des Bremer *Weser-Kurier*, berichtet über Recherchen, aus denen drei doppelseitige Dossiers hervorgingen.

Im ersten Dossier habe sie aufgedeckt, wie ein Hannoveraner Staatsanwalt in einem örtlichen Bordell ein- und ausging – mit der fadenscheinigen Begründung, dort Prostituierte zu „vernehmen“. Ein Vorgehen, das gegen eine Vielzahl von Dienstvorschriften verstoßen würde – auch wenn sich der Staatsanwalt in dem Bordell tatsächlich aufs „Vernehmen“ beschränkt haben sollte. Nach entsprechenden Hinweisen durch einen V-Mann der Polizei gab es zwar „formal“ staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, die am Ende allerdings eingestellt wurden – ohne Anklage gegen den Berufskollegen zu erheben. Der Staatsanwalt wurde noch nicht einmal disziplinarrechtlich belangt – und zu allem Überfluss einige Zeit später zum Oberstaatsanwalt befördert. Er ist bis heute in „Amt und Würden“.

Ihr zweites Dossier schilderte das Schicksal jenes V-Manns, dessen Hinweise – unter anderem – die Ermittlungen gegen den Staatsanwalt ausgelöst hatten. Er war von der Polizeidirektion Hannover auf das örtliche Rotlichtmilieu angesetzt worden, das

von den Hells Angels dominiert ist. Neben den Ermittlungen gegen den Staatsanwalt hatte er auch andere Verfahren ins Rollen gebracht – zum Beispiel gegen Polizeibeamte, die wie der Staatsanwalt in Bordellen der Hells Angels ein- und ausgingen. Dies sei ihm jedoch „alles andere als gedankt“ worden, berichtet Kröger.

Im Gegenteil: Dem V-Mann sei ein Verfahren „angehängt“ worden, das zwar letztlich mit einem Freispruch endete. Dennoch habe die Polizei ihn allein aufgrund des Verdachts als V-Mann „fallen gelassen“. Im Zuge der Ermittlungen sei zudem seine Tarnung im Milieu „aufgeflogen“ – und statt effektiven Zeugenschutzes bekam er am Ende lediglich einen neuen Namen. Heute lebt er von Hartz IV und sei letztlich der einzige „Gelackmeierte“ in der ganzen Affäre.

Das dritte Dossier habe sich schließlich mit den Netzwerken der Hells Angels beschäftigt, auf die jener V-Mann ursprünglich angesetzt war. Diese Netzwerke umfassen ein unübersichtliches Firmengeflecht und reichen über Teile der Lokalprominenz bis hin zu weit über Niedersachsens Landesgrenzen hinaus einflussreiche Unternehmer und Politiker, berichtet Kröger.

Sie sei sich während der Recherche lange „nicht wirklich sicher“ gewesen. Der ehemalige V-Mann sei – wie die meisten V-Männer – ein „ziemlich zwielichtiger Typ“, von dem sie zunächst nicht gewusst habe, ob sie ihm glauben könne. Erst als sie aus zahlreichen anderen Quellen an Akten aus dem Ermittlungsverfahren gegen den Staatsanwalt und viele andere Dokumente gekommen sei, habe sie die Dossiers guten Gewissens veröffentlichten können.

„Getan, was ich konnte“

Für diese drei Dossiers wurde Christine Kröger im Mai 2011 mit dem renommierten Henri-Nannen-Preis in der Kategorie „Investigation“ ausgezeichnet. Dennoch präsentiert sie diese Recherche als eine „gescheiterte“. Das erklärt die Journalistin so: Die Veröffentlichung zog für die Protagonisten keinerlei – positive oder negative – Konsequenzen nach sich. Bis heute lebe der ehemalige V-Mann von Hartz IV, und der – nach der Affäre – auch noch beförderte Staatsanwalt sei bis heute im Amt. Auch

der Berufskollege des Staatsanwalts, der seinerzeit die Ermittlungen gegen ihn eingestellt hatte, habe inzwischen innerhalb des Justizapparates Karriere gemacht.

Dass dieser Justiz- und Polizeiskandal „einfach so ausgesessen“ werden konnte, findet Kröger „unglaublich“ und „frustrierend“. Sie müsse sich immer wieder sagen, „ich habe getan, was ich als Journalistin tun konnte“: den Skandal öffentlich gemacht. Darauf zu reagieren und daraus Konsequenzen zu ziehen, sei eben gerade nicht Aufgabe der Medien, sondern die der Politik und derer, die den Politikern ihre Macht verleihen: also Sache der Öffentlichkeit.

UWE RITZER

DICKE BRETTTER AUS BETON

Wirtschaftsjournalist Uwe Ritzer von der *Süddeutschen Zeitung* berichtet auf der „Tunnelblick“-Tagung von einer investigativen Recherche im Baugewerbe. Gegenstand der Berichterstattung sei ein mittelständischer Mischbetrieb in Stuttgart gewesen. Dieser habe die Betonbranche durch Preisdumping buchstäblich „aufgemischt“.

Im Jahr 2008 habe er allerdings erfahren, mit welchen Methoden der Emporkömmling offensichtlich gearbeitet hat. Ein Informant habe ihm erzählt, dass in diesem Betrieb „billiges Zeug“, also „minderwertige Ware“ in den Beton hineingemischt würde. Dadurch würde der Beton zwar nicht sofort bröckeln, aber „statt 25 nur 12, 15 Jahre halten“, so Ritzer. Die „Hausmischung“ wurde als der Bau- und DIN-Norm entsprechend – und damit falsch – deklariert. Der SZ-Wirtschaftsjournalist veranschaulicht diese These mit einem Vergleich: „Du kaufst einen VW, bekommst aber einen Fiat.“

Mit dieser Beton-„Hausmischung“ seien laut Ritzer unter anderem Kindergärten, Schulen, die neue Messe in Stuttgart, Teile eines Nebengebäudes des Kernkraftwerks Neckarwestheim und das Mercedes-Museum gebaut worden. Letzteres habe später den deutschen Betonpreis verliehen bekommen.

Ein Fall, der „ins Leere läuft“

Ähnlich wie Christine Kröger glaubt Uwe Ritzer, dass seine Recherche gescheitert ist, weil der Fall „ins Leere läuft“. Eigentlich hätte der Journalist mit Klagen von Bauherrn und anderen möglichen Geschädigten gegen das von ihm beleuchtete Unternehmen gerechnet. Im Laufe der Zeit sei ihm jedoch klar geworden, dass nicht einmal die Konkurrenten innerhalb der Branche gegen den Mittelständler aus Stuttgart vorgehen würden.

Vielmehr habe eine Art Solidarisierung innerhalb des Baugewerbes stattgefunden – die Konkurrenz sei regelrecht abgetaucht. Selbst die potentiell geschädigten Auftraggeber hätten von der Geschichte nichts wissen wollen. Ritzer meint, diese Unternehmen wollten „offenbar auch nicht, dass man in diesen Markt hineinstiert“. Dies gelte auch für Architekten und Baufirmen, die mit dem Mischbetrieb nach wie vor zusammenarbeiten, ebenso wie öffentliche Auftraggeber. Auch die Staatsanwaltschaft in Stuttgart glänze nicht mit großem Aufklärungswillen.

Auf der Suche nach Gründen für dieses Verhalten hat Ritzer seine eigene Erklärung gefunden. Er glaubt, dass es für die Bauherren „peinlich“ sei, wenn beispielsweise ein „ausgezeichnetes Museum“ irgendwann anfangs zu bröckeln. Daher würde das Problem aktuell nicht offen diskutiert. Und wenn in ein paar Jahren die Bauschäden offensichtlich würden, seien viele Amtsträger nicht mehr in Amt und Würden, so Ritzer. Das Problem könnte somit an kommende Generationen vererbt werden.

Eine Ausnahme stelle in diesem Zusammenhang die Messegesellschaft dar. Sie habe das Problem ernst genommen.

„Eine totale Unsitte“

Ausgehend von seinem Beispiel beschreibt Uwe Ritzer diverse Strukturprobleme des investigativen Journalismus. Was die Arbeit in seinem Segment erschwere, sei vor allem die Auseinandersetzung mit PR-Agenturen. So habe die besagte Stuttgarter Mischfirma mit einer Kommunikationsagentur zusammengearbeitet, um sich medial beraten zu lassen. Die Agentur stilisierte die Skandalfirma in der Öffentlichkeit höchst wirksam zum armen, kleinen Mittelständler, der sich nun einer bösen Intrige

von neidischen, konkurrierenden Großkonzernen und der bösen SZ ausgesetzt sehe. Solche Wahrheitskosmetik sei inzwischen eine „totale Unsitte“ im Wirtschaftsjournalismus, so Ritzer. Er spricht von „PR-Söldnern“, die „in erster Linie Nebelkerzen werfen“.

Neben Agenturen könnten jedoch auch Journalisten selbst ein Hindernis bei investigativen Recherchen darstellen. Vor allem bei lokalen Themen seien investigative Reporter häufig auf sich alleine gestellt, so Ritzer. So habe er beispielsweise das Gefühl, dass die Nürnberger Regionalpresse heikle Wirtschaftsthemen mit lokalem Bezug oft „mit spitzen Fingern“ anfassen würde. Ritzer plädiert dafür, dass Journalisten mehr miteinander sprechen, anstatt offensichtliche Probleme zu ignorieren.

„Ein klassisches Spannungsfeld“

Von divergierenden Berufsauffassungen innerhalb der Medienbranche spricht auch Hajo Seppelt. Der ARD-Dopingexperte sieht sich und seine Arbeit laut eigener Aussage mit einem System konfrontiert, das kein Interesse daran habe, etwas zu ändern: „Es gibt die Medien, die wollen hohe Einschaltquoten. Es gibt die Sponsoren, die wollen ein Produkt verkaufen. Es gibt den Sportler, der genau weiß, dass er darüber private oder eigene Sponsoren bekommt. Und es gibt eine Reihe von Sportjournalisten, die kein Interesse daran haben, ihr eigenes Betätigungsfeld zu torpedieren.“ Ein weiterer Faktor sei die Politik, deren Protagonisten sich auch über den Erfolg von Sportlern profilieren würden.

Diese Gemengelage mache investigatives Arbeiten im Sport besonders schwer. Vor allem beim Thema Doping habe „niemand ein Interesse, dass diese Geschichte öffentlich diskutiert wird“.

Seppelt sieht sich deshalb als Teil einer kleinen Gruppe von investigativen Journalisten, die „durch Zufall im Sport sind“. Diese Reporter könnten auch in einem anderen Ressort tätig sein. Ein Großteil der Sportjournalisten sei jedoch „auf ganz andere Ziele hinaus: Das Produkt attraktiv verkaufen, hohe Einschaltquoten haben, Entertainment.“

Dieses „klassische Spannungsfeld“ innerhalb der Sportberichterstattung ist in Seppelts Augen eine Erklärung für die oft vorsichtige Herangehensweise so mancher Sportjournalisten.

„Ein gewisser Paradigmenwechsel“

Dennoch glaubt Seppelt, dass sich die Haltung der Sportmedien in den letzten Jahren zumindest teilweise geändert hat. Er hebt dabei vor allem die beim *WDR* ansässige *ARD*-Dopingredaktion hervor. Doch auch andere Redaktionen hätten erkannt, dass sich etwas ändern müsse: „Sport ist nicht nur Entertainment.“ Durch diesen „gewissen Paradigmenwechsel“ sei auch die Bevölkerung für das Thema Doping sensibilisiert worden.

Innerhalb der Sportwelt hingegen hätten sich die „Player“ nicht geändert. Seppelt plädiert daher für einen „Bewusstseinswandel im Sport“. Konkret hieße dies, man müsse „die Leute an der Spitze austauschen“. Sonst liefе alles weiter wie bisher – und auch die Dopingberichterstattung wäre zum Scheitern verurteilt.

Zum Scheitern verurteilt?

80 Prozent seiner Recherchen verliefen im Sande, sagt Hajo Seppelt. Warum scheitern investigative Recherchen so häufig? Darüber waren sich die drei Referenten einig:

Wer kritisch berichtet, muss mit starkem Gegenwind rechnen. Der dabei entstehende Druck kann Recherchen zum Scheitern bringen. Oder anders ausgedrückt: Eine Recherche, die nicht wasserdicht ist, ist zum Scheitern verurteilt. Schließlich muss davon ausgegangen werden, dass die kritisierten Akteure alles in ihrer Macht stehende dafür tun werden, die Thesen des investigativen Journalisten zu widerlegen. Sollte dies geschehen und der für den Mißstand Verantwortliche mit aller Kraft gegen die Berichterstattung vorgehen, so muss der investigative Journalist perfekt vorbereitet sein. Er muss seinen Verdacht begründen und seine Thesen belegen können. Ist dies nicht der Fall – entweder weil sich der Verdacht als falsch herausstellt oder weil der Beschuldigte dem Journalisten Fehler in seiner Arbeit nachweisen kann – ist die Geschichte zerstört.

Die Messlatte für investigative Journalisten liegt daher sehr hoch. Nur wenige investigative Recherchen schaffen es von der

ersten Idee zum druck- oder sendefähigen Beitrag. Wie der Fall Contador bei Hajo Seppelt zeigt, reichen 99 Prozent Sicherheit oft nicht aus, um einen kritischen Beitrag auch zu veröffentlichen. An der hohen Hürde der wasserdichten Quellenlage können viele investigative Recherchen scheitern.

Ein weiteres Hindernis bei investigativen Recherchen ist offensichtlich die Auseinandersetzung mit homogenen Interessengemeinschaften. Ob in der Politik, in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft: Kritische Berichtersteller stechen häufig in „Wespennester“, wie es eine Teilnehmerin der „Tunnelblick“-Tagung nannte. In solch verschworenen Gemeinschaften haben meist nur wenige ein Interesse daran, ihr Verhalten zu ändern. Stattdessen halten die Kritisierten zusammen und wehren sich gegen den Angriff von außen. Investigative Journalisten sind daher oft allein im Kampf gegen mächtige und einflussreiche Gruppen.

Auch an dieser gefühlten Machtlosigkeit können Recherchen scheitern. Bei der „Tunnelblick“-Tagung wurde deutlich, dass die anwesenden investigativen Journalisten vor allem diese Ohnmacht als besonders deprimierend empfinden. Viele kritische Reporter wollen schließlich nicht nur über etwas berichten – sie wollen auch etwas verändern. Dieser hohe Anspruch an die eigene Arbeit wird in der Realität allerdings oft enttäuscht.

Hajo Seppelt spricht offen über den dabei entstehenden Frust. Er habe an manchen Tagen „keinen Bock mehr“. Wenn man das System einerseits durchschaut habe, andererseits aber immer wieder feststellen müsse, dass sich nichts ändere, sei das „schon ein bisschen frustrierend“.

Christine Kröger versucht sich in solchen Momenten in Demut zu üben, indem sie zu sich selbst sage: „Ich habe getan, was ich konnte. Ich habe die Öffentlichkeit informiert. Und wenn daraus keine Konsequenzen folgen, dann kann und darf ich das nicht ändern – sonst hätte ich Politikerin werden müssen.“

Eine besondere Gefahr im investigativen Journalismus ist das Phänomen des Tunnelblicks. Wer bei seiner Recherche nur in eine Richtung schaut, läuft Gefahr, sich im Detail zu verlieren. Christine Kröger meint, es sei zwingend notwendig, dass sich investigative Journalisten tief in ihre Themen einarbeiten. Dabei gebe es jedoch stets das Problem, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Detailverliebtheit sei wichtig, aber sie gehe stets einher mit dem Risiko des Tunnelblicks.

Uwe Ritzer betont deshalb, wie wichtig es sei, im Team zu arbeiten. Wer mit Kollegen und „ganz normalen Menschen“ über seine Themen spreche, der verringere das Risiko des Tunnelblicks. Ritzer glaubt, dass investigativer Journalismus deshalb immer mehr zur Teamarbeit wird. Das Feedback von Kollegen sei ein notwendiges Korrektiv.

Hajo Seppelt führt noch einen weiteren Grund für das Scheitern investigativer Recherchen an: Die Gefahr für die eigene Karriere. Wer investigativ arbeite, gehe ein gewisses Risiko ein, so Seppelt. Der Preis des Scheiterns sei hoch. So hätte er selbst seinen Job womöglich „an den Nagel hängen können“, wenn es sich bei dem von ihm recherchierten Fall nicht tatsächlich um Alberto Contador gehandelt hätte. Mitstreiter für investigative Recherchen zu finden, sei unter diesen Umständen schwer.

Teilnehmer der „Tunnelblick“-Tagung stellen in diesem Zusammenhang die Frage, warum sich investigative Journalisten verschiedener Medien nicht häufiger verbünden würden, um gemeinsam Themen zu bearbeiten. So sei es doch beispielsweise denkbar, dass Lokaljournalisten mit überregionalen Magazinen kooperierten, um an Schlagkraft zu gewinnen, schlägt ein Teilnehmer vor.

Christine Kröger weist darauf hin, dass sie für manche Recherchen bereits mit Kollegen von Radio und Fernsehen zusammengearbeitet habe. Uwe Ritzer hingegen berichtet über problematische Erfahrungen mit Kollegen aus dem Lokalressort. Das Problem vieler Lokaljournalisten sei, dass sie, wenn sie kritisch berichten würden, am nächsten Tag die von ihnen kritisierten Akteure vor Ort wiedersehen könnten. So etwas müsse ein Journalist aber aushalten, meint Ritzer.

Ingolf Gritschneider bringt daraufhin den Vorschlag ein, über Netzwerk Recherche lokale und überregionale Journalisten zusammenzubringen

Beim Sport – ergänzt Hajo Seppelt – gebe es in seinem Segment nur wenige Journalisten, die Lust auf investigative Recherchen hätten. Trotzdem würde er nicht zum *Spiegel* oder zur *Süddeutschen Zeitung* gehen, um sich dort Unterstützung zu holen. Bei ihm überwiege letzten Endes doch der Ehrgeiz, „die Geschichte selber zu machen“.

Fazit: Investigativer Journalismus – „Das anstrengendste Ressort“

Am Ende der Veranstaltung fasst Hajo Seppelt zusammen: Das investigative Segment sei das anstrengendste Ressort im Journalismus. Der Druck von außen sei groß, man arbeite lange an einer Geschichte, bis sie „rund“ werde, und die Themen lägen nicht „auf der Straße“. Manchmal veröffentliche man lange Zeit überhaupt nichts – das erhöhe den Druck. Was investigative Journalisten jedoch auszeichne, sei eine große Neugier. Diese gehe allerdings einher mit einem unglaublichen Misstrauen.

Uwe Ritzer schließt mit einem Zitat, das investigativen Journalisten auch in frustrierenden Momenten Hoffnung machen könnte. Für ihn sei trotz aller Widrigkeiten der Weg das Ziel – er fände schließlich „nichts geiler als irgendetwas auszugraben.“

„Gesucht wird Mengele“

... und wie Felix Kuballa ihn nicht fand

Dokumentiert von Christian Wesener

Dies ist die Geschichte einer Recherche, die in ihrem Scheitern zum Erfolg geführt hat. Felix Kuballa berichtet von seiner Suche nach dem Massenmörder und KZ-Arzt Josef Mengele. Während der Recherchen – so der Autor – hätte sein „Tunnelblick“ ihm frühe Hinweise auf den Tod Mengeles verstellt und ihn zu der Überzeugung geführt, den Aufenthaltsort Mengeles zu kennen – bis dessen Leichnam in weit entfernten Breitengraden exhumiert worden sei.

INTERVIEW

Felix Kuballa, ehem. WDR-Autor

Moderation:

Gert Monheim, ehem. WDR-Redakteur

Im Vortrag wird deutlich, wie es dennoch gelang, auf Grundlage dieses Irrtums eine ARD-Dokumentation für die Reihe *Gesucht wird...* zu produzieren – für die Felix Kuballa zu guter Letzt mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet wurde.

Die Analyse dieses „Scheiterns“ erfolgt in drei Schritten:

- 1 der Anlass der Recherchen nach dem Verbleib des KZ-Arztes
- 2 die Entwicklung, die diese Recherchen nahmen
- 3 die Reaktion Kuballas auf seinen Irrtum.

Die Ausgangssituation

Als Felix Kuballa 1985 die Recherchen aufnahm, war er bei weitem nicht der Erste, der versuchte, sich an die Fersen des untergetauchten KZ-Arztes zu heften. Dennoch begann seine Suche zu einem Zeitpunkt, zu dem – wie Kuballa selbst sagt – „so viel über Mengele geredet wurde, wie noch nie“. Unter anderem wurde zu dieser Zeit weltweit ein hohes Kopfgeld auf Mengele ausgesetzt.

Außerdem stand in jenen Tagen der Staatsbesuch des paraguayischen Diktators Alfredo Strössner in Deutschland an, der im Lande große Kontroversen auslöste. Und es deutete vieles darauf hin, dass Mengele in den 80er Jahren in Paraguay unter dem Schutz des Diktators gelebt haben könnte.

Kuballas Motivation war entsprechend, nicht nur den damals in aller Munde kursierenden Fall Mengele aufzuklären, sondern Strössner mit harten Fakten einen „Begrüßungsfilm“ zu bereiten, der am Vorabend des Staatsbesuchs ausgestrahlt werden sollte. Das Regime Strössners sollte als eines dargestellt werden, das dem weltweit gesuchten Massenmörder Mengele Zuflucht gewährte.

Es sollte alles ganz anders kommen, nur ahnte Felix Kuballa das zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Recherche I – Ermittlungen in Deutschland

Kuballas Recherchen lagen von Anfang an handfeste Hinweise auf den Verbleib Mengeles zu Grunde.

Zum einen gab es bereits einiges an Materialien über Mengele. Viele Geschichten hatten sich zwar im Laufe der Jahre auch als Sackgassen erwiesen – wenige Menschen sind so oft totgesagt worden wie Josef Mengele –, aber es gelang Felix Kuballa hier die Spreu vom Weizen zu trennen, Zeugen aus NS-Zeiten zu finden und die Gräueltaten Mengeles während der NS-Zeit und die ersten Jahre danach zu rekonstruieren. Zum anderen galt es, Mengeles Weg nachzuvollziehen, nachdem dieser im Ausland untergetaucht war. Dabei hielt Kuballa sich – wie er es selbst formuliert – an die Hegel- und Brechtsche Devise: „Die Wahrheit ist konkret.“

Und die Wahrheit scheint sogar konkreter und simpler gewesen zu sein, als man auf Grund der allgemeinen Sachlage hätte meinen sollen. Felix Kuballa musste schlicht einige Hinweise verifizieren.

Mengel musste sich 1949 unter falschem Namen abgesetzt haben. Um das zu erreichen, benötigte Mengele also einen neuen

Pass. Den stellte das Internationale Rote Kreuz (IRK) nach dem Krieg aus, da viele Menschen ihre Unterlagen verloren hatten.

Kuballa wusste, dass Mengele unter anderem den Decknamen Helmut Gregor verwendete. Da das IRK sich zunächst der Geheimhaltungspflicht wegen sträubte, zu bestätigen, dass ein Josef Mengele bei ihnen neue Papiere bekommen hätte, fragte Kuballa allgemeiner, ob in ihren Akten ein Herr Gregor oder Gregorie, mit Vornamen Helmut, registriert sei. Das bejahte das IRK. Ein erster Erfolg für Kuballa, der das IRK im weiteren Verlauf auch davon überzeugen konnte, dass es für das Prestige der Hilfsorganisation besser sei, wenn sie ihn bei der Suche nach einem Massenmörder konstruktiv unterstützten. Er durfte das Beweismaterial schließlich abfilmen.

Nun galt es, herauszufinden, wohin Mengele zunächst gegangen war. Eine häufig gehörte Annahme war Buenos Aires. Wieder war die Lösung des Rätsels so erstaunlich simpel, dass die Ernsthaftigkeit, mit der die Geheimdienste Ende der 50er Jahre ermittelten, alleine deshalb schon in Frage zu stellen ist. Über das Büro des zu dieser Zeit aus Buenos Aires korrespondierenden Kollegen Nikolaus Brender ließ Felix Kuballa im Telefonbuch recherchieren. So erhielt er in kürzester Zeit die Information, dass ein Josef Mengele im Telefonbuch von 1960 aufgeführt wurde, inklusive der Adresse des Wohnortes. Die erste heiße Spur war gefunden.

Weitere Recherchen brachten Felix Kuballa jedoch nicht, wie vielleicht anzunehmen wäre, direkt nach Lateinamerika, sondern unter anderem ins süddeutsche Günzburg.

Von dort stammte Josef Mengele. Hier lebte noch seine Familie, die dort lange Zeit ein mittelständisches Unternehmen geführt hatte. Sie hatte mit einigen Freunden Josef Mengele unterstützt, nachdem dieser aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt und bald darauf untergetaucht war.

Felix Kuballa erreichte auch hier, dass öffentliche Behörden – in diesem Falle der Bürgermeister – seine Suche unterstützen. Er bekam vom Bürgermeister einen Brief, in dem alle Befragten aufgefordert wurden, im Sinne der Stadt Kuballa bei seiner Recherche zu unterstützen. Damit gelang es ihm unter anderem den Prokuristen der Mengeles, Hans Sedlmeier, vor die Kamera

zu locken. Dieser war über lange Zeit der Mittelsmann von Mengele in Lateinamerika – auch wenn er sich dazu vor der Kamera nicht äußerte.

Kuballa schaffte es, Mengeles erste Frau Irene für ein Gespräch zu gewinnen, wenn auch ohne Kamera. Nach einem Autounfall schwer angeschlagen machte diese auf Kuballa einen desolaten Eindruck. Sie gab ihm zwar bereitwillig Auskunft, aber auf die Frage, wo sich der KZ-Arzt denn nun befinde, antwortete sie lediglich: „Der ist doch vor drei Jahren abgestorben.“

Kuballa glaubte ihr zwar, dass sie selbst von dieser Aussage überzeugt war, sah in ihr jedoch auch das schwache Glied in der Mengelschen Sippschaft. Diese hatten schon zu Zeiten, da Mengele sich noch in Deutschland aufhielt, gezielt Gerüchte gestreut, dass Mengele im Osten verschollen sei. Für Kuballa lag an dieser Stelle die Vermutung nahe, dass die Familie die Exfrau Mengeles gezielt fehlinformiert hatte, um sich selbst vor weiteren Fragen nach dem Mörder in der Familie zu schützen.

Dieser Verdacht wurde auch von anderer Seite genährt. Für Mengele, der sich in Argentinien seinerzeit in ein Pharma-Unternehmen eingekauft hatte, wurde im Rahmen der deutschen Ermittlungen 1959 ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft in Freiburg ausgeschrieben und später auch ein Auslieferungsgesuch an Argentinien gestellt. Mengele setzte sich daraufhin nach Paraguay ab. Dort erhielt er unter dem Namen José Mengele die paraguayische Staatsbürgerschaft und soll für Paraguays Diktator Strössner immer wieder als Leibarzt fungiert haben.

Für Kuballa sprach 1985 alles dafür, dass Mengele sich dort weiterhin aufhielt – und er nicht ertrunken war. Bestärkt wurde er darin durch einen Oberstaatsanwalt in Frankfurt, der behauptete, „er haben Beweise für die physische Existenz von Mengele in Paraguay.“ Mit diesen Erkenntnissen brach Felix Kuballa mit einem Kamerteam zu Kontaktmännern nach Paraguay auf.

Recherche II – Paraguay

Felix Kuballa tarnte seine Recherchen in Paraguay. Er gab offiziell an, anlässlich des nahenden Staatsbesuchs von Diktator Strössner einen Film über Deutsche in Paraguay zu drehen. Zwei

Wochen durfte er in Paraguay arbeiten, musste aber alle zwei Tage seine Dreherlaubnis erneuern lassen.

In Paraguays Hauptstadt Asunción angekommen, quartierte er sich in dem Hotel ein, das vom ehemaligen SS-Untersturmführer Wilhelm Sassen betrieben wurde. Hier hoffte Kuballa auf Mengele nahestehende Personen aus dem Umfeld geflohener Nationalsozialisten zu treffen.

Da Kuballa wusste, dass er rund um die Uhr überwacht wurde, fanden die Gespräche, die er in diesen Tagen führte, niemals am Telefon und immer nur im Freien statt. Unter anderem interviewte Kuballa in dieser Zeit einen Professor der katholischen Universität, der sich als wichtiger Informant und ortskundiger Fremdenführer erwies. Dieser zeigte ihm unauffällig wichtige Orte, wie das Folterzentrum oder den Wohnsitz des paraguayischen Präsidenten Strössner.

Und er brachte Kuballa mit Leuten aus dem Mittelbau der Staatspartei zusammen, die Kuballa berichteten, Mengele werde von Strössner gedeckt, er lebe in Mato Grosso, nahe der brasilianischen Grenze und er werde von Strössner immer dann konsultiert, wenn dieser gesundheitliche Probleme habe. Weitere Gesprächspartner aus der Justiz konnten bestätigen, dass Mengele in Paraguay eingebürgert worden war. Kuballa sah sich am Ziel seiner Recherchen.

Kuballa und sein Kameramann filmten die Villa in einem waghalsigen Unternehmen unbemerkt aus der Hüfte, vor den Augen der mit dem plötzlichen Auftauchen der beiden Journalisten völlig überforderten Wachleute. Sie entgingen dabei nur knapp einer Eskalation, als einer der Wachmänner mit der Waffe im Anschlag auf sie zuing.

Mit diesem heiß erkämpften Material und den entscheidenden Zeugenaussagen im Gepäck kehrte Felix Kuballa gute Dinge nach Deutschland zurück. Das Material zum „Begrüßungsfilm zum Staatsbesuch“ schien perfekt und musste nur noch zusammengeschnitten werden.

Wenn eine „todsichere“ Story platzt

Was aber dann geschah, zerstörte Felix Kuballas Recherchen von einem Moment auf den anderen. Während sein Film über Mengele weitgehend fertiggestellt war, erreichte ihn zu Fronleichnam – am 06.06.1985 – der Anruf eines Kollegen aus Günzburg. Dieser erzählte ihm, dass in Brasilien der Leichnam eines Mannes exhumiert werde, der unter falschem Namen beerdigte Josef Mengele sein sollte.

Zunächst dachte sich Kuballa nichts weiter – dass Mengele zigfach totgesagt und dann als wieder verschwunden galt, war schließlich bereits Bestandteil des Films.

Dann aber keimten erste Zweifel. Irgendetwas sagte Kuballa, dass seine Recherche ins Wanken geriet. Er rief einen befreundeten Kameramann in Brasilien an und der bestätigte ihm, vor Ort sei die Hölle los. Die Amerikaner würden bereits sämtliches Filmmaterial aufkaufen. Überall seien Kamerateams.

Das beruhigte Kuballa zunächst. Noch war er von seiner Beweisführung überzeugt. Und es schien für ausreichend gutes Filmmaterial gesorgt, das sich aktuell noch wunderbar in seinen Film über die wieder mal erfolglose Jagd nach Mengele einbauen lassen würde.

Die Untersuchungsergebnisse in Brasilien aber wurden immer konkreter. Der Leichnam gehörte einem unter dem Namen Wolfgang Gerhard begrabenen Mann. Nach und nach schlossen die Forensiker aus, dass es sich bei den Gebeinen um die einer Frau handeln könnte und dass der Tote einer nichteuropäischen Rasse angehört habe. Im Laufe der weiteren Tage wurde klar, dass Größe und Alter auf Mengele zutrafen. Und es wurden weitere Details bekannt, zum Beispiel, dass der Leichnam eine Beckenanomalie hatte. Felix Kuballa wusste, dass Mengele im Zweiten Weltkrieg bei einem Motorradunfall einen Beckenbruch erlitten hatte, der schlecht verheilt war.

Jetzt wurde Kuballa nervös. Er setzte sich mit dem Frankfurter Oberstaatsanwalt in Verbindung. Von diesem erfuhr er, dass die Staatsanwaltschaft inzwischen eine Hausdurchsuchung bei dem Prokuristen Sedelmeier durchgeführt hatte. Dort fand sie hinter einer versteckten Tür Briefe von einem gewissen Onkel

Beppo. Darunter auch ein Brief über Onkel Beppo, der beim Baden 1979 im brasilianischen Embu, nahe São Paulo, ertrunken und unter dem Namen Wolfgang Gerhard beerdigt worden sein sollte. Über diese Recherchen kam es zur Exhumierung des besagten Gerhard, alias Josef Mengele.

Umdenken

Felix Kuballas Recherchen in Paraguay waren zunichte. Spätestens nachdem bekannt wurde, dass Josef Mengeles Sohn Rolf die Geschichte seines Vaters der *Bunten Illustrierten* verkauft und dem Blatt dabei berichtet hatte, dass er nach dem Tod von Josef Mengele 1979 denselben identifiziert hatte, war der Sachverhalt klar.

Felix Kuballa musste seinem zuständigen Redakteur eingestehen, dass sein Film gescheitert war. Er nahm sich ein Wochenende Zeit und überlegte, ob und wie sein Film noch zu retten war.

Der Ansatz, den er danach verfolgte, sah wie folgt aus: Er setzte einen ehemaligen *SWR* Kollegen – einen pensionierten Journalist, der in Brasilien lebte – auf die aktuellen Geschehnisse vor Ort an. Immer mehr Menschen erschienen in diesen Tagen, die Mengele gekannt hatten, mit ihm befreundet waren, mit denen er gearbeitet hatte. Zeitgleich zu den Arbeiten des Kollegen vor Ort begann Kuballa, seinen Film umzuschneiden. Beide standen in ständigem Kontakt miteinander, alle neuen Informationen wurden sofort mit in die Planung aufgenommen und danach Direktiven für neue Bilder und Interviews gegeben.

In kürzester Zeit hatte Felix Kuballa seinen Film umgebaut – ab jener Stelle, da er Mengele ursprünglich weiterhin in Paraguay vermutete. Mit Hilfe des Kollegen vor Ort konnte Kuballa nachzeichnen, wie Mengele Anfang der 70er Jahre bereits nach Brasilien abgetaucht war und wie und mit wem er dort seine Zeit verbrachte, bis er 1979 durch einen Schlaganfall erkrankte.

In drei Lieferungen kam das Material nach Deutschland. Donnerstag, den 27. Juni, wurde der Film fertig. Um 20:10 Uhr lieferte Kuballa ihn im Studio ab, 20:17 Uhr begann die Ausstrahlung. Einen Tag später als das *ZDF*, das mit einem Interview mit Rolf

Mengele bereits über den Sensationsfund und seine Hintergründe berichtet hatte.

Felix Kuballa erhielt auf Grund seiner tiefgehenden Recherchen 1986 den silbernen Grimme-Preis für seinen Film „Gesucht wird... Josef Mengele“.

Fazit

Als entscheidender Fehler in Felix Kuballas Recherchen ist seine Einschätzung Irene Mengeles zu sehen. Diese lieferte ihm bereits zu einem frühen Zeitpunkt den wichtigen Hinweis, dass Josef Mengele einige Jahre zuvor ertrunken war.

In Kuballas „Tunnelblick“ aber passte diese Annahme nicht hinein. Mengele wurde gerade in jenen Tagen um 1985 so intensiv gesucht wie nie zuvor. Und das von Regierungen weltweit. Konnten die so irren, dass sie einen Toten jagten? Außerdem waren da noch die Behauptung des Frankfurter Oberstaatsanwaltes, dass es „Beweise für die physische Existenz von Mengele gebe“ und die glaubwürdigen Aussagen der Funktionäre in Paraguay, die den Aussagen einer Frau in schlechter Verfassung gegenüber standen.

Nicht zuletzt waren da die vielfachen Irrtümer bei der Suche nach Mengele, der mehrfach totgesagt wurde – für den es aber immer wieder Hinweise gegeben hatte, dass er noch lebte. Sei es, weil Journalisten oder Ermittler und Geheimdienste wie die CIA versuchten, eigenes Versagen zu vertuschen oder eigene Interessen zu wahren. Oder sei es, weil Familie, Angehörige und Freunde Mengeles diesen auf solche Weise zu decken versuchten.

Gerade die Tatsache, dass Mengele in den ersten Jahren der Nachkriegszeit von vielen Seiten gedeckt worden war, erschwerete die Suche nach ihm und trübte den Blick aller Beteiligten.

Als Lehre aus Felix Kuballas beinahe kompletten Scheitern bleibt folglich nur die grundlegendste aller Regeln des investigativen Journalismus festzuhalten:

Dass alle Hinweise, die sich im Laufe einer Recherche ergeben, zu prüfen und gegenzuprüfen sind. Die Hinweise, die scheinbar nicht in das Raster passen, müssen auf ihre mögliche Richtigkeit hin nachvollzogen werden. Und andere, welche scheinbar überzeugend sind, müssen dennoch kritisch hinterfragt werden. Letztlich ist es am Journalisten selbst, seine Arbeit und sich selbst immer wieder kritisch zu reflektieren.

Das aber ist wohl gleichzeitig die schwerste aller Regeln, nicht nur, weil bestimmte Fehler in der Nachschau einfach deutlicher zu erkennen sind als während des laufenden Rechercheprozesses, sondern auch, weil trotz noch so hoher journalistischer Prinzipien immer eine eigene Theorie oder Intention mitschwingt.

So erwiderte Kuballa selbst ehrlicher Weise auf die Frage, was er aus dieser gescheiterten Recherche gelernt habe:

„Da kann ich ihnen nur eine hilflose Antwort geben: Trau nie einem besoffenen Staatsanwalt und traue überhaupt nichts und niemandem. Aber das hilft ja nicht, man tut es ja doch, es geht ja nicht anders. Wir entscheiden uns ja alle immer irgendwann [wem wir trauen], und ich habe ja nun wirklich Monate lang an Mengele gearbeitet. Ich habe nirgendwo eine Lücke gefunden, bei der ich hätte sagen müssen, hättest Du da intensiver recherchiert, wäre Dir klar geworden [dass Du da auf dem Holzweg bist]. Es kann leider immer wieder passieren.“¹

Die Geschichte Kuballas birgt noch eine weitere Moral: Wenn eine Recherche gescheitert ist, ist es unsinnig, zu versuchen, der eigenen Eitelkeit halber den Fall so zu verbiegen, dass er plausibel sein könnte.

Am Rande der Diskussionsrunde berichtet Kuballa von Kollegen, die mit Schuld an den vielen Totsagungen oder Legendenbildungen um Mengele tragen, weil sie nicht einräumen wollten, dass sie sich in ihrer Recherche geirrt hatten und so schlicht Falschmeldungen in die Welt setzten.

1 Inhalte in den eckigen Klammern sind sinngemäße Ergänzungen durch den Autor des Textes

Kuballas Bereitschaft, sich sein Scheitern einzugestehen und sein Konzept neu zu definieren, wurde letztendlich mit dem Grimme-Preises belohnt.

Gleichwohl gehörte dazu eine gehörige Portion Glück: Wäre der Leichnam des ehemaligen KZ-Arztes nur ein halbes Jahr später exhumiert worden, hätte Felix Kuballa eine weitere Legende um Josef Mengele gestrickt.

Von Manipulation und Einschüchterung

Die Hürden eines Auslandsreporters

Dokumentiert von Anna-Katharina Stracke

Als Auslandsreporter zu arbeiten klingt für viele verlockend. Doch gerade bei der Recherche im Ausland stehen Reporter und Korrespondenten manchmal unverhofft vor Hürden, die sie vorher anders eingeschätzt oder die sich bei der Recherche völlig unerwartete aufgetan haben.

WORKSHOP

- **Hans-Josef Dreckmann**,
ehem. ARD-Fernsehkorrespondent
- **Peter-Josef Bock**,
ehem. ARD-Hörfunkkorrespondent
- **Martina Keller**, Freie Autorin
- **Markus Grill**, *Der Spiegel*

Moderation:

Albrecht Reinhardt,
ehem. WDR-Auslandschef

Manipulierte Augenzeugen in einer gesteuerten Kriegsberichterstattung

Zum Auftakt wird ein für manipulierte Kriegsberichterstattung besonders aussagekräftiger *Weltspiegel*-Beitrag von Stephan Stuchlik gezeigt¹. Der Reporter dokumentierte in seinem Film über den Georgienkrieg 2008 eindrucksvoll, wie die jeweiligen Kriegsparteien „Augenzeugen“ vor Kameras und Mikrophone schicken. Diese

Augenzeugen weisen sich selbst als Opfer der jeweils anderen Kriegspartei aus und berichten über deren angebliche oder tatsächliche Gräueltaten. Immer wieder werden weinende Frauen gezeigt, oft mit kleinen Kindern, die natürlich besonders großes Mitleid erregen sollen. Den Wahrheitsgehalt ihrer Gräuelperichte können die Journalisten oft nicht oder zumindest nicht innerhalb der für die Aktualität zur Verfügung stehenden Zeit überprüfen.

¹ Stephan Stuchlik musste die Teilnahme an dem Seminar wegen einer plötzlichen Erkrankung absagen.

Stephan Stuchlik nahm sich diese Zeit für den *Weltspiegel*. Nach der Aussage einer Frau hatten Soldaten in einer Kirche Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen. Doch die so konkret beschriebene Kirche existierte in Wahrheit gar nicht. Wer also ohne Gegenrecherche den O-Ton dieser Frau verbreitete, hatte – wenn auch unfreiwillig – falsch berichtet. Zeitdruck und der Hang zur Emotionalisierung machen es, wie Stuchlik in seinem Beitrag zeigt, für kleine und große Machthaber relativ leicht, die Berichterstattung zu manipulieren und die Journalisten in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Kriegs- und Konfliktsituationen, in denen die allgemeine Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, bieten ideale Voraussetzungen für solche Manipulationen.

Kampagnenjournalismus oder „wir retten die Welt“

Die vielfältigen Fallen des Kampagnenjournalismus werden in der allgemeinen Diskussion am Beispiel der angeblich drohenden nationalen Hungersnot in der Sowjetunion im Winter 1990 erörtert. Damals wetteiferten die bundesdeutschen Zeitungen ebenso wie die privaten und öffentlich-rechtlichen Medien im Verein mit diversen Hilfsorganisationen geradezu darum, wer die Katastrophe im letzten Moment noch abwenden und wer dafür die meisten Spenden eintreiben kann. Deshalb berichteten die deutschen Fernsehsender damals täglich in den Nachrichten und in Sondersendungen. Den Höhepunkt aber stellten sogenannte große Spendengalas dar. Der Tenor der Berichterstattung stand natürlich von Anfang an fest: Hunger, Elend ohne Ende. Damit war nahezu recherchefreier Journalismus gefragt, denn eine nuancierte Berichterstattung wäre dem erhofften Spendenzufluss nur hinderlich gewesen. Es war ein böses Beispiel für eine selbstverschuldete Verstrickung in eine von Politik und Hilfsorganisationen gesteuerte Kampagne, in der auch der *WDR* keine rühmliche Rolle gespielt hat. Hier hatte der Rat von Hajo Friedrich, dass der Journalist sich auch mit einer angeblich guten Sache nicht gemein machen solle, tatsächlich seine Berechtigung.

MARTINA KELLER / MARKUS GRILL RECHERCHEHÜRDEN IN DER UKRAINE

Was es heißt, bei der Recherche an seine Grenzen zu stoßen, haben Martina Keller und Markus Grill während der vorgestellten Ukraine-Recherche gemerkt. Sie sind beide Print-Journalisten und recherchierten die Verwertung von Leichenteilen für den internationalen Medizinmarkt. Gemeinsam fanden sie heraus, dass eine deutsche Firma sich in der Ukraine Leichenteile beschafft, sie importiert, teilweise verarbeitet und in die USA weiterleitet.

Die Autoren Martina Keller und Markus Grill berichten von ihrer Recherchereise und von der Unzulänglichkeit der Vorbereitungen: Die Recherchezeit war mit fünf Tagen zu kurz angesetzt. Allein für die Reisezeiten innerhalb des Landes brauchten sie mehr Zeit als erwartet. Da sie weder russisch noch ukrainisch beherrschten, benötigten sie einen Stringer und Übersetzer. Da aber der einheimische Kollege das hartnäckige Befragen der teilweise offiziellen Interviewpartner nicht gewöhnt war, dauerte es eine Weile, bis die Rollenverteilung bei Interviews geklärt war. In der anschließenden Diskussion darüber wurde noch eine weitere Schwierigkeit herausgearbeitet: Ausländer kommen und gehen – der Einheimische bleibt. Es ist für ihn viel gefährlicher und deshalb muss er viel vorsichtiger sein als die ausländischen Reporter, denn er lebt – wie z.B. in der Ukraine – in einem Staat, in dem autoritäre Strukturen das öffentliche Leben beherrschen.

Kein Druckmittel gegen Recherchebehinderung

Daneben stießen die beiden Journalisten aber auch auf Hürden, die sich vor Auslandsreporten immer wieder auftun: Interviews mit offiziellen Stellen wurden verweigert, der Zugang zu rechtsmedizinischen Instituten und den ukrainischen Partnerunternehmen der deutschen Firma blieb ihnen versperrt. Vieles konnten sie nicht in Augenschein nehmen. Dies widerfährt zwar auch Journalisten, die im Inland arbeiten – doch im Ausland hat man noch weniger Druckmittel, Öffentlichkeit herzustellen und die Recherchebehinderung zu thematisieren. Zwar haben Martina Keller und Markus Grill ihre Recherche am Ende im *Spiegel*

veröffentlicht, gut lesbar und aufklärerisch, doch Markus Grill sagt heute: „Wir sind nicht so weit gekommen wie gewünscht.“

PETER-JOSEF BOCK

DAS TÄGLICHE BROT DES AUSLANDSKORRESPONDENTEN

Recherche, erzählt Peter-Josef Bock, sei während seiner Zeit als Hörfunk-Korrespondent für die *ARD* in Moskau (1994-1998) im Tagesgeschäft oft auf der Strecke geblieben. Seine besten Quellen waren neben den russischen Nachrichtenagenturen *Interfax* und *Itar Tass*, Zeitungen wie *The Moscow Times* und Radiosender wie *Echo Moskwy* gewesen. Danach habe das Internet die Berichterstattung erheblich beschleunigt. Der Druck auf die Korrespondenten – zumal auf die des Radios – sei enorm gestiegen. Viele Meldungen seien überhaupt nicht zu verifizieren gewesen. Besonders problematisch sei in diesen Fällen die Kommentierung, also die Einordnung und Bewertung. Kommentiert man am Ende ein Ereignis, das so gar nicht stattgefunden hat?

Vor Ort sein und trotzdem nichts verstehen

Gründliche, tiefer gehende Recherche seien nur bei Reportagefahrten möglich gewesen. Und selbst dann sei es schwierig, vor Ort die „Wahrheit“ herauszufinden. Bock erinnert sich an eine Recherche in Grosny. Während des Tschetschenienkriegs beobachtete er vor Ort 20-30 junge und alte Männer, die in Ruinen und Trümmerfeldern der zerstörten Stadt tanzten. Er fragte sich: Was hat der Tanz bedeutet und was wollten die Männer damit ausdrücken? „Ich habe nur an der Oberfläche gekratzt. Das Fremde blieb mir verschlossen“, sagt Bock heute noch über die Szene. Wie aber sollte er über den Krieg, seine Ursachen und seine Grausamkeiten berichten, wenn ihm die Gefühls- und Gedankenwelt der tschetschenischen Männer fremd blieb, die in einer Kampfpause scheinbar unberührt vom Krieg auf offener Straße tanzten.

HANS-JOSEF DRECKMANN**VERDECKTE RECHERCHE UND ZEUGENSCHUTZ**

1980 – in Uganda ist Wahlkampf. Milton Obote ist Präsidentschaftskandidat und wird zu dem Zeitpunkt von der SPD in Deutschland unterstützt. In Uganda wütet jedoch seine Armee gegen die Bevölkerung. Hans-Josef Dreckmann war Anfang der achtziger Jahre Korrespondent für das *ARD* Fernsehen in Afrika und recherchierte die Geschichte von Nairobi aus. Er suchte nach Beweisen für die schrecklichen Taten. Dreckmann bekam einen Hinweis und fuhr mit seinem Team nach Uganda. Er interviewte einen kleinen Jungen, der vorgab, nach einem Massaker zu den Leichen geworfen worden zu sein, und anschließend unentdeckt entkommen war. Um das zu überprüfen, ging Dreckmann nachts mit dem Leiter ins Leichenschauhaus und sah wie ein LKW tatsächlich Leichen abkippte. Drehen durfte er dort nicht. Aber er war fest entschlossen, dass er über dieses Massaker berichten musste.

Wie aber konnte er das tun, ohne seine Quellen zu verraten und im schlimmsten Fall seine Informanten ans Messer zu liefern? Denn die Botschaft Ugandas in der Bundesrepublik verfolgte die Berichterstattung genau. Hans-Josef Dreckmann: „Wie schütze ich den deutschen Botschafter, der mir den Kontakt zum Leichenschauhaus vermittelt hatte, und wie den kleinen Jungen?“ Dreckmann und die *Weltspiegel*-Redaktion fanden einen Weg und der Beitrag wurde gesendet. Daraufhin stoppte die Bundesrepublik die Entwicklungshilfeszahlungen an Uganda. Die *ARD*-Mitarbeiter waren in Uganda ein Jahr lang „Persona non grata“. Dennoch würde Dreckmann heute wieder so handeln und über die Morde in Uganda berichten.

Stringer, doppelte Loyalität und gute Netzwerke vor Ort

Gute Verbindungen sind gerade im Ausland und vor allem in Staaten, die nur auf dem Papier demokratisch sind, ein essentielles Instrument, um an Informationen zu kommen. Deswegen ist es besonders wichtig, auf gute Netzwerke zurückgreifen zu können, wenn Korrespondenten neu in ein Studio kommen. Aber es muss je nach Land und Regime auch differenziert werden:

Zum Beispiel waren die *ARD*-Büros in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten mit sehr guten und hochqualifizierten Ortskräften ausgestattet – Kameraleuten, CutterInnen, redaktionellen Mitarbeitern. Aber sie standen bis zum Zusammenbruch des Ostblocks zumeist auch im Dienste der jeweiligen Geheimdienste. Sie trugen also auf zwei Schultern – dienten dem eigenen Staat und den Korrespondenten. Diese doppelte Loyalität und ihre Folgen für die Berichterstattung – die Gefahr der Überwachung mit dem Ziel, die Berichterstattung zu manipulieren oder sogar zu verhindern – konnte nur noch kurz angesprochen werden. Eigentlich schade, denn unter diesen Bedingungen haben Auslandskorrespondenten über dreißig Jahre aus den Ländern Osteuropas und der DDR fast täglich berichtet. Und berichten sicherlich auch heute noch Korrespondenten aus Staaten, die von autoritären Regimen beherrscht werden.

„Eine ganz und gar nicht gescheiterte Tagung!“

Von Prof. Holger Wormer

Die Zusammenfassung von rund 65 gezählten und gefühlten 100 Referenten-Beiträgen aus 20 Panels, die meistens in zwei (dem Titel der Tagung folgend) durch „lange Tunnel“ getrennten Räumen stattfinden – das kann nur ein Musterbeispiel einer gescheiterten Recherche, sozusagen eine Art „Höhepunkt der Tagung über das Scheitern“ werden.

RESÜMEE

Prof. Holger Wormer,
Institut für Journalistik – TU Dortmund

Als Freund von Teamrecherchen bleibt da nur der Ausweg, sich einen Mitverantwortlichen zu suchen, der sich nicht wehren

kann – in diesem Fall den leitenden Redakteur unseres Medien-Doktor-Projekts an der Dortmunder Uni, Marcus Anhäuser. Dadurch ließ sich zumindest das Problem des Raum-Zeit-Tunnels der Parallelveranstaltungen lösen.

Nach kurzem Blick auf die Akteurskonstellation der Tagung entstand ein Plan zur Gliederung der Recherche für dieses Resümee. Dabei fiel auch die Entscheidung, allzu anekdotisches hinten an zu stellen, um sich als „harter Reporter“ an möglichst „harte Fakten“ zu halten. Diese wiederum möchte ich im Folgenden in zwei Gruppen gliedern:

- 1 Die Diagnose – oder: Einige Gründe für das Scheitern.
- 2 Die Therapie – oder: Was man gegen das Scheitern tun kann.

Die Diagnose: Einige Gründe für das Scheitern

Als einer der ersten Gründe für das Scheitern wurde unter anderem von Thomas Walde, aber auch von Hans Leyendecker, die „eitle Selbstüberschätzung“ des Journalisten genannt. Das sich verheben auch angesichts des Drucks von allen Seiten: des

Drucks der Auflage, des Drucks der Quoten, des Drucks der Zeit, des Drucks der Ressourcen generell.

Eine weitere Form des Drucks kam beim Fall Sebnitz ebenso zur Sprache wie etwa in einem Beispiel des Medien-Doktor. Die medizin-journalistische Recherche einer Online-Journalistin war nicht zuletzt von jenem Druck beeinflusst, das haben zu müssen, was die anderen [Medien] wahrscheinlich auch haben werden. Denn wer kennt sie nicht, diese schöne Frage der Chefredaktion in der Morgenkonferenz: „Warum haben wir das nicht?“ Und dann antworten sie mal: „Weil es Quatsch ist.“ Das glaubt Ihnen im eigenen Hause meist sowieso keiner, im Zweifel hält man es jedenfalls eher für eine faule Ausrede, weil Sie in Wahrheit ja wohl nur das Thema verpennt haben.

Bei Sebnitz ebenso wie bei den Hitlertagebüchern stellte sich als wesentlicher Grund des Scheiterns die Bereitschaft heraus, vor allem zu glauben, was man gerne glaubt. Wer gerne Schokolade isst, wird – entgegen aller medizin-journalistischen Kenntnisse – womöglich gerne der Studie glauben, wonach das Zeug höchst gesund ist. Und so wischten auch andere, wie wir im Falle der Hitlertagebücher gehört haben, alle Warnsignale vom Tisch. Eben immer dem sorgsam gehegten Glauben folgend, dem sich selbst jeder Warnhinweis unterordnen musste und der – auch wenn es noch so abwegig war – passend umgedeutet wurde.

Der mit solchen Symptomen verwandte Bekenntnisjournalismus wurde ebenfalls thematisiert und – oft eng verbunden damit – die Versuchung, in der Recherche lieber David als Goliath zu glauben. Denn welcher Journalist versteht sich nicht gelegentlich gerne als Anwalt der Schwachen?

Manchmal sind es aber auch nicht die Journalisten und ihre Welt selbst, sondern andere, nämlich die Objekte und Subjekte der Recherche, die gezielt zum Scheitern von Journalisten beitragen. Dazu gehört der Fall einer *WDR*-Kollegin, die sich bei ihrer Recherche zum Leukämierisiko durch AKWs mit einem erstaunlich zugewandten rheinisch-westfälischen Energiekonzern konfrontiert sah: Sie wurde Opfer einer Art von jenen Umarmungen, bei denen Konzerne Journalisten mit Informationen überhäufen, sie derart mit Material zumüllen, dass man kaum noch Luft holen kann – und womöglich kaum noch riecht, wo es in all dem Müll eigentlich am meisten stinkt.

Auch die gegensätzliche Strategie ist beliebt: das systematische Mauern, das Zudrehen jeglicher Informationskanäle, etwa durch Klageandrohung, einstweilige Verfügungen, Einschüchterungsversuche usw. – selbst wenn es dabei um so Banalitäten geht wie (was wir in einem Workshop gehört haben) um die angeblich falsche Darstellung der Frisur eines Protagonisten in der recherchierten Story. Interessant dabei aber auch der Hinweis gleich mehrerer Kollegen, dass diese Bedrohung durch das juristische Feuerwerk von Verdächtigen auch ein Katalysator für Qualität der Recherche sein kann: Wenn man sieht, da droht Ärger, dann guckt man vielleicht noch etwas genauer hin, als man das sonst tun würde.

Aus der Kategorie des eher selbst verschuldeten Scheiterns (insbesondere in der Abteilung TV) stammt hingegen wieder die Versuchung der zusätzlichen filmischen oder sprachlichen Girlande, die man manchmal unbedingt zu brauchen glaubt, um das ganze Geschehen dramaturgisch noch toller und noch schöner zu machen. Dazu gehört ebenfalls das Klammern an ein eindrucksvolles Einzelbeispiel, das man quasi bringen muss – egal, ob es nun wirklich passt zu dem, was man sonst recherchiert hat, oder nicht. All solche Kunstgriffe des kleinen journalistischen Dramaturgen in uns allen können eben auch dazu führen, dass die eigentlichen Fakten dann letztlich falsch oder verfälscht ankommen.

Etwas früher noch kann das Problem beim redaktionellen „Pilze-Sammeln“ beginnen, wie es David Schraven nannte, bei dem nicht – wie oben erwähnt – ein anderer, sondern man selbst den Schreibtisch mit Recherchematerial zumüllt. Ein jähes Ende findet der Sammelrausch womöglich erst dann, wenn der Haufen so groß geworden ist, dass er quasi den Schreibtisch hinunterstürzt. Vielleicht müsste man also vorher merken, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht.

Nicht minder problematisch ist der in einem anderen Panel vorgetragene Fall, bei dem man zwar massenhaft Hinweise auf kleine Vergehen gesammelt hat, bei dem aber kein einziger Hauptprotagonist da ist, an dem man die ganze Geschichten aufziehen kann. Andere Recherchethemen wiederum – sei es bei Geheimdiensten, sei es in Wissenschaft, Wirtschaft oder sonstigen Bereichen – erscheinen manchen Referenten oft so

komplex, dass sie jedenfalls im normalen Formatfernsehen kaum mehr handhabbar sind.

Manchmal aber scheint auch bereits das technische Handwerkszeug einer Recherche zu komplex zu sein, wie es etwa zum Bluewater-Skandal vermutet wurde: Die mangelnde technische Professionalität dürfte hier zum Scheitern beigetragen haben. Wie man es besser machen kann, wurde konkret veranschaulicht im Umgang mit Internettools, mit denen sich nachschauen lässt, wann denn eine Webseite mit Filmchen über einen vermeintlichen Selbstmordanschlag ins Netz gestellt wurde und wieso das nicht mit rechten Dingen zugegangen sein konnte.

Vergleichsweise simpel ist der Grund für Fehlschläge in jenen Fällen, in denen nötige Daten und Fakten erst gar nicht verfügbar sind. Ein solcher blinder Fleck mag sogar politisch gewollt sein, vermutete eine Referentin bei ihrem Recherchebericht zum Thema: „wie viele Reiche gibt es in Deutschland und wie ist der Reichtum verteilt.“ Gleichwohl sei in anderen Fällen noch die Problematik ergänzt, dass Wissenschaftler als Experten – wider Erwarten – aus methodischen Gründen tatsächlich häufig keine eindeutige Antwort auf und schon gar keine belastbaren Daten für eine bestimmte Frage liefern können.

Manche Recherchen fangen offensichtlich aber auch gar nicht erst an – zum Beispiel aus Gründen der Selbstzensur. Sie unterbleiben, wenn es etwa um das eigene Medienhaus geht – diesseits und jenseits von *ARD*-Anstalten oder von Bertelsmann – auch dazu haben wir Erhellendes gehört. In einer anderen Runde verspürten die recherchierenden Kollegen am Ende einer langen Recherchestrecke dann doch zu große Verantwortung, für ihre jugendlichen, kranken oder straffälligen Protagonisten, die in ihrer Story eine zentrale Rolle spielten bzw. hätten spielen müssen – und ließen aus vermeintlicher Verantwortung z.B. gegenüber ihren Protagonisten bestimmte Informationen weg oder sogar den ganzen Beitrag sein, zensurierten sich quasi selbst.

Als Sonderfall mag man schließlich noch das ungute Gefühl einiger Kollegen anführen, deren Recherchen eigentlich überhaupt nicht gescheitert, sondern sehr gelungen sind. Hier aber war es die weitgehende Folgenlosigkeit der eigenen Recherche und Enthüllungen, etwa im Falle einer preisgekrönten Geschich-

te von Christine Kröger, die hinterher ein Stück weit als Scheitern empfunden wurde. Nicht viel anders sah es im Falle der Dopingberichterstattung aus, bei der Hajo Seppelt auch sehr eindrucksvoll von diesem nachträglichen Gefühl des Scheiterns berichtete, obwohl die Recherche doch durchaus geglückt war.

Die Therapie – oder: Was man gegen das Scheitern tun kann.

Soweit die erste, unvollständige Diagnose der gehörten Gründe für das Scheitern. Kommen wir nun zur möglichen Therapie oder – noch besser – zur Prävention des Scheiterns.

Da von Diagnose und Therapie, jedenfalls der landläufigen Meinung nach, keine Berufsgruppe so viel versteht wie die der Ärzte, haben die Organisatoren vorausschauenderweise gleich zu Anfang einen echten Arzt eingeladen: Zum Auftakt haben wir Professor Peter Sawicki gehört, seines Zeichens Internist und vielen noch bekannt aus seiner Zeit als Leiter des IQWiG. Und er hat aus der Welt der Medizin bereits einige hilfreiche Therapievorschlüsse mitgebracht, die ebenso für den Journalismus geeignet sein könnten. Dazu gehört zum Beispiel der wichtige Hinweis, dass die Therapie des Scheiterns Chefsache ist und auch sein muss! Weder junge Ärzte noch junge Journalisten dürfen mit ihren Fehlern und Fehlschlägen allein gelassen werden. Oder, um es mit den Worten des Historikers André Maurois zu sagen, den Sawicki zitierte: „Nur mit denen können wir freimütig über unsere Fehler sprechen, die Anerkennung für unsere Fähigkeiten haben.“

Und da Journalisten am Anfang ihrer Karriere eine solche Anerkennung vielleicht noch nicht haben, ist es eben auch die Verantwortung der Redaktionsleiter – oder auch älterer KollegInnen –, sie hier an die Hand zu nehmen.

Sehr geeignet erscheint ferner der konkrete Therapievorschlüsse des Mediziners Sawicki, den man sich in seiner Branche wiederum von der Zunft der Piloten abgeschaut hat:

- ▶ A: es zu belohnen, wenn jemand Fehler meldet
- ▶ B: Fehlern vorzubeugen, indem vor dem Start und nach der Landung eine Checkliste durchgearbeitet wird.

Vorschläge zu so einer Checkliste für den Journalisten – abgeleitet aus den ersten Diagnosen von dieser Tagung – sollen nun abschließend kurz vorgestellt werden:

1 Versuche nicht nur Deine Recherchehypothesen zu beweisen, sondern Dich selbst zu widerlegen!

Das ist nicht so ganz neu, ich glaube diese Empfehlung kommt ursprünglich von einem gewissen Karl Popper. Auch in der Wissenschaft wird er mit seinen Empfehlungen daher immer wieder hochgehalten – dort übrigens oft ebenso wenig befolgt wie im Journalismus.

2 Lass dich nicht so sehr vom Getöse der anderen (nicht zuletzt der anderen Medien) beeinflussen!

Gehe lieber davon aus, dass „die anderen“ mindestens genau so schlampig recherchieren wie Du selbst. Oder, dass diese zumindest ebenso scheitern können wie Du selbst. Der Kollege vom *Fokus* hat das sehr eindrucksvoll dargestellt – und sich sogar noch dafür entschuldigt, damit ihm das nicht als Arroganz ausgelegt wird, in aller Ruhe sein Ding zu recherchieren und eben nicht so darauf zu achten, was als nächstes über den Ticker läuft.

3 Lerne das journalistische Handwerk immer wieder neu!

Das betrifft zum Beispiel Veranstaltungen wie diese des Netzwerk recherche oder andere Weiterbildungen. Zu lernen gibt es ständig etwas, auch für altgediente Journalisten – seien es neue Tools der Internetrecherche, juristische oder vielleicht auch technische Kniffe, die fast banal erscheinen – wenn man sie erst einmal kennt. Ich denke etwa an den Tipp aus einem Workshop: Wer zu viel gedrucktes Recherchematerial hat, kann das einfach einscannen, um hinterher die so erfassten Texte viel schneller per Suchfunktion am Computer durchzuschauen.

Das Handwerkszeug steht jedenfalls ganz oben bei der Prävention des Scheiterns. Da kann man dem Statement des Kommunikationswissenschaftlers Donsbach – und das sage ich ausdrücklich als Journalist aus der Praxis und nicht als Wissenschaftler – auf dieser Tagung nur beipflichten: die Journalisten müssen sich „mehr professionalisieren“! Gerade weil die Arbeitsbelastung in den Redaktionen größer, weil die Anforderungen vielerorts höher, auch das Tempo schneller geworden ist! Das ist wohl die einzige Möglichkeit zum Gegensteuern – sofern es nicht mehr Geld für Recher-

chen gibt: Wir Journalisten müssen eben auch besser, professioneller, schneller und effizienter werden und dazu eben ein Leben lang in zahlreichen Weiterbildungen sitzen. Ich selbst bin jedenfalls immer wieder überrascht, was es – im Netz und anderswo – alles an neuen Recherchemöglichkeiten gibt.

4 Arbeite in Teams, manchmal sogar mit der Konkurrenz!

Jawohl, die Arbeit in Teams geht nicht nur im eigenen Haus, sondern vielleicht auch mit den – netten – Kollegen von der Konkurrenz (dass es diese gibt, sieht man ja immer wieder bei Tagungen wie dieser). Und es müssen ja auch nicht die der direkten Konkurrenz sein, sondern nur der entfernten, etwa wenn ein Journalist vom Fachmagazin mit den TV-Kollegen kooperiert. Jedenfalls kann die gemeinsame Expertise aus verschiedenen Redaktionen und Blickwinkeln vielleicht gelegentlich vor dem Scheitern schützen; in jedem Fall kann sie die Wirkung bei der Veröffentlichung erhöhen, wenn man diese am Schluss in einer koordinierten Aktion plant.

Die Teamarbeit mit der Konkurrenz lässt sich übrigens bereits im Kleinen anfangen: Schon bei Pressekonferenzen kann es einfach mal hilfreich sein, den Gesprächspartnern auf dem Podium zu sagen: „Sie haben die Frage des Kollegen ja noch gar nicht beantwortet“, statt sich gleich wieder an seine eigene vorbereitete Frage zu klammern. Pressekonferenzen sind dann ein gutes Beispiel dafür, wie man gemeinsam Leute ins Kreuzverhör nehmen kann.

5 Klammere Dich nicht an ein Medium oder ein Format!

Was im TV nicht funktioniert, kann immer noch etwas für Print, Hörfunk oder Online sein. Schon bei einer Diskussion auf dieser Tagung hatte man das Gefühl, es rissen sich einige Kollegen fast um die Ergebnisse der „gescheiterten“ Recherche eines Fernsehkollegen, weil sie sagten: „Im Print können wir das wunderbar machen.“

6 Überschätze dich nie, sondern hole rechtzeitig Erste Hilfe!

Wenn eine Recherche zu schwierig wird, wende Dich an das Team des eigenen Hauses oder an andere Professionen und Experten.

7 Arbeite mit persönlichen Checklisten

... oder auch mit dieser hier und weiteren, die man bereits für spezielle Recherchen finden kann.

8 „Nichts war so lehrreich, wie die Katastrophe.“

Der Satz von Hans Leyendecker gehört ins Stammbuch jedes Journalisten. Daher analysiere deine Fehler nach jeder Recherche, sowohl die zufälligen, als auch die systematischen.

Und ein Extra-Punkt für die Chefs: **Belohne Deine Mitarbeiter angemessen, die sich zu ihren Fehlern bekennen!**

Soweit einige, hoffentlich viele wesentliche Punkte zum Scheitern von Recherchen – mit der Bitte um Nachsicht für den „Tunnelblick“ dieses Resümees und ganz großen Dank dem Organisationsteam um Gert Monheim für diese ganz und gar nicht gescheiterte Tagung!



Tunnelblick

Woran Recherchen scheitern können

Herausgeber netzwerk recherche e.V.
Postfach 580507
10414 Berlin

Redaktion Gert Monheim

Gestaltung Franziska Senkel

ISBN 978-3-942891-05-9

Druck Buch- und Offsetdruckerei H. Heenemann

© Mai 2012 — netzwerk recherche

info@netzwerkrecherche.de
www.netzwerkrecherche.de

